

DIGITALES ARCHIV

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Periodical Part

Wie geht's Österreich? ... / Statistik Austria ; 2020

Provided in Cooperation with:

Statistik Austria, Wien

Reference: Wie geht's Österreich? ... / Statistik Austria ; 2020 (2020).

<http://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?>

[IdcService=GET_NATIVE_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=124902.](http://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_NATIVE_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=124902)

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/11159/6142>

Kontakt/Contact

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft/Leibniz Information Centre for Economics

Düsternbrooker Weg 120

24105 Kiel (Germany)

E-Mail: [rights\[at\]zbw.eu](mailto:rights[at]zbw.eu)

<https://www.zbw.eu/econis-archiv/>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Dieses Dokument darf zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Sofern für das Dokument eine Open-Content-Lizenz verwendet wurde, so gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

<https://zbw.eu/econis-archiv/termsfuse>

Terms of use:

This document may be saved and copied for your personal and scholarly purposes. You are not to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. If the document is made available under a Creative Commons Licence you may exercise further usage rights as specified in the licence.



Wie geht's Österreich?

2020

Indikatoren und Analysen
sowie COVID-19-Ausblick

Impressum

Auskünfte

Allgemeiner Auskunftsdienst
1110 Wien, Guglgasse 13
E-Mail: info@statistik.gv.at
Tel.: +43 (1) 711 28-7070
Fax: +43 (1) 715 68 28

Erstellt von

STATISTIK AUSTRIA
Bundesanstalt Statistik Österreich
1110 Wien, Guglgasse 13

Autorinnen und Autoren

Alexandra Wegscheider-Pichler, Catherine Prettnner, Nadja Lamei

Layout

Waltraud Unger

Design

ARTE GRAFICA, Atelier für Grafische Gestaltung
Mag. Karl Stefan Nolz
1140 Wien, Wolfersberggasse 9a
www.artegrafica.at

ISBN: 978-3-903106-20-8

Auf der Webseite von STATISTIK AUSTRIA steht die [Publikation](#) online zur Verfügung.

Das Produkt und die darin enthaltenen Daten sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte sind der Bundesanstalt Statistik Österreich (STATISTIK AUSTRIA) vorbehalten. Es ist gestattet, die Inhalte zu vervielfältigen, verbreiten, öffentlich zugänglich zu machen und sie zu nicht kommerziellen Zwecken zu bearbeiten. Für eine kommerzielle Nutzung ist vorab die schriftliche Zustimmung von STATISTIK AUSTRIA einzuholen. Eine zulässige Weiterverwendung jedweder Art ist jedenfalls nur bei richtiger Wiedergabe und mit korrekter Quellenangabe „STATISTIK AUSTRIA“ gestattet. Bei auszugsweiser Verwendung, Darstellung von Teilen oder sonstiger Veränderung an von STATISTIK AUSTRIA veröffentlichten Tabellen ist an geeigneter Stelle ein Hinweis anzubringen, dass die verwendeten Daten bearbeitet wurden.

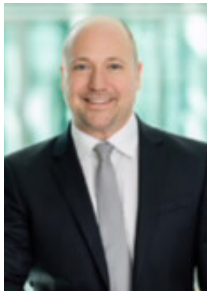
Die Bundesanstalt Statistik Österreich sowie alle Mitwirkenden an der Publikation haben deren Inhalte sorgfältig recherchiert und erstellt. Fehler können dennoch nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Die Genannten übernehmen daher keine Haftung für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte, insbesondere übernehmen sie keinerlei Haftung für eventuelle unmittelbare oder mittelbare Schäden, die durch die direkte oder indirekte Nutzung der angebotenen Inhalte entstehen. Korrekturhinweise senden Sie bitte an die Redaktion.

© STATISTIK AUSTRIA

Artikelnummer: 20-9910-16
Verkaufspreis: € 29,00

Wien 2020

Vorwort



© Statistik Austria/Ranger-Marton

Mit Zahlen und Daten liefert Statistik Austria die Grundlage für eine faktenorientierte öffentliche Debatte, die empirische Forschung und evidenzbasierte Entscheidungen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Für eine umfänglichere Wohlstandsmessung präsentiert „Wie geht’s Österreich?“ seit 2012 eine Vielzahl von Indikatoren zu den Bereichen materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt. Die Indikatoren ergänzen das Bruttoinlandsprodukt und tragen so zu einem breiteren Verständnis der Wohlstands- und Fortschrittsentwicklung in Österreich bei.

Dabei basiert „Wie geht’s Österreich?“ insbesondere auf den Empfehlungen der Kommission zur Messung der Wirtschaftsleistung und des sozialen Fortschritts unter Beteiligung der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph E. Stiglitz und Amartya K. Sen aus dem Jahr 2009. Damit kann „Wie geht’s Österreich?“ in eine Reihe von Programmen und Initiativen zur umfänglicheren Wohlstandsmessung und zur Erreichung von ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit eingeordnet werden. Hier zu nennen sind etwa die UN Agenda 2030 mit den Sustainable Development Goals oder auf europäischer Ebene die Strategien Europa 2020 und Agenda 2030. Mit „Wie geht’s Österreich?“ hat Österreich gemeinsam mit einigen anderen Ländern von Beginn an eine Vorreiterrolle eingenommen.

Zudem ist „Wie geht’s Österreich?“ ein Kooperationsprojekt von Statistik Austria mit der Wissenschaft. Während Statistik Austria ein Set von 30 + 1 Schlüsselindikatoren und zahlreichen Zusatzindikatoren präsentiert, bewertet ein Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten die lang- und kurzfristigen Verläufe der Schlüsselindikatoren. Dabei werden die Entwicklung und das Niveau der Indikatoren gerade im EU-Vergleich berücksichtigt. Bei der Auswahl der Indikatoren wurden neben den Expertinnen und Experten auch weitere Stakeholder aus Forschungseinrichtungen, Interessenvertretungen und Bundesministerien eingebunden. Auch wenn der vorliegende Bericht auf Daten bis 2019 fokussiert, werden Auswirkungen der COVID-19-Krise angesprochen, so diese absehbar sind. Umso wichtiger ist es, dass es Österreich nach Bewältigung der COVID-19-Krise bald wieder gelingt, einen Pfad möglichst umfassender Wohlstandsentwicklung und Nachhaltigkeit anzusteuern. In diesem Zusammenhang kann „Wie geht’s Österreich?“ einen Beitrag zur evidenzbasierten Politikgestaltung liefern.

Neben dem vorliegenden Bericht mit den Entwicklungen der Schlüssel- und Zusatzindikatoren sowie den Bewertungen der wissenschaftlichen Expertinnen und Experten, sind die Indikatoren, ein interaktives Tool zur vergleichenden Darstellung des zeitlichen Verlaufs und methodische Hintergrundinformationen auf der [Website von Statistik Austria](#) abrufbar.

Wien, im Dezember 2020



Prof. Dr. Tobias Thomas
Fachstatistischer Generaldirektor

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	11
Executive Summary	15
1	
Was ist „Wie geht's Österreich?“	21
1.1 Einleitung und Hintergrund	22
1.2 Gremium wissenschaftlicher Expertinnen und Experten	24
1.3 Bewertung der Schlüsselindikatoren	26
1.4 Überarbeitungsprozess 2020	28
1.5 Kommunikation und Dissemination	29
1.6 Internationaler Kontext	30
1.6.1 Die UN Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung	30
1.6.2 EU: „Beyond GDP“-Prozess	31
1.6.3 Europäisches Statistisches System (ESS) Sponsorship Group – Stiglitz, Sen, Fitoussi	31
1.6.4 EU: Europa-2020-Strategie	32
1.6.5 EU: klima- und energiepolitischer Rahmen bis 2030	32
1.6.6 OECD: „Better Life“ und „Green Growth Initiativen“	32
2	
Materieller Wohlstand	35
2.1 Dimensionen des materiellen Wohlstands	36
2.2 Materieller Wohlstand und die COVID-19-Krise	38
2.2.1 Produktion, Einkommen, Konsum	38
2.2.2 Unbezahlte Produktion	38
2.2.3 Produktive Aktivitäten und Arbeit	38
2.2.4 Verteilung und Staat	39
2.3 Produktion	40
2.3.1 Schlüsselindikator Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf	40
2.3.2 Schlüsselindikator Arbeitsproduktivität	41
2.4 Unbezahlte Produktion	43
2.4.1 Schlüsselindikator Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit	43
2.5 Einkommen der privaten Haushalte	45
2.5.1 Schlüsselindikator Haushaltseinkommen	45
2.6 Konsum der privaten Haushalte	48
2.6.1 Schlüsselindikator Haushaltskonsum	48
2.7 Produktive Aktivitäten und Arbeit	51
2.7.1 Schlüsselindikator Erwerbstätigenquote	51
2.7.2 Schlüsselindikator Arbeitslosigkeit	52
2.8 Verteilung und Staat	55
2.8.1 Schlüsselindikator hohe und niedrige Nettojahreseinkommen	55
2.8.2 Schlüsselindikator Verhältnis der Einkommensquintile (S80/S20)	57
2.8.3 Schlüsselindikator Gender Pay Gap	59
2.8.4 Schlüsselindikator öffentlicher Schuldenstand	60
2.8.5 Verteilung der privaten Vermögen	61
3	
Lebensqualität	65
3.1 Lebensqualität	66
3.2 Lebensqualität und die COVID-19-Krise	68
3.2.1 Subjektives Wohlbefinden	68
3.2.2 Gesundheit	68
3.2.3 Soziale Teilhabe und Armut	69

3.2.4	Bildung	70
3.2.5	Wohnen	71
3.2.6	Physische Unsicherheit	71
3.2.7	Vertrauen in die gesellschaftliche Organisation	71
3.3	Subjektives Wohlbefinden	72
3.3.1	Schlüsselindikator Gesamte Lebenszufriedenheit	72
3.3.2	Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen	74
3.3.3	Freizeitaktivitäten	75
3.4	Soziale Teilhabe und Armut	76
3.4.1	Schlüsselindikator Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung	76
3.4.2	Erhebliche materielle Deprivation	78
3.4.3	Armutsgefährdung (Haushaltseinkommen <60% des Medianeinkommens)	79
3.4.4	Geringe Erwerbsintensität	80
3.4.5	Tragfähigkeit sozialer Beziehungen	82
3.5	Gesundheit	83
3.5.1	Schlüsselindikator subjektive Einschätzung des Gesundheitszustandes	83
3.5.2	Schlüsselindikator vorzeitige Sterblichkeit durch nicht-übertragbare Erkrankungen	85
3.5.3	Gesunde Lebenserwartung	86
3.6	Bildung	88
3.6.1	Schlüsselindikator Tertiärquote	88
3.6.2	Schlüsselindikator frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger	90
3.6.3	Teilnahme an beruflicher und allgemeiner Weiterbildung	91
3.7	Physische Unsicherheit	92
3.7.1	Schlüsselindikator physisches Unsicherheitsempfinden	92
3.7.2	Schlüsselindikator Tötungsrate	93
3.8	Vertrauen in die gesellschaftliche Organisation	94
3.8.1	Schlüsselindikator Vertrauen in das politische System	94
3.8.2	Vertrauen in Medien und öffentliche Institutionen	95
3.8.3	Vertrauen in andere Menschen	95
3.9	Wohnen	97
3.9.1	Schlüsselindikator Wohnkostenüberbelastung (Wohnkosten >40% des Haushaltseinkommens)	97
3.9.2	Sehr schlechter Wohnstandard	98
3.9.3	Subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung	99

4

Umwelt

101

4.1	Dimensionen der Umwelt	102
4.2	Umwelt und die COVID-19-Krise	104
4.2.1	Ressourcen	104
4.2.2	Klimawandel und Emissionen	105
4.2.3	Energie	105
4.2.4	Verkehr	105
4.3	Ressourcen	107
4.3.1	Schlüsselindikator inländischer Materialverbrauch	107
4.3.2	Schlüsselindikator Flächen mit biologischer Bewirtschaftung	109
4.3.3	Schlüsselindikator Bodenversiegelung	110
4.4	Klimawandel, Emissionen	112
4.4.1	Schlüsselindikator Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen)	113
4.4.2	Schlüsselindikator Luftschadstoffe: PM _{2,5} -Exposition (Belastung durch Feinstaub)	115
4.5	Energie	117
4.5.1	Schlüsselindikator erneuerbare Energieträger	118
4.5.2	Schlüsselindikator energetischer Endverbrauch	119
4.5.3	Energieintensität	120
4.6	Verkehr, Mobilität	121
4.6.1	Schlüsselindikator Energieverbrauch des Verkehrs	121
4.6.2	Schlüsselindikator Transportleistung des Lkw-Verkehrs	123
4.6.3	Treibstoffverbrauch privater Pkw	124
4.6.4	Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel	124
4.6.5	Treibhausgasemissionen des Verkehrs	125

5		
	Wie geht's Österreich im EU-Vergleich?	127
5.1	Österreich im europäischen Kontext	128
5.2	Materieller Wohlstand im EU-Vergleich	129
5.3	Lebensqualität im EU-Vergleich	137
5.4	Umwelt im EU-Vergleich	144
6		
	Ausblick	153
6.1	Rahmenbedingungen	154
6.2	Datenlücken und Weiterentwicklung	155
6.2.1	Materieller Wohlstand	155
6.2.2	Lebensqualität	156
6.2.3	Umwelt	156
	Literaturverzeichnis	159

Grafiken

	Wie geht's Österreich? – auf einen Blick	18
Grafik 1	Ebene 1 der Website	29
Grafik 2	Ebene 2 der Website	29
Grafik 3	17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung	30
Grafik 4	Dimensionen des materiellen Wohlstands	36
Grafik 5	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (real)	41
Grafik 6	Bruttoinlandsprodukt (real), Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (real), Bruttoinlandsprodukt (nominell) und Bevölkerungsentwicklung	41
Grafik 7	Arbeitsproduktivität (BIP je geleisteter Arbeitsstunde)	42
Grafik 8	Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Freiwilligenarbeit	43
Grafik 9	Unbezahlte Arbeit nach Art (2008/09)	44
Grafik 10	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte pro Kopf (real, Verbrauchskonzept)	46
Grafik 11	Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens (Verbrauchskonzept), Aufkommenseite (2000 und 2019)	46
Grafik 12	Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens auf der Verwendungsseite (2000 und 2019)	47
Grafik 13	Konsum der privaten Haushalte pro Kopf (real)	48
Grafik 14	Konsumausgaben der privaten Haushalte (Inlandskonzept) nach Gütergruppen und sozialen Sachtransfers (2000 und 2019)	49
Grafik 15	Monatliche Verbrauchsausgaben nach Quartilen der Äquivalenzeinkommen	50
Grafik 16	Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen	51
Grafik 17	Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen nach Geschlecht	52
Grafik 18	Arbeitslosigkeit der 15- bis 74-Jährigen (ILO- und nationale Definition)	53
Grafik 19	Arbeitslosigkeit der 15- bis 24-Jährigen (ILO-Definition)	53
Grafik 20	Inflationsbereinigte Entwicklung der hohen und niedrigen Nettojahreseinkommen (real)	56
Grafik 21	Teilzeitquoten der 15- bis 64-Jährigen insgesamt und mit Kindern, nach Geschlecht	56
Grafik 22	Entwicklung der hohen und niedrigen Nettojahreseinkommen (real) ganzjährig Vollzeitbeschäftigter	57
Grafik 23	S80/S20-Einkommensquintilsverhältnis der verfügbaren Netto-Jahreshaushaltseinkommen (Personen bis 64 Jahre)	58
Grafik 24	P90/P10-Verhältnis der Netto-Haushaltseinkommen	58
Grafik 25	Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens der Haushalte	58
Grafik 26	Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied (ohne Anpassungen z.B. nach Beschäftigungsstruktur)	59
Grafik 27	Öffentlicher Schuldenstand nach Maastricht	61
Grafik 28	Öffentlicher Schuldenstand nach Maastricht für ausgewählte Länder	61
Grafik 29	Dezile und Mittelwert des Nettovermögens (2017)	62

Grafik 30	Mediane und Mittelwerte des Nettovermögens der Dezilsgruppen (2017)	62
Grafik 31	Verteilung der Bruttovermögen (2017)	62
Grafik 32	Dimensionen der Lebensqualität	66
Grafik 33	Allgemeine Lebenszufriedenheit auf einer Skala von 0-10	73
Grafik 34	Allgemeine Lebenszufriedenheit nach Einkommensquintilen (2019)	73
Grafik 35	Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen (2019)	74
Grafik 36	Freizeitaktivitäten der Bevölkerung ab 19 Jahren nach Geschlecht (2008/09)	75
Grafik 37	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung	77
Grafik 38	Bereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (2019)	78
Grafik 39	Erhebliche materielle Deprivation	79
Grafik 40	Erhebliche materielle Deprivation nach Geschlecht und Bildung (2019)	79
Grafik 41	Armutsgefährdung	80
Grafik 42	Armutsgefährdung nach Geschlecht und Bildung (2019)	80
Grafik 43	Geringe Erwerbsintensität	81
Grafik 44	Geringe Erwerbsintensität nach Geschlecht und Bildung (2019)	81
Grafik 45	Tragfähigkeit sozialer Beziehungen der Bevölkerung ab 16 Jahren (2018)	82
Grafik 46	Subjektiver Gesundheitszustand der Bevölkerung ab 16 Jahren in Österreich und der EU-27/EU-28	84
Grafik 47	Subjektiver Gesundheitszustand der Bevölkerung ab 16 Jahren nach Geschlecht (2019)	84
Grafik 48	Subjektiver Gesundheitszustand der Bevölkerung ab 16 Jahren nach Einkommensquintilen (2019)	85
Grafik 49	Vorzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten, 30- bis 69-Jährige	85
Grafik 50	Vorzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten, 30- bis 69-Jährige nach Geschlecht	86
Grafik 51	Gesunde Lebenserwartung ab 65 Jahren	86
Grafik 52	Tertiärquote der 30- bis 34-Jährigen	89
Grafik 53	Tertiärquote der 30-bis 34-Jährigen nach Geschlecht	89
Grafik 54	Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger, 18- bis 24-Jährige	90
Grafik 55	Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger, 18- bis 24-Jährige nach Geschlecht	91
Grafik 56	Teilnahme an beruflicher und allgemeiner Weiterbildung der 25- bis 64-Jährigen	91
Grafik 57	Physisches Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung	92
Grafik 58	Physisches Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung nach Einkommensquintilen (2019)	93
Grafik 59	Todesfälle aufgrund von Mord, Totschlag und Verletzungen mit Todesfolgen	93
Grafik 60	Vertrauen in das politische System der Bevölkerung ab 16 Jahren auf einer Skala von 0-10 (2013 und 2019)	94
Grafik 61	Vertrauen in das politische System der Bevölkerung ab 16 Jahren nach Einkommensquintilen (2019)	95
Grafik 62	Vertrauen in Medien und öffentliche Institutionen der Bevölkerung ab 16 Jahren (2013)	95
Grafik 63	Vertrauen in andere Menschen, Bevölkerung ab 16 Jahren	96
Grafik 64	Wohnkostenüberbelastung (Wohnkostenanteil >40%) des Haushaltseinkommens	98
Grafik 65	Wohnkostenüberbelastung (Wohnkosten >40% des Haushaltseinkommens) nach Einkommensquintilen (2019)	98
Grafik 66	Sehr schlechter Wohnstandard	98
Grafik 67	Subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung	99
Grafik 68	Dimensionen der Umwelt	103
Grafik 69	Inländischer Materialverbrauch (DMC)	108
Grafik 70	Rohmaterialverbrauch im EU-Vergleich (Tonnen pro Kopf)	109
Grafik 71	Flächen mit biologischer Bewirtschaftung (Anteile an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche)	110
Grafik 72	Anteil der versiegelten Fläche am Dauersiedlungsraum	111
Grafik 73	Entwicklung von versiegelter Fläche, Flächeninanspruchnahme und Bevölkerung	111
Grafik 74	Treibhausgasemissionen	113
Grafik 75	Treibhausgasemissionen Vergleich BIP und EU-28	114
Grafik 76	Treibhausgasemissionen pro Kopf im EU-Vergleich	115
Grafik 77	Mittlere Exposition durch Feinstaub (PM _{2,5} , bevölkerungsgewichtet), Vergleich PM ₁₀ -Exposition	116
Grafik 78	Anteil der erneuerbaren Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch	118
Grafik 79	Energetischer Endverbrauch	119
Grafik 80	Energetischer Endverbrauch im EU-Vergleich	119
Grafik 81	Energieintensität	120
Grafik 82	Energieverbrauch des Verkehrs	122
Grafik 83	Transportleistung des Lkw-Verkehrs	123

Grafik 84	Treibstoffverbrauch des privaten Pkw-Verkehrs (Liter pro 100 km)	124
Grafik 85	Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel für tägliche Wege 2015	124
Grafik 86	Treibhausgasemissionen des Verkehrs	125
Grafik 87	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (nominell) in Kaufkraftstandards (2019)	130
Grafik 88	Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf (2019)	130
Grafik 89	Einkommen pro Kopf (Verbrauchskonzept) in Kaufkraftstandards (2019)	131
Grafik 90	Konsum der privaten Haushalte (2019)	132
Grafik 91	Erwerbstätigkeit der 20- bis 64-Jährigen im EU-Vergleich (2019)	132
Grafik 92	Arbeitslosigkeit (ILO-Definition) im EU-Vergleich (2019)	133
Grafik 93	Arbeitslosigkeit (ILO-Definition) ausgewählter EU-Länder im Zeitverlauf	134
Grafik 94	S80/S20-Einkommensquintilsverhältnis der verfügbaren Netto-Haushaltseinkommen (2019)	134
Grafik 95	Gender Pay Gap im EU-Vergleich (2018)	135
Grafik 96	Öffentlicher Schuldenstand nach Maastricht	136
Grafik 97	Lebenszufriedenheit der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2018)	137
Grafik 98	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung im EU-Vergleich (2019)	138
Grafik 99	Subjektiver Gesundheitszustand der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2019)	138
Grafik 100	Tertiärquote der 30- bis 34-Jährigen im EU-Vergleich (2019)	139
Grafik 101	Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger im EU-Vergleich (2019)	140
Grafik 102	Physisches Unsicherheitsempfinden im EU-Vergleich (2019)	141
Grafik 103	Todesfälle aufgrund von Mord, Totschlag und Verletzungen im EU-Vergleich (2016)	141
Grafik 104	Vertrauen in das politische System der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2013)	142
Grafik 105	Wohnkostenüberbelastung (Wohnkosten >40% des Haushaltseinkommens) im EU-Vergleich (2019)	143
Grafik 106	Inländischer Materialverbrauch pro Kopf im EU-Vergleich (2019)	144
Grafik 107	Ressourcenproduktivität im EU-Vergleich (2019)	145
Grafik 108	Anteil der biologisch bewirtschafteten Fläche im EU-Vergleich (2018)	146
Grafik 109	Treibhausgasemissionen pro Kopf im EU-Vergleich (2018)	146
Grafik 110	Entwicklung der Treibhausgasemissionen (2000 bis 2018)	147
Grafik 111	Gesamte PM _{2,5} -Emissionen pro Kopf (Feinstaub) im EU-Vergleich (2017)	148
Grafik 112	Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger (2018) und Europa-2020-Ziel im EU-Vergleich	148
Grafik 113	Energetischer Endverbrauch pro Kopf im EU-Vergleich (2018)	149
Grafik 114	Veränderung des Energieverbrauchs des Verkehrs im EU-Vergleich (2000 bis 2017)	150

Übersichten

Übersicht 1	Indikatorenset BIP + 30 Schlüsselindikatoren	23
Übersicht 2	Bewertungsskala 5-teilig	26
Übersicht 3	Bewertungsmodus	27
Übersicht 5	Kernziele der Europa-2020-Strategie	32
Übersicht 7	Schlüsselindikatoren des materiellen Wohlstands mit Bewertung	37
Übersicht 8	Schlüsselindikatoren der Lebensqualität mit Bewertung	67
Übersicht 9	Schlüsselindikatoren der Umwelt mit Bewertung	103

Abkürzungsverzeichnis

AHS	Allgemeinbildende höhere Schule
BHS	Berufsbildende höhere Schule
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BKA	Bundeskanzleramt
BMS	Berufsbildende mittlere Schule
BOKU	Universität für Bodenkultur
BWS	Bruttowertschöpfung
CDM	Clean Development Mechanism
COVID	Corona Virus Disease
d. h.	das heißt
DMC	Domestic Material Consumption
ECHP	European Community Household Panel
EEV	Energetischer Endverbrauch, auch: Endenergieverbrauch
EGSS	Environmental Goods and Services Sector, Umweltorientierte Produktion und Dienstleistung
EK-	Einkommens-
EQLS	European Quality of Life Survey
ESF	Europäischer Sozialfond
ESS	European Statistical System, Europäisches Statistisches System
ESSC	European Statistical System Committee
ESVG	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
EU	Europäische Union
EU-SILC	European Union Statistics on Income and Living Conditions
EWCS	European Working Conditions Survey
EZB	Europäische Zentralbank
F&E	Forschung und Entwicklung
FCKW	Fluorchlorkohlenwasserstoffe
FRA	European Union Agency for Fundamental Rights
GDP	Gross Domestic Product
GJ	Gigajoule
GWh	Gigawattstunden
HAK	Handelsakademie
HETUS	Harmonised European Time Use Survey
HFCN	Household, Finance and Consumption Network
HFCS	Household, Finance and Consumption Survey
HNVF	High Nature Value Farmland
HTL	Höhere technische Lehranstalt
HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
IAEG	Inter-Agency and Expert Group on SDG Indicators
IEA	International Energy Agency, Internationale Energieagentur
IFES	Institut für empirische Sozialforschung
IGL	Immissionsschutzgesetz Luft
IHS	Institut für höhere Studien

ILO	International Labour Organization
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
ISCED	International Standard Classification of Education
KE	Konsumerhebung
KF	kurzfristig
KKS	Kaufkraftstandards
KPC	Kommunalkredit Public Consulting
KSG	Klimaschutzgesetz
kW	Kilowatt
LF	langfristig
LFS	Labour Force Survey
Lkw	Lastkraftwagen
Mio.	Millionen
MONE	Monitoring nachhaltiger Entwicklung
Mrd.	Milliarden
MZ-AKE	Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung
NGO	Non-governmental organization
NPO	Non-Profit Organisation
NSTRAT	Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
OeNB	Oesterreichische Nationalbank
OLI	Österreichische Luftschadstoffinventur
ÖNACE	Österreichische Wirtschaftstätigkeitenklassifikation
ÖPUL	Österreichisches Programm für umweltgerechte Landwirtschaft
ÖSTRAT	Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung
Personen-km	Personenkilometer
PJ	Petajoule
Pkw	Personenkraftwagen
PM	Particulate Matter
REAP	Ressourcen-Effizienz-Aktionsplan
RMC	Raw Material Consumption
SDG	Social Development Goals
SEEA	System of Environmental-Economic Accounting
SERI	Sustainable Europe Research Institute
SERIEE	Système Européen de Rassemblement de l'Information Economique sur l'Environnement
SWB	Subjective wellbeing
t	Tonnen
THG	Treibhausgase
tkm, Tonnen-km	Tonnenkilometer
TSP	Total Suspended Particulates (Gesamtstaub)
u. a.	und andere(s), unter anderem
UN	United Nations
UNECE	United Nations Economic Commission for Europe
UNEP	United Nations Environment Programme

v. a.	vor allem
vgl.	vergleiche
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung(en)
WgÖ	Wie geht's Österreich?
WHO	World Health Organization, Weltgesundheitsorganisation
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
WU Wien	Wirtschaftsuniversität Wien
WWF	Worldwide Fund for Nature
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil



Executive Summary

Was ist „Wie geht's Österreich?“

„Wie geht's Österreich?“ (*WgÖ*) wurde von Statistik Austria im Jahr 2012 infolge der Debatten zur Wohlstands- und Fortschrittsmessung auf EU-Ebene initiiert. Zunächst wurde in Ergänzung zum BIP ein Set von 30 Schlüsselindikatoren entwickelt, welches die Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt abbildet. Seit 2013 erscheint jährlich ein Bericht, welcher diese Schlüsselindikatoren analysiert und durch zusätzliche Informationen ergänzt.

Der Bericht wird von einem Team aus Expertinnen und Experten¹ mehrerer Fachbereiche umgesetzt und weiterentwickelt. Die Bewertung der Schlüsselindikatoren erfolgt durch ein Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten. *WgÖ* fokussiert bei der Bewertung der Indikatoren neben der Entwicklung der Zeitreihen auf das Niveau der Indikatoren, etwa im Vergleich zur EU-28.

Das Indikatorenset liefert Informationen zu den drei Bereichen „materieller Wohlstand“, „Lebensqualität“ und „Umwelt“, die das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ergänzen und damit zu einem breiteren Verständnis der Wohlstandsentwicklung unserer Gesellschaft beitragen sollen. Die Bereiche werden jeweils durch mehrere Dimensionen (z.B. Produktion, Bildung und Ressourcen) dargestellt.

Neben dem BIP werden weitere 30 Schlüsselindikatoren präsentiert. Diese stellen die zentralen Maßzahlen der jeweiligen Dimensionen von *WgÖ* dar.

Bei der Auswahl der Indikatoren für *WgÖ* wurde darauf geachtet, möglichst wenige zentrale Schlüsselindikatoren zu verwenden, was neben der notwendigen Schwerpunktsetzung auch den „Mut zur Lücke“ erforderte. *Relevanz*, *Verständlichkeit*, *Kommunizierbarkeit* und *Zeitnähe* wurden als allgemeine Auswahlkriterien festgelegt. Zusätzliche Kriterien stellen seit 2017 die *Bewertbarkeit* der Indikatoren, die Berücksichtigung von *Europa-2020-Indikatoren* sowie die vermehrte Nutzung von *UN Agenda 2030 Indikatoren* dar. Indikatoren werden zudem – wo dies möglich und sinnvoll ist – im EU-28-Vergleich (Länder nach Zusammensetzung der EU im Jahr 2019, inklusive des Vereinigten Königreichs) dargestellt.

Die Auswahl der Schlüsselindikatoren für *WgÖ* folgt insbesondere den Empfehlungen des renommierten [Stiglitz-Sen-Fitoussi-Reports](#) (Stiglitz et al. 2009) und des

Eurostat Sponsorship Reports (Eurostat 2011). Weitere Zielindikatoren auf EU- und UN-Ebene (z.B. [Europa-2020-Indikatoren](#), [UN Agenda 2030](#)) und Indikatoren nationaler Projekte fließen ebenfalls in die Auswahl ein.

Neben dem externen Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten werden in *WgÖ* zentrale Stakeholder (Bundesministerien, NGOs, Interessenvertretungen sowie weitere wissenschaftliche Institutionen) im Rahmen von „runden Tischen“ eingebunden. Dies garantiert eine möglichst breite Abstimmung und Akzeptanz des Indikatorensets.

Die drei Bereiche „materieller Wohlstand“, „Lebensqualität“ und „Umwelt“ werden im vorliegenden Bericht in eigenen Kapiteln ausführlich behandelt. Ein besonderer Fokus wird auf die Position Österreichs im EU-Vergleich gelegt. Zudem bietet der diesjährige Bericht einen Ausblick auf mögliche Auswirkungen der COVID-19-Krise.

Die Indikatoren zu „Wie geht's Österreich?“ sind zudem auf der Website von Statistik Austria unter www.statistik.at/wie-gehts-oesterreich online. Die Darstellung erfolgt auf drei Ebenen: Eine interaktive Überblicksgrafik ermöglicht auf der ersten Ebene den Vergleich der Entwicklung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Messgrößen nach eigener Auswahl. Auf der zweiten Ebene wird die zeitliche Entwicklung (sofern Daten vorhanden) dargestellt und eine Interpretation des jeweiligen Indikators angeboten. Darüber hinaus sind Detail- und Metainformationen auf der untersten Ebene abrufbar.

Bewertung der Schlüsselindikatoren

Die Bewertung der Schlüsselindikatoren erfolgt im Rahmen von *WgÖ* durch ein externes Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten. Dabei wird die Entwicklung und das Niveau der Indikatoren bewertet, die durch politische Maßnahmen oder soziale, wirtschaftliche oder umweltrelevante Entwicklungen wie etwa die COVID-19-Krise beeinflusst werden können.

Die Bewertung der Schlüsselindikatoren nimmt ein externes Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten vor.

¹ Aktuell Alexandra Wegscheider-Pichler (Projektleitung), Sacha Baud, Nadja Lamei, Catherine Prettnner und andere.

Bewertet werden nur jene Schlüsselindikatoren, für die eine zumindest dreijährige Zeitreihe verfügbar ist. Die Bewertungen werden im Rahmen eines jährlichen Bewertungsgesprächs durch das externe Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten vorgenommen. Die Bewertung erfolgt gemäß einer 5-teiligen Skala 🌟 🌤️ 🌧️ 🌩️ ⚡. Gegenstand sind kurzfristige (KF) und langfristige (LF) Entwicklungen: Während die kurzfristige Perspektive auf die letzten drei Jahresdaten fokussiert, bezieht sich die langfristige Bewertung auf die gesamte verfügbare Zeitreihe eines Indikators, zumindest jedoch auf zehn Jahre.

Viele der Indikatoren stehen in einem interdependenten Zusammenhang zueinander. So kann eine positive wirtschaftliche Entwicklung positiv auf die Reduktion der Armut wirken und zugleich negative Folgen für die Umwelt haben. Beides ist freilich nicht zwingend.

Um eine konsistente Bewertung durchführen zu können, wird jeder Indikator für sich beurteilt und nicht in Bezug auf seine Wirkung in

anderen Bereichen. Die Gegenüberstellung der Indikatoren in den Bereichen materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt ermöglicht jedoch eine umfassendere Sicht auf den gesellschaftlichen Fortschritt.

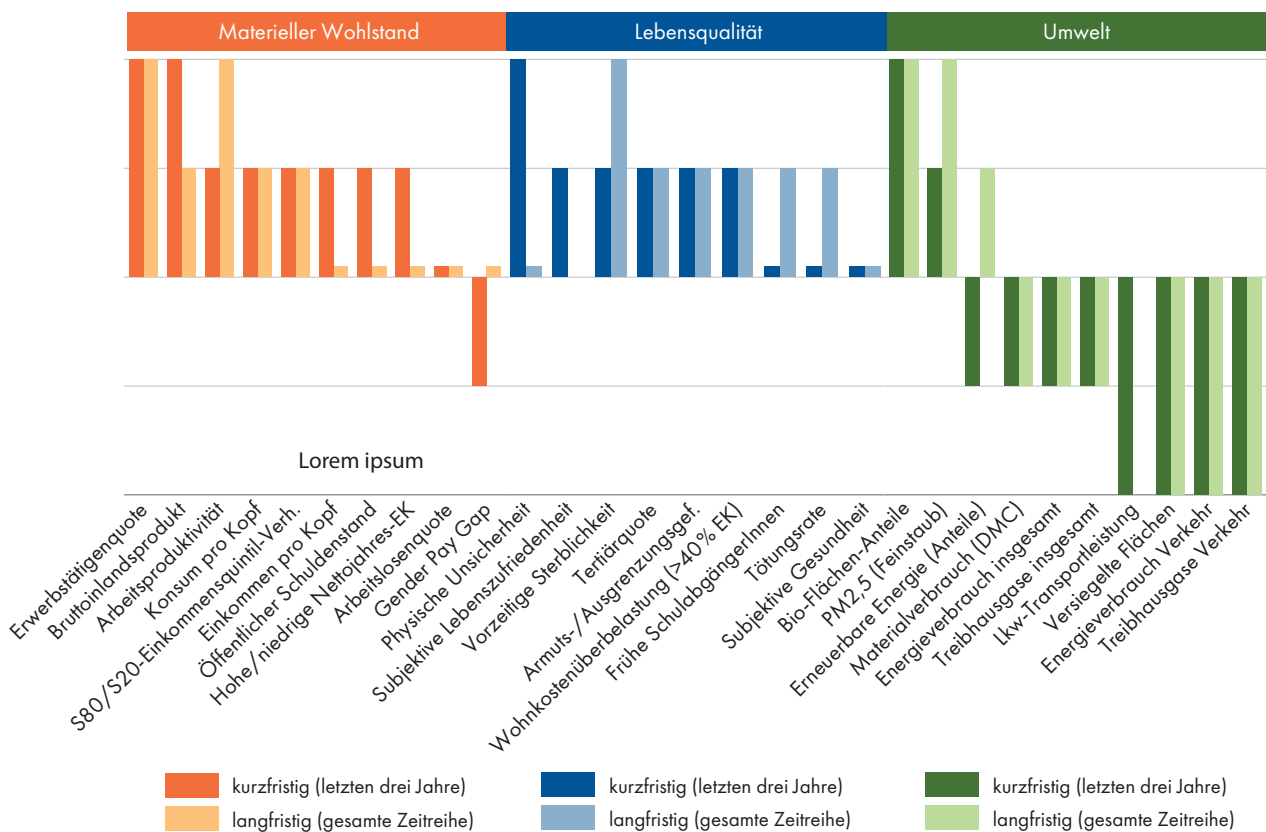
Steigender Konsum etwa wird demnach im Rahmen von *WgÖ* selbst dann positiv bewertet, wenn er mit negativen Auswirkungen auf andere Bereiche, wie Ressourcenverbrauch oder Verschuldung etc., einhergeht. Folglich müssen zur Beantwortung der Frage, ob die aktuelle Entwicklung zuträglich für die ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit ist, Wechselwirkungen zwischen den Indikatoren zusätzlich berücksichtigt werden. Die Gegenüberstellung der Indikatoren in den Bereichen materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt in *WgÖ* ist demnach ein Schritt in diese Richtung, auch wenn die Bewertung der einzelnen Indikatoren einzeln erfolgt. Dieses Vorgehen folgt den Empfehlungen von Stiglitz et al. (2009, S. 16f).

Überblick über die Schlüsselindikatoren (BIP + 30)

Die folgende Überblicksgrafik zeigt die kurz- und langfristige Bewertung der 30+1 Schlüsselindikatoren in einem grafischen Überblick. Gegenstand der Bewertung durch das externe Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten waren kurzfristige (letzte drei Jahre) und langfristige (zumindest zehn Jahre) Entwicklungen des jeweiligen Indikators unter Einbeziehung des Niveaus (z.B. im Vergleich mit der EU-28). Die Sortierung

der Indikatoren erfolgte jeweils nach der kurzfristigen und danach langfristigen Bewertung. Durch die Darstellung anhand der 5-teiligen Bewertungsskala ist es möglich, einen ersten Eindruck zu gewinnen, in welche Richtung sich die Schlüsselindikatoren entwickeln. Schlüsselindikatoren, für die keine Zeitreihen (und damit keine Bewertung) zur Verfügung stehen, können dabei nicht abgebildet werden.

Wie geht's Österreich? – auf einen Blick



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich? - Reihenfolge der Indikatoren jeweils nach der kurzfristigen und danach langfristigen Bewertung. BIP, Konsum und Einkommen werden preisbereinigt (real) ausgewiesen. Das S80/S20-Einkommensquintilsverhältnis vergleicht den Einkommensanteil der reichsten 20% mit jenem der ärmsten 20%.

Insgesamt steht Österreich entsprechend der Einschätzung des externen Gremiums unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten im Hinblick auf die Entwicklung und das Niveau des materiellen Wohlstands sehr gut bis gut da. Fast alle Schlüsselindikatoren werden positiv oder tendenziell positiv bewertet. Dies gilt für das Bruttoinlandsprodukt (pro Kopf real), die Erwerbstätigenquote, die Arbeitsproduktivität, Konsum (pro Kopf) wie auch das S80/S20-Einkommensquintilsver-

hältnis, da die Ungleichheit gemessen an diesem Indikator im EU-28-Vergleich gering und tendenziell rückläufig ist. Auch die Spreizung der Entwicklung der hohen und niedrigen Nettojahreseinkommen ist in der kurzen Frist rückläufig und wird daher tendenziell positiv bewertet, längerfristig war hier allerdings ein Auseinanderdriften zu beobachten, sodass die Bewertung in der längeren Frist nur neutral ausfällt. Gleiches gilt für die Arbeitslosenquote in der kurzen und längeren Frist, da die Arbeits-

losigkeit trotz gewisser Erholung am aktuellen Rand als zu hoch angesehen wird und strukturelle Probleme wie Langzeitarbeitslosigkeit und die Arbeitslosigkeit Älterer bestehen geblieben sind. Einziger Schlüsselindikator im Bereich des materiellen Wohlstands mit tendenziell negativer Bewertung ist der Gender Pay Gap in der kurzen Frist. Langfristig fällt die Bewertung dieses Indikators aufgrund bestehender Verbesserungen seit 2006 hingegen neutral aus.

Positive oder tendenziell positive Bewertungen des externen Gremiums unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten zeigen sich auch bei der Lebensqualität in Österreich. Eine hohe subjektive Lebenszufriedenheit, geringe vorzeitige Sterblichkeit und geringe physische Unsicherheit, eine relativ geringe Wohnkostenüberbelastung und eine geringe und abnehmende Armut- und Ausgrenzungsgefährdung sowie eine relativ hohe und steigende Tertiärquote sind Teilaspekte der hohen Lebensqualität. Auch der relativ geringe Anteil frühzeitiger Schulabgänge und die geringe Tötungsrate werden zumindest in der langen Frist tendenziell positiv bewer-

tet. Einzig beim subjektiven Gesundheitsempfinden fallen die kurz- und langfristige Bewertung nur neutral aus.

Wesentlich heterogener und auch kritischer bewertet das externe Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten die Schlüsselindikatoren im Bereich Umwelt. Ein relativ hoher Material- und Energieverbrauch wie auch Treibhausgasemissionen insgesamt werden tendenziell negativ bewertet. Dies gilt in der kurzen Frist auch für den Anteil erneuerbarer Energien, da es hier am aktuellen Rand keine Verbesserungen mehr gegeben hat. Längerfristig fällt die Bewertung dieses Indikators jedoch tendenziell positiv aus, da der Anteil erneuerbarer Energien in den Jahren zuvor angestiegen ist und zudem auch deutlich über dem EU-28-Schnitt liegt. Eindeutig negativ sehen die Experten sämtliche Indikatoren im Bereich des Verkehrs wie auch die zunehmende Flächenversiegelung. Lichtblicke im Bereich Umwelt gibt es hingegen bei dem hohen Anteil der Bioflächen und der geringen Feinstaubbelastung, die das externe Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten positiv bewertet.



1

Was ist „Wie geht's Österreich?“

Einleitung und
Hintergrund

Wissenschaftliches
Expertengremium,
Bewertung

Überarbeitungsprozess
2020, Kommunikation

Internationaler
Kontext

1.1

Einleitung und Hintergrund

„Wie geht’s Österreich?“ (*WgÖ*) wurde von Statistik Austria im Jahr 2012 infolge der Debatten zur Wohlstands- und Fortschrittmessung auf EU-Ebene initiiert. Zunächst wurde in Ergänzung zum BIP ein Set von 30 Schlüsselindikatoren entwickelt, welches die Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt abbildet. Seit 2013 erscheint jährlich ein Bericht, welcher diese Schlüsselindikatoren analysiert und durch zusätzliche Informationen ergänzt. Der Bericht wird von einem Team aus Expertinnen und Experten² mehrerer Fachbereiche umgesetzt und weiterentwickelt. Die Bewertung der Schlüsselindikatoren erfolgt durch ein Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten. *WgÖ* fokussiert bei der Bewertung der Indikatoren neben der Entwicklung der Zeitreihen auf das Niveau der Indikatoren, etwa im Vergleich zur EU-28.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist die bekannteste Kennziffer für die gesamtwirtschaftliche Aktivität. In den 1930er Jahren entwickelt, wird es seitdem laufend sowohl von politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern als auch in der öffentlichen Debatte weltweit als Maßstab für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung und den Fortschritt im Allgemeinen herangezogen.

Während das BIP die aggregierte Produktion eines Landes umfassend abbildet, sagt es wenig darüber aus, wie sich der Wohlstand über die Gesellschaft verteilt und wie sich die Lebensqualität oder die Umwelt entwickeln.

Aus diesem Grund gab es in den vergangenen Jahren international eine breite Debatte darüber, was Fortschritt im 21. Jahrhundert bedeutet und wie gesellschaftlicher Wohlstand gerade in entwickelten Volkswirtschaften gemessen werden soll (siehe auch Kapitel 1.4). Durch Informationen über die Entwicklung materieller Aspekte auf Haushaltsebene sowie durch Indikatoren über verschiedene Dimensionen der Lebensqualität und der umweltbezogenen Nachhaltigkeit soll ein breites Bild von Wohlstand und Fortschritt einer Gesellschaft entstehen.

Die Auswahl der Schlüsselindikatoren für *WgÖ* folgt insbesondere den Empfehlungen des renommierten Stiglitz-Sen-Fitoussi-Reports (Stiglitz et al. 2009) und des Eurostat Sponsorship Reports (Eurostat 2011). Weitere Zielindikatoren auf EU-Ebene (z.B. Europa-2020-Indikatoren) und Indikatoren nationaler Projekte³ fließen ebenfalls in die Auswahl ein. Die Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt werden jeweils durch mehrere Dimensionen (z.B. Produktion, Bildung und Klimawandel) dargestellt.

Neben dem BIP wurden weitere 30 Schlüsselindikatoren ausgewählt. Diese stellen die zentralen Maßzahlen der jeweiligen Dimensionen von *WgÖ* dar und unterliegen einer Bewertung durch ein externes Gremium wissenschaftlicher Expertinnen und Experten.

Bei der Auswahl der Indikatoren für *WgÖ* wurde darauf geachtet, möglichst wenige zentrale Schlüsselindikatoren zu verwenden, was neben der notwendigen Schwerpunktsetzung auch den „Mut zur Lücke“ erforderte. *Relevanz, Verständlichkeit, Kommunizierbarkeit* und *Zeitnähe* wurden als allgemeine Auswahlkriterien festgelegt. Zusätzliche Kriterien stellen seit 2017 die *Bewertbarkeit* der Indikatoren, die Beibehaltung von *Europa-2020-Indikatoren* sowie die vermehrte Nutzung von *UN Agenda 2030 Indikatoren* dar. Indikatoren werden zudem – wo dies möglich und sinnvoll ist – im EU-28-Vergleich (Länder nach Zusammensetzung der EU im Jahr 2019, inklusive Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland) dargestellt.

Die Anzahl von 30+1 Schlüsselindikatoren soll auch in Zukunft nicht überschritten werden. Da die Auswahl bestimmter Schlüsselindikatoren immer nur einen Ausschnitt der tatsächlichen Entwicklung darstellen kann, werden diese durch Zusatzindikatoren ergänzt. Sie dienen dazu, weitere Informationen bereitzustellen und unterschiedliche Aspekte der umfanglicheren Entwicklung sichtbar zu machen.

² Aktuell Alexandra Wegscheider-Pichler (Projektleitung), Sacha Baud, Nadja Lamei, Catherine Prettnner und andere.




³ Beispielsweise das MONE-Indikatorenset (BMLFUW 2015).

Neben dem externen Gremium wissenschaftlicher Expertinnen und Experten werden in *WgÖ* zentrale Stakeholder (Bundesministerien, NGOs, Interessenvertretungen sowie weitere wissenschaftliche Institutionen) im Rah-

men von „runden Tischen“ eingebunden. Dies garantiert eine möglichst breite Abstimmung und Akzeptanz des Indikatorensets.⁴ Die Schlüsselindikatoren von *WgÖ* 2020 sind in Übersicht 1 abgebildet.

Übersicht 1

Indikatorenset BIP + 30 Schlüsselindikatoren

Wohlfahrt 	Lebensqualität 	Umwelt 
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf real	Subjektive Lebenszufriedenheit	Inländischer Materialverbrauch
Arbeitsproduktivität	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung	Flächen mit biolog. Bewirtschaftung
Nicht bezahlte Arbeit	Subjektiver Gesundheitszustand	Flächenversiegelung – neu
Einkommen privater Haushalte pro Kopf	Frühzeitige Sterblichkeit	Treibhausgasemissionen insgesamt
Konsum privater Haushalte pro Kopf	Tertiärquote	Feinstaub-Exposition PM _{2,5}
Erwerbstätigenquote	Frühe Schul- u. Ausbildungsabgänge	Erneuerbare Energieträger
Arbeitslosenquote	Physisches Unsicherheitsempfinden	Energetischer Endverbrauch
Hohe/niedrige Nettojahreseinkommen – neu	Tötungsrate	Energieverbrauch des Verkehrs
Gender Pay Gap	Vertrauen in das politische System	Transportleistung des Lkw-Verkehrs
S80/S20-Einkommensquintilsverhältnis	Wohnkostenüberbelastung (<40 % EK)	Treibhausgasemissionen des Verkehrs
Öffentlicher Schuldenstand – neu		

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Der aktuelle Bericht gliedert sich wie folgt: Kapitel 1 zeichnet den Hintergrund des *WgÖ*-Indikatorensets. In Kapitel 2 werden die nationalen und internationalen Entwicklungen des Bereichs „materieller Wohlstand“ untersucht. Kapitel 3 setzt sich mit dem Themenfeld „Lebensqualität“ national und im EU-Vergleich auseinander und diskutiert die jeweiligen Indikatoren im Zeitverlauf. Kapitel

4 widmet sich umfassend dem Bereich Umwelt auf nationaler und internationaler Ebene. In Kapitel 5 wird Österreich im EU-Vergleich dargestellt und analysiert. Kapitel 6 gibt einen abschließenden Ausblick und thematisiert Datenlücken. In Kapitel 2, 3 und 4 wird jeweils ein kurzer Ausblick auf mögliche Auswirkungen der COVID-19-Krise im Jahr 2020 geboten.

⁴ Weitere Informationen zur Entstehungsgeschichte liefert die Internetseite „[Was ist Wie geht's Österreich?](#)“ sowie der Hintergrundbericht „Wie geht's Österreich – Messung von Wohlstand- und Fortschritt – Implementierung der SSF/ESS Empfehlungen“ (Pesendorfer et al. 2012).

1.2

Gremium wissenschaftlicher Expertinnen und Experten



© WIFO/Eric Krügl

Univ.-Prof. Dr. Christoph Badelt

Professor Christoph Badelt ist seit 1. September 2016 Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO). Er ist österreichischer Volkswirt und emeritierter Professor für

Wirtschafts- und Sozialpolitik an der Wirtschaftsuniversität Wien. 1984 erfolgte seine Habilitation an der WU. Bis zu seiner Ernennung zum Rektor der Universität im Jahr 2002 war er in mehreren leitenden Positionen an der WU tätig. Professor Badelt war auch Vorsitzender der Österreichischen Universitätenkonferenz. Er ist (Mit-)Autor von 17 Büchern und Verfasser von zahlreichen wissenschaftlichen Beiträgen in Sammelbänden und Zeitschriften. In seinen Arbeiten setzt er sich vor allem mit den aktuellen Problemen und Konflikten im Sozialstaat und den denkbaren Lösungsansätzen auseinander. 2015 beendete er seine Tätigkeit als Rektor.



© Luiza Putu

Univ.-Prof. Dr. Alexia Fürnkranz-Prskawetz

Alexia Fürnkranz-Prskawetz ist Professorin für Mathematische Ökonomie an der TU Wien, stellvertretende Direktorin des Instituts für Demographie/ÖAW,

Direktorin am Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital, sowie Forscherin am International Institute of Applied Systems Analysis (IIASA). Sie studierte Wirtschaftsmathematik an der TU Wien und absolvierte ein Postgraduate Program an der University of Chicago und der University of California, Berkeley. Nach ihrer Habilitation an der TU Wien 1998 leitete sie für fünf Jahre eine Nachwuchsgruppe zu „Bevölkerung, Ökonomie und Umwelt“ am Max-Planck-Institut für Demographische Forschung in Rostock. Ihre wissenschaftlichen Arbeiten umfassen Themen der Bevölkerungsökonomie, Wachstumstheorie und Umweltökonomie. Sie ist wirkliches Mitglied der ÖAW und Mitglied der Leopoldina (Nationale Akademie der Wissenschaften).



© primphoto

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma

Jesús Crespo Cuaresma ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien, Direktor für ökonomische Analyse am Wittgenstein Centre

for Demography and Global Human Capital sowie Forscher am International Institute of Applied Systems Analysis (IIASA). Er studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Sevilla und promovierte an der Universität Wien. Er hat zahlreiche Artikel in renommierten wissenschaftlichen Zeitschriften zu Themen der Makroökonomik, Wachstumstheorie und angewandte Ökonometrie veröffentlicht und ist zudem als wissenschaftlicher Berater der Weltbank und des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung tätig.



© Luiza Putu

Univ.-Prof. Dr. Sabine Theresia Köszegi

Sabine Theresia Köszegi ist seit 2009 Professorin für Arbeitswissenschaft und Organisation am Institut für Managementwissenschaften der TU Wien. Sie hat ein

Doktorat in Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sowie eine Venia Legendi für das Fach Betriebswirtschaftslehre der Universität Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Schnittmenge von Technologie, Arbeit und Organisation sowie Genderforschung. Seit August 2017 ist Sabine Theresia Köszegi Vorsitzende des Österreichischen Rats für Robotik und Künstliche Intelligenz und seit Juni 2018 ist sie Mitglied der High Level Expert Group on Artificial Intelligence der Europäischen Kommission.



© privat

Univ.-Prof. Dr. Nadia Steiber

Nadia Steiber ist Professorin für Sozialstrukturanalyse und Quantitative Methoden am Institut für Soziologie an der Universität Wien, Fellow am Institut für Höhere Studien (IHS) und Gast-

forscherin am International Institute of Applied Systems Analysis (IIASA). Sie promovierte am Nuffield College der Universität Oxford (2007) und forschte danach als Postdoc an der Wirtschaftsuniversität Wien (2007 bis 2008) sowie als „Marie Curie“ bzw. „Max Weber“ Fellow am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz (2009 bis 2012). Danach war sie Universitätsassistentin am Institut für Wirtschaftssoziologie der Universität Wien (2013 bis 2018) und Senior Researcher am IHS (2018 bis 2020). Im Oktober 2020 erhielt sie die Venia Legendi für das Fachgebiet ‚Sozioökonomie‘. Ihre aktuellen Forschungsschwerpunkte sind im Bereich Arbeitsmarkt und Beschäftigung, soziale Mobilität und soziale Ungleichheit, Gesundheit und Wohlbefinden sowie Familiensoziologie.



© privat

Univ.-Prof. Dr. Hannelore Weck-Hannemann

Hannelore Weck-Hannemann ist seit 1994 Professorin am Institut für Finanzwissenschaft der Universität Innsbruck (seit Oktober 2020 Emerita) und außerdem

Mitglied von CREMA (Center for Research in Economics, Management and the Arts, Basel). Sie hat an den Universitäten Konstanz und Zürich studiert und ist seit 2003 Titularprofessorin an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich. Erste Berufungen führten sie an die ETH Zürich sowie die Humboldt-Universität zu Berlin. In Innsbruck war sie u.a. Dekanin der Fakultät für Volkswirtschaft und Statistik (2008 bis 2017) und Sprecherin des interdisziplinären Forschungsschwerpunkts „Alpiner Raum – Mensch und Umwelt“ (2012 bis 2017). Von 2005 bis 2011 war sie zudem Präsidentin des Österreichischen Akkreditierungsrates. Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich der Finanzwissenschaft und der ökonomischen Theorie der Politik sowie von umweltökonomischen und geschlechtsspezifischen Themenstellungen.



© foto furgler

Univ.-Prof. Dr. Karl W. Steininger

Karl W. Steininger ist Professor für Klimaökonomik und Nachhaltige Transition am Wegener Center für Klima und Globalen Wandel der Universität Graz, dessen stellvertretender

Institutsdirektor, Präsident der Nationalökonomischen Gesellschaft sowie Vorsitzender der Monitoring-Gruppe Klimaübereinkommen und Verkehr. Er studierte Wirtschaftsinformatik und Volkswirtschaftslehre an der TU Wien und der UC Berkeley und promovierte an der Universität Wien. Er hat zahlreiche Artikel in renommierten wissenschaftlichen Zeitschriften zu Themen der Verkehrs-, Klima- und Umweltökonomik sowie Außenhandel veröffentlicht und war bzw. ist zudem als wissenschaftlicher Berater der Weltbank, der OECD und der österreichischen Bundesregierung tätig.



© privat

Univ.-Prof. Dr. Rudolf Winter-Ebmer

Rudolf Winter-Ebmer ist seit 2005 Professor für Labour Economics am Institut für Volkswirtschaftslehre der JKU Linz. 2003 begann er zudem mit seiner

Tätigkeit als Forschungsprofessor am Institut für Höhere Studien (IHS) in Wien. Seit 2015 leitet er das Christian-Doppler-Labor „Aging, Health and the Labour Market“. Er studierte von 1981 bis 1985 Ökonomie an der JKU, an der er 1991 promovierte. Rudolf Winter-Ebmer ist Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften (Leopoldina) und Research Fellow beim CEPR (London) sowie am IZA (Bonn). Seine Forschungsschwerpunkte liegen u.a. im Feld der Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Bildungsökonomie sowie der Politikevaluierung. 2021 wird er Präsident der Nationalökonomischen Gesellschaft sein.

1.3

Bewertung der Schlüsselindikatoren

Die Bewertung der Schlüsselindikatoren erfolgt im Rahmen von *WgÖ* durch ein externes Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten (siehe Kapitel 1.2). Dabei wird die Entwicklung und das Niveau der Indikatoren bewertet, die durch politische Maßnahmen oder soziale, wirtschaftliche oder umweltrelevante Entwicklungen wie etwa die COVID-19-Krise beeinflusst werden können.

Jeder Schlüsselindikator wird anhand seiner Entwicklung und seines Niveaus bewertet, also z.B. das nationale BIP pro Kopf im Vergleich zur EU-28. Liegen für die Indikatoren verbindlich vereinbarte politische Zielsetzungen wie die Europa-2020-Ziele (Europäische Kommission 2010) vor, kann die Entfernung vom oder die Erreichung des Zielpfads als wichtiges Beurteilungskriterium herangezogen werden.

Die Bewertung der Schlüsselindikatoren erfolgt anhand ihrer Entwicklung und ihres Niveaus durch ein Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten (siehe Kapitel 1.2). Statistik Austria nimmt auf die Bewertung der einzelnen Indikatoren keinen Einfluss.

Bewertet werden nur jene Schlüsselindikatoren, für die eine zumindest dreijährige Zeitreihe verfügbar ist. Die Bewertungen werden im Rahmen eines jährlichen Bewertungsgesprächs durch das externe Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten vorgenommen. Die Bewertung erfolgt gemäß einer 5-teiligen Skala (siehe Übersicht 2). Gegenstand sind kurzfristige (KF) und langfristige (LF) Entwicklungen: Während die kurzfristige Perspektive auf die letzten drei Jahresdaten fokussiert, bezieht sich die langfristige Bewertung auf die gesamte verfügbare Zeitreihe eines Indikators, zumindest jedoch auf zehn Jahre.

Viele der Indikatoren stehen in einem interdependenten Zusammenhang zueinander. So kann eine positive wirtschaftliche Entwicklung positiv auf die Reduktion der Armut wirken und zugleich negative Folgen für die Umwelt haben. Beides ist freilich nicht zwingend.

Übersicht 2

Bewertungsskala 5-teilig

5-teilige Bewertungsskala		
	KF	Sehr gute Entwicklung bzw. sehr gutes Niveau in den letzten zwei Jahren im Vergleich zu vorangegangenen Jahren. Bei fortlaufendem Trend ist die Zielerreichung gewährleistet oder wird übertroffen.
	LF	Der langfristige Trend zeigt eine deutlich positive und nachhaltige Entwicklung bzw. ein sehr gutes Niveau. Dieser Trend gewährleistet die Erreichung etwaiger definierter Ziele.
	KF	Tendenziell positive Entwicklung bzw. tendenziell gutes Niveau in den letzten zwei Jahren im Vergleich zu vorangegangenen Jahren. Der Trend geht in die richtige Richtung betreffend Ziel, jedoch unter notwendigem Verlauf.
	LF	Der langfristige Trend bzw. das Niveau ist tendenziell positiv zu bewerten. Die Entwicklung bleibt aber moderat hinter der notwendigen Entwicklung in Bezug auf die Zielerreichung zurück.
	KF	Minimale Veränderungen bzw. gleichbleibender Status auf mittlerem Niveau.
	LF	Der langfristige Trend lässt keine eindeutige positive oder negative Entwicklung auf mittlerem Niveau erkennen.
	KF	Tendenziell negative Entwicklung bzw. tendenziell negatives Niveau in den letzten zwei Jahren im Vergleich zu vorangegangenen Jahren. Der Trend geht in die falsche Richtung betreffend Ziel; Zielerreichung ist nicht gewährleistet/schwierig.
	LF	Der langfristige Trend bzw. das Niveau ist tendenziell negativ zu bewerten bzw. entwickelt sich leicht gegenläufig in Bezug auf die Zielerreichung.
	KF	Deutlich negative Entwicklung bzw. deutlich negatives Niveau in den letzten zwei Jahren im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren. Trend geht deutlich in die falsche Richtung betreffend Ziel, Zielerreichung unwahrscheinlich.
	LF	Der langfristige Trend bzw. das Niveau ist deutlich negativ zu bewerten bzw. entwickelt sich stark gegenläufig in Bezug auf die Zielerreichung.

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich? – KF = kurzfristige Bewertungen der letzten drei Jahresdaten, LF = langfristige Bewertung der gesamten Zeitreihe (mindestens zehn Jahre, längstens ab 2000).

Um eine konsistente Bewertung durchführen zu können, wird jeder Indikator für sich beurteilt und nicht in Bezug auf seine Wirkung in anderen Bereichen. Die Gegenüberstellung der Indikatoren in den Bereichen materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt ermöglicht jedoch eine umfassendere Sicht auf den gesellschaftlichen Fortschritt.

Steigender Konsum etwa wird demnach im Rahmen von *WgÖ* selbst dann positiv bewertet, wenn er mit negativen Auswirkungen auf andere Bereiche, wie Ressourcenverbrauch oder Verschuldung etc., einhergeht. Folglich müssen zur Beantwortung der Frage, ob die aktuelle Entwicklung zuträglich für die ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit ist, Wechselwirkungen zwischen den Indikatoren zusätzlich berücksichtigt werden. Die Gegenüberstellung der Indikatoren in den Bereichen materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt in *WgÖ* ist demnach ein Schritt in diese Richtung, auch wenn die Bewertung der einzelnen Indikatoren einzeln erfolgt. Dieses Vorgehen folgt den Empfehlungen von Stiglitz et al.

(2009, S. 16f). Dabei gelangt folgender Bewertungsmodus zur Anwendung (Übersicht 3):

Übersicht 3 Bewertungsmodus

Voraussetzung für die Bewertung

Der Indikator muss eindeutig interpretierbar sein (z.B. mehr ist besser) bzw. ein verbindliches Ziel (z.B. Europa 2020) haben.

Grundlegendes

Die Bewertung erfolgt anhand einer 5-teiligen Skala.

Es wird grundsätzlich der Verlauf des Indikators in seiner Logik bewertet (z.B. BIP: Anstieg ist positiv, auch wenn dies nachteilige Folgen für die Umwelt haben kann).

Das Niveau wird mitberücksichtigt, die Berücksichtigung einer Referenzgröße (z.B. BIP, internationaler Vergleich) kann die Bewertung entsprechend verbessern/verschlechtern.

Das absolut mögliche Niveau wird ebenfalls beachtet (z.B.: Abflachen der Kurve bei Werten nahe 0 oder 100%).

Kurzfrist / Langfrist

Kurzfrist: die letzten drei verfügbaren Jahresdaten

Langfrist: die gesamte Zeitreihe, sofern mindestens zehn Jahre verfügbar sind

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

1.4

Überarbeitungsprozess 2020

Ein wesentlicher Aspekt von *WgÖ* ist, dass der Bericht und das Indikatorenset laufend weiterentwickelt werden. Dies erfolgt in enger Abstimmung mit dem externen Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten sowie weiteren Stakeholdern. Nach verschiedenen Anpassungen über die Jahre und dem weitgehenden Überarbeitungsprozess 2017, welcher die UN Agenda 2030 im Fokus hatte, wurden auch 2020 mit der Neubesetzung des externen Gremiums wissenschaftlicher Expertinnen und Experten einige Neuerungen vorgenommen und *WgÖ* so abermals weiterentwickelt.

Die aktuelle Überarbeitung des Indikatorensets erfolgte innerhalb der konzeptionellen Vorgaben von *WgÖ* und in Linie mit den wesentlichen Empfehlungen der Sponsorship Group. Um nicht nur die Entwicklung, sondern auch das Niveau der Indikatoren stärker in den Blick zu nehmen, finden sich nun in den Grafiken zu den Schlüsselindikatoren – soweit verfügbar – verstärkt Vergleichswerte zum Durchschnitt der EU-28. Das ermöglicht z.B. leichte Verbesserungen auf sehr schlechtem Niveau oder leichte Verschlechterungen auf exzellentem Niveau besser einzuordnen. Dies wurde auch vom externen Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expertinnen und Experten bei der Bewertung berücksichtigt.

In der 2020er-Auflage von *WgÖ* wurde die Anzahl der Schlüsselindikatoren gleich belassen (BIP + 30). Im Bereich „Materieller Wohlstand“ wurde ein neuer Indikator „Öffentlicher Schuldenstand“ aufgenommen, um die Solidität der öffentlichen Finanzen mit in den Blick zu nehmen. Dies war bislang gänzlich unberücksichtigt geblieben, zudem liegt in Bezug auf diesen Indikator ein verbindliches EU-Ziel vor. Im Bereich Umwelt wurde dafür auf den vormals neutral gewerteten Indikator „Anteil der Ökosteuern am BIP“ verzichtet, da Steuern keine Zielgröße, sondern ein Politikinstrument darstellen. Die Darstellung und Bewertung von Politikmaßnahmen ist jedoch kein Anliegen von *WgÖ*. Zudem würde mit einem Rückgang der Umwelt-

verschmutzung, auf die sich die Ökosteuer bezieht, der Anteil der Ökosteuern am BIP zurückgehen; dies negativ zu bewerten, wäre kontraintuitiv.

Weiterhin wurde im Bereich „Materieller Wohlstand“ der Schlüsselindikator zu den hohen und niedrigen Bruttojahreseinkommen von unselbständig Erwerbstätigen durch hohe und niedrige Nettojahreseinkommen ersetzt, da die Konsum- und auch Ersparnismöglichkeiten der Haushalte nicht durch die Brutto-, sondern die Nettoeinkommen bestimmt wird. Im Bereich Lebensqualität gab es keine Änderungen bei den Schlüsselindikatoren. Im Bereich Umwelt wurde der Indikator zur Flächeninanspruchnahme durch den Schlüsselindikator der Flächenversiegelung (als Anteil am Dauersiedlungsraum) ersetzt, da dieser als umweltschädlicher angesehen wird.

Darüber hinaus wurden redaktionelle Anpassungen vorgenommen sowie einige Zusatzinformationen und -indikatoren geändert bzw. ergänzt. Teilweise resultierten die Änderungen auch daraus, dass Vergleichsdaten zur EU-28 nun – wenn möglich – vermehrt direkt in den Grafiken zu den Indikatoren und nicht mehr gesondert dargestellt werden.

WgÖ ist als dynamischer Prozess zu verstehen. Weiterentwicklungen sind auch in den kommenden Jahren erwünscht. Dabei spielt der Input des externen Gremiums wissenschaftlicher Expertinnen und Experten eine wichtige Rolle. Zudem sind Hinweise von weiteren Stakeholdern aus Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung im Rahmen der jährlichen Stakeholder-Konferenzen und darüber hinaus herzlich willkommen!

Statistik Austria lädt dazu ein, Hinweise, Kommentare und Weiterentwicklungsvorschläge zum Projekt *WgÖ* an die Adresse wie-gehts-oesterreich@statistik.gv.at zu senden.

1.5 Kommunikation und Dissemination

Die Aufgabe der Statistik Austria ist laut Bundesstatistikgesetz, Daten über die demographischen, kulturellen, ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten in Österreich zu erheben und den Bundesorganen, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Die Aufbereitung und Verbreitung des Datenmaterials spielen demnach eine wichtige Rolle. So richtet sich auch die Kommunikation von *WgÖ* an verschiedene Nutzergruppen, die unterschiedliche Zugänge zu den Indikatoren und Informationen haben.

Erstens ermöglicht *WgÖ* interessierten Bürgerinnen und Bürgern, sich einen Überblick über Entwicklung und Niveau verschiedener Indikatoren zu verschaffen. Zweitens können sich auch Medienvertreterinnen und -vertreter umfassend und schnell über die relevanten Entwicklungen der vergangenen Jahre informieren und auf dieser Basis der breiteren Öffentlichkeit berichten. Drittens dient das *WgÖ*-Set Entscheidungsträgerinnen und -trägern in Politik und Wirtschaft als eine Datengrundlage für evidenzbasierte Entscheidungen. Und viertens soll das Indikatorenset die Fachwelt zu wissenschaftlichen Analysen anregen, die detaillierte Ergebnisse über Zusammenhänge und Einflussgrößen zutage fördern können.

WgÖ wird seit 2013 jährlich als umfassender Bericht publiziert. Daneben wird auch eine Kurzfassung angeboten und beides in einer Pressekonferenz der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt. Artikel in den Statistischen Nachrichten von Statistik Austria, Medienbeiträge und Vorträge ergänzen den Disseminationsprozess. Um den Bedürfnissen der unterschiedlichen Nutzergruppen besser gerecht zu werden, erfolgt die Darstellung der Indikatoren auf der Website von Statistik Austria auf drei Ebenen (siehe: www.statistik.at/wie-gehts-oesterreich): Eine interaktive Überblicksgrafik ermöglicht auf oberster Ebene den Vergleich der vergangenen Entwicklung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Schlüsselgrößen zu Wohlstand und Fortschritt (Grafik 1). Die Schlüsselgrößen können vom Nutzer selbst gewählt werden.

Auf der nächsten Ebene (Grafik 2) wird die zeitliche Entwicklung – sofern Daten vorhanden – der Schlüsselindikatoren dargestellt und eine Beschreibung des jeweiligen Indikators sowie die Bewertung durch das externe Gremium wissenschaftlicher Expertinnen und Experten angeboten. Auf der untersten Ebene 3 sind schließlich alle Zusatzindikatoren dargestellt. Dies ermöglicht eine klare

Unterscheidung zwischen Schlüssel- und weiteren Indikatoren. Zudem sind zusätzliche Detail- und Metainformationen zu den jeweiligen Inhalten abrufbar.

Grafik 1 Ebene 1 der Website



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Grafik 2 Ebene 2 der Website



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

1.6 Internationaler Kontext

Die Sustainable Development Goals (= SDGs) der UN Agenda 2030 stellen weltweit den politischen Rahmen zur Erreichung ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit dar. Die UN Agenda 2030 wurde im September 2015 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen anerkannt. Auch die EU betont die Bedeutung der Ziele für die nachhaltige Entwicklung. Dies wird insbesondere in den Strategien Europa 2020 und Agenda 2030 deutlich. *WgÖ* kann in diesen internationalen Kontext eingeordnet werden.

In den vergangenen Jahren entwickelte sich international eine breite Debatte darüber, was Fortschritt im 21. Jahrhundert bedeutet und wie gesellschaftliches Wohlbefinden gemessen werden soll. Eine Reihe von Initiativen auf internationaler Ebene (z.B. *How's Life?* und *Green Growth* der OECD oder die *Sustainable Development Indicators* von Eurostat im Zusammenhang mit der Agenda 2030) befassen sich seit einiger Zeit mit der Messung und Interpretation von Wohlstand, Lebensqualität und sozialem und nachhaltigem Fortschritt einer Gesellschaft.

Die UN Agenda 2030 und Initiativen wie *How's Life?* (OECD), *Green Growth* (OECD) oder das Konzept der EU Agenda 2030 folgen dem Grundgedanken, dass die Messung von Wohlstand und gesellschaftlichem Fortschritt über das BIP hinausgehen und ökonomische, ökologische und soziale Entwicklungen abdecken muss.

1.6.1 Die UN Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung

Die UN Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung wurde am 25. September 2015 im Zuge des United Nations Sustainable Development Summit auf der Vollversammlung von den Staatsoberhäuptern der UN-Mitgliedsstaaten in New York verabschiedet. Dem Gipfel vorausgegangen ist

die Erarbeitung weltweiter Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs). Diese lösten die 2015 ausgelaufenen Millennium Development Goals (MDGs) ab und gelten bis 2030. Im Gegensatz zu den MDGs, die sich auf die Entwicklungsländer konzentrierten, sind SDGs global für alle Länder gültig. In ihrem Zentrum steht eine breite Auffassung vom Wohlbefinden der Menschen wie auch das umfängliche Ziel einer ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit. Die Open Working Group on Sustainable Development Goals (OWG) hat dafür 17 Ziele (Goals, siehe Grafik 3) mit 169 Unterzielen (Targets) vorgeschlagen. Einen umfassenden Überblick über die Agenda 2030 bietet die Sustainable Development Goals (SDGs) Knowledge Platform der Vereinten Nationen.

Grafik 3
17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung



Q: UN, <http://unstats.un.org/sdgs/>

Eine große Herausforderung stellt das Monitoring der SDGs dar. Die Inter-Agency and Expert Group on SDG Indicators (IAEG-SDGs) wurde mit der Ausarbeitung eines globalen SDG-Indikatorenrahmenwerks betraut. Der daraus resultierende Vorschlag wurde auf der Sitzung der UN Statistical Commission (48. Sitzung, März 2017) angenommen. Die UN-Indikatorenliste wird auf globaler Ebene seit ihrer Erstellung jährlich überarbeitet bzw. weiterentwickelt. Im Jahr 2020 fand ein breit angelegter Überarbeitungsprozess statt. Seitdem besteht das UN-Indikatorenset aus 247 Indikatoren (bzw. 231 Indikatoren mit teilweiser Mehrfachnennung). Durch diese Indikatoren kann festgestellt werden, ob man den beabsichtigten Zielen nähergekommen ist bzw. wo möglicherweise größere Anstrengungen erforderlich sind.

Das internationale Indikatorenrahmenwerk wird durch regionale (EU) und nationale Indikatorensets ergänzt.

Für das regionale Monitoring der UN Agenda 2030 entwickelte Eurostat eine Liste von 100 EU SDG Indikatoren. Diese werden den 17 Zielen zugeordnet. Jährlich wird ein entsprechender Monitoringbericht veröffentlicht (Eurostat, 2020). Zur weiteren Information steht eine umfassende [EU-Website zur Nachhaltigen Entwicklung/SDG](#) zur Verfügung.

Wiewohl beide Indikatorensets – die Agenda 2030 und *WgÖ* – auf unterschiedlichen Konzepten beruhen, nämlich einerseits dem Anspruch der umfassenden Messung der Nachhaltigkeit und andererseits der Erfordernis, ein überschaubares, politikrelevantes Indikatorenset zu Wohlstand und Fortschritt in Ergänzung zum BIP zu entwickeln (Beyond GDP), stimmen sie doch in wesentlichen Punkten überein: Beide fokussieren etwa auf ökonomische, ökologische und soziale Bereiche, welche mit ausgewählten Indikatoren gemessen werden sollen.

Dementsprechend ist es naheliegend, Synergien zwischen den Indikatorensets zu betrachten. So sind alle Schlüsselindikatoren von *WgÖ* auch im [nationalen SDG-Indikatorenset](#) enthalten, das von Statistik Austria seit 2017 erstellt und laufend weiterentwickelt wird.

1.6.2 EU: „Beyond GDP“-Prozess

Im November 2007 veranstaltete die Europäische Kommission gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, dem Club of Rome, dem WWF und der OECD eine Konferenz mit dem Titel „Beyond GDP“. Zentrales Ziel der Beyond GDP-Konferenz war es zu klären, welche Kennzahlen als Ergänzung zum BIP Fortschritt am ehesten zu messen vermögen und wie man sie bestmöglich dem politischen Entscheidungsprozess zur Verfügung stellen und in der öffentlichen Debatte verankern könne.

Am 20. August 2009 veröffentlichte die Europäische Kommission ihre Mitteilung „Das BIP und mehr: Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel“ (Europäische Kommission 2009c). Die Mitteilung skizziert in fünf Schlüsselaktionen, wie Fortschrittsindikatoren so verbessert werden könnten, dass sie soziale, technische und politische Entwicklungen optimal abbilden.

Am 21. September 2009 bestätigte der Umweltrat, dass zunehmend Einigkeit darüber besteht, das BIP durch zusätzliche Indikatoren zu ergänzen, die ein genaueres Bild des ökonomischen, ökologischen und sozialen Fortschritts zeichnen.

1.6.3 Europäisches Statistisches System (ESS) Sponsorship Group – Stiglitz, Sen, Fitoussi

Die Kommission zur Messung der Wirtschaftsleistung und des sozialen Fortschritts unter Beteiligung der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph E. Stiglitz und Amartya K. Sen („Stiglitz-Kommission“) wurde Anfang 2008 mit dem Ziel ins Leben gerufen, die wachsende Kluft zwischen den klassischen Wirtschaftskennzahlen auf der einen Seite und der individuellen, subjektiven Wahrnehmung von Fortschritt und Wohlbefinden auf der anderen Seite zu verringern. Die Stiglitz-Kommission empfahl in ihrem abschließenden Bericht vom September 2009 ([„Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report“](#), Stiglitz et al. 2009), die Betrachtung des Fortschritts einer Gesellschaft durch Informationen über die Entwicklung des materiellen Wohlstands auf Ebene der privaten Haushalte sowie durch Indikatoren über verschiedene Dimensionen der Lebensqualität und der umweltbezogenen Nachhaltigkeit zu ergänzen.

Das oberste Statistikgremium der EU, der Ausschuss des Europäischen Statistischen Systems (ESSC), initiierte ein gemeinschaftliches Projekt mit dem Ziel, die Empfehlungen des Stiglitz-Sen-Fitoussi-Reports sowie die Kommunikation der Europäischen Kommission (Beyond GDP) in konkrete Handlungsfelder für das ESS zu übersetzen. Organisiert wurde dies in Form der [„Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development“](#), in der hohe Repräsentantinnen und Repräsentanten der Mitgliedstaaten – unter Teilnahme von Statistik Austria – zusammenarbeiteten.

Im November 2011 wurden vom Europäischen Statistischen System (ESS) die Empfehlungen der Sponsorship Group übernommen. Die Vorschläge laut Sponsorship Report wurden damit ein integraler Teil des [Europäischen Statistischen Programms 2013 bis 2017](#). Nationale Initiativen von EU-Ländern (wie auch „*WgÖ*“) bauten ihre Indikatorensets im Wesentlichen auf diesen Empfehlungen auf, eine EU-weite Harmonisierung der Indikatorenauswahl konnte allerdings bislang nicht erreicht werden. Insofern kann Österreich im europäischen Kontext als einer der Vorreiter gesehen werden.

1.6.4 EU: Europa-2020-Strategie

Die Berücksichtigung eines mehrdimensionalen Ansatzes von Fortschritt und Wohlstand wurde auch mit der Europa-2020-Strategie (Europäische Kommission 2010) verfolgt. Am 17. Juni 2010 beschloss der Europäische Rat fünf Kernziele, die im Zentrum der Strategie stehen (Übersicht 5).

Übersicht 5 Kernziele der Europa-2020-Strategie

Beschäftigung

75% der 20- bis 64-Jährigen sollen in Arbeit stehen.

Forschung & Entwicklung

3% des BIP der EU sollen für Forschung und Entwicklung aufgewendet werden.

Klimawandel & nachhaltige Energiewirtschaft

Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20% (oder sogar um 30%, sofern die Voraussetzungen hierfür gegeben sind)¹ gegenüber dem Niveau von 1990;

Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20%;

Steigerung der Energieeffizienz um 20%.

Bildung

Verringerung der Quote frühzeitiger Schulabgängerinnen und -gänger auf unter 10%;

Steigerung des Anteils der 30- bis 34-Jährigen mit abgeschlossener Hochschulbildung auf mindestens 40%.

Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

Die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Menschen soll um mindestens 20 Millionen gesenkt werden.

Q: Eurostat. - ¹ Eine Verringerung der Treibhausgase von 30% gegenüber 1990 wird angestrebt, sofern sich die anderen Industrieländer zu vergleichbaren Emissionsreduzierungen verpflichten und die Entwicklungsländer einen ihren Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten entsprechenden Beitrag leisten.

1.6.5 EU: klima- und energiepolitischer Rahmen bis 2030

Über die Strategie 2020 hinausgehend wurde in den letzten Jahren der Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 von der Europäischen Union festgelegt. Dieser umfasst EU-weite Zielvorgaben und politische Ziele für den Zeitraum 2021 bis 2030 und wurde vom Europäischen Rat im Oktober 2014 angenommen. Im Jahr 2018 wurden die Zielvorgaben für erneuerbare Energiequellen und Energieeffizienz nach oben korrigiert.

Zentrale Ziele für 2030 sind:

- Senkung der Treibhausgasemissionen um mindestens 40% (gegenüber 1990)
- Erhöhung des Anteils von Energie aus erneuerbaren Quellen auf mindestens 32%
- Steigerung der Energieeffizienz um mindestens 32,5%.

Durch die Senkung der Treibhausgasemissionen um 40% soll die EU auf eine klimateureale Wirtschaft hinarbeiten und ihre Verpflichtungen im Rahmen des Übereinkommens von Paris umsetzen.

Um diese Zielvorgabe zu verwirklichen

- müssen die unter das EU-Emissionshandelssystem (EHS) fallenden Wirtschaftszweige ihre Emissionen um 43% gegenüber dem Stand von 2005 senken. Hierfür muss das EHS für den Zeitraum nach 2020 überarbeitet werden;
- müssen nicht unter das EHS fallende Wirtschaftszweige ihre Emissionen um 30% gegenüber dem Stand von 2005 senken. Hierfür wurden individuelle verbindliche Zielvorgaben für die einzelnen Mitgliedstaaten festgelegt. Für Österreich wird eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 36% angestrebt.

Als Teil des europäischen Grünen Deals will die Kommission dieses EU-Ziel auf mindestens 50% anheben und 55% anstreben. Bis zum Jahr 2050 wird Klimaneutralität angestrebt, es sollen dann keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden. Die genaue Umsetzung wird aktuell diskutiert.

1.6.6 OECD: „Better Life“ und „Green Growth Initiativen“

Im Mai 2011 wurde anlässlich des 50. Geburtstags der OECD die Better Life Initiative ins Leben gerufen, in der man die Aktivitäten der Organisation zur Wohlstands- und Fortschrittsmessung zusammenfasste. „How's Life?“ betrachtet die Entwicklungen von Indikatoren zum Wohlbefinden von Individuen und Haushalten und analysiert Zusammenhänge und Einflüsse. Zudem umfasst die OECD-Initiative das interaktive Tool „Your Better Life Index“ (BLI). Der Fokus wird dabei insbesondere auf die Dimensionen der Lebensqualität gelegt, wie sie von Stiglitz et. al. (2009) vorgeschlagen wurden. Untersucht werden sowohl durchschnittliche Lebensbedingungen der Haushalte als auch spezifischer Bevölkerungsgruppen in der OECD. Neben dieser stark analytischen Dimension setzt die OECD mit dem BLI verstärkt auf Kommunikation und Breitenwirkung ihrer Initiative. Der BLI ist ein interaktives Instrument, durch das man herausfinden kann, wie Länder im Vergleich abschneiden und das es ermöglicht, die einzelnen Komponenten des Wohlbefindens nach eigenen Vorstellungen zu gewichten. Im März 2020 wurde der aktuelle Bericht zu „Better Life“ veröffentlicht (OECD 2020).

Das oberste Ziel der „Green Growth Strategie“ (aktuellster Bericht OECD 2017b) für umweltverträgliches Wachstum ist die Schaffung von Anreizen, die zur Erhöhung des Wohlergehens beitragen, indem sie z.B. die Ressourcenproduktivität verbessern.



2

Materieller Wohlstand

Moderates Wachstum des realen BIP pro Kopf

BIP pro Kopf wuchs 2019 real um 1,0%

Leichter Anstieg bei Einkommen

Einkommen der privaten Haushalte
stieg real pro Kopf um 1,0%

Rückgang der Arbeitslosenquote

Arbeitslosenquote sank 2019
auf 4,5% (EU-28 6,3%)

2.1

Dimensionen des materiellen Wohlstands

Der materielle Wohlstand eines Landes wird häufig mit der Höhe des Bruttoinlandsprodukts (BIP) assoziiert, und tatsächlich kann der ökonomische Entwicklungsstand eines Landes gut daran abgelesen werden. Das BIP ist immer noch die verbreitetste Kennzahl wirtschaftlicher Performance. Es bildet die aggregierte Angebotsseite einer Volkswirtschaft ab. Die Berechnung des BIP beruht auf internationalen Standards, die durch das ESVG 2010 aktualisiert wurden. Als zentrale Kennziffer für die Produktionsseite der Wirtschaft findet sich das BIP auch im Indikatorenset *WgÖ* wieder. Der Lebensstandard der Bevölkerung lässt sich daran aber nicht automatisch ablesen. Der materielle Wohlstand eines Landes wird nicht nur von der Größe der wirtschaftlichen Produktion bestimmt, sondern auch vom Einkommen, den Konsummöglichkeiten sowie von der Einkommens- und Vermögensverteilung.

Wie der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report (Stiglitz et al. 2009, S. 85) verdeutlicht, korreliert das Niveau des BIP mit vielen Indikatoren des Lebensstandards. Allerdings kann das BIP naturgemäß nicht alle Aspekte von Wohlstand und Fortschritt in einer Gesellschaft abbilden, manche weisen auch negative Korrelationen auf. Wie in der Mitteilung der Europäischen Kommission an den Rat und das Europäische Parlament (Europäische Kommission 2010c, S. 2) zum Thema „Das BIP und mehr“ festgehalten, misst dieses „weder die Nachhaltigkeit im Umweltbereich noch die soziale Integration. Diese Einschränkungen müssen aber berücksichtigt werden, wenn das BIP in politischen Analysen und Diskussionen herangezogen wird“. Folglich ist die Konzentration auf diesen einen Indikator unzureichend, wenn Aussagen über das Wohlbefinden der Bevölkerung getroffen werden sollen.

Inwiefern lässt sich aber der materielle Wohlstand der Bevölkerung durch andere Kennzahlen besser beleuchten? Die Empfehlungen von Stiglitz et al. (2009, S. 12ff) stellen klar, dass grundlegende Informationen bereits im umfassenden System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) erfasst werden; es bedarf also lediglich einer expliziteren Darstellung einzelner Bereiche. Folgende konkrete Vorschläge werden genannt:

- Fokus auf Einkommen und Konsum und Betrachtung von Vermögen
- Hervorhebung der Haushaltsperspektive
- Höheres Gewicht auf Verteilungsaspekte
- Erweiterung der Kennzahlen um Nichtmarktaktivitäten

Der Schlussbericht der Eurostat Sponsorship Group (Eurostat 2011) greift diese Punkte auf. Er skizziert, wie vorhandene Daten der VGR künftig so aufbereitet werden können, dass die Entwicklung des materiellen Lebensstandards der privaten Haushalte besser abgebildet wird. Demnach ist das verfügbare Einkommen um soziale Sachtransfers (z.B. Gratiskindergarten) zu erweitern. Die Darstellung des Konsums von Haushalten hat detaillierter zu erfolgen. Zudem soll die Verteilung von Einkommen und Vermögen besser abgebildet und auch jene Produktion, die nicht am „Markt“ stattfindet (wie etwa Haushaltsarbeit oder Kinderbetreuung), dargestellt werden.

Grafik 4

Dimensionen des materiellen Wohlstands



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Die Daten für die Indikatoren des materiellen Wohlstands liefert zu einem großen Teil die VGR. Aus der VGR stammen, neben dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, der Konsum der privaten Haushalte pro Kopf sowie das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte pro Kopf, jeweils dargestellt in der preis- bzw. kaufkraftbereinigten Entwicklung. Um den Empfehlungen von Stiglitz et al. (2009) gerecht zu werden, wurde die Dimension Produktion durch die Dimension unbezahlte Produktion ergänzt. Erweitert wurde das Set in der Dimension Verteilung und Staat um die Indikatoren der inflationsbereinigten Entwicklung hoher und niedriger Nettoeinkommen unselbständiger Beschäftigter aus Lohnsteuer- und Hauptverbandsdaten sowie dem S80/S20-Einkommensquintilsverhältnis aus dem EU-SILC-Datensatz (dem Verhältnis des Einkommensanteils der reichsten 20% mit jenem der ärmsten 20%), dem Gender Pay Gap aus der

Verdienststrukturerhebung, um Aspekte der Einkommensverteilung abzudecken, sowie dem öffentlichen Schuldenstand nach Maastricht. Weiters wurde nach den Rückmeldungen der Stakeholder das Indikatorenset um die Arbeitsproduktivität ergänzt. Die Dimension „Produktive Aktivitäten und Arbeit“ enthält als Schlüsselindikatoren die Erwerbstätigen- und die Arbeitslosenquote.

Übersicht 7

Schlüsselindikatoren des materiellen Wohlstands mit Bewertung

Materieller Wohlstand	Kurzfristig (letzte 3 Jahre)	Langfristig (gesamte Zeitreihe)
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf real		
Arbeitsproduktivität		
Nicht bezahlte Arbeit	–	–
Einkommen privater Haushalte pro Kopf		
Konsum privater Haushalte pro Kopf		
Erwerbstätigenquote		
Arbeitslosenquote		
Hohe/niedrige Nettojahreseinkommen		
S80/S20-Einkommensquintilsverhältnis		
Gender Pay Gap		
Öffentlicher Schuldenstand – neu		

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

2.2

Materieller Wohlstand und die COVID-19-Krise

Im März 2020 wurden von der österreichischen Bundesregierung tiefgehende Maßnahmen gesetzt, um die Ausbreitung der COVID-19-Pandemie zu verlangsamen. Nach anfänglichen Einschränkungen bei Veranstaltungen reichten diese bis zur Schließung von Schulen und Universitäten bzw. Umstellung auf Distance Learning bzw. Home Schooling, zur Schließung aller Geschäfte (abseits der Grundversorgung), der Gastronomie sowie der Bundesgärten. Diese Maßnahmen, welche bis Mitte April aufrechterhalten und danach schrittweise gelockert wurden, hatten weitreichende Auswirkungen auf die wirtschaftliche Produktion sowie Konsum und Einkommen, die Arbeitslosigkeit, das Budget und den Schuldenstand. Im Herbst 2020 folgte ein zweiter Lockdown.

2.2.1

Produktion, Einkommen, Konsum

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und der Maßnahmen zu deren Eindämmung auf die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf 2020 lassen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt (November 2020) erst für die ersten beiden Quartale des Jahres 2020 darstellen. Nach einem leichten Rückgang des BIP pro Kopf im ersten Quartal 2020 um 2,5% zum Vorquartal kam es im zweiten Quartal zu einem sehr starken Rückgang um 12,1%. Im Vergleich zum 2. Quartal 2019 wurde ein realer Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 14,3% verzeichnet. Im 3. Quartal 2020 lag das BIP 4,0% unter dem Vorjahresniveau und auch der erneute Lockdown im 4. Quartal wird weitere wirtschaftliche Folgen haben.

Beim privaten Konsum zeigte sich ein realer Rückgang von 12,6% im Vergleich zum Vorquartal (-16,1% zum Vorjahresquartal), welcher sich vor allem auf die Einschränkungen im Freizeitbereich (insbesondere Gastronomie, Beherbergung, Kultur- und Sportdienstleistungen) zurückführen lässt. Der Konsum im Wohnungswesen (v. a. Mieten, Strom, Heizung) und im Bereich Lebensmittel/Getränke wies hingegen erwartungsgemäß Zuwächse auf. Im 3. Quartal gab es einen Rückgang des Konsums der privaten Haushalte (real) von 5,1% zum Vorjahresquartal. Der wirtschaftliche Einbruch hat wie nachfolgend beschrieben auch deutliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Beschäftigten (z.B. durch Kurzarbeit, niedrigere

Erwerbstätigkeit), welche entsprechende Auswirkung auf die Einkommen der Haushalte erwarten lassen.

2.2.2

Unbezahlte Produktion

Im Hinblick auf die unbezahlte Produktion kam es durch die De-facto-Schließung von Schulen und Kindergärten zu einer starken Belastung von Familien mit schulpflichtigen Kindern und Kindern im Kindergartenalter. Dies führte zu einem deutlichen Anstieg unbezahlter Arbeit für die privaten Haushalte. Insbesondere für berufstätige Mütter von Kindern unter 15 Jahren führte dies zu einer Mehrfachbelastung und der Schwierigkeit, bezahlte und unbezahlte Arbeit wie Kinderbetreuung gleichzeitig zu verrichten. Laut einer Befragung der Wirtschaftsuniversität Wien gaben fast 40% der Mütter an, dass sie gleichzeitig (im selben Raum) ihrer Erwerbsarbeit und der Betreuung der Kinder nachgehen mussten. Bei den Männern waren dies 19% (Mader et al., 2020). Für Österreich führte das österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) im April eine [Abschätzung der COVID-19-Effekte auf Frauen](#) durch. Auch danach trifft die Doppelbelastung durch Beruf und Betreuungspflichten infolge von Homeoffice oder einer Beschäftigung in den systemrelevanten Wirtschaftsbereichen Frauen stärker als Männer.

2.2.3

Produktive Aktivitäten und Arbeit

Die Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie zeigten für das zweite Quartal 2020 deutliche, teils branchenspezifisch unterschiedliche Auswirkungen auf den österreichischen Arbeitsmarkt. So waren im 2. Quartal 2020 nach internationaler Definition 4.214.100 Personen erwerbstätig, um 129.200 bzw. 3,0% weniger als im Jahr zuvor. Die Erwerbstätigenquote für das Haupterwerbsalter (15 bis 64 Jahre) lag nunmehr bei 71,0%, um 2,3%-Punkte unter dem Niveau des 2. Quartals 2019. Dabei waren Männer stärker betroffen als Frauen. Die Erwerbstätigenquote der Frauen ging im Vergleich zum Vorjahr um 1,8%-Punkte auf 67,0% zurück, jene der Männer dagegen um 2,9%-Punkte auf 75,1%.

In nahezu allen Altersgruppen sanken Erwerbstätigenquoten, am deutlichsten aber bei den Jüngeren (20 bis 24 Jahre: -3,9 %-Punkte) und hier insbesondere bei den Männern. So sank die Erwerbstätigenquote der 20- bis 24-jährigen Männer im Jahresvergleich um 6,8 %-Punkte (Frauen: -1,1 %-Punkte). Die Betrachtung nach Staatsangehörigkeit zeigt, dass die Erwerbstätigenquote der Österreicherinnen und Österreicher im 2. Quartal 2020 mit 73,0% um 1,9 %-Punkte unter dem Vorjahresniveau lag, bei den nicht-österreichischen Staatsangehörigen mit 62,6% aber sogar um 4,0 %-Punkte darunter.

Der erste Lockdown im März 2020 traf einige Branchen härter als andere. Zu den stärksten Rückgängen bei der Anzahl der Erwerbstätigen kam es im Vergleich zum 2. Quartal 2019 in den Branchen Beherbergung und Gastronomie (-25,4%), Kunst, Unterhaltung und Erholung (-9,1%) sowie Herstellung von Waren (-7,2%).

Die Corona-Krise führte zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die Anzahl erwerbstätiger Personen (nach internationaler Definition) lag im 2. Quartal 2020 wie erwähnt um 129.200 bzw. 3,0% unter dem Wert des 2. Quartals 2019. Im 2. Quartal 2020 lag die Arbeitslosenquote nach EU-Definition bei 5,7% und stieg damit im Vergleich mit dem Vorjahresquartal um 1,2 %-Punkte. Ein näherer Blick auf die Zunahme der Arbeitslosigkeit zeigt, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit für Männer stärker ausfiel und unter diesen eher Geringqualifizierte betraf. Bei den Frauen war der Anstieg schwächer und betraf eher Höherqualifizierte. Die Arbeitslosigkeit stieg dabei krisenbedingt im 2. Quartal 2020 gegenüber dem Vorjahresquartalswert um 49.600 Personen, (Männer +1,3 %-Punkte auf 5,9%; Frauen +1,0 %-Punkt auf 5,4%, ILO-Definition). Darüber hinaus lag die tatsächlich geleistete Wochenarbeitszeit im 2. Quartal 2020 mit 27,8 Stunden deutlich unter dem Vorjahresniveau (31,8 Stunden). Allerdings nähert sich seit Juni die Wochenarbeitsleistung der Erwerbstätigen wieder dem Vorkrisenniveau.

Laut WIFO waren im September rund 300.000 Beschäftigte zur Kurzarbeit angemeldet, im Gegensatz zu über 1,3 Mio. Personen im Mai (Bock-Schappelwein et al., 2020). Aufgrund der Kurzarbeitsregelung konnte der Rückgang der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden auf 16,6% im Vergleich zum Vorjahresquartal begrenzt werden.

2.2.4 Verteilung und Staat

Wie erwähnt, hat die COVID-19-Krise in Österreich zu einem kräftigen Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt, der nicht über alle Gruppen gleich verteilt war. Besonders betroffen waren beispielsweise ausländische Staatsangehörige und Jüngere. Überdurchschnittlich stark wuchs die Arbeitslosenquote auch bei Personen mit maximal Pflichtschulabschluss auf 13,8% (+2,4 %-Punkte, ILO-Konzept). Auch die Ergebnisse der COVID-Prävalenzstudie vom April und Mai 2020 zeigen, dass Auswirkungen der Krise von Personengruppen unterschiedlich angegeben werden. Dies lässt auch Auswirkungen auf die Verteilung von Einkommen zwischen verschiedenen Gruppen erwarten.

Einen wichtigen Beitrag zur Reduktion der Auswirkungen der COVID-19-Krise lieferten die Entwicklungen im Bereich der Automatisierung und Robotik sowie die Verfügbarkeit moderner Informations- und Kommunikationstechnologien und künstlicher Intelligenz. Diese ermöglichten Firmen, unter den Bedingungen des Social Distancing weiter zu operieren und die Kontakte von Arbeitskräften zu minimieren, ohne das Arbeitsangebot einzuschränken. Von diesen technischen Möglichkeiten profitierten besser ausgebildete Arbeitskräfte mit höheren Einkommen überproportional (Bloom und Prettnner, 2020).

Betrachtet man den öffentlichen Schuldenstand, so verzeichnete Österreich im 1. Halbjahr 2020 ein öffentliches Defizit von 9,4% des BIP bzw. 16,8 Mrd. Euro. Im Vergleich zum 1. Halbjahr 2019 bedeutet das eine Verschlechterung um 17,3 Mrd. Grund hierfür war ein deutlicher Anstieg der krisenbedingten Ausgaben bei gleichzeitigem Rückgang insbesondere der Steuereinnahmen. Die Staatseinnahmen gingen im Vergleich zum 1. Halbjahr des Vorjahres um 6,4% zurück, während die Staatsausgaben um 12,0% stiegen. Der öffentliche Schuldenstand in absoluten Zahlen betrug am Ende des 2. Quartals 2020 315,7 Mrd. Euro. Der öffentliche Schuldenstand laut Maastricht – das Verhältnis der Staatsschulden zum BIP – stieg auf 82,6% (Ende 2019: 70,5% des BIP).

2.3 Produktion

Die marktwirtschaftliche Produktion stellt einen wesentlichen Pfeiler der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung dar. Markttransaktionen bilden den Angelpunkt der wirtschaftlichen Leistung eines Landes. Zu berücksichtigen ist, dass nicht für alle Güter Preise existieren und andererseits Externalitäten (wie etwa Umweltschäden), die in der Produktion oder auch im Konsum entstehen, nicht ausreichend in den Marktpreisen reflektiert werden.

Im gesamten Indikatorenset *WgÖ* bildet das BIP (real, pro Kopf) den Ausgangspunkt, dem weitere 30 Schlüsselindikatoren gegenübergestellt werden. Es gibt den innerhalb einer Periode in einer Volkswirtschaft hergestellten Wert aller Waren und Dienstleistungen (abzüglich Vorleistungen) an.

Das BIP ist ein Indikator für die – überwiegend – wirtschaftliche Produktion. Für den Wohlstand ist die Produktionsleistung einer Volkswirtschaft insofern von Bedeutung, als sie die Basis der Einkommen ist, die wiederum für die Bedürfnisbefriedigung der Menschen zur Verfügung stehen. Ökonomischer Wohlstand oder gar gesellschaftliches Wohlbefinden (so ein solches existiert) können durch das BIP alleine allerdings nicht umfänglich beschrieben werden.

Als Zusatzindikatoren werden in der Dimension Produktion auch das BIP zu laufenden und konstanten Preisen dargestellt.

Für eine breitere Betrachtung des materiellen Wohlstands ist es analytisch von Bedeutung, wie sich maßgebliche Indikatoren im Vergleich zum Produktionsmaß BIP entwickeln. Als zweiter zentraler Indikator der Produktionsdimension wurde daher die Arbeitsproduktivität gewählt. Sie drückt das Verhältnis der geleisteten Arbeitsstunden zum realen BIP aus und gibt Aufschluss darüber, wie der Produktionsfaktor Arbeit zum Produktionsniveau beiträgt bzw. wie sich die Effizienz des Arbeitseinsatzes im Zeitverlauf entwickelt.

2.3.1

Schlüsselindikator Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf

Das BIP ist die in monetären Einheiten ausgedrückte Wirtschaftsleistung, die in einer Volkswirtschaft in einer Referenzperiode erbracht wird. Um eine Verzerrung des Produktionsvolumens durch Preisänderungen auszuschließen, wird als Schlüsselindikator das BIP preisbereinigt („real“) ausgewiesen. Das BIP wird hier aus zwei Gründen pro Einwohnerin und Einwohner gezeigt: einerseits wird der Einfluss der Bevölkerungsentwicklung auf Änderungen des BIP-Niveaus im Zeitverlauf berücksichtigt, andererseits wird der Vergleich mit Ländern unterschiedlicher Bevölkerungszahlen möglich.

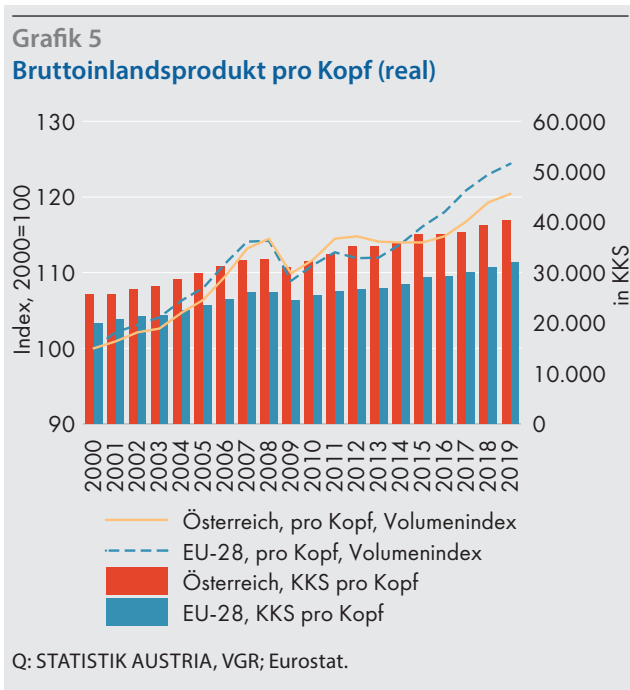
Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF  LF 

„Der langfristige Verlauf des BIP pro Kopf seit 2000 zeigt bis 2008 einen kontinuierlichen Anstieg. Nach dem krisenbedingten Einbruch 2009 verlief die Entwicklung jedoch eher flach. Langfristig, d.h. in der Zehnjahresrückschau, wird der Verlauf daher nur moderat positiv gesehen. Da das BIP pro Kopf 2017 bis 2019 wieder positive Wachstumsraten aufwies, fällt die Bewertung der kurzfristigen Entwicklung sehr positiv aus.“

Anmerkung bzgl. COVID-19-Krise: Mit der COVID-19-Krise ist die Wirtschaftsleistung deutlich eingebrochen. Dies ist auch kurz- bis mittelfristig eine große Herausforderung für die wirtschaftliche Entwicklung und die Fortsetzung des Wachstumspfad.

Der *WgÖ*-Schlüsselindikator, das BIP pro Kopf, wuchs real seit 2000 um durchschnittlich etwa 1,0% pro Jahr. Nach einem kontinuierlichen Wachstum bis zum Jahr 2008 (durchschnittlich 1,7% p.a.) brachte das Jahr 2009 im Zuge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise den bis dahin stärksten realen Rückgang des BIP in der Nachkriegszeit (pro Kopf -4,0%). 2011 erreichte die Wirtschaftsleistung zwar bereits erneut das Vorkrisenniveau 2009, wuchs danach jedoch erst ab 2017 wieder dynamischer. Im Jahr 2019 wuchs die österreichische Wirtschaft gerundet um 1,4%, die Bevölkerung um 0,5% und das reale BIP pro Kopf um 1,0%.



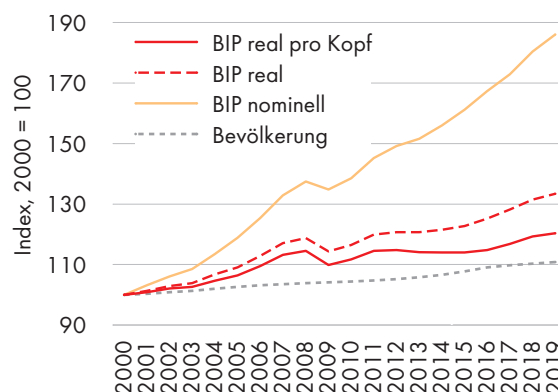
Nachdem das reale Wachstum im produzierenden Bereich in den Vorjahren jenes im Dienstleistungssektor jeweils deutlich übertraf, wuchsen beide Sektoren im Jahr 2019 real im gleichen Ausmaß um 1,4%. Im produzierenden Bereich war ein kräftiges Wachstum im Bauwesen und in der Energieversorgung zu beobachten. In der Herstellung von Waren verlangsamte sich die Dynamik deutlich. Im Dienstleistungssektor verzeichneten vor allem die Informations- und Kommunikationsdienstleistungen sowie die Finanz- und Versicherungswirtschaft ein kräftiges Plus. Der Handel als gewichtigste Dienstleistungsbranche legte 2019 deutlich schwächer zu.

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie auf das Wirtschaftswachstum 2020 lassen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur für die ersten beiden Quartale des Jahres 2020 abschätzen. Nach einem leichten Rückgang des BIP pro Kopf im ersten Quartal 2020 um 2,5% im Vergleich zum Vorquartal zeigte sich im zweiten Quartal ein massiver Rückgang um 12,1%. Dabei zeigte sich im zweiten Quartal erwartungsgemäß ein starker Rückgang des privaten Konsums von 12,6% im Vergleich zum Vorquartal (vorrangig aufgrund der Einschränkungen im Freizeitbereich wie z.B. Gastronomie und Kultur) (siehe Kapitel 2.2 zu den Auswirkungen der COVID-19-Krise).

Das Wachstum des BIP pro Kopf der EU-28 war im Zeitraum 2000 bis 2019 um rund 4,0%-Punkte höher als in Österreich. Das durchschnittliche Wachstum betrug in diesem Zeitraum für die EU-28 rund 1,2% pro Jahr, für Österreich 1,0%. 2019 wuchs die Wirtschaft der EU-28 inflationsbereinigt und pro Kopf um 1,2%, Österreich lag im EU-Vergleich mit 1,0% im Mittelfeld. Betrachtet man jedoch das Niveau des BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS), liegt Österreich 2019 mit 40.320 Euro und Rang 5 deutlich über dem EU-28-Schnitt von 32.020 Euro.

Grafik 6 zeigt die Entwicklung des nominellen und realen BIP, des realen BIP pro Kopf sowie die Bevölkerungsentwicklung seit 2000. Obgleich die österreichische Wirtschaft seit 2010 durchschnittlich um 1,5% pro Jahr wuchs, lag das Bevölkerungswachstum im selben Zeitraum bei durchschnittlich 0,7%, und das reale BIP pro Kopf verzeichnete eine durchschnittliche Wachstumsrate von 0,8%.

Grafik 6
Bruttoinlandsprodukt (real), Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (real), Bruttoinlandsprodukt (nominell) und Bevölkerungsentwicklung



2.3.2 Schlüsselindikator Arbeitsproduktivität

In der Arbeitsproduktivität kommt der Wirkungsgrad der konkreten menschlichen Arbeit bei der Produktion materieller Güter und Dienstleistungen zum Ausdruck. Sie stellt das Verhältnis der produzierten Warenmengen zu der für ihre Produktion eingesetzten Arbeit dar. Gemessen wird sie an der Menge der in einer bestimmten Zeit hergestellten Güter und Dienstleistungen und an der Arbeitszeit, die für die Herstellung einer bestimmten Menge dieser Gebrauchswerte eingesetzt wird.

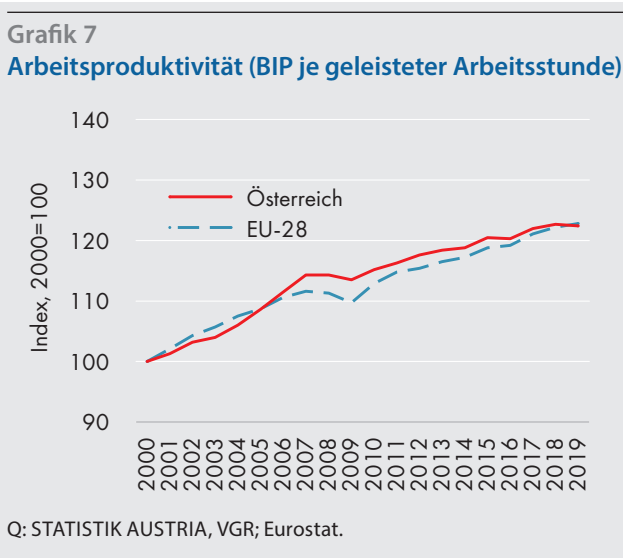
Gremium externer Expertinnen und Experten: KF ☀️ LF ☀️

„Seit 2000 verläuft die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in Österreich parallel zu jener der EU-28. Dies ist aufgrund des Aufholbedarfs einiger neuer EU-Mitglieder positiv zu bemerken, weil diese besonders hohe Wachstumsraten bei der Arbeitsproduktivität aufweisen. In den letzten Jahren ist eine Abflachung des positiven Trends zu beobachten.“

Bei der Interpretation der Arbeitsproduktivität ist Vorsicht geboten. Die Bezeichnung impliziert nicht, dass mit der

Messung der Produktivität auch das Zurechnungsproblem gelöst ist. So ist eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität in der Regel primär nicht die Folge einer Leistungssteigerung des Faktors Arbeit, sondern vielmehr einer Vermehrung beziehungsweise Verbesserung des Einsatzes der Betriebsmittel. Dabei spielt die Wirkung des technischen Fortschrittes eine wesentliche Rolle. Die Leistungssteigerung des Faktors Arbeit beeinflusst die Arbeitsproduktivität nur sekundär.

Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität je geleisteter Arbeitsstunde stieg von 2000 bis 2019 um durchschnittlich 1,1% pro Jahr. Im Krisenjahr 2009 war ein minimaler Produktivitätsrückgang (-0,7%) zu beobachten. Mit Ausnahme von 2016 konnte die Arbeitsproduktivität in den Jahren danach bis 2018 kontinuierlich erhöht werden. 2019 kam es jedoch zu einem geringen Rückgang der Arbeitsproduktivität um 0,2%.



Im Vergleich zu Österreich sank die Arbeitsproduktivität der gesamten EU-28 2009 zwar stärker (-1,4%), stieg aber seither deutlich an und verzeichnete auch 2019 ein

Wachstum von 0,5%. Vergleicht man anhand von Daten der OECD das Niveau des BIP pro Arbeitsstunde in KKS (USD, konstante Preise, 2015 KKS) in Österreich und der EU-28 seit 2000, zeigt sich, dass Österreich mit Rang 6 unter den 23 EU-Ländern der OECD ein höheres BIP pro Arbeitsstunde in KKS aufweist als der Durchschnitt der EU-28-Länder.

Beeinflusst wird die Arbeitsproduktivität beispielsweise durch den durchschnittlichen Qualifikationsgrad oder die Produktionserfahrung der Arbeitskräfte, aber auch durch den technologischen Fortschritt in der Produktion. Andere Einflussfaktoren sind etwa die Entwicklungsstufe der Serien- und Massenproduktion oder die Spezialisierung des Produktionsprozesses.

Ausschlaggebend für die Produktivitätsentwicklung, welche langfristig entscheidend ist für das Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft, sind unter anderem Forschung und Innovation (Romer, 1990). Das European Innovation Scoreboard der Europäischen Kommission klassifiziert Österreich anhand des Composite Indicator Summary Innovation Index als „starken Innovator“. Dieser Composite Indicator berücksichtigt anhand von 27 Indikatoren die Dimensionen für Innovation wie relevante Rahmenbedingungen, Investitionen, Innovationsaktivitäten und deren Auswirkungen und wertet damit die Performance der Mitgliedstaaten im Innovationsbereich. Relativ gut schneidet Österreich bei öffentlich-privaten und internationalen wissenschaftlichen Publikationen, bei innovativen Klein- und Mittelbetrieben, die mit anderen zusammenarbeiten, und bei ausländischen Doktoratsstudierenden ab. Relativ schlecht hingegen bei Beschäftigung in schnell wachsenden Unternehmen innovativer Sektoren, Venture-Capital-Ausgaben und Ausgaben für Exporte von wissensintensiven Dienstleistungen. Im Verhältnis zur EU ist Österreich stärker bei Unternehmen mit Top-F&E-Ausgaben, Gesamtunternehmertätigkeit und BIP pro Kopf und relativ schwach bei Nettozuflüssen ausländischer Direktinvestitionen, dem Umsatzanteil von Großunternehmen und unternehmerischer Grundbildung (Europäische Kommission, 2020).

2.4 Unbezahlte Produktion

Viele Dienstleistungen, die Haushalte für den Eigenbedarf produzieren, scheinen in klassischen Einkommens- und Produktionskennzahlen nicht auf. Dennoch stellen sie einen wichtigen Teil der ökonomischen Aktivität dar. Zu diesen Aktivitäten zählen z.B. Kinder- und Altenbetreuung, Putzen, Kochen, u.a. Die Stiglitz-Kommission fordert daher in ihrem Bericht (Stiglitz et al. 2009, S. 14, Recommendation 5: Broaden income measures to non-market activities), dass vollständige Haushaltskonten als Satelliten der VGR das Bild ökonomischer Produktion vervollständigen.

Die Dimension der Nichtmarktproduktion liefert im Zeitverlauf auch wichtige Informationen über die Entwicklung der Funktion von Familie und Haushalten in der Gesellschaft. So werden viele Dienstleistungen, die früher von Familienmitgliedern ausgeführt wurden, heute auf dem Markt erworben. Diese Veränderung kommt in steigenden Einkommen (wie in den VGR gemessen) zum Ausdruck, stellt jedoch lediglich eine Verschiebung der Nichtmarkt- auf die Marktproduktion dar. In diesem Fall wird nicht mehr produziert, sondern mehr Produktion gemessen, die aber auch entsprechend entlohnt wird.

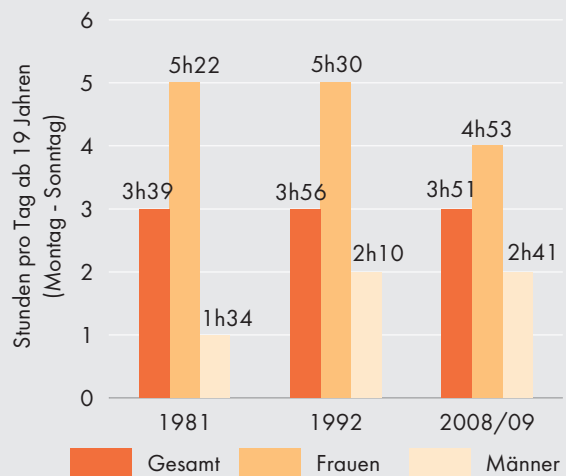
2.4.1 Schlüsselindikator Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit

„Unbezahlte Arbeit“ setzt sich aus den Aktivitäten Haushaltsführung, Kinderbetreuung und Freiwilligenarbeit zusammen. Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt in Stunden und Minuten für einen durchschnittlichen Tag (Montag bis Sonntag). Es wurden die Hauptaktivitäten über alle Personen in Österreich ab 19 Jahren ausgewertet. Die aktuellen Daten stammen aus der Zeitverwendungserhebung 2008/09. Neue Daten zur Zeitverwendung liegen zurzeit nicht vor.

Die Struktur der unbezahlten Arbeit hat sich seit 1981 stark verändert (siehe Grafik 8). Insgesamt blieb die Zeit, die für Nicht-Marktproduktion aufgebracht wurde, hinge-

gen fast gleich. Frauen brachten zuletzt (2008/09) weniger Zeit für diese Art der unbezahlten Arbeit auf als noch 1981, Männer jedoch deutlich mehr. Dennoch bleibt ein klarer Geschlechterunterschied: Frauen leisteten 2008/09 im Schnitt pro Tag immer noch deutlich mehr an unbezahlter Arbeit, nämlich fast doppelt so viel wie Männer. Insgesamt brachten Frauen 4h53 pro Tag im Durchschnitt für nicht bezahlte Arbeit auf, während es bei den Männern 2h41 waren. Während Frauen deutlich mehr Zeit für unbezahlte Arbeit aufwenden, gehen sie in geringerem Stundenausmaß bezahlter Arbeit nach. Fast die Hälfte der berufstätigen Frauen und fast drei Viertel der berufstätigen Frauen mit Kindern arbeiten in Teilzeit.

Grafik 8
Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Freiwilligenarbeit

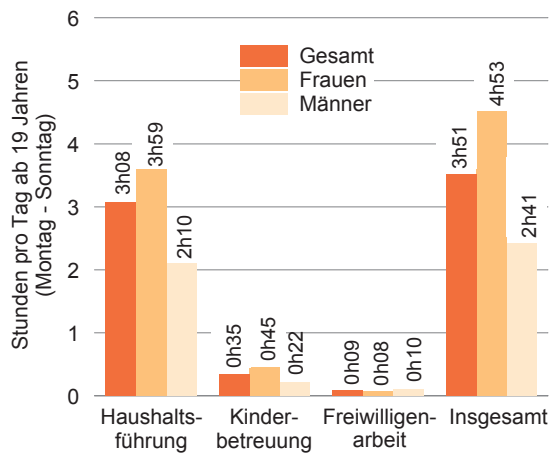


Q: STATISTIK AUSTRIA, Zeitverwendungserhebung 2008/09.

Ein Blick in die einzelnen Tätigkeitsbereiche der unbezahlten Arbeit zeigt, dass ein Großteil der Zeit für die Haushaltsführung aufgebracht wurde, wobei hier wiederum ein deutlicher Geschlechterunterschied zu sehen ist: Während Frauen im Durchschnitt knapp 4 Stunden täglich für diese Aktivität aufbrachten, waren es bei den Männern nur 2 Stunden 10 Minuten.

Grafik 9

Unbezahlte Arbeit nach Art (2008/09)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Zeitverwendungserhebung 2008/09.

Eine erneute internationale Erhebungswelle der Zeitverwendungserhebungen läuft seit 2020, wobei für Österreich bei Teilnahme der Zeitraum der tatsächlichen Erhebung für 2021/2022 vorgesehen ist – laut Budgetbericht wird Österreich an der dritten Erhebung der Zeitverwendung mitwirken (BMF, 2020). 2019 arbeitete Statistik Austria im Rahmen einer Taskforce unter der Führung von Eurostat an der Weiterentwicklung eines Online-Erhebungstools (Smartphone-App) für diese neue Erhebungswelle.

2.5 Einkommen der privaten Haushalte

Stiglitz et. al. (2009) fordern, für die Bewertung des materiellen Wohlstands eines Landes insbesondere die privaten Haushalte in den Blick zu nehmen. Kennzahlen zu Konsum und Einkommen der Haushalte liefern hierfür wichtige Informationen. Die verfügbaren VGR-Daten zeigen für viele Länder der OECD und auch für Österreich, dass sich die Entwicklung der realen Haushaltseinkommen bzw. des -konsums im Zeitverlauf häufig anders darstellt als jene des realen BIP.

Die Haushaltsdaten der VGR ermöglichen die Berücksichtigung von Zahlungsströmen zwischen den Sektoren (wie etwa von den Haushalten abgeführte Steuern, von der öffentlichen Hand erhaltene Sozialleistungen oder Zinszahlungen an bzw. von Finanzinstituten). Darüber hinaus reflektieren die Daten staatlich bereitgestellte Sachtransfers wie etwa Gesundheitsdienstleistungen oder den Zugang zu Bildungseinrichtungen, die in Haushaltsbefragungen wie Mikrozensus oder EU-SILC nicht einbezogen werden (es wird ausschließlich nach den monetären Einkommen gefragt). Dadurch wird im internationalen Vergleich auch die staatliche Umverteilung berücksichtigt.

Die erste Empfehlung der Stiglitz-Kommission (2009, S. 12) lautet daher: „When evaluating material well-being, look at income and consumption rather than production“. Einkommen und Konsum betreffen dabei das originäre Ziel der Produktion, nämlich den Lebensstandard der Menschen eines Landes zu erhöhen. Dabei wird der Konsum (wie auch die Sparmöglichkeiten) vom Einkommen, das den Haushalten zur Verfügung steht, bestimmt. Das Haushaltseinkommen liefert somit ein Maß der für den Konsum und das Sparen verfügbaren Ressourcen eines Haushalts. Übersteigt der Konsum das verfügbare Einkommen, müssen entweder die Verbindlichkeiten erhöht oder die Aktiva vermindert werden. In beiden Fällen sinkt das Nettovermögen.

In den meisten EU-Staaten werden von den Regierungen bzw. Sozialversicherungen öffentliche Dienstleistungen und Güter entweder gratis oder zu wirtschaftlich nicht signifikanten Preisen deutlich unter Herstellungskosten zur Verfügung gestellt. Solche Sachleistungen erhöhen implizit das Einkommen bzw. den Konsum jener Haushalte, die davon profitieren.

Durch die Verwendung verfügbarer aggregierter VGR-Daten kann die Entwicklung des materiellen Lebensstandards eines „durchschnittlichen (privaten) Haushalts“ dargestellt werden. Da das Verhältnis von öffentlichen und privat erstandenen Gütern und Dienstleistungen von Land zu Land variiert und auch die Sozialversicherungen unterschiedlich ausgestaltet sind, ist es besonders für den internationalen Vergleich wichtig, soziale Sachtransfers zu berücksichtigen. In den VGR werden die Sachtransfers im „verfügbaren Haushaltseinkommen“ und beim „Konsum der privaten Haushalte“ nach dem Verbrauchskonzept erfasst. Zwei Zusatzindikatoren zur Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens auf der Aufkommenseite und der Verwendungsseite zeigen das Verhältnis von Arbeitnehmerentgelten, monetären Sozialleistungen und sozialen Sachtransfers.

2.5.1 Schlüsselindikator Haushaltseinkommen

Für den Wohlstand der privaten Haushalte ist jenes Einkommen maßgeblich, das ihnen nach der Einkommensumverteilung für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse zur Verfügung steht. Die vom Staat und von den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck bereitgestellten sozialen Sachtransfers (v.a. Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen) werden beim Verbrauchskonzept als einkommensäquivalent behandelt.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



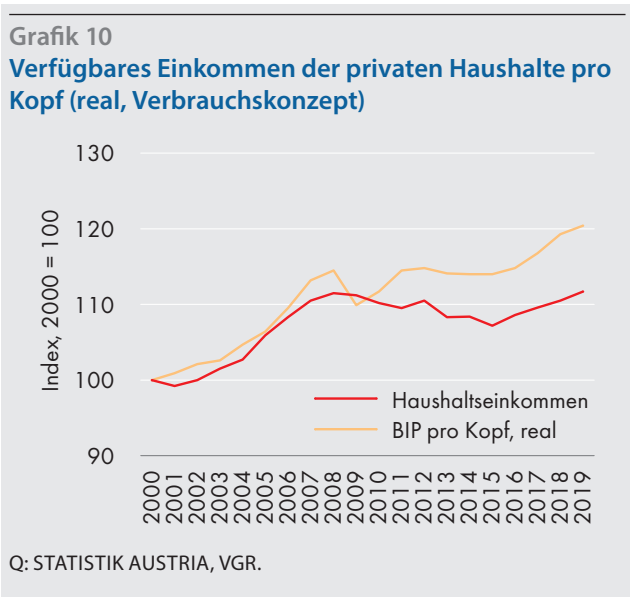
„Die langfristige Entwicklung des Indikators ist neutral zu bewerten. Nach einem anfänglichen Anstieg seit 2000 stagniert das Haushaltseinkommen pro Kopf seit 2008 und konnte dem positiven Trend des BIP-Wachstums der Jahre 2010 und 2011 nicht folgen. Da die Entwicklung in den letzten beiden Jahren parallel zur Entwicklung des BIP pro Kopf verlief, fällt die kurzfristige Bewertung besser aus.“

Gäbe es die Leistungen von Staat und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck nicht, müssten die Einkommen ohne Sachtransfers nämlich genau um diesen Betrag höher sein, um das gleiche Wohlstandsniveau zu erreichen. Die Berücksichtigung der Transferströme erleichtert zeitliche Vergleiche bei unterschiedlichen oder sich

ändernden wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen und vervollständigt die Untersuchung der Rolle des Staates bei der Einkommensumverteilung. Da die Kaufkraft des Einkommens über die Zeit durch Preisänderungen verzerrt ist, wird das Einkommen kaufkraftbereinigt (d.h. „real“) ausgewiesen.⁵

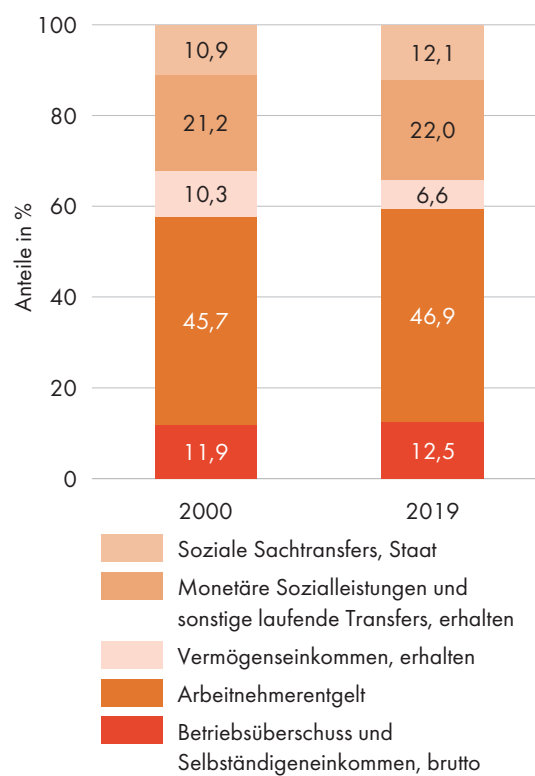
Entscheidend für den Lebensstandard der Menschen im Land sind das Niveau und die Entwicklung der verfügbaren Einkommen. Neben dem BIP als Indikator für die Produktion müssen daher Einkommensindikatoren in den Blick genommen werden.

Das reale verfügbare Einkommen der Haushalte pro Kopf (inkl. sozialer Sachtransfers nach dem Verbrauchskonzept) wuchs von 2000 bis 2019 durchschnittlich um 0,6% pro Jahr. Die Kaufkraft der Haushalte entwickelte sich damit schwächer als die gesamte erbrachte Wirtschaftsleistung (reales BIP pro Kopf: durchschnittlich +1,0% pro Jahr), wie aus Grafik 10 ersichtlich. Ein näherer Blick auf die Verteilung der verfügbaren Einkommen auf Sektoren zeigt, dass, während der Anteil des Haushaltsektors 2000 bis 2019 rückläufig war, der Anteil des Staates und der Unternehmen etwa in gleichem Maße anstieg. Die Ursachen dafür sind vielschichtig und bedürfen einer tiefergehenden Analyse. Ein möglicher Grund ist das niedrige Zinsniveau der vergangenen Jahre. Haushalte sind Nettozinsempfänger und daher mit sinkenden Zinseinnahmen konfrontiert, während für den Unternehmenssektor und den Sektor Staat die Zinszahlungen zurückgehen.



Seit dem Krisenjahr 2009 bis zum Jahr 2018 war die Einkommensentwicklung insgesamt rückläufig (durchschnittlich -0,1% pro Jahr), mit dem Anstieg um 1% im Jahr 2019 liegt der gesamte Anstieg der Einkommen 2019 nun erstmals über dem Vorkrisenniveau. Auf die verfügbaren Einkommen wirkte sich das Krisenjahr 2009 jedoch weit weniger negativ aus, als dies beim BIP der Fall war. Die im Vergleich zum BIP schwächere Einkommensentwicklung im Beobachtungszeitraum ist, neben dem Einbruch der Vermögenseinkommen im Zuge der Wirtschaftskrise 2009, vor allem auf die mäßigen Zuwächse der nominalen Arbeitnehmerentgelte sowie auf die im EU-Vergleich hohe Inflation zurückzuführen.

Grafik 11
Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens (Verbrauchskonzept), Aufkommenseite (2000 und 2019)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR.

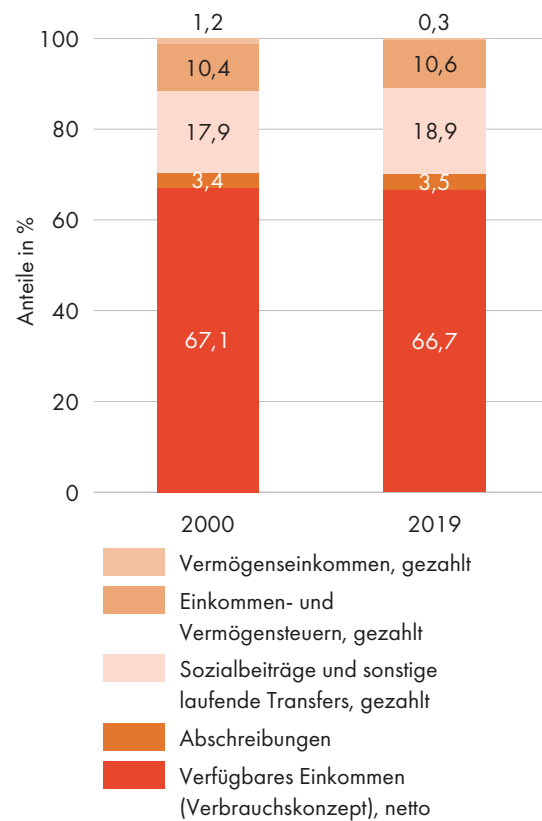
Grafik 11 zeigt die Zusammensetzung der verfügbaren Einkommen auf der Aufkommenseite (Komponenten, aus denen sich das gesamte Haushaltseinkommen zusammensetzt) im Zeitverlauf. Die Haupteinkommensquelle der privaten Haushalte (nach dem Verbrauchskonzept) war 2019 die unselbständige Arbeit (46,9%). Die sozialen Sachtransfers trugen rund ein Zehntel (12,1%) zum Haushaltseinkommen (vor Abzug von Abschreibungen,

⁵ Zur Bereinigung der Einkommen wird der Konsumdeflator herangezogen, ein impliziter Preisindex des Konsums der privaten Haushalte nach dem Verbrauchskonzept.

Steuern und Sozialbeiträgen) bei. Zu diesen Sachtransfers zählen wie erwähnt Gesundheits- oder Bildungsleistungen. 22,0% der Einkommen speisten sich aus monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers, wobei die Sozialleistungen, zu denen etwa Kinderbetreuungsgeld, Arbeitslosenunterstützung oder Familienbeihilfe zählen, den überwiegenden Teil ausmachen. 12,5% stammen aus Betriebsüberschüssen und Selbständigen-einkommen. 6,6% flossen schließlich den Haushalten in Form von Vermögenseinkommen (z.B. Zinsen oder Dividenden) zu. Im Vergleich zu 2000 zeigen sich bei der Zusammensetzung der Einkommen kaum Veränderungen. Lediglich der Anteil der Vermögenseinkünfte ging von 10,3% auf 6,6% zurück, während die Anteile der sozialen Sachtransfers sowie der monetären Sozialleistungen leicht anstiegen.

Auf der Verwendungsseite leitet sich das verfügbare Einkommen (nach dem Verbrauchskonzept) wie folgt ab (Grafik 12): 66,7% der Summe aus Primäreinkommen und sozialen Sachtransfers hatten die privaten Haushalte 2018 für Konsumzwecke netto zur Verfügung. Von den gesamten Einkommenszuflüssen wurden 10,6% für Einkommen- und Vermögenssteuern, 18,9% für Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers sowie 3,5% für Abschreibungen, Zinsen und Pachten verwendet. Auch auf der Verwendungsseite zeigen sich kaum Unterschiede in der Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens zu 2000.

Grafik 12
Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens auf der Verwendungsseite (2000 und 2019)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR.

2.6

Konsum der privaten Haushalte

Der Konsum nach dem Verbrauchskonzept (Individualkonsum) umfasst jene Güter, die den privaten Haushalten zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse unmittelbar dienen. Er entspricht dem Wert der Waren und Dienstleistungen, die den privaten Haushalten tatsächlich zur Verfügung stehen, selbst wenn der Erwerb dieser Waren und Dienstleistungen vom Staat oder von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck finanziert wird (Sachtransfers).

Um eine Verzerrung des Konsumvolumens durch Preisänderungen auszuschließen, wird der Konsum analog zum Einkommen preisbereinigt ausgewiesen.⁶ Zudem wird der Schlüsselindikator als Konsum real pro Kopf gezeigt.

Durch die Darstellung des Konsums je Einwohnerin und Einwohner wird einerseits der Einfluss der Bevölkerungsentwicklung auf Änderungen des Gesamtkonsums im Zeitverlauf berücksichtigt, andererseits wird dadurch der internationale Vergleich ermöglicht.

Zwei Zusatzindikatoren zu den Konsumausgaben privater Haushalte geben Aufschluss über die Zusammensetzung der Konsumausgaben nach Gütergruppen und sozialen Sachtransfers sowie über die monatlichen Verbrauchsausgaben nach Einkommen.

2.6.1

Schlüsselindikator Haushaltskonsum

Ob und in welchem Ausmaß die privaten Haushalte ihre Bedürfnisse befriedigen können, ist ein wesentlicher Aspekt bei der Beurteilung von Wohlstand. Für die privaten Haushalte stehen neben den verfügbaren Einkommen auch die vom Staat und von den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck bereitgestellten sozialen Sachtransfers (v.a. Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen) zum Konsum zur Verfügung. Um darzustellen, welche Güter den Haushalten tatsächlich für den Konsum (=Bedürfnisbefriedigung) zur Verfügung

stehen, eignet sich daher der Indikator Konsum der privaten Haushalte nach dem Verbrauchskonzept.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

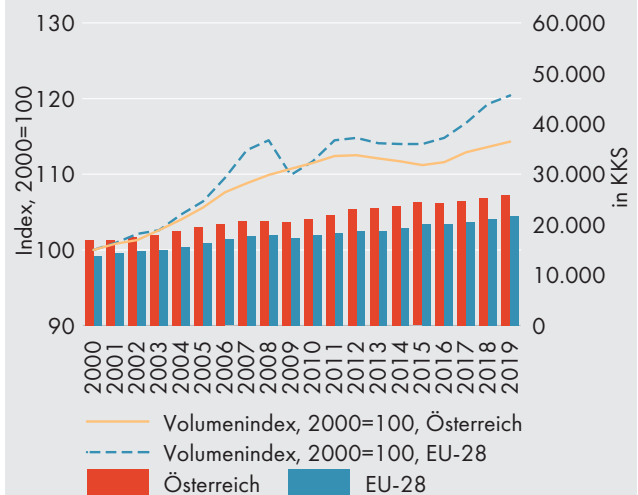


„Der langfristige Verlauf des privaten Konsums seit 2000 ist eingeschränkt positiv zu sehen. Zwar wurden 2019 von den privaten Haushalten pro Kopf mehr Waren und Dienstleistungen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse erworben als 2000, allerdings war diese Entwicklung eindeutig weniger dynamisch als jene des BIP. Die kurzfristige Bewertung fällt aufgrund des moderaten, aber dennoch positiven Anstiegs seit 2016 ebenfalls tendenziell positiv aus.“

Anmerkung bzgl. COVID-19-Krise: Mit der COVID-19-Krise ist der Konsum der privaten Haushalte spürbar zurückgegangen. Es wird sich zeigen, wann sich die Entwicklung wieder normalisiert.“

Gratik 13

Konsum der privaten Haushalte pro Kopf (real)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR.

Der reale Konsum pro Kopf nach dem Verbrauchskonzept (inkl. soziale Sachtransfers) wuchs seit 2000 durchschnittlich

⁶ Der implizite Preisindex des Konsums der privaten Haushalte folgt nach dem Verbrauchskonzept.

lich um 0,7% pro Jahr (siehe Grafik 13). Im Vergleich dazu fiel das durchschnittliche BIP-Wachstum pro Kopf von 2000 bis 2019 mit 1,0% p.a. etwas kräftiger aus. Im Gegensatz zum BIP konnte der Haushaltskonsum pro Kopf auch im Krisenjahr 2009 leicht zulegen (+0,7% pro Kopf), während das reale BIP pro Kopf einen starken Einbruch erlitt (-4,0%). In den Jahren danach wuchs der reale Konsum pro Kopf verhaltener als das BIP, 2019 wuchs er um 0,7%.

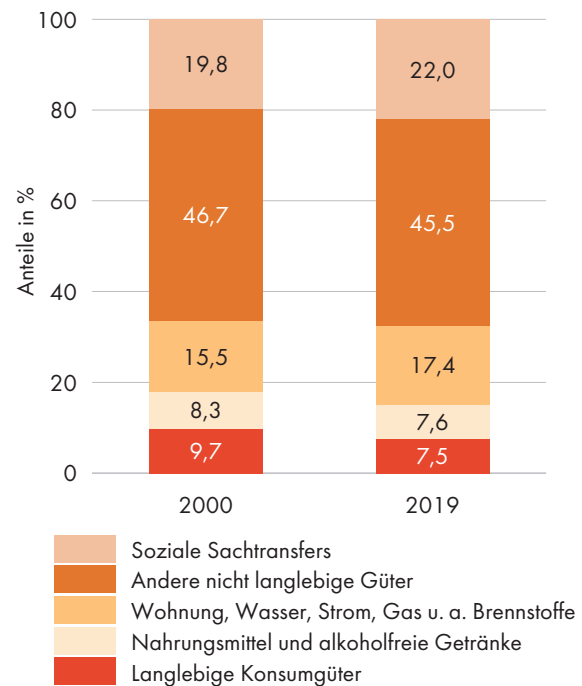
Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie zeigen sich auch im Konsum für die ersten beiden Quartale des Jahres 2020. Im zweiten Quartal zeigte sich erwartungsgemäß ein starker Rückgang des privaten Konsums von 12,6% im Vergleich zum Vorquartal. Dieser massive Rückgang lässt sich vor allem auf die Einschränkungen im Freizeitbereich (insbesondere Gastronomie, Beherbergung, Kultur- und Sportdienstleistungen) zurückführen. Der Konsum im Wohnungswesen (v. a. Mieten, Strom, Heizung) und im Bereich Lebensmittel/Getränke weist hingegen erwartungsgemäß Zuwächse auf.

Ein Großteil des Konsums der privaten Haushalte entfiel 2019 auf nicht dauerhafte Konsumgüter. Selbst nach Abzug der Ausgaben für Wohnen und Nahrungsmittel umfasste diese Position noch 45,5% des privaten Konsums nach dem Verbrauchskonzept. Nahrungsmittel und nicht alkoholische Getränke machten 2019 7,6% des Konsums aus, ebenso wie der Anteil langlebiger Konsumgüter (wie Möbel und Haushaltsgeräte, Kraftfahrzeuge, Fahrräder oder Informationsverarbeitungsgeräte) mit 7,5%. Auf das Wohnen entfielen 17,4% der Haushaltsausgaben. Diese umfassen Ausgaben für Miete, Strom, Wasser und Heizung. 22,0% des Konsums speisten sich aus sozialen Sachtransfers. Wie erwähnt, werden soziale Sachtransfers dem Konsum der Haushalte nach dem Verbrauchskonzept zugerechnet. Es handelt sich dabei um den Konsum von Gütern, die den privaten Haushalten vom Staat oder von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck unentgeltlich oder zu wirtschaftlich nicht signifikanten Preisen zur Verfügung gestellt werden. Andere nicht langlebige Konsumgüter, d.h. kurzlebige Konsumgüter (beispielsweise Bekleidung und Schuhe), Verbrauchsgüter (wie Güter für die Körperpflege) oder Dienstleistungen (beispielsweise im Bereich Freizeit, Unterhaltung, Kultur) machten insgesamt 45,5% der Konsumausgaben aus (Grafik 14).

Seit 2000 veränderte sich die Struktur des Konsums nur leicht. Der Posten „Wohnung, Wasser, Strom etc.“ stieg von 15,5% auf 17,4% an. Der Konsum langlebiger Konsumgüter fiel von rund 9,7% auf 7,5% zurück. Auch die Ausgabenposition „soziale Sachtransfers“ hat sich leicht

erhöht: 2000 betrug ihr Anteil am Gesamtkonsum 19,8%, 2019 waren es 22,0%. Die größte Position der anderen nicht langlebigen Konsumgüter lag 2000 bei 46,7%, 2019 waren es 45,5%.

Grafik 14
Konsumausgaben der privaten Haushalte (Inlands-konzept) nach Gütergruppen und sozialen Sachtransfers (2000 und 2019)

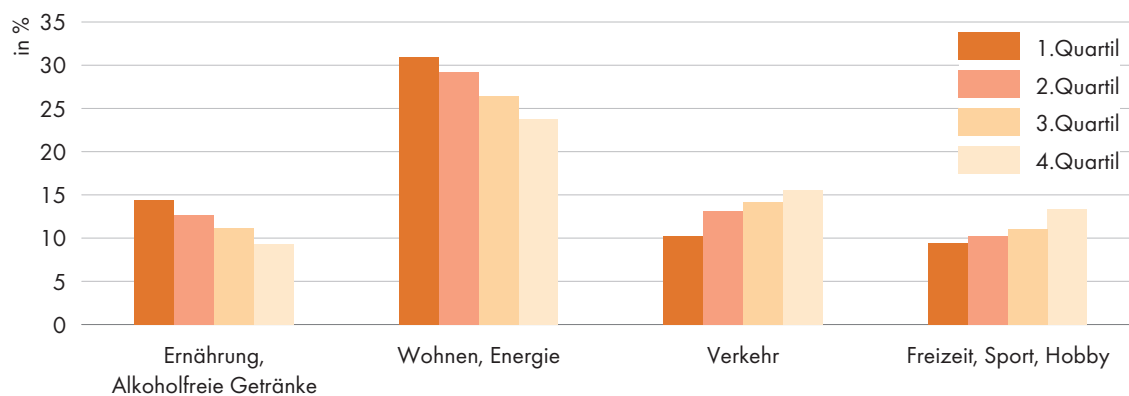


Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR.

Die monatlichen Verbrauchsausgaben unterscheiden sich jedoch erheblich nach Einkommensgruppen. Als Zusatzinformation werden daher die Verbrauchsausgaben der Haushalte nach Einkommensquartilen betrachtet. Verwendet werden dazu die Daten aus der Konsumerhebung, welche alle fünf Jahre zur Verfügung stehen. Wie aus Grafik 15 ersichtlich, verschieben sich mit geringem Einkommen die Anteile der Ausgaben der Haushalte verstärkt zu den Grundbedürfnissen Wohnen und Ernährung. 31,0% bzw. 14,4% für Wohnen bzw. Ernährung im untersten Einkommensquartil stehen 23,8% bzw. 9,3% im obersten Einkommensquartil gegenüber. Einkommensstarke Haushalte geben dagegen mehr für Verkehr und Freizeit aus (10,2% bzw. 9,4% im untersten Quartil gegenüber 15,6% bzw. 13,4% im obersten Quartil).

Grafik 15

Monatliche Verbrauchsausgaben nach Quartilen der Äquivalenzeinkommen



Q: STATISTIK AUSTRIA, Konsumerhebung 2014/15. - Äquivalenzeinkommen und -ausgaben sind nach folgendem Schema berechnet: Erste erwachsene Person = 1, jede weitere Person im Haushalt ab 14 Jahren = 0,5, Kinder unter 14 Jahren = 0,3. - Wohnen: Um einen Vergleich des Mietaufwands zwischen Haushalten mit unterschiedlichen Wohnformen (Eigentum/Miete) zu ermöglichen, werden für Erstwohnungen, für die keine tatsächlichen Mietausgaben existieren (Haus-, Wohnungseigentum, mietfreie Objekte) fiktive Mietwerte errechnet.

2.7

Produktive Aktivitäten und Arbeit

Produktive Aktivitäten umfassen sowohl bezahlte Arbeit als auch unbezahlte Tätigkeiten. Da die Datenlage für Letztere aber eher lückenhaft ist, zielen die hier diskutierten Indikatoren auf den Arbeitsmarkt. Erwerbstätigkeit ist sowohl eine der wichtigsten Grundlagen für den materiellen Lebensstandard als auch ein zentraler Bestandteil der Lebensqualität. Die Dimension produktive Aktivitäten und Arbeit kann daher ebenso dem Bereich materieller Wohlstand wie dem Bereich der Lebensqualität zugeordnet werden. Seit dem Überarbeitungsprozess 2017 ist sie im Kapitel materieller Wohlstand verortet.

Arbeit liefert dabei nicht nur die materielle Grundlage des Lebens in Form eines regelmäßigen Einkommens, sondern bietet darüber hinaus die Möglichkeit, sich zu entwickeln, spezifische Fähigkeiten zu erwerben und sich in der Gesellschaft als nützlich zu erweisen. Insofern geht die Teilnahme am Arbeitsmarktgeschehen über den Aspekt der finanziellen Absicherung eines Haushalts hinaus.

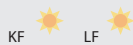
WgÖ-Schlüsselindikatoren für die Dimension produktive Aktivitäten und Arbeit sind die Erwerbstätigenquote, die auch den Schlüsselindikator der Europa-2020-Strategie für den Bereich Arbeitsmarkt darstellt, und die Arbeitslosenquote. Als Zusatzinformation wird die Jugendarbeitslosenrate dargestellt.

2.7.1

Schlüsselindikator Erwerbstätigenquote

Zur erwerbstätigen Bevölkerung zählen alle Personen zwischen 20 und 64 Jahren, die zum Zeitpunkt der Befragung mindestens eine Stunde pro Woche gegen Entgelt oder zur Erzielung eines Gewinns arbeiteten oder nicht arbeiteten, aber einen Arbeitsplatz hatten, von dem sie vorübergehend abwesend waren. Präsenz- und Zivildienstler gehen nicht in die Berechnung der Erwerbstätigenquote ein.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Seit 2004 erhöhte sich die Erwerbstätigenquote merklich von 70% auf 77%. Sie lag über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg über dem Vergleichswert der EU-28, auch wenn z.B. die Erwerbsquote von Älteren im

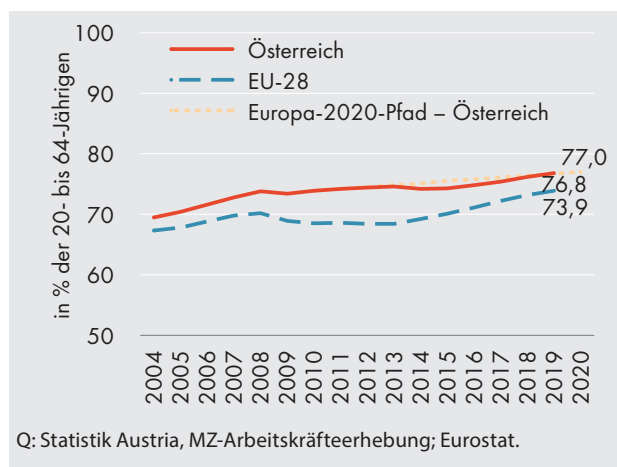
EU-Vergleich geringer ausfällt. Trotz dieser strukturellen Probleme wird die langfristige Entwicklung als sehr positiv eingeschätzt. Nach stagnierenden Werten im Zeitraum 2008 bis 2015 stieg die Erwerbstätigenquote ab 2016 wieder deutlich an und lag 2019 auf der Höhe des Europa-2020-Zielpfads. Daher fällt auch die kurzfristige Bewertung sehr positiv aus.“

Im Zuge der Europa-2020-Strategie wurde die Erwerbstätigenquote als Leitindikator für die Beschäftigung definiert:

Bis 2020 sollen EU-weit 75% der 20- bis 64-Jährigen in Erwerbstätigkeit stehen. Das nationale Ziel liegt bei 77%. Die Wahl des Indikators begründet die Europäische Kommission (2010) damit, dass Beschäftigung multiple Effekte auf die Aspekte „wirtschaftliche Entwicklung“, „Lebensqualität“ und „soziale Eingliederung“ hat und somit einen Eckstein der sozioökonomischen Entwicklung darstellt.

Grafik 16

Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen

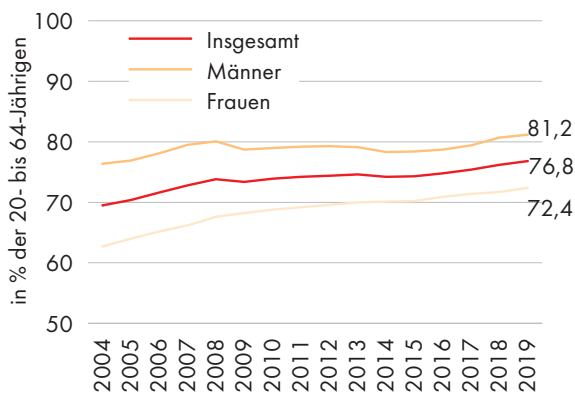


2019 lag die Erwerbstätigenquote in Österreich bei 76,8%. Von 2004 bis 2008 war ein kontinuierlicher Anstieg dieser Quote zu beobachten. Im Wirtschafts- und Finanzkrisenjahr 2009 gab es einen leichten Einbruch, der jedoch

u.a. durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie Kurzarbeit abgefedert werden konnte. Nach einem erneuten Rückgang 2014 stieg die Erwerbstätigenquote seit 2015 wieder an, zuletzt um 0,6%-Punkte.

In der EU-28 gab es ebenfalls zwischen 2004 und 2008 einen deutlichen Anstieg der Erwerbstätigenquote. Der krisenbedingte Einbruch im Jahr 2009 konnte bis 2015 aufgeholt werden, 2019 lag die durchschnittliche EU-28-Quote bei 73,9% (2008 bei 70,2%). Der Trend zu einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen hält dabei weiter an, wenngleich dieser überwiegend auf einer Zunahme der Teilzeitarbeit beruht.

Grafik 17
Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung.

In Österreich lag die Erwerbstätigenquote der Frauen 2019 bei 72,4%, jene der Männer betrug 81,2%. Die Quote der Männer stieg zwischen 2009 und 2013 nur geringfügig an, ging 2014 leicht zurück und stieg 2015 bis 2019 wieder an. Die Erwerbstätigenquote der Frauen lag 2004 noch bei 63% und steigt seit 2009 jährlich um durchschnittlich 0,6%. Der Abstand zwischen der Erwerbstätigenquote von Frauen und Männern war aber auch 2019 mit 9%-Punkten noch beträchtlich.

Die Einschränkungen aufgrund der COVID-19-Pandemie zeigten für das zweite Quartal 2020 deutliche, branchenspezifisch unterschiedliche Auswirkungen auf den österreichischen Arbeitsmarkt. Im zweiten Quartal 2020 waren nach internationaler Definition 4.214.100 Personen erwerbstätig, um 129.200 bzw. 3,0% weniger als im Jahr zuvor (siehe Kapitel 2.2 zu den Auswirkungen der COVID-19-Krise auf den Arbeitsmarkt).

2.7.2

Schlüsselindikator Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquote ist als der prozentuale Anteil der Arbeitslosen zwischen 15 und 74 Jahren an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) definiert. Dabei werden die Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zugrunde gelegt. Beim ILO-Konzept gilt eine Person als erwerbstätig, wenn sie in der Referenzwoche mindestens eine Stunde gearbeitet oder wegen Urlaub, Krankheit usw. nicht gearbeitet hat, aber ansonsten einer Beschäftigung nachgeht. Personen in Elternkarenz mit aufrechtem Dienstverhältnis⁷ gelten als erwerbstätig. Als arbeitslos gilt, wer in diesem Sinne nicht erwerbstätig ist, aktive Schritte zur Arbeitssuche tätigt und kurzfristig zu arbeiten beginnen kann.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Die langfristige Bewertung fällt neutral aus, da über den gesamten Beobachtungszeitraum zwar kleinere Bewegungen, aber keine wesentliche Veränderung der Arbeitslosenquote erkennbar ist. Gemessen an der Hochkonjunktur der letzten Jahre und in absoluten Zahlen war die Arbeitslosigkeit jedoch zu hoch. Zudem fällt die Quote nach nationaler Definition wesentlich höher aus als nach internationaler Definition. Darüber hinaus sind strukturelle Probleme wie Langzeitarbeitslosigkeit und die Arbeitslosigkeit Älterer geblieben. Trotz des Rückgangs der letzten Jahre fällt die kurzfristige Bewertung daher ebenfalls neutral aus.“

Anmerkung bzgl. COVID-19-Krise: Mit der COVID-19-Krise ist die Arbeitslosigkeit deutlich angestiegen. Dass der Anstieg nicht noch kräftiger ausfällt, liegt insbesondere an den vielen Erwerbstätigen in Kurzarbeit. Dennoch wird die COVID-19-Krise noch länger Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen.“

In Österreich verlief die Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach internationaler Definition seit 2004 in mehreren Phasen. Nach einem kontinuierlichen Rückgang der Quote zwischen 2004 und 2008 stieg diese 2009 krisenbedingt deutlich an. In den Jahren darauf entspannte sich die Arbeitsmarktsituation etwas. Durch eine mehrjährige Stagnationsphase der Wirtschaft stieg die Arbeitslosigkeit in den Jahren 2012 bis 2016. Wegen diesem starken und länger anhaltenden Anstieg verfestigte sich diese vielfach und führte zu einem Anstieg der Langzeitbeschäftigungslosigkeit. Schließlich ging die Arbeitslosigkeit 2017 bis 2019 aufgrund der besseren konjunkturellen Lage wieder zurück und lag 2019 bei 4,5%. Es ist zu

⁷ Bis zu einer Karenzierungsdauer von maximal 22 Monaten.

erwarten, dass sich das Problem der steigenden Langzeitarbeitslosigkeit aufgrund der reduzierten Chance Arbeitsloser, wieder in den Arbeitsmarkt zurückzufinden, mit der COVID-19-Krise 2020 verschärft.

Während nach der internationalen Definition der Arbeitslosenquote alle Personen als arbeitslos gelten, die angeblich zum Erhebungszeitpunkt weniger als eine Woche gearbeitet zu haben, in den vorangegangenen vier Wochen aktiv eine Arbeit gesucht zu haben und für den Arbeitsmarkt sofort (d.h. binnen zwei Wochen) verfügbar zu sein, sind nach der nationalen Definition all jene arbeitslos, die beim Arbeitsmarktservice (AMS) als arbeitslos registriert sind. Personen in Schulungen und Ausbildungen gelten in dieser Definition jedoch nicht als arbeitslos. Auch die Bezugsgrößen unterscheiden sich bei den beiden Definitionen: Bei der internationalen Definition ergibt sich die Quote als Verhältnis der Arbeitslosen zu den Erwerbspersonen (Summe der erwerbstätigen Personen, d.h. auch der Selbständigen, und der Arbeitslosen) im Alter von 15 bis 74 Jahren, bei der nationalen Definition als das Verhältnis der Arbeitslosen zum Arbeitskräftepotenzial (Summe der unselbständig Erwerbstätigen plus der Arbeitslosen).

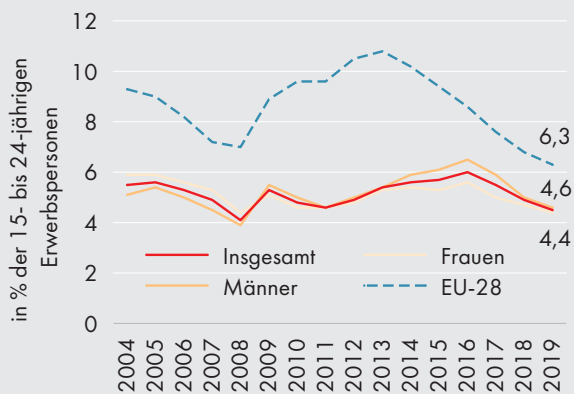
Betrachtet man die Arbeitslosenquote anhand der nationalen Definition, so ist diese im Zuge der mehrjährigen Stagnationsphase der Wirtschaft bis 2016 stärker gestiegen und lag 2019 bei 7,4% und damit 2,9%-Punkte über der Quote nach ILO-Definition.

und auch 2,6%-Punkte über dem Durchschnitt von 7,4%. Relevant ist in diesem Zusammenhang jedoch nicht nur die Quote der Arbeitslosen, sondern auch die Arbeitslosendauer. Hier zeigt sich, dass ältere Personen, wenn sie einmal arbeitslos geworden sind, deutlich schwieriger wieder in den Arbeitsmarkt zurückfinden. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit ist für die Gruppe der über 55-jährigen (8 Monate) doppelt so lang wie für alle Altersgruppen insgesamt (4 Monate).

In vielen Ländern der Europäischen Union stellt die Arbeitslosigkeit 2019 nach wie vor eine große Herausforderung dar. Nach Jahren ökonomischer Krise und der Rückkehr der Rezession 2012 erreichte die Arbeitslosigkeit in der EU-28 2013 einen Spitzenwert von 10,8%. Seither ging die Quote wieder zurück und lag 2019 bei 6,3%, bei insgesamt sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den Mitgliedstaaten (siehe Kapitel 5.2). Es ist zu erwarten, dass, nach dem Rückgang der Arbeitslosigkeit in der EU-28 in den vergangenen Jahren, diese nun aufgrund der COVID-19-Krise 2020 erneut deutliche Anstiege verzeichnen wird (siehe Kapitel 2.2 zu den erwarteten Auswirkungen der COVID-19-Pandemie).

Der Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit zeigt eine ähnliche Entwicklung wie für die Arbeitslosigkeit insgesamt: Die Situation für junge Menschen zwischen 15 und 24 war in Österreich vor wie nach der Wirtschaftskrise 2009 deutlich günstiger als in den meisten Vergleichsländern und in der EU-28 insgesamt. Im Durchschnitt der EU-28 ging die Jugendarbeitslosenquote jedoch bereits seit 2014 deutlich zurück auf 14,4% in 2019 (2013 lag sie noch bei 23,7%). In Österreich konnte erst 2017 ein Rückgang der Jugendarbeitslosenrate erreicht werden, welcher sich 2019 weiter fortsetzte. Die Jugendarbeitslosenrate lag 2019 bei 8,5%.

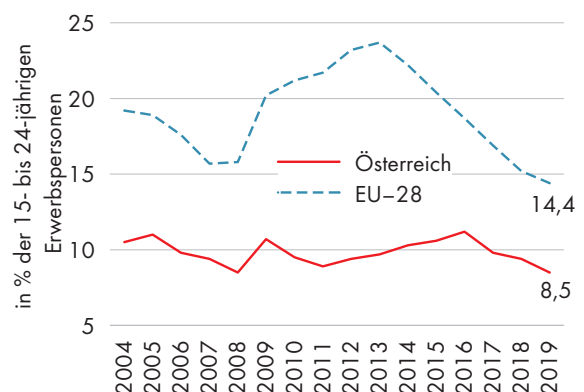
Grafik 18
Arbeitslosigkeit der 15- bis 74-Jährigen (ILO- und nationale Definition)



Q: Statistik Austria, MZ-Arbeitskräfteerhebung, Eurostat.

Auch die Arbeitslosenquote der Älteren (über 55-Jährigen) unterscheidet sich je nach Berechnungsmethode. Nach der internationalen (ILO)-Definition lag diese relativ niedrig bei 3,4% und damit unter der Arbeitslosenquote insgesamt von 4,5%. Das Gegenteil ist jedoch der Fall, zieht man die nationale Definition heran. Hier liegt die Arbeitslosigkeit der 55- bis 64-Jährigen mit 10% deutlich höher

Grafik 19
Arbeitslosigkeit der 15- bis 24-Jährigen (ILO-Definition)



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat.

Die duale Ausbildung (Lehre) sowie eine Reihe von Initiativen, wie beispielsweise die Ausbildungsgarantie, konnten dazu beitragen, das Problem der Jugendarbeitslo-

sigkeit in Österreich vergleichsweise gering zu halten. Begünstigend kommen ein gut funktionierendes System der schulischen beruflichen (Aus-) Bildung sowie demographische Faktoren hinzu. (BMASK 2014). Zudem gilt für

Jugendliche in Österreich seit Juli 2017 die Ausbildungspflicht, welche sicherstellt, dass Jugendliche auch nach Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht eine weitere Ausbildung erhalten.

2.8 Verteilung und Staat

Fragen der Verteilung materieller Ressourcen und gesellschaftlicher Disparitäten stehen immer wieder im Blickpunkt des öffentlichen Diskurses. Dies betrifft insbesondere verteilungspolitisch relevante Themen der Fiskal- und Steuerpolitik, der Lohnpolitik oder der Sozialpolitik. Verteilungsaspekte sind daher bei der Betrachtung von Einkommen, Konsum oder Wohlstand relevant.

Verteilungsmaße sind ein wesentlicher Teil des *WgÖ*-Indikatorensets. Der erste Schlüsselindikator stellt die Entwicklung der hohen und niedrigen preisbereinigten Nettojahreseinkommen der unselbständig Beschäftigten dar. Er beleuchtet somit Verteilung der Einkommen unselbständig Erwerbstätiger auf Basis von Lohnsteuerdaten. Wichtiges Entscheidungskriterium für diese Maßzahl war insbesondere die hohe Qualität der Quelle. Als zweiter Schlüsselindikator wurde das Verhältnis des obersten zum untersten Einkommensquintil der verfügbaren Netto-Jahreshaushaltseinkommen gewählt. Dieser Indikator gibt Aufschluss über die Verteilung nach staatlichen Umverteilungsmaßnahmen auf Basis von Haushaltsdaten (EU-SILC). Als dritter Schlüsselindikator gibt der Gender Pay Gap Auskunft über geschlechtsspezifische Unterschiede in der Lohnstruktur. Ein neuer Schlüsselindikator zum öffentlichen Schuldenstand nach Maastricht liefert zusätzlich Informationen zur Solidität der öffentlichen Finanzen.

Die Dimension Verteilung und Staat ist im *WgÖ*-Indikatorenset mit vier Schlüsselindikatoren vertreten: der realen Entwicklung der hohen und niedrigen Nettojahreseinkommen der unselbständig Erwerbstätigen, dem S80/S20-Einkommensquintilsverhältnis der Haushalte, dem Gender Pay Gap und dem öffentlichen Schuldenstand.

Schließlich wird über die Verteilung der Einkommen hinaus, auf Basis des von der OeNB erhobenen Household, Finance and Consumption Survey auch Auskunft über

die Verteilung der Vermögen gegeben. Drei Zusatzindikatoren zur Vermögensverteilung ergänzen das Indikatorenset in der Dimension Verteilung.

2.8.1 Schlüsselindikator hohe und niedrige Nettojahreseinkommen

Gezeigt wird die Entwicklung der inflationsbereinigten Nettojahreseinkommen von unselbständig Erwerbstätigen. Dabei werden das unterste und das oberste Einkommensquartil einander gegenübergestellt.⁸

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Seit 2000 war ein Auseinanderdriften von niedrigen und hohen Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen zu beobachten, was teilweise auf das Ansteigen der Teilzeitquote zurückzuführen ist. Diese Entwicklung wird in der Langfristbetrachtung neutral bewertet. Die kurzfristige Bewertung fällt tendenziell positiv aus, da sich die Spreizung der hohen und niedrigen Einkommen in den letzten Jahren leicht verringert hat.“

Die alleinige Betrachtung der Lohneinkommen reicht freilich nicht aus, um die Frage befriedigend zu beantworten, ob eine Schere bei der Verteilung materieller Ressourcen insgesamt aufgeht. Jedoch sind die Lohneinkommen in den Lohnsteuer- bzw. Sozialversicherungsdaten vollständig enthalten und liefern insofern eine solide Grundlage für die Verteilung innerhalb der Gruppe der unselbständig Beschäftigten.

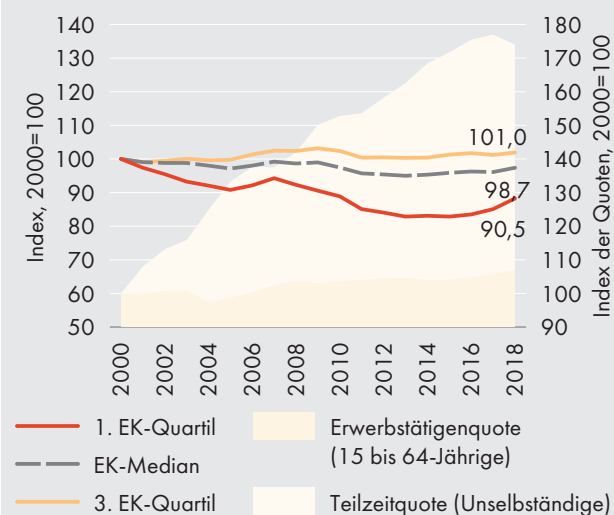
Grafik 20 zeigt die inflationsbereinigte Entwicklung der hohen und niedrigen Einkommen. Hier ist ersichtlich, dass die Einkommen des ersten Einkommensquartils⁹ bis 2005 deutlich zurückgingen, aber bis 2007 wieder etwas aufholten. Ab 2008 gingen diese Einkommen insgesamt stark zurück. Ab 2016 kam es wieder zu einem Anstieg der

⁸ Quartile teilen die Verteilung in vier gleich große Gruppen, sodass jeweils 25% der Daten in die vier durch die Quartilsgrenzen (1. Quartil, Median und 3. Quartil) bestimmten Gruppen fallen. Das erste Einkommensquartil gibt somit jene Einkommensgrenze an, unter der die Einkommen von 25% der unselbständig Beschäftigten liegen. Das oberste Einkommensquartil jene Einkommensgrenze, unter der die Einkommen von 75% der unselbständig Beschäftigten liegen.

⁹ Dieser Wert entspricht der Grenze, unter der die 25% der niedrigsten Einkommen liegen.

Einkommen des ersten Einkommensquartils. Die Steuerreform 2015/2016 wirkte sich in allen Einkommensquartilen positiv auf die Nettoeinkommen aus. 2018 stiegen die Nettoeinkommen des ersten Einkommensquartils deutlich um 3,6%. Sie lagen 2018 damit um 9,5% unter jenen des Jahres 2000. Eine Rolle spielt dabei die Anhebung der Mindestlöhne in Kollektivverträgen (auf 1.500 EUR) ab 2017. Die Einkommen des obersten Quartils stiegen seit 2000 um insgesamt 1% an. Der Rückgang der Einkommen des untersten Quartils im selben Zeitraum ist dabei zumindest teilweise durch Struktureffekte wie steigende Teilzeitquoten oder Saisonarbeit, aber auch durch die Zuwanderung und den Eintritt relativ niedrig entlohnter Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt bedingt.

Grafik 20
Inflationsbereinigte Entwicklung der hohen und niedrigen Nettojahreseinkommen (real)



Q: Statistik Austria, 2016, Lohnsteuer-/SV-Daten und Verbraucherpreisindex 1996, MZ-Arbeitskräfteerhebung. - Erwerbstätigenquote: Zeitreihenbruch im Jahr 2004. - Lehrlinge werden nicht berücksichtigt.

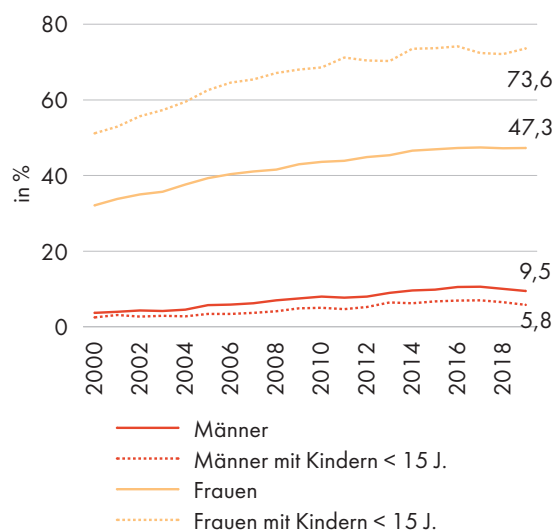
Steigende Teilzeitquoten oder Saisonarbeit, aber auch die Zuwanderung und der Eintritt relativ niedrig entlohnter Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt, finden insbesondere in der Entwicklung der Einkommen der unteren EK-Quartile ihren Niederschlag.

So stieg beispielsweise die Erwerbstätigenquote der 15- bis 64-Jährigen zwischen 2000 und 2018 von 68,3% auf 73,0%. Die Teilzeitquote der unselbständig Beschäftigten stieg zwischen 2000 und 2018 von 16,4% auf 28,6% und lag um 74,1% über dem Ausgangswert (indizierte Werte in Grafik 20 zu sehen).

Das zwischenzeitliche Auseinanderdriften hoher und niedriger Nettojahreseinkommen kann daher nicht in erster Linie auf eine wachsende Ungleichheit zurückgeführt werden, sondern reflektiert vor allem eine veränderte Struktur des Arbeitsmarkts.

Grafik 21 verdeutlicht die Veränderung der Struktur des Arbeitsmarkts und stellt die Bedeutung von Teilzeitbeschäftigung für Männer und Frauen mit und ohne Kinder unter 15 Jahren dar. Während die Teilzeitquote bei den Frauen insgesamt 2019 bei 47,3% lag (seit 2000 Anstieg um 15,2%-Punkte), waren es bei den Männern nur 9,5% (Anstieg um 5,8%-Punkte). Die Teilzeitquote der Frauen mit Kindern unter 15 Jahren stieg seit 2000 von 51,2% auf 73,6%. Bemerkenswert ist auch, dass über den gesamten Beobachtungszeitraum deutlich mehr Frauen mit Kindern in Teilzeit arbeiteten als Frauen insgesamt, während es sich bei den Männern entgegengesetzt verhielt. Die Teilzeitquote der Männer mit Kindern unter 15 Jahren war mit 5,8% niedriger als jene der Männer insgesamt mit 9,5%.

Grafik 21
Teilzeitquoten der 15- bis 64-Jährigen insgesamt und mit Kindern, nach Geschlecht



Q: Statistik Austria. - Bis 2003 Mikrozensus, Durchschnitt der Erhebungen im März, Juni, September und Dezember. - Ab 2004 Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung.

Teilweise kann der Einfluss dieser Struktureffekte auf die Einkommensentwicklung ausgeblendet werden, wenn nur jene Personen berücksichtigt werden, die ganzjährig vollzeitbeschäftigt waren.

Wie die folgende Grafik 22 zeigt, wuchsen die inflationsbereinigten Einkommen des untersten Quartils (ganzjährig vollzeitbeschäftigt) zwischen 2004 und 2009 leicht, stie-

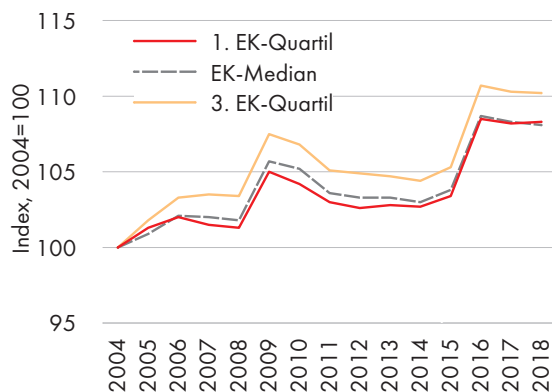
gen dann im Zuge der Steuerreform 2009 sprunghaft an, gingen darauf wieder leicht zurück und zeigten durch die Steuerreform 2016 erneut einen sprunghaften Anstieg. 2018 lagen sie 8,3% über dem Ausgangsniveau von 2004.

Eine ähnliche Entwicklung ist auch für das oberste Quartil zu beobachten. Allerdings stiegen die Einkommen hier bis 2009 weit stärker an und lagen 2018 immerhin 10,2% über dem Ausgangswert von 2004. Somit ist ersichtlich, dass sich die Schere auch bei Ausblendung der arbeitsmarktbezogenen Struktureffekte zwischen hohen und niedrigen Einkommen (bei unselbständig Beschäftigten) leicht öffnete.

Betrachtet man die Bruttostundenverdienste von Beschäftigten in der Privatwirtschaft auf Basis der alle vier Jahre stattfindenden Verdienststrukturerhebung, so zeigt sich, dass der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten mit 14,7% (2018) und 14,8% (2014) zuletzt stabil blieb, zwischen 2010 (15,1%) und 2006 (14,1%) war dagegen ein leichter Anstieg zu verzeichnen.¹⁰ Frauen zählten 2018 mit 21,7% deutlich häufiger zu den Niedriglohnbeschäftigten als Männer mit 9,7%.

Grafik 22

Entwicklung der hohen und niedrigen Nettojahres-einkommen (real) ganzjährig Vollzeitbeschäftigter



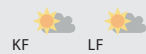
Q: STATISTIK AUSTRIA, 2020. Lohnsteuer-/SV-Daten und Verbraucherpreisindex 1996. Ohne Lehrlinge. Nettojahresbezüge gemäß § 25 EStG abzüglich der einbehaltenen Sozialversicherungsbeiträge und abzüglich der insgesamt einbehaltenen Lohnsteuer (vor Arbeitnehmerveranlagung).

2.8.2

Schlüsselindikator Verhältnis der Einkommensquintile (S80/S20)

Quintilsverhältnisse beschreiben das Verhältnis des Einkommens gleich großer Einkommensgruppen. Der *WgÖ*-Schlüsselindikator S80/S20 vergleicht den Einkommensanteil der reichsten 20% der Haushalte mit jenem der ärmsten 20% der Haushalte. Je stärker der Quotient von 1 abweicht, desto ungleicher sind die Einkommen zwischen diesen beiden Bevölkerungsgruppen verteilt.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Die Ungleichheit in den Haushaltseinkommen ist in Österreich niedriger als im EU-Schnitt. Da sich das Einkommensquintilsverhältnis seit 2008 kaum verändert hat, wird die langfristige Entwicklung der sekundären Haushaltseinkommen tendenziell positiv eingestuft. Die Bewertung der kurzen Frist, also 2017 bis 2019, fällt ebenfalls tendenziell positiv aus.“

Unter „Einkommen“ wird hier das äquivalisierte verfügbare Netto-Haushaltseinkommen (inkl. monetärer Sozialtransfers, aber ohne Sachtransfers) verstanden. Um Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, wird das äquivalisierte Haushaltseinkommen berechnet. Damit wird das verfügbare Haushaltseinkommen dem Einkommen einer alleinstehenden Person vergleichbar gemacht.¹¹ Der Referenzzeitraum ist das Jahr vor der Befragung, d.h. aus der derzeit aktuellen Befragung des Jahres 2019 stehen Daten zum Einkommen im Jahr 2018 zur Verfügung.¹²

Das Einkommensquintilsverhältnis wird in Grafik 23 abgebildet. Zwischen 2008 und 2019 lässt sich keine Öffnung der Einkommensschere aus den Daten ablesen. Zuletzt waren die sekundären Einkommen¹³ des reichsten Einkommensquintils 4,2-mal so hoch wie jene des ärmsten. Dieser Wert ist seit Beginn der Beobachtungsreihe 2008 praktisch unverändert, 2019 kam es im Vergleich zum Vorjahr zu einem geringen Anstieg von 4,0 auf 4,2, welcher jedoch statistisch nicht signifikant ist.

¹⁰ Zu den Niedriglohnbeschäftigten zählt, wer weniger als zwei Drittel des Medianlohns verdient (Niedriglohngrenze: 2018 10,06 €, 2014 9,24 €, 2010 8,52 €, 2006 7,65 € brutto pro Stunde; ohne Mehr- und Überstunden). Die Verdienststrukturerhebung bezieht sich auf unselbständig Beschäftigte in Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten in der Privatwirtschaft. Die Verdienststrukturerhebung wird im Abstand von vier Jahren durchgeführt.

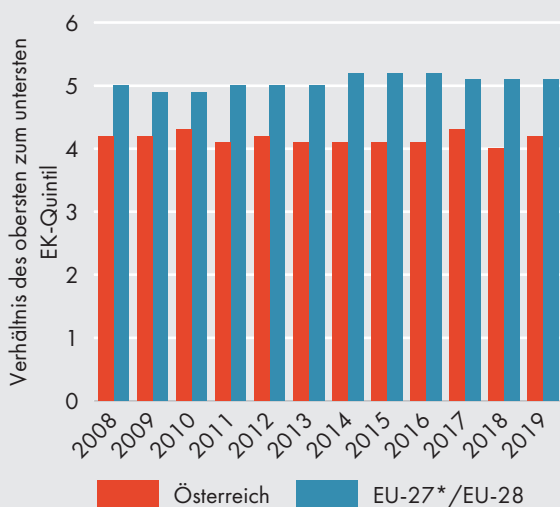
¹¹ Dabei geht man einerseits von einer gewissen Kostenersparnis bei zunehmender Haushaltsgröße aus (ein Zwei-Personen-Haushalt braucht nicht zwei Kühlschränke), andererseits wird das Alter der Haushaltsmitglieder berücksichtigt: die erste Person erhält ein Gewicht von 1, jede weitere (erwachsene) Person 0,5 und Kinder unter 14 Jahren 0,3.

¹² Die Jahreszahlen in Grafik 23 beziehen sich auf das Referenzjahr.

¹³ Verfügbares Einkommen inkl. erhaltener und abzüglich geleisteter Privattransfers.

Grafik 23

S80/S20-Einkommensquintilsverhältnis der verfügbaren Netto-Jahreshaushaltseinkommen (Personen bis 64 Jahre)



Q: Statistik Austria, EU-SILC; Eurostat. - Die Daten der Periode 2008 bis 2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen, da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde. - * Daten 2008-2009 ohne Kroatien.

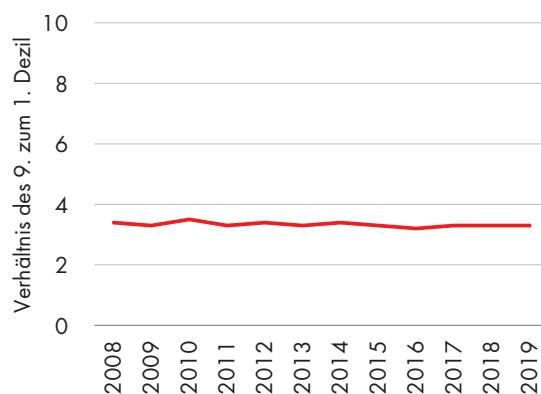
Verteilungsdaten auf Mikro-Datenbasis (aus Haushaltserhebungen) sind aus unterschiedlichen Gründen mit Vorsicht zu interpretieren: Insbesondere ist von einer Unterschätzung der Ungleichverteilung auszugehen, da Haushalte mit sehr hohen Einkommen und Vermögen schwierig für Erhebungen zu gewinnen sind bzw. von einer Zufallsstichprobe kaum erfasst werden können.

Stärkere Aussagekraft gewinnt der Indikator im EU-Vergleich: Im Durchschnitt hatte die EU-Bevölkerung im obersten Quintil rund fünfmal mehr Einkommen zur Verfügung als jene im untersten Quintil. Österreich befand sich 2019 mit einem Verhältnis von 4,2 deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 5,1.

Das P90/P10-Verhältnis gibt im Vergleich dazu das Verhältnis der Grenzen des neunten Dezils der äquivalisierten verfügbaren Netto-Haushaltseinkommen zu dem des ersten Dezils an.¹⁴ Auch dieser Wert hat sich seit 2008 wenig geändert und liegt für Österreich 2019 bei 3,3.

Grafik 24

P90/P10-Verhältnis der Netto-Haushaltseinkommen

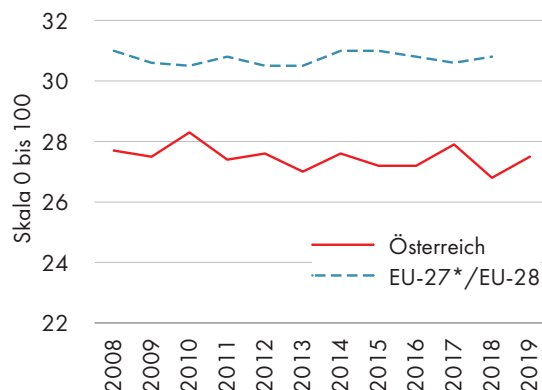


Q: Statistik Austria, EU-SILC.

Eine weitere zentrale Kennzahl für die Einkommenskonzentration ist der Gini-Koeffizient. Er nimmt bei totaler Gleichverteilung der Einkommen den Wert 0 und bei totaler Konzentration auf einen Einzelfall 100 an. Grafik 24 stellt die Entwicklung des Gini-Koeffizienten für das verfügbare Äquivalenzeinkommen in Österreich und der EU-27/EU-28 im Zeitraum 2008 bis 2019 dar.¹⁵ Der Gini-Koeffizient liegt in Österreich seit 2008 relativ stabil auf etwa demselben Niveau wie zu Beginn des Beobachtungszeitraumes mit Werten zwischen 27,7 und 28,3. Dabei fällt die Einkommenskonzentration 2019 in Österreich mit einem Gini-Koeffizienten von 27,5 geringer aus als im EU-28-Durchschnitt (AT 2018: 26,8, EU-28 2018: 30,8). Im Vergleich dazu liegt der Gini-Koeffizient vor Sozialtransfers, Abgaben und Privattransfers bei 36,2 – also deutlich über jenem des verfügbaren Äquivalenzeinkommens der Haushalte von 27,5.

Grafik 25

Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens der Haushalte



Q: Statistik Austria, EU-SILC - Zeitreihenbruch 2008; Eurostat. - * Daten 2008-2009 ohne Kroatien.

¹⁴ Im Vergleich zum Einkommensquintilsverhältnis S80/S20 vergleicht der Indikator P90/P10 nicht die Summe der höchsten Einkommen mit jenen der niedrigsten, sondern setzt die Grenzwerte, die das unterste und das oberste Dezil bestimmen, ins Verhältnis. Für die EU-Länder wird der Verteilungsindikator des Einkommensquintilsverhältnisses jedoch häufiger betrachtet.

¹⁵ Für das Aggregat der EU-28 stehen die Daten erst ab 2010 zur Verfügung, für 2008 bis 2009 wird daher die EU-27 (ohne Kroatien) gezeigt.

2.8.3 Schlüsselindikator Gender Pay Gap

Der Gender Pay Gap (geschlechtsspezifische Lohnunterschiede, ohne Anpassungen) beschreibt die Differenz zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten der männlichen und der weiblichen Beschäftigten in Prozent der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der männlichen Beschäftigten. Er misst demnach den Anteil, den Frauen brutto pro Stunde weniger verdienen als Männer. Keine Aussagen macht der Gender Pay Gap hingegen über die Ursachen des Lohnunterschieds: Hier spielen Branchen- und Berufswahl, Ausbildungsniveau und Alter, die Dauer der Unternehmenszugehörigkeit, das Ausmaß der Beschäftigung oder die Art des Arbeitsvertrags eine Rolle.

lung wird aufgrund der Annäherung an den EU-Schnitt neutral eingestuft.“

Der Schlüsselindikator „Gender Pay Gap“ ist einer aus einer Reihe von Gender-Equality-Indikatoren, die zur Messung der Geschlechtergleichstellung in der EU herangezogen werden. Der Indikator bezieht sich auf alle unselbständig Beschäftigten in Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten in der Privatwirtschaft. Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft sowie in der öffentlichen Verwaltung werden nicht berücksichtigt.

Basis für die Berechnung sind die Bruttostundenverdienste, da diese aussagekräftige Vergleiche unabhängig von der Arbeitszeit (Voll-/Teilzeit) ermöglichen. Der Schlüsselindikator wurde als „unbereinigt“ (ohne Anpassungen) definiert, d.h. er berücksichtigt keine Unterschiede im Hinblick auf die Beschäftigungsstruktur, sondern stellt ein Gesamtbild der geschlechtsspezifischen Lohnungleichheiten am Arbeitsmarkt dar.

Gemäß dem EU-Indikator „Gender Pay Gap“ betrug der geschlechtsspezifische Verdienstunterschied (ohne Anpassungen) gemessen an den Bruttostundenverdiensten in der Privatwirtschaft 2018 in Österreich 20,4% (siehe Grafik 26). Seit Beginn des Beobachtungszeitraums 2006 (25,5%) ist dieser Wert langsam, aber kontinuierlich zurückgegangen. Dennoch schlagen sich die damit verbundenen Einkommensnachteile sowie die unterschiedlichen Beschäftigungschancen von Frauen und Männern letztlich in für Frauen niedrigeren Pensionen und in einem höheren sozialen Risiko nach wie vor deutlich nieder (Lamei & Skina-Tabue 2011).

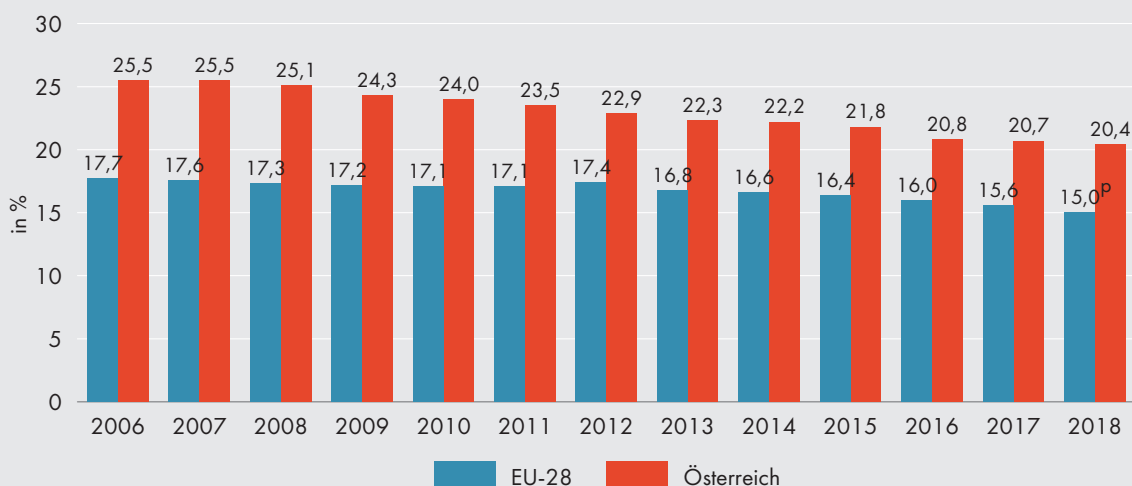
Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede fallen im internationalen Vergleich und absolut nach wie vor sehr hoch aus. Die Unterschiede im Gender Pay Gap bleiben auch nach Bereinigung durch Faktoren wie branchen- und berufsspezifische Segregation, Ausbildung oder Alter erheblich. Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern hat sich in den vergangenen Jahren zwar kontinuierlich, aber nur in geringem Ausmaß reduziert und nähert sich dem Vergleichswert der EU-28 an. Die Bewertung der kurzen Frist fällt aufgrund der Stagnation seit 2017 tendenziell negativ aus. Die langfristige Entwick-

Grafik 26

Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied (ohne Anpassungen z.B. nach Beschäftigungsstruktur)



Q: Statistik Austria; Eurostat. - Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied (ohne Anpassungen z.B. nach Beschäftigungsstruktur) - Unterschied zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten von Frauen und Männern. - p = vorläufig, internationale Daten bis 2009 ohne Kroatien.

Wird der Einfluss verschiedener Faktoren auf den Gender Pay Gap berechnet, so zeigt sich, dass basierend auf den Daten der Verdienststrukturerhebung 2014 insgesamt 8,6%-Punkte des Gender Pay Gap durch beobachtbare Unterschiede erklärt werden können¹⁶. Der größte Teil des erklärten Lohnunterschieds kann dabei auf die branchen- und berufsspezifische Segregation des Arbeitsmarktes zurückgeführt werden. Ein weiterer Teil beruht auf Unterschieden betreffend das Ausbildungsniveau, das Alter, die Dauer der Unternehmenszugehörigkeit, das Ausmaß der Beschäftigung oder die Art des Arbeitsvertrags. Der große Rest von 13,6%-Punkten – der „bereinigte“ Gender Pay Gap – kann dagegen nicht durch die im Modell enthaltenen Merkmale erklärt werden (Geisberger und Glaser 2017). Der Gender Pay Gap lässt sich weiter reduzieren, wenn die Variable Kind mitberücksichtigt wird (Kleven et al., 2019). Dennoch zeigen die Ergebnisse, dass der geschlechtsspezifische Lohnunterschied in Österreich nur zum Teil die Folge von strukturellen Ungleichheiten ist.

Auf die Bedeutung berufsspezifischer Segregation wird neben Ausbildung, Alter und Geburtsland sowie Erfahrung auch in vergleichbaren Studien zum Gender Pay Gap in Österreich verwiesen (siehe z.B. Böheim et al., 2019 oder Böheim et al., 2017), wobei unterschiedliche Studien für Österreich auf unterschiedlichen Daten oder empirischen Ansätzen basieren. Christl und Köppl-Turyna (2020) berücksichtigen beispielsweise auf Basis von PIAAC Daten den Einfluss individueller Kompetenzen als weitere Faktoren zur Erklärung des Lohnunterschiedes von Männern und Frauen.

Bei der Bereinigung des Gender Pay Gap ist zu beachten, dass geschlechtsspezifische Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt herausgerechnet werden, die Unterschiede und damit auch das Lohngefälle jedoch real bestehen bleiben. Die Bestimmung der hinter dem Gender Pay Gap stehenden Faktoren ist dennoch für die Ableitung politischer Maßnahmen sehr wichtig. Abgesehen von der Erklärung des Gender Pay Gaps auf Stundenbasis ist weiters zu bedenken, dass fast die Hälfte der Frauen und fast drei Viertel der Frauen mit Kindern in Teilzeit arbeiten (siehe Grafik 21), sodass die Monatsgehälter von Frauen noch weiter unter jenen der Männer liegen und damit auch die zukünftige Pensionshöhe.

Betrachtet man den Gender Pay Gap im internationalen Vergleich, dann zählt Österreich zu den Ländern mit den größten Lohn- und Gehaltsunterschieden. Auch 2018 fiel der geschlechtsspezifische Lohnunterschied in der EU-28 mit durchschnittlich 15,0% deutlich geringer aus als in Österreich mit 20,4%.

¹⁶ Das Lohndifferential wurde mithilfe der Oaxaca-Blinder-Dekomposition in einen erklärten und einen unerklärten Teil zerlegt. Der erklärte Teil bezeichnet jenen Teil des Gender Pay Gap, der auf die ungleiche Verteilung von Frauen und Männern hinsichtlich der beobachteten Merkmale zurückgeführt werden kann. Der unerklärte Teil ist dagegen jener Teil, der nicht auf den in das Modell einbezogenen sozioökonomischen Faktoren beruht.

2.8.4 Schlüsselindikator öffentlicher Schuldenstand

Die ökonomische Nachhaltigkeit umfasst auch die Solidität der öffentlichen Finanzen, welche den Raum für zukünftige Investitionen, fiskalpolitische Maßnahmen im Falle eines Wirtschaftsabschwungs und auch die Bonität einer Volkswirtschaft und damit die Höhe des Zinsdienstes beeinflusst. Im Vertrag von Maastricht wurden die Konvergenzkriterien (Maastricht-Kriterien) festgelegt. Demnach kann ein Staat nur an der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmen, wenn er die fiskalischen und monetären Maastricht-Kriterien erfüllt.

Die fiskalischen Maastricht-Kriterien betreffen das öffentliche Defizit, welches 3% des BIP nicht übersteigen darf, und den öffentlichen Schuldenstand, welcher maximal 60% des BIP erreichen darf. Einen Schuldenstand von 60% oder weniger hat Österreich seit Bestehen der Maastricht-Kriterien noch nie erreicht.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



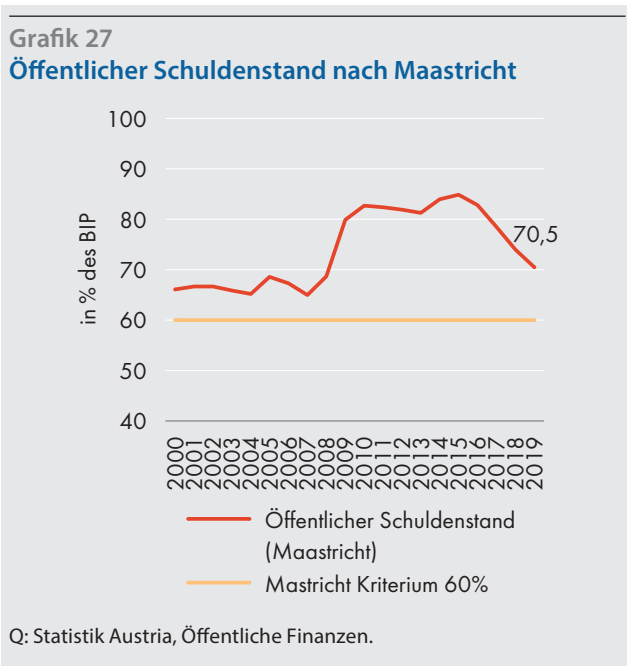
„Der Schuldenstand übersteigt im gesamten Zeitraum das Maastricht-Kriterium von 60% des BIP und liegt seit der Wirtschaftskrise 2009 auf sehr hohem Niveau, wenngleich es ab 2015 zu einer deutlichen Reduktion kam. Die langfristige Entwicklung wird daher neutral gesehen. Aufgrund der Rückführung des Schuldenstands seit 2015 kommt es trotz des hohen Niveaus über dem Maastricht-Kriterium zu einer kurzfristig tendenziell positiven Bewertung.“

Anmerkung bzgl. COVID-19-Krise: Mit der COVID-19-Krise ist die Staatsschuldenquote deutlich angestiegen. Damit hat der Konsolidierungspfad, der seit 2015 beschritten wurde, (vorerst) ein Ende gefunden.“

Der öffentliche Schuldenstand belief sich in Österreich Ende 2019 auf 280,3 Mrd. Euro bzw. 70,5% des BIP, bei einem Maastricht-Kriterium von 60%. Damit liegt die Staatsverschuldung um 5,0 Mrd. Euro unter dem Vorjahreswert, die Schuldenquote (Verhältnis der Staatsschulden zum BIP) verringerte sich gleichzeitig um 3,5%-Punkte.

Statistik Austria berechnet den öffentlichen Schuldenstand gemäß den Kategorien des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010). Da bei der Berechnung des öffentlichen Schuldenstandes

die Forderungen gegenüber anderen staatlichen Stellen abgezogen werden („intergovernmentale Forderungen“ bzw. „konsolidierte Darstellung“), sind bei der Interpretation der Veränderung des Schuldenstandes sowohl die Entwicklung der Verbindlichkeiten als auch der intergovernmentalen Forderungen zu berücksichtigen. Das gilt für den Staat insgesamt wie auch für die Beiträge der einzelnen Teilssektoren zum öffentlichen Schuldenstand.

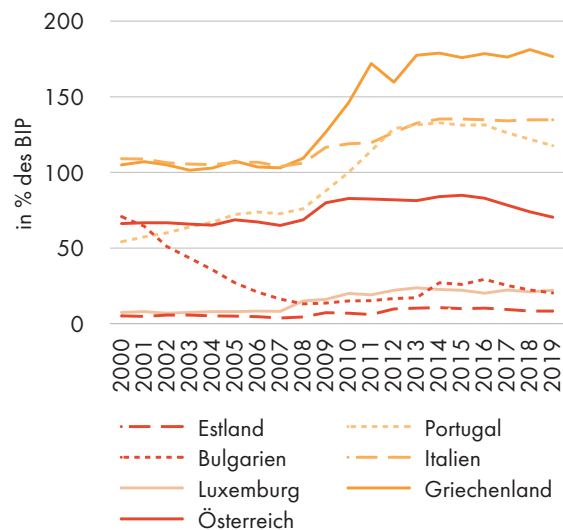


In den Zahlen zu den öffentlichen Finanzen im ersten Halbjahr 2020 lassen sich die Auswirkungen der drastischen Eindämmungsmaßnahmen der COVID-19-Pandemie und ihrer wirtschaftlichen Folgen in Österreich ablesen, welche die Haushaltskonsolidierung der vergangenen Jahre beenden und sich in einem Anstieg des öffentlichen Schuldenstandes niederschlagen. Im ersten Halbjahr 2020 verzeichnete Österreich ein öffentliches Defizit von 9,4% des BIP bzw. 16,8 Mrd. Euro. Der öffentliche Schuldenstand lag am Ende des zweiten Quartals 2020 bei 82,6%.

Mit 70,4% des BIP (Eurostat) lag der öffentliche Schuldenstand Österreichs 2019 8,9%-Punkte unter dem EU-28-Durchschnitt. Dieser variiert jedoch stark zwischen den 28 EU-Mitgliedstaaten. Grafik 28 zeigt den öffentlichen Schuldenstand jener sechs EU-Länder mit dem niedrigsten und dem höchsten Schuldenstand im Verhältnis zum BIP. Zu den Ländern mit sehr hohem Schuldenstand in Relation zum BIP gehören Griechenland (176,6%), Italien (134,8%) und Portugal (117,7%). Für Griechenland zeigt sich ein deutlicher Anstieg des Schuldenstandes infolge der Wirtschaftskrise 2009, nach einem Rückgang 2012 verharrt dieser auf einem hohen Niveau von über 170%. Im Gegensatz dazu erzielte Portugal seit 2016 eine Rückführung um fast 14%-Punkte.

Zu den Ländern mit sehr niedrigen Staatsschuldenquoten zählen allen voran Estland (8,4%), Bulgarien (20,4%) und Luxemburg (22,1%).

Grafik 28
Öffentlicher Schuldenstand nach Maastricht für ausgewählte Länder



Q: Eurostat.

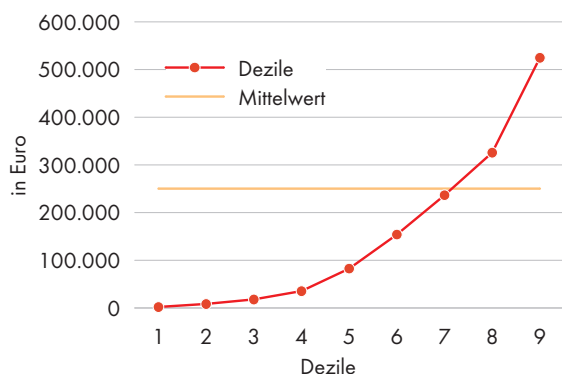
2.8.5 Verteilung der privaten Vermögen

Die hier gezeigten Daten zur Vermögensverteilung in Österreich stammen aus dem 2017 von der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) durchgeführten Household Finance and Consumption Survey (HFCS). Im HFCS werden Sachvermögen (z.B. Immobilien, Unternehmenseigentum, Fahrzeuge, Wertgegenstände), Finanzvermögen (Wertpapiere, Girokonten, Spareinlagen etc.) und die Verschuldung privater Haushalte erfasst (siehe Fessler et al. 2017). Das Bruttovermögen bezeichnet demgemäß die Summe von Sach- und Finanzvermögen. Nach Abzug der Verschuldung erhält man das Nettovermögen.

Das Nettovermögen beschreibt die Vermögenslage eines Haushalts am besten. Eine Beschränkung darauf würde jedoch die Zusammensetzung des Vermögens eines Haushalts außer Acht lassen. Im Folgenden werden daher beide Vermögensaspekte berücksichtigt.

Grafik 29 zeigt Dezile und den Mittelwert des Nettovermögens in Österreich. Die neun Dezile zerlegen die Menge der Haushalte in zehn umfanggleiche Teile. Entsprechend liegen dann beispielsweise unterhalb des dritten Dezils 30% aller Haushalte.

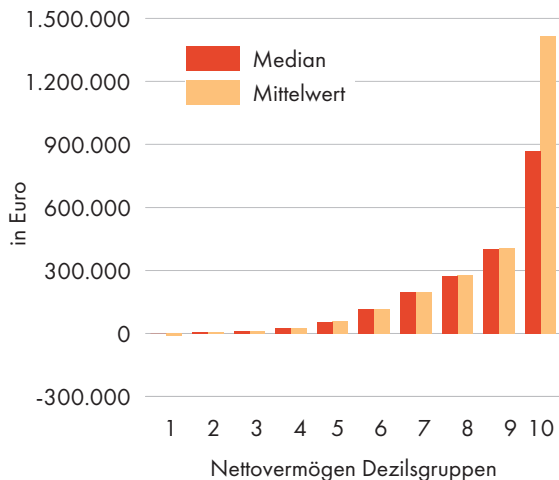
Grafik 29
Dezile und Mittelwert des Nettovermögens (2017)



Q: OeNB, HFCS-Austria 2017.

Jeder Punkt in der Grafik repräsentiert eine Vermögensgrenze, die ein Dezil vom nächsten trennt. Das unterste Zehntel der Haushalte lag 2017 unterhalb einer Nettovermögensgrenze von rund 2.000 Euro (anders formuliert verfügen die ärmsten 10% der Haushalte über ein Nettovermögen von jeweils weniger als 2.000 Euro). Die Nettovermögensgrenze unterhalb derer sich 50% (5. Dezil bzw. Median) der Haushalte befanden, betrug rund 83.000 Euro. Die reichsten 10% der Haushalte, welche über dem Grenzwert des 9. Dezils lagen, hielten jeweils Vermögen von über 525.000 Euro. Erst in diesen reichsten 10% der Haushalte wurden Nettovermögen von über 1 Mio. Euro erfasst, wobei es hier zu großen Datenunsicherheiten und Erfassungsproblemen kam (siehe Fessler et al., 2016). Grafik 30 verdeutlicht die markante Ungleichverteilung des Nettovermögens. Im Gegensatz zum Median (5. Dezil), der bei rund 83.000 Euro lag, lag der Mittelwert des Nettovermögens bei rund 250.000 Euro (etwa 70% der Haushalte verfügten über weniger).

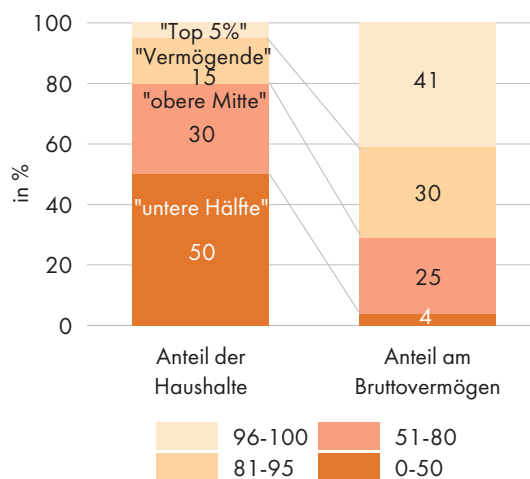
Grafik 30
Mediane und Mittelwerte des Nettovermögens der Dezilsgruppen (2017)



Q: OeNB, HFCS-Austria 2017.

Grafik 30 stellt Mediane und Mittelwerte des Nettovermögens innerhalb der Dezilsgruppen dar. Daraus lässt sich erkennen, dass jene 10% der Haushalte mit dem niedrigsten Nettovermögen im Durchschnitt sogar ein negatives Nettovermögen aufwiesen. Der Mittelwert lag in dieser Gruppe bei rund -10.800 Euro. Es zeigt sich darüber hinaus eine deutliche Streuung nach oben, d. h. Mittelwert und Median fielen bei den 10% der Haushalte mit dem höchsten Nettovermögen weit auseinander. Während Median und Mittelwert in der Vermögensgruppe darunter (unterhalb des 9. Dezils) noch nahe bei 400.000 Euro lagen, hielten die Haushalte der reichsten 10% im Median 868.000 Euro, aber im Durchschnitt bereits über 1,4 Mio. Euro an Nettovermögen.

Grafik 31
Verteilung der Bruttovermögen (2017)



Q: OeNB, HFCS-Austria 2017.

Grafik 31 veranschaulicht die Verteilung der Bruttovermögen. Hier werden die privaten Haushalte nach ihrem Bruttovermögen in vier Gruppen unterteilt: i) „untere Hälfte“, ii) „obere Mitte“, iii) „Vermögende“ und iv) „Top 5%“. Aus der Darstellung geht hervor, dass die 50% der Haushalte mit den niedrigsten Bruttovermögen (untere Hälfte) einen Anteil von 4,3% am gesamten Bruttovermögen hielten. Die 30% der „oberen Mitte“ besaßen 25% und die 15% „vermögenden“ Haushalte 30% des Gesamtbruttovermögens. Den größten Anteil hielten mit 41% die 5% der Haushalte mit dem höchsten Bruttovermögen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass Pensionsansprüche innerhalb der umlagefinanzierten Sozialversicherung nicht berücksichtigt sind.



3

Lebensqualität

Lebenszufriedenheit auf hohem Niveau

40% der Bevölkerung ab 16 Jahren
bewerteten ihre Lebenszufriedenheit
hoch, nur 8,7% gering

Gefahr von Armut und Ausgrenzung reduziert

Armuts- oder Ausgrenzungsgefähr-
dung verringerte sich seit 2008 um
227.000 Personen (2019 16,9%)

Guter Gesund- heitszustand

71,3% geben 2019 einen guten oder
sehr guten Gesundheitszustand an

3.1 Lebensqualität

Der Bevölkerung ein „gutes Leben“ zu ermöglichen, ist ein zentrales Ziel der Politik. Es spielt zum Beispiel in der Strategie „Europa 2020“, deren Ziel eine Verbesserung der Lebenschancen der Bevölkerung in Europa ist, eine gewichtige Rolle. „Lebensqualität“ ist dabei ein vielschichtiger Begriff. Was darunter zu verstehen ist und wie sie am besten messbar ist, sind komplexe Fragen. Sowohl objektive Merkmale wie zum Beispiel Bildung, Erwerbsarbeit, Einkommen, als auch subjektive Beurteilungen und Gewichtungen von Lebensbedingungen tragen in Summe zur Lebensqualität bei.

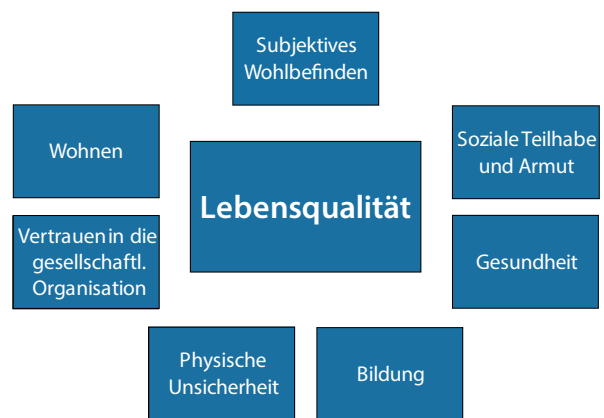
Der Stiglitz-Bericht aus dem Jahr 2009 vereint all diese Zugänge und betont, dass Lebensqualität über ökonomische Produktion und Lebensstandard hinausgeht. Sie umfasst demnach die gesamte Bandbreite an (subjektiven und objektiven) Faktoren, die beeinflussen, was Menschen über den materiellen Fokus hinaus in ihrem Leben wertschätzen (Stiglitz et al. 2009, S.41). Viele Bedingungsfaktoren menschlichen Wohlbefindens können demnach nicht monetarisiert werden. Kennzahlen zur Lebensqualität sind jedoch nicht darauf ausgerichtet, konventionelle ökonomische Indikatoren zu ersetzen, sondern ermöglichen es stattdessen, politische Diskussionen zu bereichern und die Gesellschaft über die Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger zu informieren.

Große Fortschritte wurden nach Einschätzung des Nachfolgeberichts zu „Beyond GDP“ (Stiglitz et al. 2018) auf internationaler Ebene vor allem für die Messung des subjektiven Wohlbefindens und der Ungleichheitsindikatoren erzielt. Auch die UN „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ mit ihren „Nachhaltigen Entwicklungszielen“ (Sustainable Development Goals SDGs) zeigt die wachsende Relevanz einer erweiterten Wohlstandsbetrachtung und damit verbunden die Bedeutung belastbarer Zahlen hierzu. Die Agenda 2030 beinhaltet 17 Ziele, denen 169 Unterziele (sogenannte „Targets“) zugeordnet sind und 232 Indikatoren, die diese Zielerreichung abbilden sollen. Bereiche der Lebensqualität finden sich als Querschnittsthema darin in annähernd allen Zielen wieder.

Um in den inhaltlichen Konzepten und Maßzahlen eine Ausgewogenheit zwischen Klarheit und Vollständigkeit zu gewährleisten, müssen oft pragmatische Entscheidungen getroffen werden: Der Sponsorship Report leitete aus den Empfehlungen des Stiglitz-Berichts eine Operationalisierung von Lebensqualität in 8+1 Dimensionen ab und formulierte eine vorläufige Liste mit dazugehörigen Schlüsselindikatoren. Eurostat übernahm diese Vorgehensweise in seiner Lebensqualitäts-Berichterstattung¹⁷, verwendet an anderen Orten¹⁸ aber auch Lebensqualitätskonzepte, die aus elf Dimensionen bestehen.

Für *WgÖ* wurden insgesamt zehn Schlüsselindikatoren gewählt, die (seit 2017) sieben Dimensionen der Lebensqualität zugeordnet werden (siehe Grafik 31), die Indikatorenstruktur bleibt das zweite Jahr in Folge unverändert.

Grafik 32
Dimensionen der Lebensqualität



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Übersicht 8 stellt die zehn Schlüsselindikatoren dar, von denen aufgrund verfügbarer Zeitreihen neun kurzfristig und acht langfristig bewertbar sind.

¹⁷ Vgl. z.B. „Quality of life“ Abschnitt der Eurostat Website.

¹⁸ Vgl. Infografik zu Dimensionen der Lebensqualität.

Übersicht 8

Schlüsselindikatoren der Lebensqualität mit Bewertung

Lebensqualität	kurzfristig	langfristig
Subjektive Lebenszufriedenheit		–
Armut- oder Ausgrenzungsgefährdung		
Subjektiver Gesundheitszustand		
Vorzeitige Sterblichkeit		
Tertiärquote		
Frühe Schul- u. Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger		
Physisches Unsicherheitsempfinden		
Tötungsrate		
Vertrauen in das politische System	–	–
Wohnkostenüberbelastung*		

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich? - * Wohnkosten >40% vom Haushaltseinkommen

Im vorliegenden Bericht werden zur einfacheren und anschaulicheren Darstellung jene subjektiven Indikatoren, die auf einer elfstufigen Skala basieren (z.B. von 0 „überhaupt nicht zufrieden“ bis 10 „vollkommen zufrieden“), in drei Kategorien – niedrig, mittel und hoch – unterteilt.

Die Grenzwerte für diese Zusammenfassung entsprechen dabei jenen, die für die EU-weiten Ergebnisse des EU-SILC Moduls Wohlbefinden (2013) von Eurostat festgelegt und seitdem nicht mehr verändert wurden.

Da keine theoretischen bzw. externen Kriterien auf internationaler Basis vorhanden waren, wird im Folgenden der EU-SILC-Systematik von Eurostat entsprechend ein verteilungsbasierter Ansatz gewählt. Dieser wurde mit Daten aus dem EU-SILC Wohlbefindensmodul 2013 ermittelt, seitdem nicht verändert und in europäischen Veröffentlichungen wie auch in Österreich verwendet. Beispielsweise bedeutet das für die Lebenszufriedenheit, dass die Ausprägungen, die jeweils von den 20% zufriedensten

Personen im EU-Durchschnitt gewählt werden, als hoch klassifiziert wurden. Das waren bei den Zufriedenheiten die Werte 9 und 10. Am unteren Ende der Skala wurden jene Ausprägungen als niedrig klassifiziert, die von den circa 20% unzufriedensten Personen gewählt wurden. Das sind die Ausprägungen 0 bis 5. Bei 6 bis 8 liegt also eine mittlere Zufriedenheit vor, die auf circa 60% der europäischen Bevölkerung zutrifft (vgl. Eurostat 2015b). Demnach wird die Frage nach der Lebenszufriedenheit, die von den Respondentinnen und Respondenten auf einer Skala von 0 für „überhaupt nicht zufrieden“ bis 10 für „vollkommen zufrieden“ beantwortet wurde, also in niedrige (0 bis 5), mittlere (6 bis 8) und hohe (9 bis 10) Zufriedenheit gruppiert. Alle anderen Zufriedenheitsfragen bedienen sich ebenso dieser Grenzwerte. Jene für die Fragen nach dem Vertrauen in Institutionen oder andere Personen, bei denen ebenfalls eine elfstufige Skala verwendet wurde, basieren ebenso auf der 20:60:20-Verteilung. Das ergibt für das Vertrauen in Institutionen und in andere Personen mit niedrig: 0-4; mittel: 5-6; hoch: 7-10 andere Grenzwerte als für die Zufriedenheitsfragen.

Die Analysen dieses Kapitels basieren in erster Linie auf Daten der Europäischen Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen EU-SILC¹⁹. Weitere verwendete Datenquellen sind z.B. die Arbeitskräfteerhebung (MZ-AKE), die Todesursachenstatistik und die Zeitverwendungserhebung 2008/09. All diese Daten werden bei Statistik Austria erhoben und aufbereitet. Der Fokus liegt auf hoch relevanten Indikatoren, die u.a. dem politischen Monitoring nationaler und internationaler Schlüsselziele dienen (z.B. Europa 2020). Wo möglich werden die Daten für Österreich jenen auf EU-Ebene gegenübergestellt, um Niveau und Entwicklung zu berücksichtigen. Um außerdem auch sozialstrukturelle Unterschiede zeigen zu können, werden Analysen etwa nach Geschlecht, Einkommensquintilen oder Bildung vorgenommen. Wenn nicht anders darauf hingewiesen wird, bezieht sich „Bevölkerung“ auf Personen in privaten Haushalten in Österreich.

Bevor jedoch mit der Darstellung der Entwicklung der Dimensionen der Lebensqualität entlang der etablierten Berichterstattung fortgesetzt wird, wird in diesem Jahr aus aktuellem Anlass eine Zusammenschau der relevanten Aspekte der COVID-19-Pandemie in Zusammenhang mit Lebensqualität präsentiert

¹⁹ Vgl. Informationen über die Erhebung bei [Eurostat](#) bzw. [Statistik Austria](#).

3.2

Lebensqualität und die COVID-19-Krise

Die COVID-19-Pandemie hat unterschiedliche Auswirkungen auf die Lebensqualität. Vielfach zeigt sich, wie sehr objektive Gegebenheiten der Lebensführung und subjektive Wahrnehmungen verwoben sind. Zwar sind zeitnah an die Phase der „ersten Welle“ im Frühling 2020 zahlreiche Studien entstanden, die die Effekte auf die Lebensqualität für verschiedene Personengruppen bzw. Bereiche der Gesellschaft zeigen, jedoch sind die mittel- und längerfristigen Auswirkungen auch zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des vorliegenden Berichts noch nicht in allen Details absehbar und abhängig vom weiteren Verlauf der Pandemie. Es kommt auf Dauer und Intensität der Gesundheitskrise, der getroffenen Einschränkungen und auf die erwarteten Folgen und Krisennachwirkungen an. An dieser Stelle wird der Schwerpunkt auf eine Zusammenschau der Situation im ersten Halbjahr 2020 gelegt, indem – wo vorhanden – Datenmaterial passend zu den sieben Dimensionen des Bereichs Lebensqualität präsentiert oder ein Ausblick über die Entwicklung im Jahr 2020 gegeben wird. Daten über die Situation im Herbst 2020 liegen vielfach noch nicht vor.

3.2.1

Subjektives Wohlbefinden

Auswirkungen der durch die COVID-19-Pandemie ausgelösten Veränderungen in Österreich, sei es auf gesellschaftlicher oder privater Ebene, zeigen sich je nach untersuchtem Indikator und Bevölkerungsgruppe für die Dimension des subjektiven Wohlbefindens mehr oder weniger stark. Die COVID-19-Prävalenzstudie²⁰ hat gezeigt, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen zum Befragungszeitpunkt im April bzw. Mai 2020 wesentlich geringere Werte im Wohlbefinden hatten. Dabei wurden zwei Fragen aus der international angewendeten WHO-5 Well-Being Scale (vgl. Bech, 2004) verwendet: wie oft man in den letzten 14 Tagen ruhig und entspannt war bzw. wie oft man in diesem Zeitraum gute Laune hatte. Knapp zwei

Drittel der Grundgesamtheit (April 2020: 64%, Mai 2020: 62%) befanden sich in den 14 Tagen vor der Befragung immer oder zumindest meistens in einem Zustand von Ruhe, Entspannung und guter Laune. Deutlich herabgesetzt war dagegen das Wohlbefinden der Menschen mit kritischen Vorerkrankungen. Nur etwa ein Drittel (April: 33%, Mai: 36%) dieser Personen war in den zwei Wochen vor der Befragung zumindest meistens ruhig, entspannt und gut gelaunt.

Auch die Donau-Universität Krems kommt in einer für Österreich repräsentativen Umfrage zum Thema psychische Gesundheit²¹ zum Ergebnis, dass die COVID-19-Pandemie und die damit einhergehenden Ausgangsbeschränkungen sich negativ auswirkten: Die Häufigkeit depressiver Symptome vervielfachte sich in der ersten Zeit der Krise, auch Schlafstörungen und Angstsymptome nahmen signifikant zu. Als besonders betroffen wurden junge Erwachsene (unter 35 Jahren), Frauen, Singles und Menschen ohne Arbeit ausgewiesen.

In EU-SILC sind Daten zur allgemeinen Lebenszufriedenheit verfügbar. Der Schlüsselindikator wird im nachfolgenden Teil des Kapitels bis zum Jahr 2019 dargestellt. Für EU-SILC 2020 sieht man anhand vorläufiger Daten keinen Effekt des Erhebungsmonats auf die allgemeine Lebenszufriedenheit.²² Das kann dahingehend verstanden werden, dass die Frage nach der allgemeinen Zufriedenheit „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben insgesamt?“ nicht kurzfristige Einflüsse wiederspiegelt, sondern eine längerfristige Bewertung vielfältiger Aspekte des eigenen Lebens im Sinne einer Gesamtbeurteilung der Lebenssituation darstellt.

3.2.2

Gesundheit

In der Dimension Gesundheit sind einerseits die unmittelbaren Folgen der Pandemie, wie auch indirekte Effekte zu

²⁰ [Bundesministerium Bildung, Wissenschaft und Forschung und Statistik Austria \(2020\): COVID-19-Prävalenz Mai 2020 - Ergebnisbericht.](#)

²¹ [Donau Uni Krems: Deutlicher Anstieg an psychischen Symptomen](#)

²² Die Datenerhebung von EU-SILC hat von März bis Juli 2020, also auch während der Phase des ersten „Lockdowns“, stattgefunden. Da die Datenaufbereitung inkl. endgültiger Gewichtung noch nicht abgeschlossen ist und eine Abnahme der Daten erst nach formaler und inhaltlicher Kontrolle durch Eurostat erfolgt, können die hier vorläufig berichteten Werte vom Endstand, der im Frühjahr 2021 veröffentlicht wird, geringfügig abweichen.

beachten. Im März und April 2020, dem ersten Höhepunkt des Infektionsgeschehens in Österreich, starben 588 Personen an und mit COVID-19. Ältere Personen mit Begleiterkrankungen wie Bluthochdruck, Diabetes, Herz- oder Nierenerkrankungen waren dabei am häufigsten betroffen, Männer starben fast doppelt so häufig an COVID-19 wie Frauen.²³ Der Höhepunkt der Sterblichkeit der „ersten Welle“ wurde in der ersten April-Hälfte erreicht, hier wurden rund 16% mehr Sterbefälle als im Durchschnitt der letzten fünf Jahre berechnet. Insgesamt lag die Sterblichkeit in den Monaten März und April um 1% höher als in den Jahren zuvor. Danach ging sie wieder auf das Niveau der Vorjahre zurück. Im Herbst 2020 zeigte sich, was landläufig als „zweite Welle“ des Infektionsgeschehens betitelt wird: Das [Dashboard zu COVID-19](#) meldete in Österreich Anfang Dezember 2020 rund 300.000 positiv getestete Personen und rund 3.700 bestätigte Todesfälle.²⁴

Die COVID-Prävalenzstudie ermittelte im April und Mai einen Anteil von 0,1% Infizierten an der österreichischen Bevölkerung, im November 2020 wurde ein Wert von 3,1% Infizierten erhoben. 3% halten eine Infektion mit dem Coronavirus für (sehr) wahrscheinlich. Zudem befürchteten im Mai 4% der Befragten den Verlust eines Familienmitglieds durch die Erkrankung mit COVID-19. Als indirekte Gesundheitsfolgen sind vermiedene oder verschobene Behandlungen und Operationen aufgrund der COVID-19-Situation zu nennen. Eine [Studie der Gesundheit Österreich GmbH](#) zu den Auswirkungen des Lockdowns im Frühjahr auf die stationäre Spitalsversorgung zeigt, dass eine Überlastung der Krankenanstalten vermieden werden konnte. Die stationäre Versorgung von Akutfällen und dringenden Fällen wurde aufrechterhalten. Von März bis Mai kam es zu einem Rückgang der stationären Aufenthalte mit Herzinfarkt von bis zu 25% im Vergleich zum Vorjahr. Die Anzahl der Schlaganfälle blieb beinahe gleich. Stationär aufgenommene Unfälle und Infektionen gingen deutlich zurück. Bei Entbindungen verkürzte sich die Aufenthaltsdauer um einen halben Tag. Stark zurück gingen die Aufenthalte mit psychischen Erkrankungen. Wie oben bereits dargelegt, war aber eher von einem Zunehmen psychischer Krankheiten auszugehen. Die gesundheitlichen Auswirkungen aufgrund verschobener oder auch von Patientinnen und Patienten bewusst vermiedener Behandlungen sind zum derzeitigen Zeitpunkt nicht statistisch abschätzbar.

Positiv zu erwähnen ist: Todesfälle durch Straßenverkehrsunfälle reduzierten sich während des Frühjahrs-Lockdowns um 26,5%. Bzgl. Nicht-Übertragung anderer Krankheiten aufgrund des Tragens des Mund-Nasen-Schutzes und Hygienemaßnahmen oder der Reduktion der Grippefälle durch häufigere Impfungen als in den Vorsaisonen bleibt abzuwarten, ob sich dies positiv in der Gesundheitsstatistik niederschlägt.

3.2.3 Soziale Teilhabe und Armut

In der Dimension soziale Teilhabe und Armut werden die sozialen Folgen der COVID-19-Krise erst zu beachten sein. Wie der [Sozialschutzausschuss](#)²⁵ des Rates für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO) vorhersieht, wird es höchstwahrscheinlich hinsichtlich Armut und soziale Ausgrenzung EU-weit zu Verschlechterungen durch die gegenwärtige Gesundheits-, Wirtschafts- und Sozialkrise kommen. Am 21. Juli 2020 beschlossen die Staats- und Regierungschefs daher einen [Aufbauplan und den mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027](#), die helfen sollen, die sozio-ökonomischen Auswirkungen der COVID-19-Krise abzufedern.

Während die europäischen Indikatoren für Armut und soziale Eingliederung auf Basis des Vorjahreseinkommens berechnet werden und damit für detaillierte Strukturanalysen hochrelevant, aber für Kurzfristanalysen ungeeignet sind, können andere subjektive Messungen zu wahrgenommenen Einkommensveränderungen wichtige Signale geben. Im April 2020 befürchteten 10% der in der COVID-19-Prävalenzstudie befragten Personen in Österreich für sich selbst finanzielle nachteilige Folgen der Krise in den nächsten sechs Monaten (sehr wahrscheinlich bzw. wahrscheinlich). Zum zweiten Befragungszeitpunkt im Mai 2020 waren es 13%. Vor allem Personen mit Kindern im Vorschulalter teilten diese Sorge.²⁶

Die Europäische Kommission sammelt monatliche Daten aus [Verbraucherumfragen](#)²⁷, die Schlussfolgerungen darüber zulassen, wie sich die finanzielle Situation von Privathaushalten entwickelt. Die aktuellsten Daten zur Frage, ob Personen auf Ersparnisse zurückgreifen oder sich verschulden mussten, um laufende Ausgaben zu tätigen, zeigen für Mai 2020 auf EU-Ebene 13,7% der Bevölkerung mit solchen Problemen und damit einen leichten Anstieg um 1,3%-Punkte gegenüber dem Vorjahr (Mai 2019).

²³ Vgl. [Statistik Austria Pressemitteilung zu COVID-19](#). Die Geschlechterverteilung bezieht sich altersstandardisiert auf die Wohnbevölkerung. Es leben in Österreich in hohen Altersgruppen viel mehr Frauen als Männer.

²⁴ Siehe das [AGES Dashboard COVID-19](#).

²⁵ Vgl. [Social Protection Committee \(2020\): SPC 2020 Annual Review of the Social Protection Performance Monitor \(SPPM\) and developments in social protection policies - Report on key social challenges and key messages](#).

²⁶ [Bundesministerium Bildung, Wissenschaft und Forschung und Statistik Austria \(2020\): COVID-19-Prävalenz Mai 2020 - Ergebnisbericht](#).

²⁷ [Eurostat Konjunktur- und Verbrauchererhebungen](#)

Finanzielle Problemlagen nahmen hingegen deutlicher für jene im untersten Einkommensquartil zu: 23,3% und damit um 2%-Punkte mehr als im Jahr 2019 berichteten von finanziellen Schwierigkeiten. Für Österreich wurden nach Berechnungen der EU-Kommission kaum Veränderungen zwischen dem 1. Quartal 2019 und 2020 festgestellt (vgl. SPC 2020, S. 34).

In EU-SILC wurde ebenfalls eine Frage nach den erwarteten Einkommensveränderungen bezogen auf die nächsten zwölf Monate gestellt. In den beiden Vorjahren (EU-SILC 2018 und 2019) hegten sehr stabil 20 bis 21% eine positive Zukunftserwartung hinsichtlich ihres Haushaltseinkommens, 8 bis 9% rechneten mit einer Verschlechterung und die überwiegende Mehrheit (jeweils 71%) vermutete, dass die finanzielle Situation ihres Haushalts etwa gleich bleibt. Dieselbe Frage ergibt für die kommenden zwölf Monate ab Frühjahr/Frühsommer 2020 nun eine wesentlich negativere Erwartung: 15% glauben, dass sich ihre finanzielle Situation innerhalb des nächsten Jahres verschlechtern wird. Damit verdoppelte sich beinahe der Anteil derer, die ihre finanzielle Zukunft negativ sehen. Immerhin 18% meinen aber umgekehrt auch, dass sie in zwölf Monaten finanziell besser dastehen werden.

Hinsichtlich der vergangenen Entwicklung sagten 21% bei der Befragung in EU-SILC 2020, dass ihr Haushaltseinkommen über die letzten zwölf Monate weniger geworden ist. Auch hier ist eine schlechtere Beurteilung als in den Vorgängererhebungen bemerkbar: 2018 und 2019 hatten noch 14% bzw. 13% von einer Verringerung ihres Haushaltseinkommens bis zum Befragungszeitpunkt berichtet. Die Analyse nach dem Erhebungsmonat zeigt, dass hier bereits eingetretene Verschlechterungen der Finanzen in der ersten Krisensituation und zusätzlich eventuell negative Zukunftserwartungen die Beurteilung der Einkommensentwicklung prägen: Während im März 2020 Befragte noch zu 15% (und damit in etwa gleich viele wie in früheren Jahren) angaben, ihr Haushaltseinkommen hätte sich verringert, waren es im April und Mai 2020 knapp unter 20% und danach über 20%. Als Grund für die Einkommensreduktion wurde in 22% der Fälle ein Jobverlust oder Konkurs des eigenen Unternehmens genannt.

Eine Studie der Armutskonferenz im Auftrag des Sozialministeriums betreffend „Armutsbetroffene und die Corona-Krise“²⁸ weist darauf hin, dass Personen, die schon vor der Krise von Armut bedroht oder betroffen waren, durch dieselbe weitere Einschränkungen erfuhren, etwa durch den Wegfall von Zuverdiensten, die zumeist einen wesentlichen Teil des Haushaltseinkommens ausmachten.

3.2.4 Bildung

In der Dimension Bildung muss zunächst die Ausnahmesituation im Frühjahr erwähnt werden. In Österreich wurde der Schulunterricht im Lockdown mittels Home Schooling soweit als möglich aufrechterhalten und im Juni in eingeschränkter Form wieder aufgenommen. Ausbildungen konnten (tw. in neuer Form, z.B. Matura) weitgehend abgeschlossen werden. Nach Ende der Sommerferien wurde mit einem weitergehend normalen Präsenzunterricht gestartet, der jedoch ab November für die Oberstufen erneut in Home Schooling übergeführt wurde. Weitere Veränderungen und eine Reduktion des Präsenzunterrichts auch für die jüngeren Jahrgänge stehen laufend zu Diskussion.

Die Auswirkungen auf die Bildungsindikatoren in *WgÖ* zeigen sich jedenfalls nicht kurzfristig bzw. liegen noch keine Daten aus entsprechenden Erhebungen im Statistischen System vor. Soziale Aspekte der Schulschließungen und potentielle Auswirkungen auf den weiteren Bildungsweg sind derzeit nur schwer abschätzbar. Verfügbar ist aber etwa eine Studie des IHS zu Auswirkungen von Schulschließungen.²⁹ Hingewiesen wird darauf, dass durch diese die Gefahr besteht, dass ein Teil der Kohorte zurückbleibt. Umfrageergebnisse bestätigten, dass es Schwierigkeiten gab, Kontakt v.a. zu benachteiligten Schülerinnen und Schülern herzustellen und ein erheblicher Anteil von ihnen nicht erreicht werden konnte. Auch auf Probleme durch fehlende Hilfsmöglichkeiten von Eltern, eine mangelnde Ausstattung mit Tablets, Laptops und Internetverbindungen und beengte Wohnverhältnisse wurde aufmerksam gemacht. In einem Policy Brief des WIFO³⁰ werden ebenfalls hohe individuelle und gesellschaftliche Kosten vorhergesehen: etwa kurzfristige und längerfristige negative Folgen auf die Lernergebnisse, direkte Einkommenseinbußen oder indirekt steigende Gesundheitskosten durch psychische Belastungen und mangelnde Bewegung für Kinder, Effekte auf Produktivität und Einkommen der Eltern, auf Unternehmen und damit auch auf das BIP.

Nicht nur für die Betroffenen selbst, die Schülerinnen und Schüler, sondern auch für deren Betreuungspersonen stellen Schulschließungen eine hohe Belastung dar. Der vor schulische Bereich war ebenfalls teilweise im „Krisenmodus“ und damit wurden nicht alle Kinder in Krippen und Kindergärten in üblichem Ausmaß und Qualität betreut. Mit diesen krisenbedingten Veränderungen in Bildung und Betreuung gingen auch ökonomische Effekte Hand in Hand. Insbesondere Frauen hatten in Bezug auf ihre eigene Erwerbstätigkeit Nachteile. Das WIFO führte im April eine Abschätzung der ökonomischen COVID-19-Ef-

²⁸ BMSGPK (2020): Armutsbetroffene und die Corona-Krise

²⁹ Vgl. Kocher, M./ Steiner, M. (2020): Kosten von Schulschließungen zur Pandemiebekämpfung. IHS Policy Brief 20 und Steiner, M. (2020): No Child left behind? In Zeiten von Corona leichter gesagt als getan!

³⁰ Bock-Schappelwein, J./ Famira-Mühlberger, U. (2020): Ökonomische Folgen von Schulschließungen. WIFO Research Briefs 18/2020

fekte auf Frauen durch.³¹ Danach traf die Doppelbelastung durch Beruf und Betreuungspflichten infolge von Homeoffice oder einer Beschäftigung in den systemrelevanten Wirtschaftsbereichen Frauen stärker als Männer.

3.2.5 Wohnen

Für die Dimension Wohnen ist festzustellen, dass Problemlagen, z.B. mangelnde Wohnqualität oder geringe Wohnraumgröße, Lärm in der Wohnung usw., in Zeiten der COVID-19-Krise zu verstärkten Belastungen werden können, wenn mehr Zeit als sonst zu Hause verbracht werden muss. Überbelag trifft Familien mit Kindern besonders oft, 13% leben EU-SILC 2019 zufolge entsprechend ihrer Haushaltskonstellation in zu kleinen Wohnungen (gegenüber 7% der Bevölkerung insgesamt). Auch Wohnkosten könnten bei unsicherer Arbeitsmarktlage und Einkommenssituation die Haushaltsbudgets stärker treffen und damit indirekt durch die COVID-19-Krise zu einer größeren Belastung werden.

3.2.6 Physische Unsicherheit

Sicherheit bzw. physische Unsicherheit stellt eine weitere zentrale Dimension der Lebensqualität dar. Aus den oben umrissenen Wohnproblemen, ökonomischer und emotionaler Unsicherheit und erhöhter (Arbeits-)Belastung in der Krisenzeit lassen sich höhere Inzidenzen häuslicher Gewalt erwarten. So prognostizieren auch die Vereinten Nationen, dass sich das Risiko häuslicher Gewalt durch den Lockdown erhöhen wird und ungewollte Schwangerschaften häufiger werden. Ob die häusliche Gewalt in Österreich speziell während des Lockdowns zunahm, lässt sich aus den aktuellen statistischen Daten noch nicht ablesen. Der Anti-Gewalt-Beratungsbedarf war allerdings erhöht, beispielsweise musste die Frauenhelpline aufgrund steigender Inanspruchnahme verstärkt werden.³²

3.2.7 Vertrauen in die gesellschaftliche Organisation

Was schließlich das Vertrauen in die gesellschaftliche Organisation betrifft, wird dies auf die Probe gestellt, wenn plötzlich die üblichen Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens auf den Kopf gestellt werden. Dennoch war allgemein in der ersten Phase des Lockdowns ein hohes Verständnis für die von der Politik getroffenen Maßnahmen zur Verringerung des Ansteckungsrisikos zu bemerken, das danach – auch mit geringeren Infektionszahlen ab Mai – etwas sank:³³

Während im April 2020 rund drei Viertel der Maßnahmen von mehr als 85% der Bevölkerung akzeptiert wurden, war eine derart breite Zustimmung im Mai 2020 nur noch bei einem Viertel der Maßnahmen feststellbar: „Schützen bestätigter Risikogruppen in der Arbeit“ (97%), „Abstand halten“ (94%) und „Tragen eines Mund-Nasenschutzes“ (86%). Vor allem Maßnahmen wie das „Veranstaltungsverbot (ab zehn Personen)“ mit 62%, „Unterricht von Zuhause (Oberstufe)“ mit 60% und die Maßnahme „Schließung von Schwimmbädern und Indoor-Sportstätten“ mit 59% wurden von den Befragten im Mai 2020 als weniger angemessen beurteilt.

Ganz allgemein kann schon jetzt gesagt werden, dass die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und deren Bekämpfung alle Dimensionen der Lebensqualität betreffen. Jedoch sind es ganz bestimmte Bevölkerungsgruppen und Problemlagen, die jeweils zusammenspielen. Strukturelle Benachteiligungen, zum Beispiel höhere Belastung von Frauen durch familiäre und Betreuungspflichten, mangelnde Bildungs- und Teilhabechancen für Kinder aus finanziell schlechter gestellten Familien, höheres Arbeitslosigkeitsrisiko in geringqualifizierten Berufen, Benachteiligungen für Personen, die in beengten Wohnverhältnissen leben, höhere Gesundheitsrisiken für bereits vorbelastete (v.a. ältere) Personen werden durch die COVID-19-Pandemie tendenziell verstärkt. Diese Struktureffekte sollten bei künftigen Analysen der Krisenfolgen berücksichtigt werden.

³¹ [Bock-Schappelwein, J./Famira-Mühlberger, U./Mayrhuber, Ch. \(2020\): COVID-19: Ökonomische Effekte auf Frauen. WIFO Research Briefs 3/2020](#)

³² [Bundeskanzleramt, 19.3.2020: Raab: Offensive gegen häusliche Gewalt.](#)

³³ [Bundesministerium Bildung, Wissenschaft und Forschung und Statistik Austria \(2020\): COVID-19-Prävalenz Mai 2020 - Ergebnisbericht.](#)

3.3

Subjektives Wohlbefinden

Das subjektive Wohlbefinden bildet eine Klammer über alle Lebensbereiche. Es umfasst eine große Bandbreite verschiedener Aspekte, die von der reflektierten Bewertung des eigenen Lebens über die Gefühls- und Emotionszustände einer Person bis hin zu Fragestellungen nach dem Lebenssinn reichen. Die Messung des subjektiven Wohlbefindens gibt dabei Aufschluss über die Wirkung objektiver Lebensbedingungen und beschreibt gleichzeitig einen eigenständigen, komplementären Aspekt der Lebensqualität. Wie subjektives Wohlbefinden gemessen werden kann, wird mittlerweile auch in der offiziellen Statistik intensiv diskutiert.

Die OECD (2013b) veröffentlichte Leitlinien zur Messung subjektiven Wohlbefindens um eine diesbezüglich größere Konsistenz in den offiziellen Statistiken zu erreichen. Tatsächlich sind, wie z. B. auch Stone und Krueger (In: Stiglitz et al. 2018; S. 163ff.) in einem Kapitel des [OECD Berichts](#) zu aktuellen Entwicklungen rund um die „Beyond GDP“-Initiative vermerken, in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte in der Sammlung und Analyse von Daten zu subjektivem Wohlbefinden erreicht worden; dadurch fanden diese auch verstärkt Eingang in die Forschung und Vergleiche über Länder hinweg oder in zeitlicher Hinsicht wurden ermöglicht.

Datenbasis für die Berechnung von wichtigen Kennzahlen zum Wohlbefinden ist EU-SILC, die Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen. Das EU-SILC-Modul 2013 zu subjektivem Wohlbefinden zählt zu den auf europäischer Ebene beschlossenen Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Fortschritts- und Wohlstandsmessung. Es soll die bereits regelmäßig verfügbaren Daten zu den objektiven Bereichen der Lebensqualität wie Beschäftigung, Bildung oder die Verteilung von Einkommen und Lebensstandard ergänzen. Eurostat (2014b)³⁴ fasst die Bedeutung dieser neuen Daten wie folgt zusammen: „[Das BIP und mehr](#), die Empfehlungen der [SSF-Kommission](#), die [Sponsorship-Group zur Messung des Fortschritts](#) und das [Sofia-Memorandum](#) betonen sämtlich die Bedeutung der Erhebung qualitativ hochwertiger Daten über die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Menschen und die zentrale Rolle von Statistiken über Einkommen und Lebensbedingungen (SILC) im Rahmen dieser verbesserten Messung. Die Erhebung von Mikrodaten im Zusammenhang mit dem Wohlbefinden ist daher ein vorrangiges Ziel. Im Mai 2010 unterstützten sowohl die Arbeitsgruppe Lebensbedingungen als auch die Indikatoren-Unterguppe des Ausschusses für Sozi-

alschutz den Vorschlag von Eurostat zur Erhebung von Mikrodaten zum Wohlbefinden im Rahmen des Moduls der SILC 2013, um dieser Forderung gerecht zu werden.“

In der österreichischen Erhebung zu EU-SILC werden bereits seit 2004 jährlich Fragen zur Lebensqualität gestellt. Die Daten werden jedoch hier erst ab 2013 gezeigt, da sie ab diesem Zeitraum vergleichbar erhoben wurden. Europäisch liegen die Daten vorerst nur für 2013 und 2018 vor: Im Rahmen von Sondermodulen wurde die Erhebung des subjektiven Wohlbefindens umgesetzt. Enthalten war eine Reihe subjektiver Fragen zu den verschiedenen Aspekten des Wohlbefindens (Zufriedenheitsfragen, Stimmungsfragen etc.). Mit der Änderung der EU-Verordnung für EU-SILC wird ab 2021 die Frage nach der gesamten Lebenszufriedenheit jährlich für alle Länder, die an EU-SILC teilnehmen, vorliegen; die übrigen Fragen zum Wohlbefinden werden in 6-jährigem Abstand beginnend mit 2022 gestellt.

Der WgÖ-Schlüsselindikator zu dieser Dimension ist die „Gesamte Lebenszufriedenheit“. Er liefert einen Hinweis darauf, wie zufrieden die Menschen in Österreich mit ihrer Lebenssituation insgesamt sind.

Flankiert wird dieser Indikator von Indikatoren zur Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen, die teilweise regelmäßig in der österreichischen Erhebung zu EU-SILC erhoben werden und teilweise unregelmäßig 2013, 2015 bzw. 2018 in Modulen. Daten zur Freizeit aus der Zeitverwendungserhebung ergänzen diese Indikatoren.

3.3.1

Schlüsselindikator Gesamte Lebenszufriedenheit

Der Indikator Lebenszufriedenheit misst, wie eine Person ihr Leben als Gesamtes bewertet. Der Begriff „Leben“ umfasst somit sämtliche Lebensbereiche dieser Person zu einem bestimmten Zeitpunkt. Es wird daher nicht angestrebt, den emotionalen Zustand der Auskunfts-

³⁴ Eurostat: Quality of life

person abzufragen, sondern ein reflektiertes und breites Urteil über den Grad ihrer allgemeinen Zufriedenheit mit diesem Leben zu erhalten.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

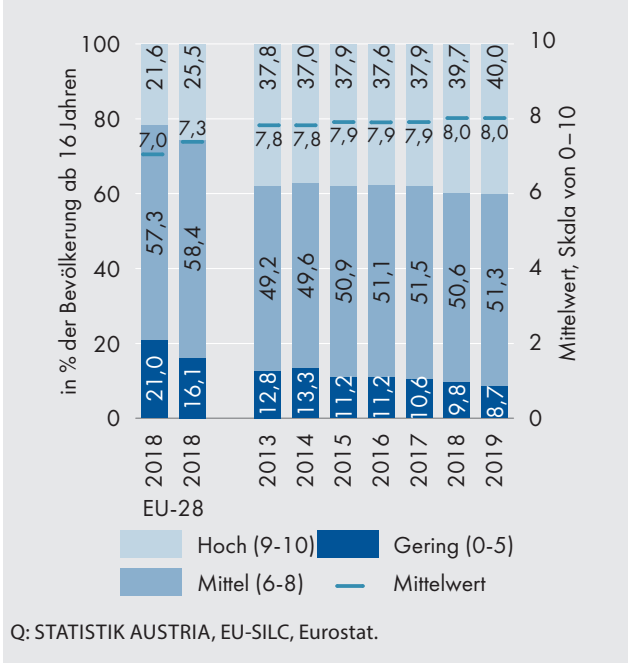
„Die mittelfristige Betrachtung zeigt einen leichten Anstieg der mittleren Lebenszufriedenheit seit 2013. Diese Entwicklung setzte sich auch seit 2016 fort mit einem weiteren Rückgang des Anteils der unzufriedenen Personen. Die kurzfristige Entwicklung wird daher als positiv bewertet. Insoweit dieser Indikator interkulturell vergleichbar ist, war die Lebenszufriedenheit im gesamten Beobachtungszeitraum deutlich über dem EU-Durchschnitt. Eine langfristige Bewertung erfolgt erst, wenn Daten für wenigstens 10 Jahre vorhanden sind.“

EU-SILC stellt die entsprechende Frage seit 2013 mit 11-stufiger Antwortskala. Die Frage lautet: Ich möchte Ihnen nun einige Fragen zu Ihrem Wohlbefinden und Ihrer Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen stellen. Zunächst aber ganz allgemein gefragt: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben insgesamt? Bitte antworten Sie auf einer Skala von 0 bis 10, wobei 0 für „überhaupt nicht zufrieden“ und 10 für „vollkommen zufrieden“ steht.“

2019 lag die mittlere Zufriedenheit bei 8,0 von 10 Punkten und damit gleich wie im Vorjahr (siehe Grafik 33). Dieser Wert liegt damit stabil auf deutlich höherem Niveau als der letztverfügbare EU-Wert (7,3 im Jahr 2018). Zudem ist eine weitere leichte Verringerung der Personen mit geringerer Zufriedenheit in Österreich festzustellen: Ihr Anteil betrug 8,7% (im Vorjahr 9,8%) und ist damit 2019 am niedrigsten in der gesamten Zeitreihe seit 2013; im Gegenzug hat sich der Anteil der Menschen mit mittlerer (2019 51,3%) und hoher Lebenszufriedenheit (40,0%) im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht. Während die Gruppe der mittel und hoch Zufriedenen auch Personen umfasst, die schwierige Lebensumstände haben, aber aus verschiedenen Gründen trotzdem angeben, dass sie zufrieden sind (siehe dazu Ponocny et al. 2015), ist bei der unzufriedenen Gruppe tatsächlich davon auszugehen, dass die meisten Personen objektiv belastet sind. Verglichen mit dem Wert der EU-28 für 2018 – 16,1% mit geringer Zufriedenheit, 58,4% mit mittlerer und 25,5% mit hoher – schneidet Österreich in der persönlichen Einschätzung des eigenen Lebens damit weit besser ab.

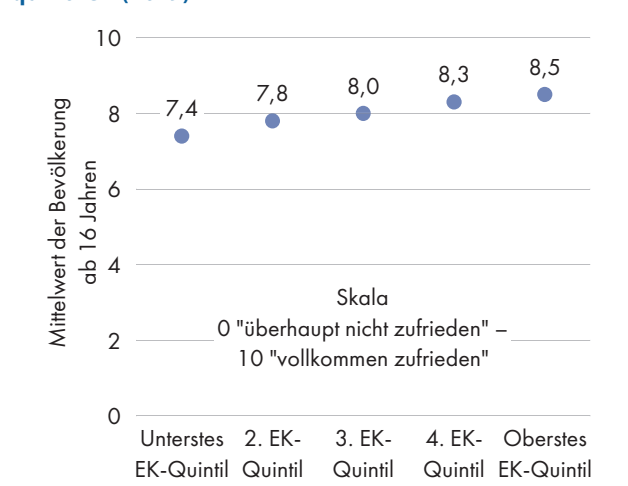
Hinsichtlich des Geschlechts zeigen sich bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit nur geringe Unterschiede: Was den Mittelwert betrifft liegen 2019 Frauen (8,1) und Männer (8,0) annähernd gleich, der Anteil der hoch Zufriedenen bei den Frauen übertrifft mit 41,3% aber jenen der Männer (38,6%).

Grafik 33
Allgemeine Lebenszufriedenheit auf einer Skala von 0-10



Grafik 34 zeigt, dass die Lebenszufriedenheit umso höher ist, je höher das Einkommensquintil ist, dem eine Person zugerechnet wird. Bei den 20% der Bevölkerung mit den höchsten Haushaltseinkommen, lag die mittlere Lebenszufriedenheit bei 8,5 Skalenpunkten von 10, während die unterste Einkommensgruppe 2019 eine mittlere Lebenszufriedenheit von 7,4 von 10 aufwies.

Grafik 34
Allgemeine Lebenszufriedenheit nach Einkommensquintilen (2019)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2019. - EK-Quintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

3.3.2 Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen

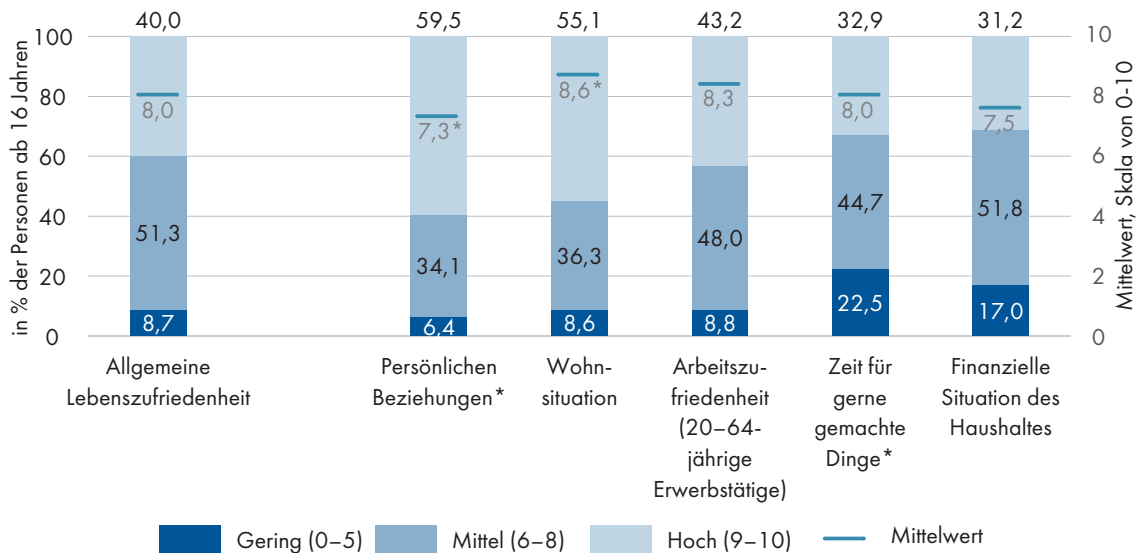
Zufriedenheiten mit verschiedenen Lebensbereichen wie Einkommen, Wohnumgebung und soziale Beziehungen ermöglichen Aufschlüsse darüber, wie bestimmte objektive Lebensbedingungen subjektiv erfahren werden, geben aber – wie bei den persönlichen Beziehungen – auch Auskunft über Lebensbereiche, die sich gar nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand objektiv erfassen lassen.

Im nationalen Fragenteil zu EU-SILC finden sich jährlich Fragen zur Arbeitszufriedenheit, zur Zufriedenheit mit der finanziellen Situation des Haushaltes und zur Zufriedenheit mit der Wohnsituation. Darüber hinaus wurden 2013 und 2018 im Modul zur Lebensqualität einige weitere Fragen zur Zufriedenheit gestellt, unter anderem zur Zufriedenheit mit der Zeit für gerne gemachte Dinge. Die Frage „Wie zufrieden sind Sie mit Ihren persönlichen Beziehungen, z.B. zu Familie, Freunden, Kollegen, Kolleginnen?“ wurde sowohl 2013 und 2018 wie auch 2015 im Sondermodul „Soziale und kulturelle Teilhabe“ gestellt.

In Grafik 35 finden sich die Werte von 2018 und 2019 (soweit vorhanden).

Wie Grafik 35 zeigt, ist die Zufriedenheit mit den persönlichen Beziehungen am höchsten. 59,5% der Personen wählten 2018 hier auf der 11-stufigen Skala zwischen 0 und 10 den Wert 9 oder 10, der Mittelwert lag bei 8,6. Auch mit ihrer Wohnsituation sind die Menschen in Österreich mehrheitlich sehr zufrieden, 55,1% wählten hier 2019 die Werte 9 oder 10. Bezüglich der Arbeitszufriedenheit, bei der sich ebenfalls hohe Werte finden (43,2% waren 2019 sehr zufrieden), muss berücksichtigt werden, dass nur Personen befragt wurden, die auch wirklich erwerbstätig waren, also eine Personengruppe, der es vergleichsweise gut geht. Den höchsten Anteil gering Zufriedener findet man bei der Zeit für gerne gemachte Dinge, hier gaben 22,4% einen Wert von 5 oder geringer an (2018). Der Mittelwert lag bei 7,3. Eine ebenso relativ zu den anderen Dimensionen niedrige durchschnittliche Zufriedenheit findet sich mit 7,5 (2019) auch bei der finanziellen Situation des Haushaltes. 17% führten zudem eine geringe Zufriedenheit für diesen Aspekt an. Auch der Anteil an Personen mit einer hohen Zufriedenheit mit der finanziellen Situation des Haushaltes fällt mit 31,2% am geringsten aus.

Grafik 35 Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen (2019)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2018 und 2019. - * Daten nur für 2018 verfügbar.

3.3.3 Freizeitaktivitäten

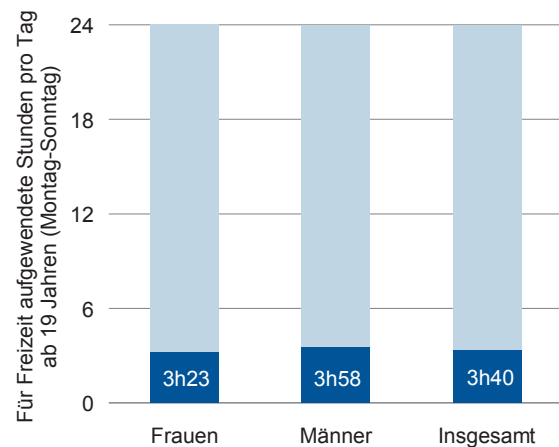
Das objektive Gegenstück zur Zufriedenheit mit der Zeit für gerne gemachte Dinge stellt die verfügbare Zeit für Freizeitaktivitäten dar. Die diesbezüglich letztverfügbaren Daten stammen aus der Zeitverwendungserhebung 2008/2009.

In der Zeitverwendungserhebung werden für 2008/09 die folgenden Tätigkeiten als Freizeitaktivitäten gewertet: Kulturelle Aktivitäten; Unterhaltung, öffentliche Festveranstaltungen; Ausflug; Spaziergehen; Wandern, Laufen; Radfahren (als Sport); Sonstige sportliche Betätigung; Fitness, Gymnastik; Jagen, Fischen, Sammeln in der Natur; Hobbys; Musizieren; Beschäftigung mit dem Computer, technische Hobbys; Spiele; Computerspiele; Zeitungen, Zeitschriften lesen; Bücher lesen; Sonstiges Lesen; Fernsehen (inkl. DVDs & Videos); Musik hören; Informationsbeschaffung mittels Computer; Wege – Kultur; Wege – Sport; Wege – Hobbys; Wege – Mediennutzung. Nichtstun wird jedoch nicht zur Freizeit gezählt. Da es gemeinsam mit dem Nickerchen abgefragt wird, werden diese in der Zeitverwendungserhebung der Kategorie „Schlaf“ zugeordnet. Unter Freizeitaktivitäten fallen hier also nur aktive Tätigkeiten.

Grafik 36 zeigt, dass Personen ab 19 Jahren im Durchschnitt pro Tag (inklusive Wochenende) 3 Stunden und 40 Minu-

ten Zeit zur freien Verfügung hatten. Frauen hatten mit 3 Stunden 23 Minuten über eine halbe Stunde weniger Freizeit als Männer (3h58). Dies dürfte vor allem damit zu tun haben, dass Frauen nach wie vor mehr Zeit mit Haushalt, Kinderbetreuung und Freiwilligenarbeit verbringen (Frauen 4h53; Männer 2h41). Gegenüber 1981, als Frauen im Durchschnitt knapp 5 ½ Stunden für diese Tätigkeiten aufwendeten und Männer nur 1 ½ Stunden, deuten diese Zahlen auf eine allmähliche Angleichung hin.

Grafik 36
Freizeitaktivitäten der Bevölkerung ab 19 Jahren nach Geschlecht (2008/09)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Zeitverwendungserhebung 2008/09.

3.4

Soziale Teilhabe und Armut

Ökonomische Situation, materielle Ausstattung und eine intakte Umwelt bilden den Rahmen, in dem sich Lebensqualität entfalten kann. Soziale Teilhabe ist oft eng an diese Bedingungen des Lebensstandards gekoppelt. Obwohl Europa und speziell Österreich zu den wohlhabendsten Regionen der Welt gehören, zeigt sich, dass es Haushalte gibt, denen die ökonomische Grundlage fehlt, um finanzielle und soziale Teilhabe sicherzustellen. Schwierigkeiten mit den vorhandenen Mitteln auszukommen, niedriger Lebensstandard und Deprivation beschränken sich dabei nicht auf Haushalte mit geringer Erwerbsintensität oder ökonomischer Inaktivität. Es gibt auch Haushalte der sogenannten Mittelschicht mit materiellen Problemen da viele Faktoren (wie zum Beispiel hohe Lebenshaltungskosten, Schulden etc.) dazu beitragen können, dass das Einkommen nicht ausreicht, um umfänglich am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Darüber hinaus fehlt manchen Menschen die familiäre oder soziale Eingebundenheit, um solche Notlagen abzufedern und ganz allgemein Hilfe in schwierigen Lebenssituationen zu erhalten.

Im Zuge der Europa 2020 Strategie wurde als soziales Kernziel formuliert, bis 2020 europaweit die Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten um 20 Millionen Menschen zu reduzieren (Ausgangswert 2008: rund 120 Millionen). Als Teil dieser Strategie wurde 2010 die Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung ins Leben gerufen.

Konkrete Maßnahmen liegen zwar in der Kompetenz der nationalen Regierungen, die Plattform versucht jedoch, diese Bemühungen zu unterstützen, indem sie „best practices“ identifiziert und den wechselseitigen Erfahrungsaustausch fördert. Politische Koordination, der Dialog zwischen den Stakeholdern, Funding und strategische Partnerschaften sind wichtige Bestandteile dieses Prozesses.

In Anerkennung der zentralen Bedeutung der Europa 2020 Strategie und dieser Initiativen ist der Indikator zur Messung des Sozialziels, Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung, auch im *WgÖ-Set* als Schlüsselindikator der Dimension soziale Teilhabe und Armut definiert. Es werden in ihm die drei Bereiche von Armut und sozialer Ausgren-

zung nach europäischer Vorgabe erfasst: absolute materielle Benachteiligungen, geringeres Haushaltseinkommen relativ zur „Mitte“ der Gesellschaft und geringe Erwerbsbindung im Haushalt. Der Indikator „Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung“ ist nicht per se mit „Armut“ gleichzusetzen, sondern gibt vielmehr einen Hinweis, dass das Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung bestehen kann. Ergänzt wird er um Zusatzinformationen zu den einzelnen Teilaspekten der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung, die auch nach wichtigen Sozialvariablen wie Bildung oder Geschlecht heruntergebrochen werden können. Die soziale Teilhabe wird schließlich mit dem Indikator Tragfähigkeit sozialer Beziehungen gemessen, für den danach gefragt wird, ob man Verwandte, Freunde oder Nachbarn hat, die man um Hilfe bitten kann.

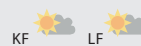
Datenbasis für die Berechnung dieser Indikatoren zu sozialer Teilhabe und Armut ist EU-SILC. Auf Grundlage der Einkommens- und Lebensbedingungen-Statistikverordnung (ELStV) wurden in der Erhebung EU-SILC 2012 erstmals Verwaltungsdaten zur Berechnung von Komponenten des Haushaltseinkommens sowie für die Hochrechnung verwendet. Um das Monitoring des Europa 2020 Ziels zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung trotz Umstellung auf Verwaltungsdaten mit EU-SILC 2012 zu gewährleisten, hat Statistik Austria durch eine Rückrechnung von EU-SILC 2008-2011 mit Verwaltungsdaten eine neue Zeitreihe der Indikatoren erstellt. Diese im Oktober 2014 revidierten Werte werden in den entsprechenden Grafiken zur Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung ausgewiesen.

3.4.1

Schlüsselindikator Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung

Als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet gelten all jene Personen, die zumindest von einem der drei folgenden Teilaspekte von Armut betroffen sind: erhebliche materielle Deprivation, relative monetäre Armut oder geringe Erwerbsintensität im Haushalt.

Gremium externer
Expertinnen und Experten:



„Die nationale Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung ist deutlich niedriger als jene der EU-28. Zudem hat sich

die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdungsquote in der lang- und kurzfristigen Betrachtung verringert. Die nationale Zielvorgabe einer absoluten Verringerung um rund 235.000 Personen im Vergleich zu 2008 konnte 2019 erreicht werden, weshalb die langfristige Betrachtung tendenziell positiv ausfällt. Auch die kurzfristige Entwicklung wird aufgrund des Rückgangs seit 2017 tendenziell positiv bewertet.“

In der nationalen Umsetzung des Europa 2020 Ziels wird eine Verringerung der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung um 235.000 Personen innerhalb von zehn Jahren angestrebt (vgl. BKA 2019³⁵). Basis für den Beobachtungszeitraum ist das Jahr 2008 – jenes Jahr, dessen Daten zum Zeitpunkt der Vereinbarung der Strategie im Jahr 2010 für alle Länder verfügbar waren. Als Jahr zur Beurteilung der Zielerreichung war 2018 vorgesehen. Bisher wurde keine Nachfolgestrategie durch die Europäische Kommission präsentiert, weshalb weiterhin der nach EU-Definition gemessene Indikator Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung als zentrale Kennzahl der sozialen Dimension herangezogen wird.

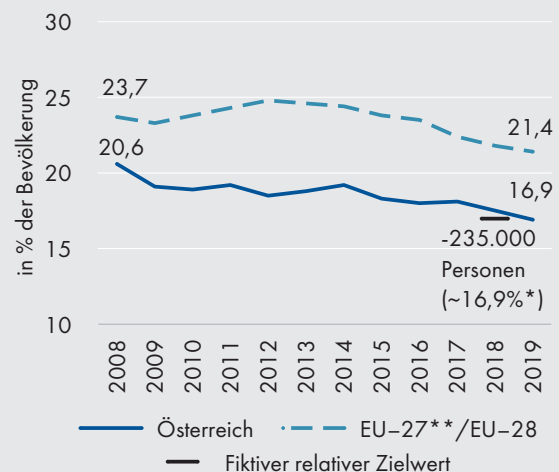
In den letzten drei Jahren hat sich der Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen um etwa 1,2%-Punkte verringert: 2017 waren 18,1% armuts- oder ausgrenzungsgefährdet, 2018 17,5% und 2019 16,9%. Von 2008 (20,6%) bis 2019 hat sich Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen um 3,7%-Punkte verringert. Absolut betrachtet waren in Österreich 2019 1.472.000 Personen armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Das entsprechende österreichische Ziel der Armutsreduktion um 235.000 Personen seit 2008 wurde damit mit einem Jahr Verspätung annähernd erreicht: Der errechnete Rückgang der Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten in Österreich von 1.699.000 (20,6%) im Jahr 2008 auf 1.472.000 (16,9%) im Jahr 2019 belief sich insgesamt auf 227.000 Personen. (siehe Grafik 37³⁶). Zu beachten sind dabei allerdings die jährlichen Schwankungsbreiten auf Grund der Stichprobenerhebung: So lag 2019 die statistische Schwankungsbreite für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung mit 95% Vertrauenswahrscheinlichkeit bei +/- 110.000 Personen. Dementsprechend ist auch die Reduktion mit einem statistischen Fehler behaftet und das Ausmaß der Reduktion stellt einen Schätzwert dar, der sinkende Trend ist jedenfalls statistisch abgesichert.

Österreich ist seit Beginn der „Europa 2020“-Zeitreihe im besten Drittel und deutlich unter dem EU-28-Durchschnitt für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung, zuletzt gab es 4,5%-Punkte Unterschied zwischen dem Risiko für soziale Ausgrenzung in der EU insgesamt und in Österreich (2019: EU-28: 21,4%, Österreich: 16,9%).

Die Entwicklung in der EU zeigte erst ab 2012 einen abnehmenden Trend: Laut EU SILC 2008 umfasste die Sozialzielgruppe 23,7% der Bevölkerung in der EU (116,6 Mio. Menschen)³⁷, und hat sich nach einem Anstieg erst 2015 wieder auf dieses Niveau (23,8%, 119,1 Mio.) gesenkt. Zwischen 2016 und 2019 wurde eine weitere Reduktion gemessen. 2019 waren 21,4% bzw. 107,5 Mio. Menschen in der EU von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen – um rund 9 Mio. weniger als zu Beginn der Strategie im Jahr 2008. Die angestrebte Reduktion um 20 Mio. Menschen konnte auf EU-28-Ebene damit auch ein Jahr nach dem für die „Europa 2020“-Strategie definierten 10-Jahreszeitraum nicht erreicht werden, wenngleich sich ein Sinken der Quote in den letzten Jahren zeigt.³⁸

Grafik 37

Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC; Eurostat. - Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen, da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde. - * In der nationalen Umsetzung des Europa 2020-Ziels wird eine absolute Verringerung um 235.000 Personen für 2018 angestrebt. Der hier ausgewiesene Wert von 16,9% stellt einen fiktiven relativen Zielwert dar, der auf dem absoluten Zielwert (Verringerung um 235.000 Personen) in Relation zum Bevölkerungsstand basiert. - ** Daten 2008-2009 ohne Kroatien.

³⁵ Bundeskanzleramt (2019): Nationales Reformprogramm Österreich.

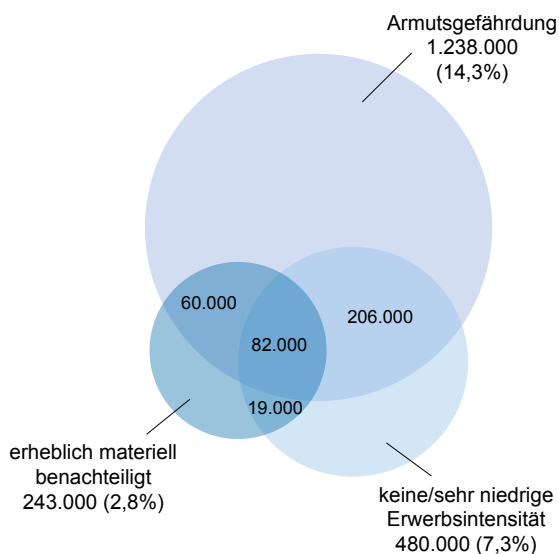
³⁶ Auf Grundlage der Einkommens- und Lebensbedingungen-Statistikverordnung (ELStV) wurden in der Erhebung EU-SILC 2012 erstmals Verwaltungsdaten zur Berechnung von Komponenten des Haushaltseinkommens sowie für die Hochrechnung verwendet. Um das Monitoring des Europa 2020 Sozialziels trotzdem zu gewährleisten, hat Statistik Austria durch eine Rückrechnung von EU-SILC 2008-2011 mit Verwaltungsdaten im Oktober 2014 eine neue, hier verwendete Zeitreihe der Indikatoren erstellt.

³⁷ Damals (2008 und 2009) allerdings noch ohne Kroatien.

³⁸ Hinweis zur Vergleichbarkeit mit Eurostat-Veröffentlichungen zu Armut, z.B. der [Pressemitteilung von 15.10.2020](#): Im vorliegenden Bericht wird für Werte, die sich auf 2019 beziehen, als EU-Durchschnitt jener für EU-28 berichtet (inklusive Vereinigtes Königreich), wohingegen Eurostat auch für EU-SILC 2019 EU-27 ohne Vereinigtes Königreich darstellt. Dadurch kommt es zu leichten Unterschieden in den Werten gegenüber Eurostat Veröffentlichungen.

Wie oben bereits beschrieben, gilt eine Person dann als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet, wenn sie entweder unter erheblich materiell benachteiligten Bedingungen oder in einem Haushalt mit geringer Erwerbsintensität lebt oder ein relativ niedriges Haushaltseinkommen hat. 2,6% der Bevölkerung (entspricht 223.000 Personen) waren 2019 in Österreich erheblich materiell eingeschränkt, 13,3% der Bevölkerung (entspricht 1.161.000 Personen) hatten weniger als 60% des Medianeinkommens zur Verfügung und galten damit als armutsgefährdet. Die Quote der Personen in Haushalten mit geringer Erwerbsintensität betrug 7,8% (507.000 Personen unter 60 Jahre). Da diese Merkmale in Kombination auftreten können, ist die Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten geringer als die Summe dieser drei Einzelindikatoren (siehe Grafik 38). 372.000 Personen waren in mindestens zwei der drei Armuts- oder Ausgrenzungsdimensionen benachteiligt (4,3% der österreichischen Gesamtbevölkerung bzw. ein Viertel der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten). 47.000 Personen waren in allen drei Dimensionen benachteiligt.

Grafik 38
Bereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (2019)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2019.

Die folgenden Unterkapitel zeigen, wie sich die Betroffenheit von den verschiedenen Bereichen der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung in den letzten Jahren entwickelt hat sowie welche grundlegenden Unterschiede nach Geschlecht und Bildung sich ergeben.

3.4.2 Erhebliche materielle Deprivation

Unter „erhebliche materielle Deprivation“ werden Benachteiligungen in der Lebensführung verstanden, die einen nach EU-Definition festgelegten Mindestlebensstandard unterschreiten. Es handelt sich somit um eine absolutes Armutsmaß. Personen, deren Haushalt erheblich materiell depriviert ist, weisen vier oder mehr der folgenden neun Merkmale auf:

- a. Es bestehen Zahlungsrückstände bei Miete, Betriebskosten oder Krediten

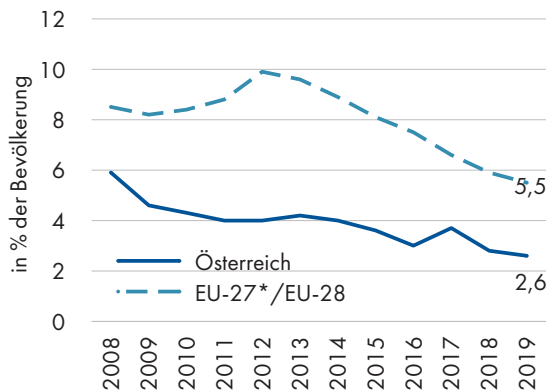
Folgende Dinge sind finanziell nicht leistbar:

- b. einmal im Jahr auf Urlaub zu fahren
- c. unerwartete Ausgaben bis zu 1.240 Euro zu tätigen (z.B. für Reparaturen; der Betrag entspricht der gerundeten monatlichen Armutsgefährdungsschwelle aus EU-SILC 2018)
- d. die Wohnung angemessen warm zu halten
- e. jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder vergleichbare vegetarische Speisen zu essen
- f. ein Pkw
- g. eine Waschmaschine
- h. ein Fernsehgerät
- i. ein Festnetztelefon oder Handy

Die höchste Quote der erheblichen materiellen Deprivation im Zeitverlauf ist mit 5,9% zu Beginn des Beobachtungsfensters 2008 zu sehen (siehe Grafik 39). Danach ist ein Rückgang festzustellen. Der Prozentsatz der erheblich materiell Benachteiligten lag in den Jahren 2011 bis 2014 relativ stabil bei 4% und ist 2016 auf 3% gesunken. 2017 wurde wieder das Niveau von 2015 erreicht und damit der starke Rückgang unterbrochen. 2018 wurden mit 2,8% und zuletzt 2019 mit 2,6% die bisher niedrigsten Werte in der Zeitreihe gemessen. Es ist ein langfristig sinkender Trend festzustellen: Von 2008 bis 2019 sank der Wert erheblich materieller Deprivation von 5,9% auf 2,6% um damit um mehr als die Hälfte, das bedeutete ein Minus um 262.000 Personen. Die kurzfristige Veränderung von 2018 auf 2019 um minus 0,2%-Punkte stellt keine signifikante Reduktion dar.

EU-weit zeigt sich einerseits ein wesentlich höheres Niveau der Quote erheblicher materieller Benachteiligungen (zuletzt, 2019, war sie mit 5,5% mehr als doppelt so hoch wie in Österreich), andererseits auch ein anderer Verlauf: Einem Anstieg bis ins Jahr 2012 folgte ein deutlicher Rückgang seitdem.

Grafik 39
Erhebliche materielle Deprivation



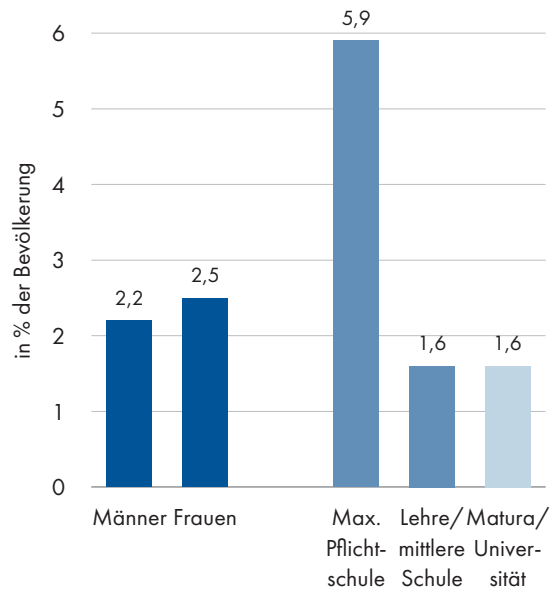
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC, Eurostat. Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen, da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde. - * Daten 2008-2009 ohne Kroatien.

93.000 Frauen (2,5%) und 75.000 Männer (2,2%) ab 18 Jahren lebten im Jahr 2019 in Österreich in Haushalten mit erheblicher materieller Deprivation – vgl. Grafik 40. Dabei ist zu beachten, dass Geschlechterunterschiede durch die Betrachtung der Haushaltssituation per Definition wegfallen, sobald Frauen und Männer gemeinsam leben.

Jüngere Menschen sind stärker von erheblicher materieller Deprivation betroffen, 55.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren gelten als erheblich materiell depriviert, das sind 3,5% dieser Altersgruppe. Bei den 18- bis 64-jährigen Personen sind 148.000 oder 2,6% erheblichen materiellen Benachteiligungen ausgesetzt. Für Personen ab 65 Jahren stellt sich die Gefahr materieller Benachteiligung mit 20.000 Betroffenen und einem Anteil von 1,3% an dieser Altersgruppe als geringer dar.

Bildung ist ein wesentlicher Prädiktor der ökonomischen Situation, da Bildungsabschlüsse und Qualifikation eine wichtige Rolle beim Zugang von Personen zum Arbeitsmarkt und dem aus Erwerbsarbeit finanzierbaren Lebensstandard spielen. Effekte der Bildung zeigen sich vor allem entlang der Trennlinie Pflichtschulabschluss vs. weiterführende Bildung: Verfügte eine Person nur über einen Pflichtschulabschluss, betrug die Quote erheblicher materieller Benachteiligungen 5,9%. Hingegen waren bereits Personen mit einem mittleren Schulabschluss geringer betroffen als im Durchschnitt und wie Absolventinnen bzw. Absolventen einer Matura oder eines Studiums nur mehr zu 1,6% erheblich materiell benachteiligt.

Grafik 40
Erhebliche materielle Deprivation nach Geschlecht und Bildung (2019)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2019. Männer und Frauen ab 18 Jahren. - Höchster Bildungsabschluss für Personen ab 16 Jahren. Zusammenfassung von Matura und Universität aufgrund geringer Fallzahlen.

3.4.3 Armutsgefährdung (Haushaltseinkommen <60% des Medianeinkommens)

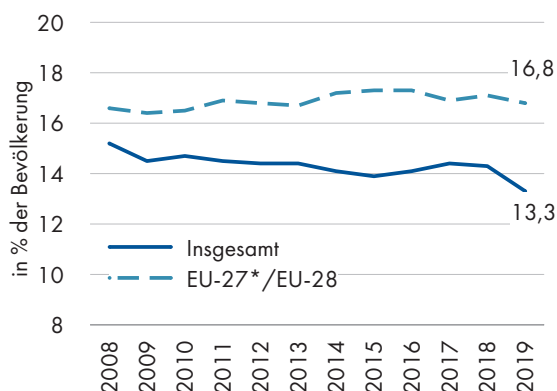
Die Armutsgefährdung ist ein relatives Armutsmaß. Sie meint ein im Verhältnis zur Mitte der Bevölkerung geringes verfügbares Haushaltseinkommen. Dieses berechnet sich als Summe der Erwerbseinkommen, Kapitalerträge, Pensionen und allfälliger Sozialtransfers im Haushalt. Anschließend werden Steuern und Sozialversicherungsbeiträge abgezogen und Unterhaltsleistungen sowie sonstige Privattransfers zwischen Haushalten weg- bzw. hinzugerechnet. Als armutsgefährdet gelten in der EU all jene Haushalte, deren äquivalisiertes (=bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-) Nettohaushaltseinkommen unter 60% des Medians aller äquivalisierten Nettohaushaltseinkommen des Landes liegt. Das war in Österreich laut EU-SILC 2019 ein Betrag von 1.286 Euro pro Monat für Alleinlebende, plus 643 Euro pro Monat für jeden weiteren Erwachsenen im Haushalt und 386 Euro pro Monat für jedes Kind unter 14 Jahren. Haushalte mit zwei Eltern und zwei Kindern unter 14 Jahren galten demnach im Jahr 2019 als armutsgefährdet, wenn sie weniger als rund 2.700 Euro pro Monat zur Verfügung hatten. Die Relativität der Definition der Armutsgefährdung bedingt, dass bei einem Anstieg des Medianeinkommens mehr Haushalte als armutsgefährdet gelten, auch wenn sich ihr verfügbares Einkommen nicht geändert hat.

Von „Armutsgefährdung“ wird im Gegensatz zu „Armut“ bewusst gesprochen, um zu verdeutlichen, dass der Umgang mit niedrigem Einkommen von weiteren Faktoren mitbestimmt wird, z.B. von der Kostenstruktur bzw. dem Vermögenshintergrund eines Haushalts (z.B. Wohnungseigentum vs. Miete), von der Dauer der Situation mit geringem Einkommen usw. Insofern weicht der Anteil der Bevölkerung, der von Armut betroffen ist, von jenem ab, der als armutsgefährdet gilt. Der Indikator „Armutsgefährdung“ als rein relatives Maß sagt dementsprechend auch nichts darüber aus ob bzw. wie gut ein Haushalt mit seinem Einkommen auskommt.

Seit 2008 sinkt die Armutsgefährdungsquote in Österreich (vgl. Grafik 41). Während sie 2008 bei 15,2% der Bevölkerung lag (1.252.000 Personen), waren im Jahr 2019 13,3% bzw. 1.161.000 Personen armutsgefährdet. Der Rückgang seit 2008 stellt eine signifikante Änderung dar und wird durch den mehrjährigen Trend gestützt. Kurzfristig ist eine Verringerung von 2018 auf 2019 um einen Prozentpunkt von 14,3% auf 13,3% festzustellen, die sich allerdings innerhalb der statistischen Schwankungsbreite befindet.

Im Vergleich Österreichs liegt die Armutsgefährdungsquote in der EU zwischen 3 und 5%-Punkte höher. Sie betrug für die EU-28 im Jahr 2019 16,8%. Die Quote der von Armut bedrohten Personen zeigt sich außerdem seit 2008 in der EU recht stabil, das heißt es konnte keine Reduktion wie in Österreich erzielt werden.

Grafik 41
Armutsgefährdung



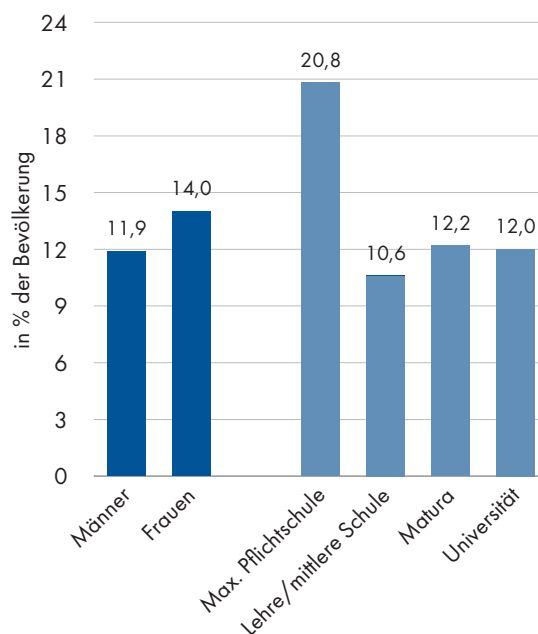
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC, Eurostat. Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen, da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde.

513.000 Frauen und 417.000 Männer ab 18 Jahren waren 2019 armutsgefährdet, hinzu kamen 231.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Der Unterschied im Armutsrisiko nach dem Geschlecht ist relativ gering: 11,9% der

Männer und 14% der Frauen (ab 18 Jahren) waren betroffen. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Armutsgefährdungsquote anhand der Haushalts-einkommen berechnet wird: Alle Einkünfte im Haushalt werden zusammengerechnet und dann eine Gleichverteilung innerhalb des Haushaltes angenommen. Deutlichere Unterschiede zwischen dem Armutsrisiko von Männern und Frauen können daher vor allem für Einpersonenhaushalte beobachtet werden.³⁹

Auch mit Bezug auf die Armutsgefährdung zeigt sich wieder der Effekt von Bildung: Eine höhere Armutsgefährdung liegt besonders bei Personen mit niedriger Schulbildung vor. Für Personen mit Pflichtschulabschluss ohne weitere Ausbildung betrug die Armutsgefährdungsquote 20,8%. Unterdurchschnittlich war diese hingegen bei Personen mit Lehr- oder BMS-Abschluss (10,6%) sowie bei jenen mit (AHS- oder BHS-)Matura (12,2%) und bei Personen mit Hochschulabschluss (12,0%).

Grafik 42
Armutsgefährdung nach Geschlecht und Bildung (2019)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2019. Männer und Frauen ab 18 Jahren. - Höchster Bildungsabschluss für Personen ab 16 Jahren.

3.4.4 Geringe Erwerbsintensität

Erwerbsarbeit dient wesentlich der Generierung von Einkommen und damit dem Erreichen bzw. Erhalt eines

³⁹ So ist etwa feststellbar, dass alleinlebende Pensionistinnen deutlich über der Risikoquote von alleinlebenden Pensionisten liegen (26 vs. 14%). Weitere Analysen siehe z.B. auf der Website zu [Gender-Statistik](#).

bestimmten Lebensstandards, gleichzeitig auch der sozialen Integration. Auf dem Weg zu einem intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum (vgl. Europäische Kommission 2010) dient die Beschäftigungsquote daher als ein wichtiger Gradmesser des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts. Im Europa 2020-Sozialziel ist weiters die niedrige Erwerbsintensität auf der Haushalts-ebene als Indikator definiert.

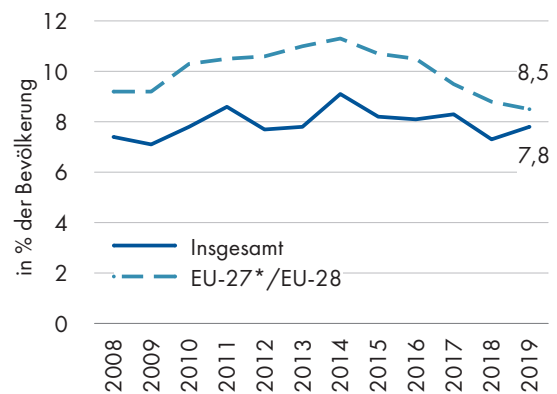
Als Haushalte mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität werden im Sinne des europäischen Indikators jene bezeichnet, in denen die Erwerbsintensität der Haushaltsmitglieder im Erwerbsalter (18 bis 59 Jahre, ausgenommen Studierende) weniger als 20% des gesamten Erwerbspotenzials pro Jahr beträgt. Dieser Indikator wird nur für Personen unter 60 Jahren ausgewiesen.

Bei der Interpretation des Indikators zu Erwerbsintensität (siehe Grafik 43) ist – wie auch beim Indikator Armutsgefährdung – darauf Rücksicht zu nehmen, dass er sich auf das jeweils vorangegangene Kalenderjahr bezieht und Arbeitsmarkteffekte erst mit einer zeitlichen Verzögerung wirksam werden. So schlägt sich die Rekordbeschäftigung von 2008 erst im Indikator von 2009 (7,1%) nieder. In den darauffolgenden Jahren geht die Quote der Personen in nicht oder gering in den Arbeitsmarkt eingebundenen Haushalten – wohl in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise – nach oben. Nach einem Rückgang 2012 und 2013 erreicht sie im Jahr 2014 mit 9,1% ihren bisherigen Höchststand. Dies fällt mit einer im Jahr 2013 gestiegenen Arbeitslosenquote zusammen. 2015 fiel die Quote der Personen unter 60 Jahre in Erwerbslosenhaushalten wieder etwas geringer als 2014 aus. 2016 (8,1%) und 2017 (8,3%) hat sich der Wert stabil entwickelt. Das Jahr 2018 zeigt einen Rückgang auf Grund der positiven Arbeitsmarktentwicklung auf 7,3%, zuletzt gab es 2019 wieder einen leichten, aber nicht signifikanten Anstieg auf 7,8% (bzw. 507.000 unter 60-Jährige in Erwerbslosenhaushalten).

Auch bei diesem Teilindikator der Sozialstrategie nach Europa 2020 stellt sich die Situation in Österreich besser dar als im EU-Durchschnitt. Für die EU-28 lag die Quote von Personen in Haushalten mit geringer Erwerbsintensität 2019 mit 8,5% um 0,7%-Punkte über dem Österreich-Wert.

Von den insgesamt 507.000 Personen in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbstätigkeit waren 2019 rund 120.000 unter 18 Jahre alt – also Kinder und Jugendliche, die durch die geringe Erwerbseinbindung der Erwachsenen in ihrem Haushalt einem Risiko für soziale Ausgrenzung ausgesetzt waren. In der Altersgruppe zwischen 18 und 59 Jahren lebten 211.000 Frauen (8,6%) und 176.000 Männer (7%) in einem Haushalt mit keiner oder geringer Erwerbstätigkeit (vgl. Grafik 44).

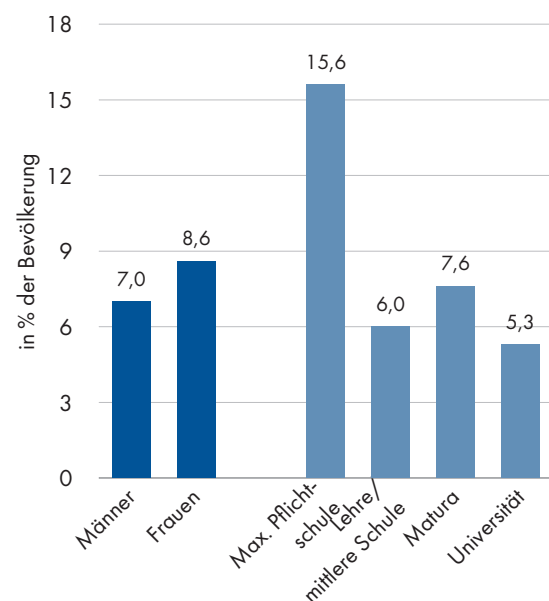
Grafik 43
Geringe Erwerbsintensität



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC, Eurostat. Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen, da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde. Männer und Frauen ab 20 Jahren.

Besonders oft waren Personen mit geringer Bildung jene ohne regelmäßige und ausreichende Erwerbstätigkeit – siehe ebenfalls Grafik 44: Die Quote der Personen in Haushalten mit geringer Erwerbsintensität lag bei Personen mit maximal Pflichtschulabschluss bei 15,6% und damit etwa drei Mal so hoch wie für Personen mit Universitätsabschluss (5,3%). Auch für alle andere weiterführenden Bildungsabschlüsse ist mangelnde Erwerbseinbindung ihrer Haushalte seltener als im Durchschnitt.

Grafik 44
Geringe Erwerbsintensität nach Geschlecht und Bildung (2019)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2019. Männer und Frauen ab 20 Jahren. - Höchster Bildungsabschluss für Personen ab 16 Jahren.

3.4.5 Tragfähigkeit sozialer Beziehungen

Soziale Netze, Qualität und Quantität sozialer Beziehungen, ermöglichen Eingebundenheit in die Gesellschaft. Das Ausmaß an sozialer Teilhabe hängt jedoch nicht nur von individuellen Entscheidungen oder der aktuellen Lebenssituation, sondern auch vom Lebensstandard und soziodemographischen Merkmalen ab. Ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital (vgl. Bourdieu 1986) beeinflussen die Lebensqualität. Soziale Beziehungen können zum Beispiel helfen, materielle Engpässe durch finanzielle oder psychische Hilfe zu bewältigen. Dauerhafte soziale Isolation hingegen führt zur Exklusion von der Gesellschaft, insbesondere im Alter kann das ein Problem darstellen. Umgekehrt können auch schlechte materielle Bedingungen zur sozialen Isolation beitragen. Soziale Teilhabe ist daher für die subjektive Beurteilung der Lebensqualität von besonderer Relevanz: In Österreich werden Familie, Freunde und Freizeit nach der Gesundheit als wichtigste Lebensbereiche wahrgenommen (Europäische Kommission 2007).

Als Indikator für die „Soziale Teilhabe“ wird die Tragfähigkeit sozialer Beziehungen herangezogen. Hierfür stehen Daten des EU-SILC Sondermoduls Wohlbefinden 2013, des Moduls Soziale und kulturelle Teilhabe 2015 sowie zuletzt aus dem Modul zu Wohlbefinden von 2018 zur Verfügung. Die dabei gestellten Fragen waren entsprechend der Zielvariablenvorgaben von Eurostat 2013 und 2015 bzw. 2018 aber nicht dieselben. Folgende Frage(n) wurde(n) den interviewten Personen gestellt:

2013, 2015: „Haben Sie Verwandte, Freunde oder Nachbarn, die Sie um Hilfe bitten können?“

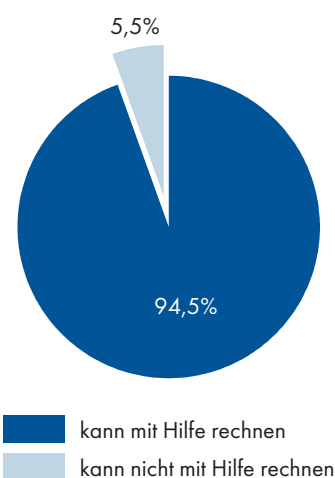
2018: (1) „Haben Sie außerhalb Ihres Haushalts Verwandte, Freunde oder Bekannte, die Sie um finanzielle oder materielle Hilfe bitten können?“

(2) „Haben Sie außerhalb Ihres Haushalts Verwandte, Freunde oder Bekannte, die Sie um sonstige Hilfe bitten können? Das kann jemand zum Sprechen

über persönliche Angelegenheiten sein, emotionale Unterstützung, Hilfestellungen im Alltag.“

Während also in den Erhebungen 2013 und 2015 sehr allgemein nach Hilfemöglichkeiten durch soziale Netzwerke gefragt wurde, war 2018 laut der Vorgabe die Einschränkung auf finanzielle oder materielle Hilfe sowie auf Personen außerhalb des Haushalts mitformuliert - Frage (1). Die ergänzende Frage (2) zu anderen Arten der Hilfe wurde als nationale Zusatzvariable erhoben, um das gesamte Spektrum der Hilfeleistung annähernd vergleichbar zu den Erhebungen davor abbilden zu können.

Grafik 45
Tragfähigkeit sozialer Beziehungen der Bevölkerung ab 16 Jahren (2018)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2018, Modul Wohlbefinden.

2015 konnten 4,2% der Personen nicht auf tragfähige soziale Beziehungen bauen. 2013 waren es 3%. Wie Grafik 45 zeigt, konnten 2018 (allerdings bei geänderter Fragestellung, siehe oben) 5,5% weder finanzielle/materielle noch sonstige Hilfe von Personen außerhalb des Haushalts erhalten. 94,5% der Befragten gaben an im Bedarfsfall auf Hilfeleistung aus zumindest einem der abgefragten Bereiche zurückgreifen zu können.

3.5 Gesundheit

Gesundheitliche Aspekte sind eng mit Wohlbefinden, sozialen Teilhabemöglichkeiten und finanziellen Kapazitäten verbunden. So kann sich Armut negativ auf die Gesundheit auswirken, z.B. wenn wenige Ressourcen zur Förderung und Erhaltung der Gesundheit zur Verfügung stehen. Zum anderen können auch gesundheitliche Probleme selbst die Einkommenschancen nachteilig beeinflussen: Krankheiten und körperliche Einschränkungen führen oft zu verminderten Erwerbsmöglichkeiten, einem niedrigeren Einkommen und erhöhtem Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung. Differenzierte Analysen zum Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Lage und Gesundheit scheinen vor dem Hintergrund der umfassenden Messung von Lebensqualität also wesentlich.

Es stellt sich folglich die Frage, wie Gesundheit in Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die insgesamt Lebensqualität zu definieren und zu messen ist. Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit einer Krankheit oder eines Gebrechens. Physisches, mentales und soziales Wohlbefinden gehören ebenso zum Gesundheitsbegriff laut WHO. Eurostat veröffentlicht auf seiner Webpage „GDP and beyond“ zur Gesundheit im Bereich „Lebensqualität“ zehn Indikatoren, die den Themen „Gesundheitsstatus“ (z.B. Lebenserwartung), „Gesundheitsdeterminanten“ (z.B. Gesundheitsverhalten) und „Zugang zum Gesundheitswesen“ zugeordnet sind. Wichtige Datenquellen zur regelmäßigen Gesundheitsberichterstattung sind dabei die Gesundheitsbefragung und EU-SILC.

Als erster Schlüsselindikator für den Gesundheitszustand der Bevölkerung wurde für *WgÖ* die subjektive Gesundheit ausgewählt, wie sie in EU-SILC erfragt wird. Hier werden auch sozioökonomische Unterschiede in Bezug auf Gesundheit beleuchtet.

Der zweite Schlüsselindikator, die Sterblichkeit an den wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten zwischen 30 und 69 Jahren, stellt diesem Indikator ein objektives Gegenstück zur Seite. Nicht übertragbare potentiell tödliche Krankheiten wie Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes oder chronische Erkrankungen der unteren Atemwege stellen schwerwiegende Gesundheitsprobleme in der entwickelten Welt dar.

Der Indikator zur vorzeitigen Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten wurde nach dem Vorbild des internationalen SDG

Indikator 3.4.1 aus der UN Agenda erstellt und seit 2017 in das Indikatorenset aufgenommen.

Mit steigender Lebenserwartung gewinnt der Gesundheitszustand für die Lebensqualität zusätzlich an Bedeutung. In einer Lebensphase, in der das Risiko schlechter Gesundheit steigt und ihr negativer Einfluss auf die Lebensqualität mitunter drastisch zunimmt, wird sie zu einem essenziellen Faktor. Aus diesem Grund wird als Zusatzinformation die gesunde Lebenserwartung dargestellt, d.h. die Anzahl der weiteren Jahre, die eine 65jährige Person erwarten kann ohne chronische Krankheit zu leben (in Relation zu ihrer gesamten verbleibenden Lebenserwartung).

3.5.1 Schlüsselindikator subjektive Einschätzung des Gesundheitszustandes

Der Schlüsselindikator „subjektive Gesundheitseinschätzung“ basiert auf der Frage: „Wie ist Ihre Gesundheit im Allgemeinen?“ (Antwortmöglichkeiten: Sehr gut, gut, mittelmäßig, schlecht, sehr schlecht). Befragt werden Personen ab 16 Jahren, in Ausnahmefällen sind Angaben durch Haushaltsangehörige zulässig.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Weder in der längeren Frist seit 2004, noch in der Betrachtung der kurzfristigen Entwicklung sind bei diesem Indikator substantielle Veränderungen wahrzunehmen. Die langfristige Entwicklung als auch jene seit 2017 wird daher als neutral eingestuft.“

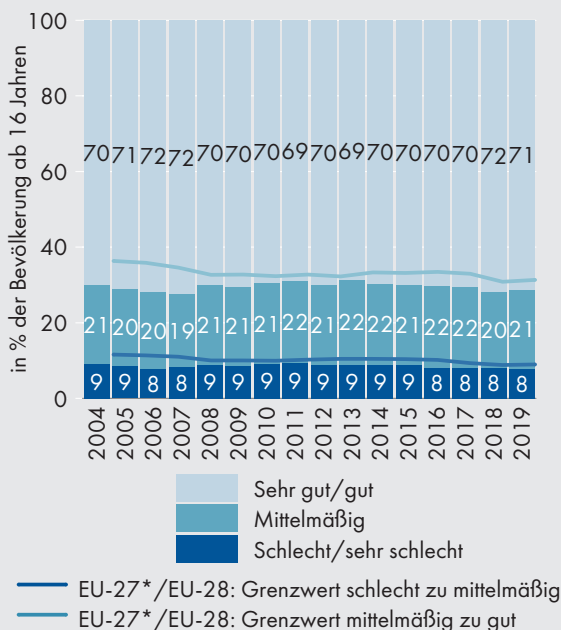
Die Selbsteinschätzung des allgemeinen Gesundheitszustandes in jährlichen Erhebungen liefert einen guten Indikator für das allgemeine Wohlbefinden einer Bevölkerung. Diese Frage bezieht sich auf physische, aber auch auf psychische und soziale Aspekte von Gesundheit.

Grafik 46 zeigt, dass der subjektive Gesundheitszustand der österreichischen Bevölkerung in den letzten Jahren relativ konstant geblieben ist. 2019 waren 71,3% der Ab-

16-Jährigen gemäß Selbsteinschätzung in guter oder sehr guter Gesundheit, 20,9% stufen ihre Gesundheit als mittelmäßig und 7,8% als schlecht oder sehr schlecht ein. Grafik 46 zeigt außerdem, dass Personen in Österreich durchschnittlich eine bessere subjektive Gesundheit aufweisen als im EU-Durchschnitt: In der EU-28 gaben 69,3% der Bevölkerung ab 16 Jahren an bei guter Gesundheit zu sein, 22,3% empfanden ihre Gesundheit als „mittelmäßig“ und 8,4% als schlecht oder sehr schlecht.

Im Bericht zur Gesundheitsbefragung 2014 des Bundesministeriums für Gesundheit und von Statistik Austria (2015) wird angemerkt, dass hinsichtlich des subjektiv empfundenen Gesundheitszustandes seit 1991 ein positiver Trend festzustellen ist, der noch stärker ausfällt, wenn man die Alterung der Gesellschaft mit berücksichtigt. Auch wenn sich also in den letzten Jahren keine deutlichen Veränderungen des subjektiven Gesundheitszustandes der Bevölkerung ausmachen ließen, so bilden Fragen zum subjektiven Gesundheitszustand doch langfristige Entwicklungen ab.

Grafik 46
Subjektiver Gesundheitszustand der Bevölkerung ab 16 Jahren in Österreich und der EU-27/EU-28

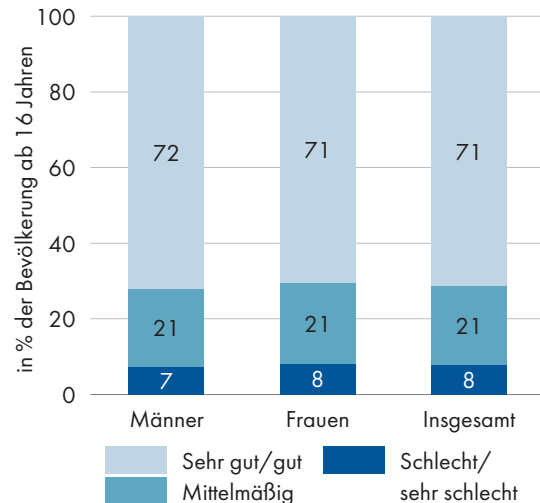


Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC; Eurostat. - Mit Verwaltungsdaten rückgerechnete Werte für 2008-2011. - * Daten 2005-2009 ohne Kroatien.

Frauen schätzten ihren Gesundheitszustand geringfügig schlechter ein als Männer (Grafik 47). Während 2018 72% der Männer angaben, über eine sehr gute bzw. gute Gesundheit zu verfügen, waren es bei den Frauen nur 71%; umgekehrt zeigt sich bei schlechter oder sehr schlechter Gesundheit 1%-Punkt Unterschied zu Ungunsten der Frauen. Dieser Unterschied kann teilweise mit der höheren Lebenserwartung der Frauen erklärt werden, da gesundheitliche Probleme im höheren Alter vermehrt auftreten.

Zur Deutung dieser Diskrepanz wird außerdem oft die besondere Aufmerksamkeit von Frauen auf ihren körperlichen Zustand sowie ein erhöhtes Gesundheitsbewusstsein genannt (Kuhlmann & Kolip 2005).

Grafik 47
Subjektiver Gesundheitszustand der Bevölkerung ab 16 Jahren nach Geschlecht (2019)



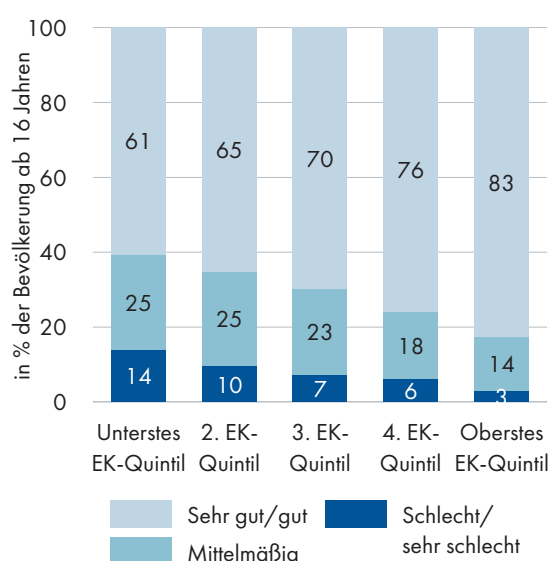
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2019.

Noch deutlichere Unterschiede zeigen sich zwischen verschiedenen Einkommensgruppen (Grafik 48). Während im Fünftel der Bevölkerung mit dem niedrigsten äquivalisierten Einkommen nur 61% der Personen angaben, bei sehr guter oder guter Gesundheit zu sein, waren es im obersten Einkommensquintil 83%. Gleichzeitig schätzten 14% des untersten Einkommensquintils ihren Gesundheitszustand als schlecht oder sehr schlecht ein, während dieser Anteil in den höheren Einkommensquintilen wesentlich geringer ausfiel (4. EK-Quintil: 6%, oberstes EK-Quintil: 3%).

Dieses Ergebnis wirft wichtige Fragen nach Lebensgewohnheiten, gesundheitlicher Vorsorge, aber vor allem auch nach den Arbeits- und Lebensbedingungen unterschiedlicher sozialer Gruppen auf. Detailliertere Analyse sind zuletzt etwa mit Daten des EU-SILC Gesundheitsmoduls von 2017 entstanden: Die Wechselwirkung von Gesundheit und finanzieller Situation, insbesondere die Benachteiligungen einkommensschwacher Personen werden darin nachgewiesen, ebenso wie das unterschiedliche Gesundheitsverhalten von Frauen und Männern sowie nach Bildung. Ein in *WgÖ* auf Grund der Unregelmäßigkeit der Daten nicht abgebildeter, aber sehr wichtiger Aspekt ist die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen: Sie unterscheidet sich lt. Daten aus dem EU-SILC Modul 2017 nicht wesentlich über Einkommensgruppen hinweg; dies gilt auch für die medizinische Versorgung von Kindern. Dennoch zeigen sich für Kinder aus einkommensschwachen Familien indirekte Effekte, etwa Benachteiligungen in Bezug auf Gesundheitsressourcen

wie Wohnbedingungen oder soziale Teilhabe (vgl. Lamei/Psihoda/Skina-Tabue 2019). Auch Leoni (2015) weist in einer europaweiten Studie auf den Zusammenhang zwischen der sozioökonomischen Situation und dem Gesundheitszustand der Bevölkerung hin, d.h. sozioökonomisch Bessergestellte sind tendenziell gesünder als Schlechtergestellte. Österreich zählt dieser und auch früheren Studien folgend jedoch im europäischen Vergleich zu den Ländern, in denen der Gesundheitszustand der älteren Bevölkerung nur in relativ niedrigem Maß von sozialen Unterschieden geprägt ist.

Grafik 48
Subjektiver Gesundheitszustand der Bevölkerung ab 16 Jahren nach Einkommensquintilen (2019)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2019. - EK-Quintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

3.5.2 Schlüsselindikator vorzeitige Sterblichkeit durch nicht-übertragbare Erkrankungen

Der Schlüsselindikator „vorzeitige Sterblichkeit“⁴⁰ an nicht-übertragbaren Krankheiten“ beschreibt die Sterblichkeit an den wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten – vor allem Krebs, Krankheiten des Herz-Kreislauf-Systems, Diabetes und chronische Erkrankungen der unteren Atemwege – in der Gruppe der 30- bis 69-Jährigen.

Die Sterblichkeit gehört zu den wichtigsten objektiven Gesundheitsindikatoren. Die vorzeitige Sterblichkeit, also

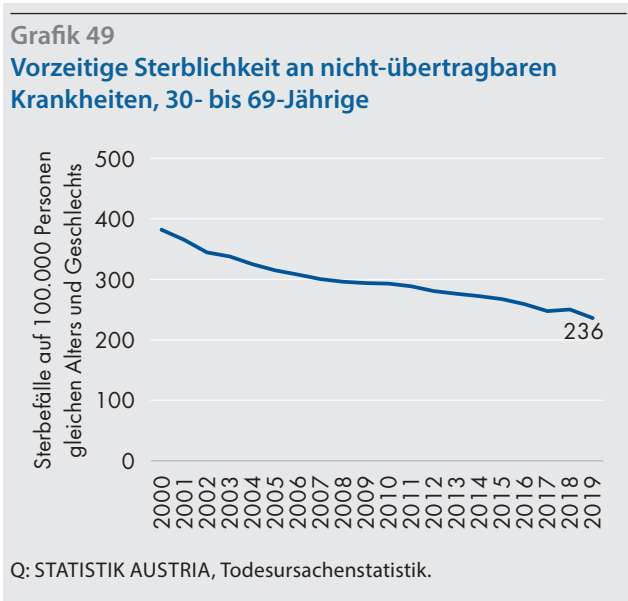
die Sterblichkeit der Bevölkerung mittleren Alters, ist dabei von besonderem Interesse. In dieser Bevölkerungsgruppe sind vorwiegend nicht-übertragbare Erkrankungen die häufigsten Todesursachen. Unter den Indikatoren der SDGs findet sich daher unter 3.4.1 die „Sterblichkeit durch die wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten der 30- bis 69-jährigen Personen“ als zentraler Indikator.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Der Anteil vorzeitiger Sterbefälle sinkt seit 2000 kontinuierlich, weshalb die langfristige Bewertung positiv ausfällt. In den letzten Jahren wurde ein etwas abgeflachter Rückgang verzeichnet, weshalb die kurzfristige Entwicklung tendenziell positiv bewertet wird.“

Die Sterblichkeit wird üblicherweise mittels altersstandardisierter Sterberaten beschrieben. Diese standardisierte Sterberate berücksichtigt sowohl die insgesamt wachsende Bevölkerung als auch ihre kontinuierliche Alterung und macht damit die unterschiedlichen Sterbebedingungen vergleichbar.

Die altersstandardisierte Sterberate gibt an, wie viele Sterbefälle aufgrund der jeweils herrschenden Sterblichkeitsverhältnisse auf 100.000 Lebende entfallen wären, wenn der Altersaufbau der Bevölkerung in der betreffenden Berichtsperiode dem einer international vorgegebenen Standardbevölkerung entsprochen hätte. Der vergleichsstörende Einfluss der Besonderheiten des jeweiligen Altersaufbaues der Bevölkerung ist dadurch ausgeschaltet, d.h. diese Maßzahl ermöglicht einen fairen Vergleich zwischen den Jahren und den Geschlechtern.

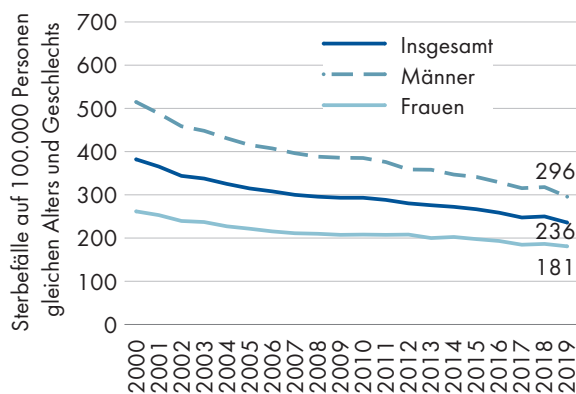


⁴⁰ Synonym verwendet wird dafür auch der Begriff „frühzeitige Sterblichkeit“.

Wie in Grafik 49 zu sehen, hat die vorzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten seit 2000 deutlich abgenommen. 2019 lag sie mit 236 auf 100.000 Personen zwischen 30 und 69 Jahren (berechnet in Bezug auf die Normbevölkerung) etwas niedriger als im Vorjahr (2018: 250). 2000 betrug der Wert noch 382. Das ist ein Rückgang um 38%. Auch im kurzfristigen Vergleich innerhalb von drei Jahren konnte ein Rückgang verzeichnet werden, wenn auch etwas abgeflacht. 2017 gab es 248 vorzeitige Sterbefälle auf 100.000 Personen, 2019 236.

Grafik 50 zeigt, dass in allen Jahren Männer eine deutlich höhere vorzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten haben als Frauen, wobei im Zeitvergleich die Sterblichkeit bei den Männern stärker zurückgegangen ist als bei den Frauen. Damit hat die Geschlechterdifferenz seit 2000 um 55% abgenommen. 2019 lag die vorzeitige Sterblichkeit bei den Frauen bei 181, bei den Männern bei 296 auf 100.000 Personen gleichen Alters und Geschlechts.

Grafik 50
Vorzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten, 30- bis 69-Jährige nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA, Todesursachenstatistik.

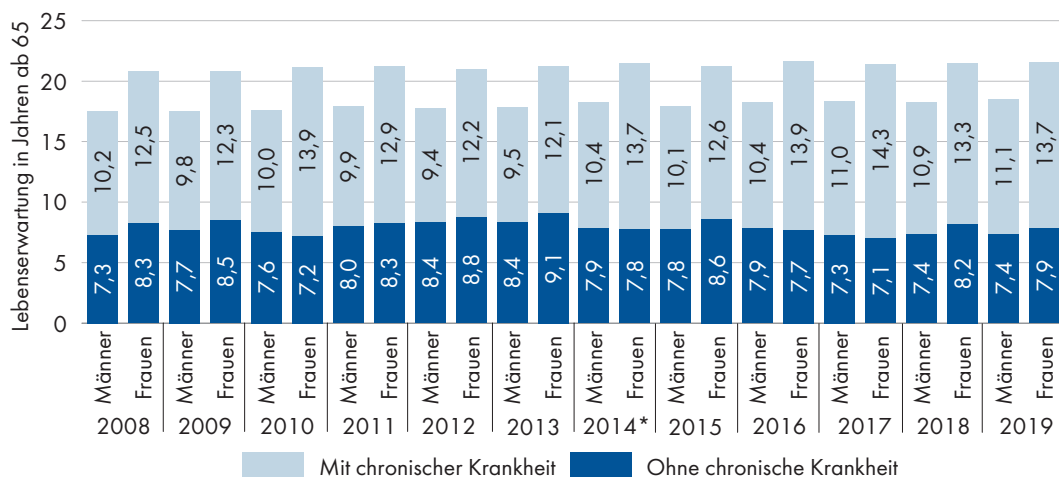
3.5.3 Gesunde Lebenserwartung

Der Indikator „gesunde Lebenserwartung“, wie er hier verwendet wird, beschreibt, wie viele Jahre eine 65-jährige Person noch erwarten kann ohne chronische Krankheit zu leben. Er wird auf Basis von EU-SILC berechnet und die entsprechende Frage lautete zwischen 2008 und 2013: „Haben Sie eine chronische, also dauerhafte Krankheit oder ein chronisches, also dauerhaftes gesundheitliches Problem?“ bzw. ab 2014: „Haben Sie eine dauerhafte Krankheit oder ein chronisches Gesundheitsproblem? (Damit gemeint sind Krankheiten oder gesundheitliche Probleme, die sechs Monate andauern oder voraussichtlich andauern werden.)“.

Während bei Maßen der Sterblichkeit die generelle verbleibende Lebenserwartung im Vordergrund steht, hat sich in letzter Zeit die Überzeugung durchgesetzt, dass das Ziel der Politik nicht nur ein „Mehr an Jahren“, sondern auch ein „Mehr an Gesundheit“ in den verbleibenden Lebensjahren sein soll. Hier spielen Indikatoren zur sogenannten „gesunden Lebenserwartung“, d.h. zu Anzahl an Jahren, die man noch erwarten kann, gesund zu leben, eine zentrale Rolle. Gesundheit kann dabei auf verschiedene Weise definiert und gemessen werden. Für diesen Bericht wurde die Lebenserwartung ohne chronische Krankheit verwendet, da hier eine ausreichend lange weitgehend konsistente Zeitreihe zur Verfügung steht.

Berechnet wurde dieser Indikator durch Anwendung der Werte aus EU-SILC zur Häufigkeit chronischer Krankheit auf die jeweiligen Sterbetafeln. Theoretisch stehen für diesen Indikator bereits Werte ab 2003 zur Verfügung, vor 2008 führte aber eine abweichende Fragestellung „Haben Sie eine chronische Krankheit?“ zu einem deutlich sichtbaren Zeitreihenbruch, so dass diese Werte nicht dargestellt werden.

Grafik 51
Gesunde Lebenserwartung ab 65 Jahren



Q: STATISTIK AUSTRIA, Sterbetafeln, EU-SILC. - * Aufgrund der neuen Formulierung der Frage gibt es ab 2014 einen Zeitreihenbruch.

Grafik 51 zeigt, dass 2019 eine 65-jährige Frau erwarten konnte, noch 7,9 Jahre in Gesundheit und weitere 13,7 Jahre mit einer chronischen Krankheit zu leben. 65-jährige Männer lebten im Durchschnitt noch 7,4 Jahre ohne bzw. weitere 11,1 Jahre mit chronischen Krankheiten. Berücksichtigt man statistische Schwankungsbreiten und den Zeitreihenbruch ab 2014 aufgrund der neuen Formulierung der Frage, ist über den Zeitverlauf hier

kaum ein eindeutiger Trend erkennbar. Gut sichtbar ist jedoch der Unterschied zwischen Frauen und Männern. Frauen haben eine deutlich höhere Lebenserwartung als Männer, allerdings zeigen sich diese Unterschiede nicht im selben Maße bei der gesunden Lebenserwartung. Frauen leben also länger, verbringen aber einen größeren Anteil ihrer nach 65 noch verbleibenden Lebenszeit chronisch krank.

3.6 Bildung

Bildung und Wissen gelten als zentrale Faktoren individueller Lebensqualität und gesellschaftlicher Entwicklung. Auf Ebene des Einzelnen spielen erworbene Bildung und Qualifikation unmittelbar eine Rolle beim Zugang zum Arbeitsmarkt und dem aus Erwerbsarbeit bezogenen Einkommen. In welchem Ausmaß Bildungserwerb gelingt, ist wiederum neben individuellen Faktoren durch die Herkunftsfamilie, gesellschaftliche Strukturen im Allgemeinen und das Bildungssystem im Speziellen geprägt. Auf gesellschaftlicher Ebene wird eine gerechte Verteilung von Bildungschancen als grundlegend für die Vermeidung sozialer Schief lagen angesehen. Das Bildungsniveau ist außerdem zentral für die Wirtschaftskraft eines Landes. Die Verbesserung der Qualität des Bildungssystems und Anreize zu höherer Bildungsbeteiligung gehören deshalb sowohl national als auch international zu den strategischen Zielsetzungen der Politik. Darüber hinaus soll die Mobilität junger Menschen, im gesamten Bildungssystem, wie auch in Bezug auf nicht-formales Lernen gefördert werden (Rat der EU 2011).

Auch Stiglitz et al. (2009, S.165) sprechen der Ressource „Bildung“ größte Bedeutung zu. Sie betonen, dass Bildung instrumentellen Charakter für das Erreichen vieler weiterer Ziele hat (z.B. höheres Einkommen, bessere soziale Teilhabe etc.), wovon sowohl die Individuen selbst, als auch die Gesellschaft als Ganzes profitieren. Darüber hinaus erweitern kognitive Fähigkeiten und Fertigkeiten die Freiheiten und Möglichkeiten von Individuen, ungeachtet ihres Einflusses auf spätere Verdienstmöglichkeiten und die ökonomische Entwicklung.

Schlüsselindikatoren der Dimension Bildung sind die Tertiärquote der Bevölkerung zwischen 30 und 34 Jahren (jene Altersgruppe, in der in der Regel von einer abgeschlossenen Tertiärausbildung ausgegangen werden kann) und als Gegenstück die frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger, also die jungen Menschen zwischen 18 und 24 Jahren, die zu einem hohen Prozentsatz voraussichtlich keinen sekundären Bildungsabschluss erlangen werden.

Ergänzt werden diese Schlüsselindikatoren durch den Zusatzindikator Teilnahme an allgemeiner und beruflicher Weiterbildung, der den Aspekt des lebenslangen Lernens in den Fokus rückt.

3.6.1 Schlüsselindikator Tertiärquote

Die Entwicklung des Bildungsstandes in den letzten Jahrzehnten zeigt einen allgemeinen Anstieg des Bildungsniveaus der österreichischen Bevölkerung. Insbesondere die Tertiärquote – der Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit Hochschulstudium oder einem vergleichbaren Abschluss an der Gesamtgruppe der 30- bis 34-Jährigen – steht dabei vielfach im Fokus internationaler Vergleiche und nationaler politischer Strategien. Dahinter steckt die Annahme durch eine Ausweitung der Bevölkerung im oberen Bildungssegment dem Bedarf einer Wissensgesellschaft am besten entsprechen zu können und damit international wettbewerbsfähig zu sein. Dies wird als wichtige Voraussetzung erachtet um sozialen Wohlstand zu erhalten und zur Lebensqualität der Bevölkerung beizutragen.

Gemäß Europa 2020 Strategie soll bis 2020 der Anteil der 30- bis 34-Jährigen, die über einen Tertiärabschluss verfügen, EU-weit bei mindestens 40% liegen. Als nationales Ziel wurde eine Quote von 38% festgelegt. Dieses stammt noch aus der Zeit vor 2013, als BHS-Abschlüsse noch nicht zu den Tertiärabschlüssen gezählt wurden (ISCED 1997) und somit die österreichische Tertiärquote deutlich niedriger war. Als Tertiärabschluss werden grundsätzlich Abschlüsse der internationalen Bildungsklassifikation ISCED in den Kategorien 5 bis 8 (nach ISCED 2011 ab 2014 bzw. 5a und 5b sowie 6 nach ISCED97 bis 2013) gewertet. Neben akademischen Abschlüssen (Bachelor, Master etc.) zählen hierzu Abschlüsse der berufsbildenden und lehrerbildenden Akademien sowie auch Meister- und Werkmeisterabschlüsse und die Reife- und Diplomprüfung an berufsbildenden höheren Schulen. Unter der ISCED97 wurde bei Abschlüssen der berufsbildenden höheren Schulen (BHS wie z.B. HTL, HAK etc.) zwischen Kolleg und anderen BHS-Formen unterschieden, die ISCED 4a zugeordnet waren, aber im Rahmen des nationalen Monitorings als Tertiärabschluss gezählt werden konnten (siehe hierzu: BKA 2012, S.10). Mit Einführung der ISCED

2011 gelten die BHS-Abschlüsse jedoch generell als tertiär. Der erfolgreiche Abschluss der dritten Klasse einer fünfjährigen BHS-Form wird als Abschluss der Sekundarstufe gewertet.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

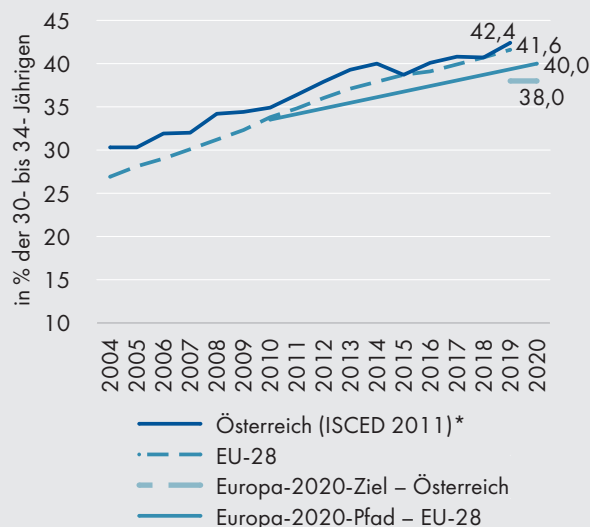
„Die international vergleichbare Tertiärquote (inkl. BHS-Abschlüsse) steigt seit 2004 kontinuierlich an. Die langfristige Entwicklung wird positiv bewertet; das nationale Ziel wurde bereits erreicht und die Quote liegt leicht über dem EU-28-Schnitt. Die Entwicklung seit 2018 zeigt einen leichten Anstieg, damit wird auch die kurzfristige Entwicklung als tendenziell positiv bewertet.“

Grafik 52 zeigt, dass 2019 42,4% der 30- bis 34-Jährigen einen Tertiärabschluss aufweisen konnten. Zwar gibt es durch die neue Kategorisierung der Bildungsabschlüsse (ISCED 2011) einen Zeitreihenbruch, dennoch zeigt sich seit 2004 ein deutlicher Anstieg der Quote. 2015 ist teils durch demographische Effekte bedingt die Tertiärquote im Vergleich zum Vorjahr etwas zurückgegangen (auf 38,7%), dann relativ stabil knapp über 40% verlaufen um zwischen 2018 (40,7%) und 2019 wieder einen Anstieg auf den bisherigen Höchststand von 42,4% zu verzeichnen. Für die EU-28 ist die Entwicklung in der Tertiärquote seit 2004 ebenfalls deutlich positiv verlaufen, 2019 wurde mit 41,6% der höchste Wert seit Beginn der Zeitreihe gemessen worden.

Der langfristige positive Trend dürfte u.a. auf die Auswirkung der Umsetzung des Bologna-Prozesses zurückzuführen sein. Durch die Einführung des Bachelors schlie-

ßen mehr Personen ein Studium auch tatsächlich ab (und das früher) und die entsprechenden Absolventinnen und Absolventen rücken nun in die Altersgruppe 30+ vor.

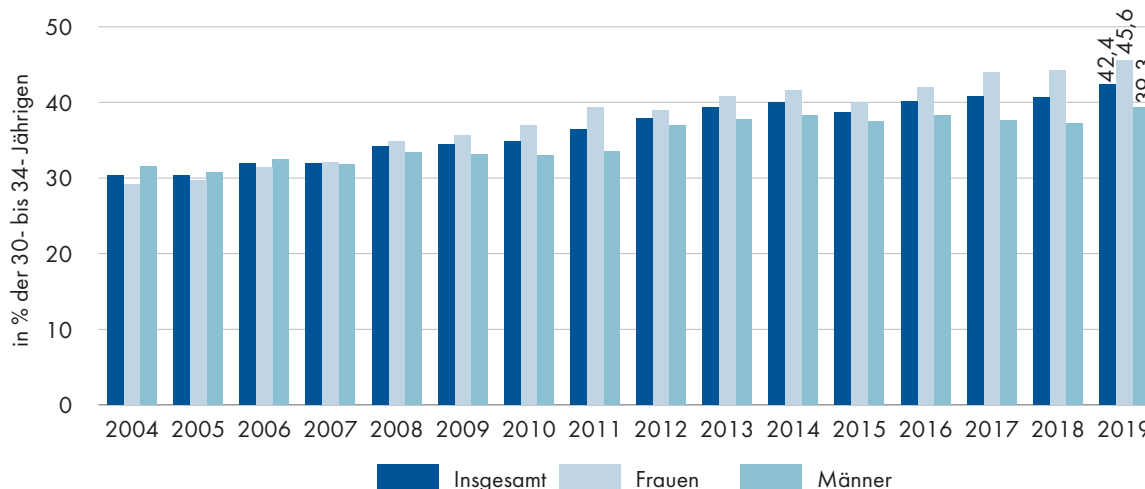
Grafik 52
Tertiärquote der 30- bis 34-Jährigen



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat. - * Bildungsabschlüsse bis 2013 gemäß ISCED 1997 + äquivalente Bildungsabschlüsse, ab 2014 gemäß ISCED 2011.

Betrachtet man die Tertiärquote der 30- bis 34-Jährigen nach Geschlecht, so zeigt Grafik 53, dass 2007 die jungen Frauen die jungen Männer überholt haben. Dieser Trend setzt sich fort: 2019 lag die Differenz zwischen den Geschlechtern bei 6%-Punkten zu Gunsten der Frauen.

Grafik 53
Tertiärquote der 30-bis 34-Jährigen nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung. - Bildungsabschlüsse bis 2013 gemäß ISCED 1997 + äquivalente Bildungsabschlüsse, ab 2014 gemäß ISCED 2011.

3.6.2

Schlüsselindikator frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger

Der Schlüsselindikator frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger bezeichnet Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nur die untere Sekundarstufe (Sekundarstufe I) absolviert haben – eventuell ohne diese erfolgreich abzuschließen – und an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen.

Will man den Anteil der Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss in der Bevölkerung langfristig senken, so gilt es, die Zahl der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger so gering wie möglich zu halten. Entsprechend wurde im Rahmen der Europa 2020 Strategie das EU-Ziel formuliert, dass der Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die über keinen Bildungsabschluss der Sekundarstufe II (Obere Sekundarstufe/Oberstufe) verfügen und gleichzeitig an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen, maximal 10% betragen darf.

Als nationales Ziel wurde hier eine Quote von 9,5% vereinbart, die bereits im Jahr 2009 unterschritten wurde. Auch mit der 2017 beschlossenen Ausbildungspflicht bis 18 Jahre sollte der Anteil der gering gebildeten jungen Erwachsenen weiter sinken. Sie gilt für Jugendliche bis 18 Jahre, die mit Ende des Schuljahres 2016/2017 bzw. danach ihre allgemeine Schulpflicht erfüllt haben und sich dauerhaft in Österreich aufhalten.

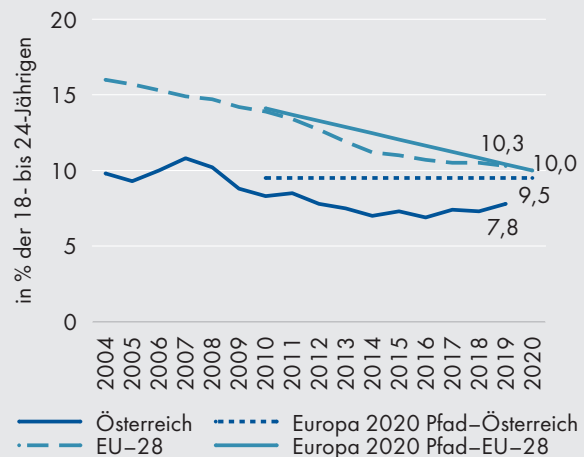
Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Die Quote der frühzeitigen Schulabgängerinnen und Schulabgänger sank zwischen 2007 und 2014 deutlich ab und befindet sich seitdem unter dem EU-2020-Zielwert für Österreich. Daher wird die langfristige Entwicklung als tendenziell positiv bewertet. Die kurzfristige Betrachtung fällt neutral bis leicht negativ aus, da die Quote seit 2014 auf niedrigem Niveau stagniert und in den letzten Jahren sogar wieder leicht steigt.“

2019 waren in Österreich 7,8% der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 24 Jahren ohne Sekundarabschluss und befanden sich auch nicht in einer weiterführenden Ausbildung (Grafik 54). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen geringfügigen Anstieg (2018: 7,3%), der jedoch auf Grund der kleinen Personengruppe im betreffenden Alter auch auf Stichprobeneffekte zurückzuführen sein kann und daher mit Vorsicht zu interpretieren ist. EU-weit waren 2019 10,3% der 18- bis 24-Jährigen frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger/innen. Auch hier konnte der Anteil im Beobachtungszeitraum deutlich reduziert werden (2004: 16%), im Vorjahresvergleich gibt es EU-weit keine bedeutsame Veränderung. Daten bis 2013 beruhen auf der ISCED97, ab 2014 wird die ISCED 2011 zur definitiven Abgrenzung von Sekundarstufe I und II verwendet.

Grafik 54
Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger, 18- bis 24-Jährige

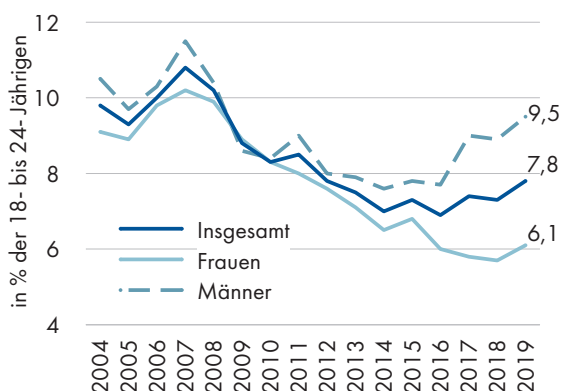


Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat.

Betrachtet man die Anzahl der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger nach Geschlecht, so zeigt sich in den letzten Jahren, dass weniger junge Frauen als Männer die Schule ohne Sekundarabschluss verlassen und dass die Schere zwischen Männern und Frauen aufgeht (siehe Grafik 55): 2019 gab es unter den 18- bis 24-jährigen Frauen 6,1% frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen, während 9,5% der jungen Männer ihre Ausbildung vorzeitig beendet haben. Langfristig sollte sich daher die Überrepräsentation der Frauen unter Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss weiter verringern (unter der Annahme, dass dieser Effekt nicht durch geschlechtsspezifische Unterschiede in der Nutzung des zweiten Bildungswegs neutralisiert wird).

Grafik 55

Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger, 18- bis 24-Jährige nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung.

3.6.3

Teilnahme an beruflicher und allgemeiner Weiterbildung

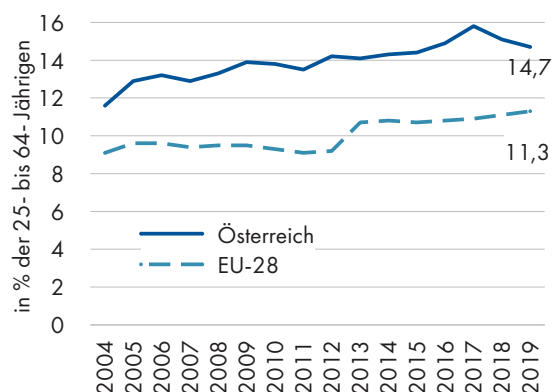
Dieser Indikator stellt den Anteil der Personen der Altersgruppe 25 bis 64 Jahre dar, die in den vier Wochen vor der Befragung an Weiterbildungsaktivitäten teilgenommen haben. Solche umfassen formale und nicht-formale Bildungs- und Trainingstätigkeiten.

Lebenslanges Lernen umfasst alle Aktivitäten, die im Laufe des Lebens (nach Abschluss der Anfangsausbildung) und aus einer persönlichen, sozialen oder beschäftigungsbezogenen Motivation heraus mit dem Ziel unternommen werden, die eigenen Kenntnisse, Fähigkeiten und Kompetenzen zu verbessern. Die Absicht etwas „Spezifisches“ zu lernen unterscheidet diese Aktivitäten von Nicht-Lernaktivitäten wie kulturellen oder sportlichen Freizeitbeschäftigungen, die eher durch beiläufiges Lernen gekennzeichnet sind.

Der strategische Rahmen für eine europäische Kooperation zur allgemeinen und beruflichen Bildung formuliert als Zielmarke für das Jahr 2020, dass zumindest 15% der Erwachsenen zwischen 25 und 64 Jahren an Aktivitäten, die unter „lebenslanges Lernen“ subsumiert werden können, teilnehmen.

Grafik 56

Teilnahme an beruflicher und allgemeiner Weiterbildung der 25- bis 64-Jährigen



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat.

Seit 2004 stieg der Anteil der Personen der Altersgruppe 25-64 Jahre, die an beruflichen oder allgemeinen Weiterbildungsaktivitäten teilnahmen, sowohl in Österreich als auch in der EU an (siehe Grafik 56). In den letzten Jahren ist in Österreich ein leichter Rückgang von 15,8% im Jahr 2017 auf 15,1% 2018 und zuletzt 14,7% 2019 eingetreten. 2019 wurde das Ziel von 15% erstmals seit 2016 damit knapp unterschritten. In der EU lag der Anteil der Personen in Weiterbildung 2019 bei 11,3%, wobei hier insbesondere seit 2013 ein deutlicher Anstieg, teilweise allerdings bedingt durch Fragebogenänderungen in einigen Ländern, zu verzeichnen ist.

3.7 Physische Unsicherheit

Sicherheit gilt als eine der zentralen Dimensionen von Lebensqualität z.B. auch bei Eurostat (vgl. Kesy et al. 2015). Gewaltprävention ist für eine stabile, sozial ausgewogene Gesellschaft unerlässlich und damit eine der Hauptaufgaben des Gesetzgebers. Sich unsicher zu fühlen schränkt die Lebensqualität erheblich ein, ist Quelle für Sorgen und Ängste. Das Gefühl der Verletzbarkeit oder die Angst, Opfer von kriminellen Handlungen zu werden, können das persönliche Freiheitsempfinden drastisch beeinträchtigen. Die Themen Gewalt, persönliches Sicherheitsempfinden und Lebensqualität hängen daher eng miteinander zusammen.

Physische Unsicherheit bezieht sich auf sämtliche externe Faktoren, die die physische Integrität einer Person gefährden. Verbrechen und Unfälle sind dabei nur die offensichtlichsten Ausformungen. Gewalt und physische Unsicherheit im Alltag betreffen hingegen deutlich mehr Menschen. Dabei ist sowohl der Aspekt des subjektiven Unsicherheitsempfindens als auch jener der objektiven Sicherheit bzw. Unsicherheit, wie sie etwa in der Kriminalstatistik abgebildet wird, von Bedeutung. Die subjektive Unsicherheit ist hier durch den Indikator „physisches Unsicherheitsempfinden“ aus EU-SILC abgedeckt, die objektive Sicherheit wird mit der Tötungsrate aus der Todesursachenstatistik abgebildet. Diese beiden Indikatoren sind Beispiel dafür, dass subjektives Empfinden nicht immer automatisch an die objektiven Lebensbedingungen geknüpft ist. So zeigen die Daten nicht unbedingt eine Parallelentwicklung des subjektiven Unsicherheitsgefühls und der Kriminalitätsraten.

3.7.1 Schlüsselindikator physisches Unsicherheitsempfinden

Physisches Unsicherheitsempfinden wird in EU-SILC durch die folgende Frage erfasst: „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus?“.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

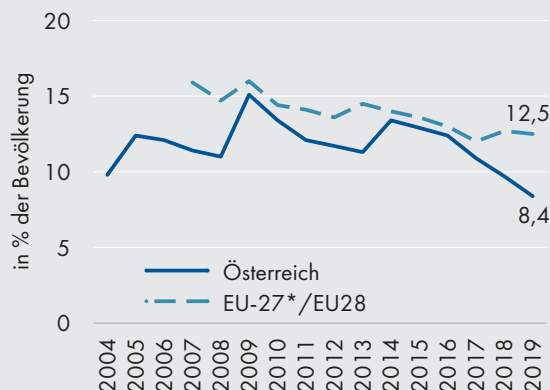


„Der Indikator zum physischen Unsicherheitsempfinden ist volatil. Die längerfristige Entwicklung seit 2004 zeigt im Trend nur wenig Veränderung und wird daher neutral

bewertet. Da seit 2017 ein deutlicher Rückgang im Anteil der unsicheren Bevölkerung festzustellen ist, und dieser deutlich unter dem EU-28-Schnitt ist, wird die kurzfristige Veränderung als sehr positiv bewertet.“

8,4% der Bevölkerung gaben 2019 an, in ihrer Wohngegend Probleme durch Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus zu haben, was einen weiteren Rückgang um 1,3%-Punkte gegenüber dem Vorjahr darstellt (siehe Grafik 57). Auch wenn dies kurzfristig betrachtet keine signifikante Veränderung darstellt, ist der Trend seit 2014 eindeutig abnehmend. Vergleicht man die Werte für Österreich mit den EU-Werten, so zeigt sich, dass sich Österreicherinnen und Österreicher in ihrer Wohngegend sicherer fühlen (und immer sicherer gefühlt haben) als die Menschen in den EU-Ländern im Durchschnitt. In den EU-28 Ländern geben 12,5% der Bevölkerung Probleme mit Kriminalität, Vandalismus oder Gewalt der Wohngegend an.

Grafik 57
Physisches Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung

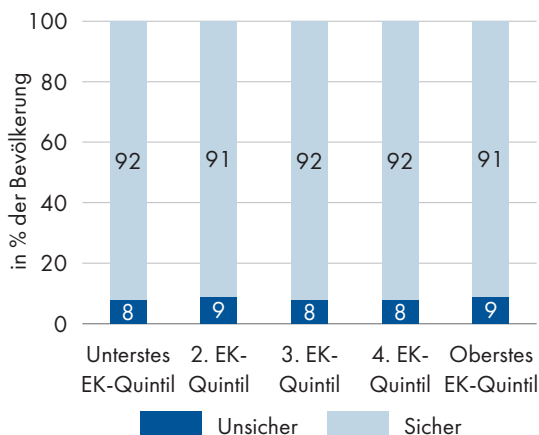


Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC; Eurostat. - Mit Verwaltungsdaten rückgerechnete Werte für 2008-2011.

Eine Betrachtung nach Haushaltseinkommen zeigt für 2019 kaum Unterschiede (siehe Grafik 58), so dass der Befund früherer Jahre, dass sich Personen im obersten Einkommensquintil in ihrer Wohnumgebung tendenziell eher unsicherer fühlen, diesmal nicht naheliegt. Der Zusammenhang zwischen Betroffenheit und Wahrnehmung von physischer Unsicherheit ist auch äußerst komplex: Einschätzung und Wahrnehmung der Wohnumgebung decken sich nicht immer mit den objektiven Gegebenheiten.

ten. Das Kriminalitätsfurcht-Paradoxon beschreibt, dass sich Personen eher vor Kriminalität fürchten, wenn sie selbst seltener von Kriminalität betroffen sind. Die Furcht vor Kriminalität hängt also nicht mit der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung (objektiviert etwa durch Kriminalstatistik) zusammen (vgl. Ziegler et al. 2011, S.27ff).

Grafik 58
Physisches Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung nach Einkommensquintilen (2019)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2019. - Einkommensquintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

3.7.2 Schlüsselindikator Tötungsrate

Der Schlüsselindikator umfasst die Kategorie „tätlicher Angriff“ nach den international standardisierten Codes X85 bis Y09 sowie Y87.1 und wird altersstandardisiert⁴¹ berechnet. Das bedeutet, dass die kontinuierliche Alterung der Bevölkerung bei der Berechnung des Indikators berücksichtigt wurde.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Die Tötungsrate liegt seit 2000 bereits auf einem niedrigen Niveau und ging in diesem Zeitraum auch weiterhin zurück. Die langfristige Entwicklung wird daher als ten-

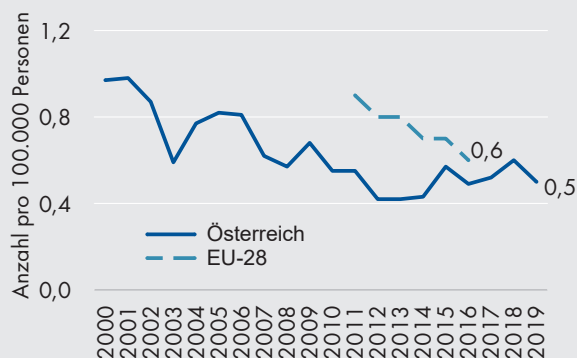
denziell positiv bewertet. Seit 2014 ist die Entwicklung leicht ansteigend; trotzdem liegen die Werte unter dem EU-Durchschnitt (0,62 für 2016), weshalb die kurzfristige Entwicklung als neutral eingestuft wird.“

Die schlimmste Form der physischen Unsicherheit ist die objektive Gefahr, durch Mord, Totschlag oder vorsätzliche Verletzung zu Tode zu kommen. Die Daten aus der Todesursachenstatistik, die bei ihrer Berechnung der „Mordrate“ (Totschläge und Verletzung mit Todesfolgen eingeschlossen) die kontinuierliche Alterung der Bevölkerung bei der Berechnung des Indikators berücksichtigt, zeigen, dass dieses Risiko seit 2000 in Österreich kontinuierlich gesunken ist (siehe Grafik 59). Während Anfang der 2000er Jahre noch durchschnittlich eine von 100.000 Personen durch Mord, Totschlag und vorsätzlich zugefügte Verletzungen zu Tode kam, waren es 2019 auf 100.000 Personen nur noch 0,5 vorsätzlich Getötete (zwischen 2012 und 2014 sogar nur 0,4).

Daten für die EU-28 – es liegen nur jene von 2011 bis 2016 vor – zeigen, dass das Niveau der Todesfälle aufgrund von Mord, Totschlag und Verletzungen mit Todesfolgen pro 100.000 Einwohnende in allen EU-Staaten zusammengenommen höher ist als in Österreich. Der letztgültige Wert von 2016 weist 0,6 Getötete je 100.000 Personen aus. Auch in dieser kürzeren Zeitreihe ist der abnehmende Anteil solcher Todesfälle in den EU-28-Ländern ersichtlich.

Sowohl für Österreich als auch im EU-Vergleich ist auf die bereits sehr niedrigen Werte hinzuweisen, die Schwankungen der einzelnen Jahre sind daher nicht überzubewerten.

Grafik 59
Todesfälle aufgrund von Mord, Totschlag und Verletzungen mit Todesfolgen



Q: STATISTIK AUSTRIA, Todesursachenstatistik.

⁴¹ Die standardisierte Rate gibt an, wie viele Sterbefälle aufgrund der jeweils herrschenden Sterblichkeitsverhältnisse auf 100.000 Lebende entfallen wären, wenn der Altersaufbau der nationalen Bevölkerung (gleichen Geschlechts) in der betreffenden Berichtsperiode dem der gewählten Standardbevölkerung entsprochen hätte. Der vergleichsstörende Einfluss der Besonderheiten des jeweiligen nationalen Altersaufbaues ist dadurch ausgeschaltet. Als Standardbevölkerung wurde die Europa-Standardbevölkerung von Eurostat verwendet.

3.8

Vertrauen in die gesellschaftliche Organisation

Das institutionelle Gefüge eines Landes, die Rechtsstaatlichkeit und die Wahrnehmung der Menschen über das Funktionieren der Institutionen wie auch ihrer eigene Eingeflochtenheit in die Gesellschaft bestimmt die Lebensqualität wesentlich mit. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die öffentlichen Institutionen, ebenso wie die politische und zivile Teilhabe, fördert das gesellschaftliche Zusammenleben und die soziale Kohäsion.

Das reibungsfreie Funktionieren des sozio-institutionellen Gefüges ermöglicht somit auch eine größere Effizienz und Effektivität der öffentlichen Politik. Dies steht in einem direkten Zusammenhang mit der Stellung des Individuums in der Gesellschaft, seinen interpersonalen Verbindungen, sozialen Netzen und schließlich mit der Lebensqualität. Das institutionelle und interpersonale Vertrauen wird durch den transparenten Austausch mit öffentlichen und privaten Einrichtungen des politischen, sozialen und ökonomischen Lebens gestärkt.

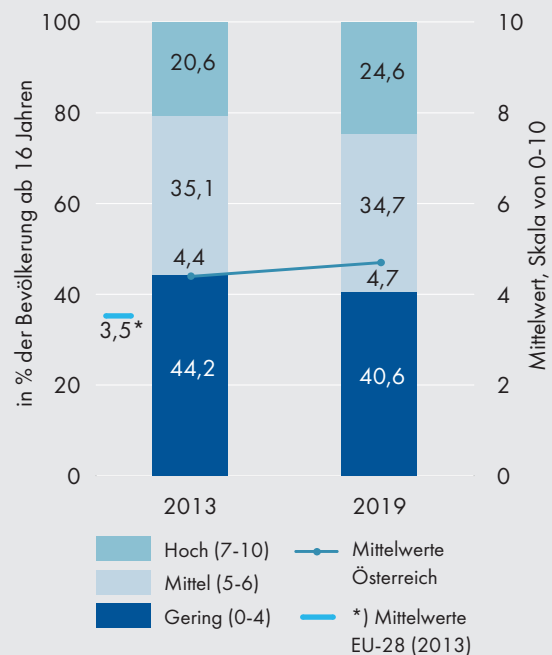
Vertrauen steht und fällt mit der organisatorischen und inhaltlichen Fähigkeit der Institutionen, auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zu reagieren. Intransparenz und Korruption kann das Vertrauen in die Möglichkeit, eine gleichberechtigte Gesellschaft zu realisieren, dramatisch erschüttern.

3.8.1 Schlüsselindikator Vertrauen in das politische System

Als Schlüsselindikator wird hier eine Frage zum Vertrauen in das politische System herangezogen, die nach 2008 und 2009 erst wieder im EU-SILC Sondermodul 2013 enthalten war. Aufgrund unterschiedlicher Antwortskalen und Fragewortlaute sind die Jahre 2008/09 und 2013 jedoch nicht vergleichbar. Ab 2019 wurde die Frage zum Vertrauen in das politische System in den jährlichen Fragenkatalog von EU-SILC in Österreich aufgenommen, um regelmäßige

Berichterstattung zu ermöglichen. Das entsprechende Item lautet: „Wie sehr vertrauen Sie persönlich dem politischen System in Österreich? Antworten Sie bitte wieder auf einer Skala von 0 bis 10, hier steht „0“ für „vertraue gar nicht“ und „10“ für „vertraue voll und ganz“. Unterschiede zwischen 2013 und 2019 und Folgejahren bestehen zwar nicht in der eigentlichen Fragestellung betreffen aber eine Eingebundenheit im Sondermodul 2013 in eine größere Anzahl an Vertrauensfragen⁴² – daher sind Ausstrahlungseffekte nicht auszuschließen.

Grafik 60
Vertrauen in das politische System der Bevölkerung ab 16 Jahren auf einer Skala von 0-10 (2013 und 2019)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2013 – Modul Wohlbefinden und EU-SILC 2019; Eurostat.

Ein Viertel der Personen ab 16 Jahren (24,6%) gaben 2019 ein hohes Vertrauen in das politische System an (Werte von 7-10). 34,7% hatten mittleres Vertrauen (Werte 5 und 6), 40,6% niedriges Vertrauen (Wert 4 oder darunter). Unter jenen mit niedrigem Vertrauen waren auch einige, die angaben, überhaupt kein Vertrauen in das politische

⁴² 2013 sechs Items zu Vertrauen: in die meisten Menschen, das politische System, das Rechtssystem, die Polizei, die Medien, Gemeinde- oder Bezirksbehörden in Österreich; ab 2019 zwei Items zu Vertrauen zu anderen Menschen und in das politische System.

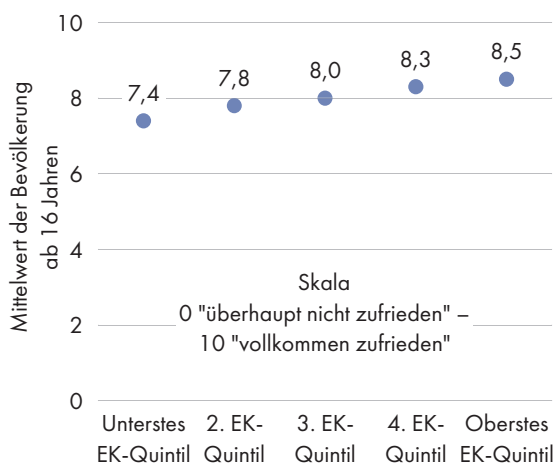
System zu haben (Ausprägung 0) – das betrifft 8,5% der Personen insgesamt; 1,9% vertrauten dem politischen System hierzulande voll und ganz (Ausprägung 10). Der durchschnittliche Wert liegt mit 4,7 unterhalb der Mitte der Bewertungsskala.

Insgesamt dominieren niedrige und mittlere Ausprägungen bei der Bewertung des Vertrauens in das politische System sowohl 2013 wie auch 2019. 2019 ist jedoch in Summe die Bewertung etwas positiver ausgefallen (siehe Grafik 60).⁴³ Der Durchschnittswert 2013 lag in Österreich bei 4,4 (von 10), in der EU-28 lag dieser mit 3,5 noch deutlich darunter.

Es ist anzunehmen, dass die Antwortverteilung bei den Fragen zum Vertrauen deswegen so stark von der Verteilung bei den Zufriedenheitsfragen abweicht, da hier im Gegensatz zur Zufriedenheit, die das Individuum von innen her erlebt, das Objekt der Bewertung extern ist, d.h. außerhalb des Individuums liegt.

In der durchschnittlichen Beurteilung des politischen Systems zeigen sich zwischen den verschiedenen Einkommensgruppen geringe Unterschiede (Grafik 61). So lag das mittlere Vertrauen in das politische System im ersten bis vierten Einkommensquintil bei einem Mittelwert zwischen 4,5 und 4,7, während sich im obersten Einkommensquintil ein Mittelwert von 5,0 ergab.

Grafik 61
Vertrauen in das politische System der Bevölkerung ab 16 Jahren nach Einkommensquintilen (2019)

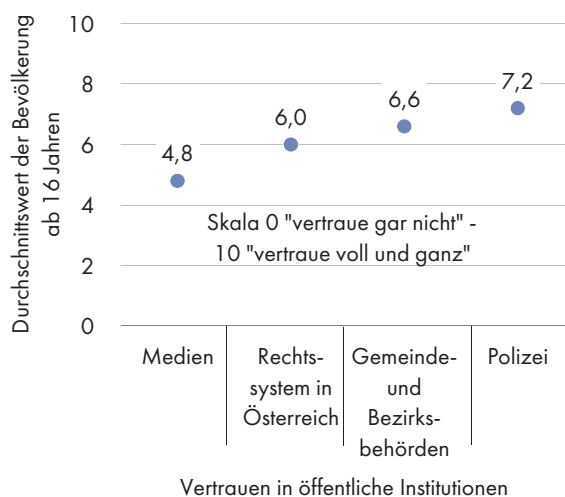


Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2019. Einkommensquintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

3.8.2 Vertrauen in Medien und öffentliche Institutionen

Über das Vertrauen in das politische System hinaus, wurde im EU-SILC Sondermodul 2013 auch das Vertrauen in einzelne Institutionen erhoben. Grafik 62 zeigt, dass Menschen in Österreich der Polizei in deutlich höherem Maße vertrauen (Mittelwert 7,2) als beispielsweise den Medien (4,8). Zwischen diesen beiden liegt das Vertrauen in das Rechtssystem (6) und in die Gemeinde- und Bezirksbehörden (6,6).

Grafik 62
Vertrauen in Medien und öffentliche Institutionen der Bevölkerung ab 16 Jahren (2013)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2013, Modul Wohlbefinden.

3.8.3 Vertrauen in andere Menschen

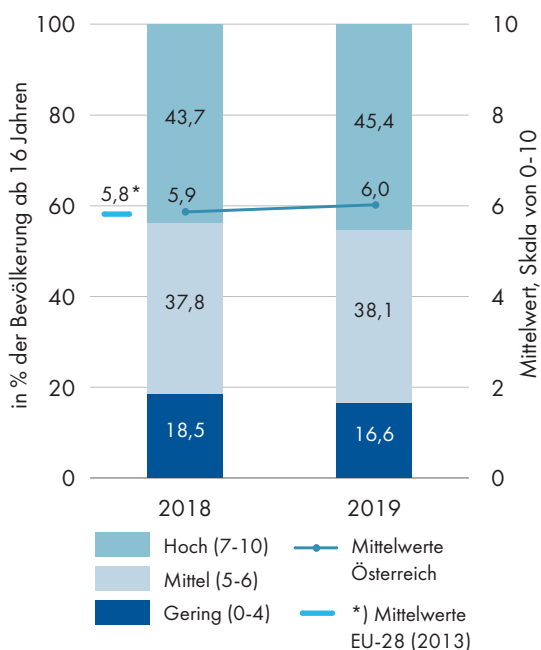
Vertrauen ist ein Kernelement der Beziehungen von Individuum und ihrer sozialen Interaktionen. Es leitet sich aus der Erwartung ab, die jemand gegenüber einem „anderen“ hat. Diese Erwartung ist wiederum eine Funktion des Ausmaßes, in dem Vertrauen in der persönlichen Historie früherer sozialer Interaktionen eines Individuums honoriert wurde, und hat starke Auswirkungen auf viele Lebensaspekte (siehe z.B. Lewicki und Tomlinson 2003).

Das Vertrauen in andere zu messen, trägt dazu bei zu zeigen, wie Menschen gegenüber ihrer unmittelbaren Gemeinschaft aber auch gegenüber der Gesellschaft insgesamt eingestellt sind. Es kann insofern zur hier disku-

⁴³ Siehe jedoch zuvor Anmerkungen zur eingeschränkten Vergleichbarkeit.

tierten Dimension gezählt werden, als Vertrauen in seine Mitmenschen einen konstitutiven Bestandteil funktionierender Gesellschaften und effizienter staatlicher Organisation darstellt. Die Bedeutung von Vertrauen für die gesellschaftliche Qualität wurde u.a. von Ward und Meyer (2009) näher untersucht.

Grafik 63
Vertrauen in andere Menschen, Bevölkerung ab 16 Jahren



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC, Eurostat 2013.

Die im EU-SILC Sondermodul 2018 gestellte und 2019 wiederholte Frage nach dem Vertrauen in andere bezieht sich nicht auf eine spezifische Personengruppe. Die Befragten wurden hier aufgefordert, auf einer Skala von 0 „vertraue überhaupt nicht“ bis 10 „vertraue vollkommen“ ihr Vertrauen in andere zu bewerten. 2019 hatten 45,4% (2018: 43,7%) hohes Vertrauen in andere (Werte 7-10), 38,1 (2018: 37,8%) berichteten mittlere Vertrauenswerte (5-6) und 16,6% (2018: 18,5%) vertrauten anderen nur sehr wenig und wählten daher Werte zwischen 0 und 4 (siehe Grafik 63). Der Durchschnittswert lag zuletzt bei 6,0 (2018: 5,9) und damit wie auch in den Kategorien niedrigen, mittleren und hohen Vertrauens jeweils geringfügig besser als 2018.

Davor wurde eine Frage zum Vertrauen in andere nur im Modul zu Wohlbefinden im Jahr 2013 gestellt. Sie erbrachte – bei gleichem Durchschnittswert (5,9) – eine andere Besetzung der Kategorien hohen und mittleren Vertrauens: 25,5% hatten ein hohes Vertrauen in andere (Werte 7-10), 53,4% mittlere Vertrauenswerte (5-6) und 21,1% vertrauten anderen nur sehr wenig (0-4). In jenem früheren Modul war diese Frage auch eingebettet in eine Itembatterie anderer Vertrauensfragen (siehe oben), die sich möglicherweise gegenseitig beeinflusst haben, wohingegen 2018 nur Vertrauen in andere von Eurostat als Zielvariable definiert war. Deswegen ist anzunehmen, dass 2013 und 2018 trotz gleicher Frageformulierung vom Ergebnis her nicht direkt vergleichbar sind. 2013 zeigte ein höheres Vertrauen in andere als in das politische System oder die Medien, jedoch weniger als in das Rechtssystem oder die Polizei. Der EU-28 Vergleichswert ist ebenfalls vorerst nur für 2013 verfügbar: Der Durchschnittswert des Vertrauens in andere betrug 5,8 (von 10).

3.9 Wohnen

Die Wohnqualität ist ein sehr wesentlicher Teil der materiellen Lebensbedingungen und wird hier daher getrennt betrachtet.⁴⁴ An der Dimension „Wohnen“ wird deutlich, wie stark die drei Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt ineinander greifen: Wie Menschen wohnen, hängt in starkem Umfang von ihren materiellen Ressourcen ab. Gleichzeitig beeinflussen Umweltbedingungen in der Wohnumgebung die Lebensqualität. In der Dimension Wohnen finden sich sowohl Indikatoren zur Qualität und Kosten der Wohnung als auch zur natürlichen Wohnumgebung.

Um die besondere Bedeutung des Wohnens für den Bereich Lebensqualität in *WgÖ* sichtbar zu machen, wird als Schlüsselindikator die „Belastung durch hohe Wohnkosten“ herangezogen. Ergänzt wird diese Schlüsselvariable um Zusatzinformationen zur Umweltbelastung in der Wohnumgebung und zum Wohnstandard.

3.9.1 Schlüsselindikator Wohnkostenüberbelastung (Wohnkosten >40% des Haushaltseinkommens)

Der Schlüsselindikator „Wohnkostenüberbelastung“, wie er auch europäisch definiert⁴⁵ und für die nationalen Eingliederungsindikatoren verwendet wird, beschreibt den Anteil der Bevölkerung, deren Wohnungsaufwand 40% des Haushaltseinkommens übersteigt. Ob Haushalte tatsächlich von den Wohnkosten überlastet sind, kann aus dem Indikator nicht geschlossen werden, da dies von der Einkommenssituation der Haushalte abhängt. Als Wohnungsaufwand zählen dabei alle Ausgaben für Miete, Betriebskosten, Heizung, Energie und Instandhaltung sowie Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung oder Sanierung von Wohnraum, wobei Wohn- und Mietbeihilfen sowohl vom Wohnungsaufwand wie auch dem Haushaltseinkommen abgezogen werden.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Der langfristige Verlauf der sogenannten Wohnkostenüberbelastung, d.h. dass der Wohnkostenanteil mehr als 40% des Haushaltseinkommens ausmacht, zeigt einen beinahe gleichbleibenden Verlauf. Insbesondere im Vergleich zum EU-Schnitt wird er tendenziell positiv bewertet. Die kurzfristige Betrachtung fällt deshalb ebenfalls tendenziell positiv aus.“

Dass sich das Thema Wohnen nicht nur von der Seite der Wohnbedingungen, sondern auch von der Seite der Wohnkosten betrachten lässt, kommt auch in der Forderung „bezahlbaren Wohnraums“ in Goal 11.1 der Nachhaltigkeitsziele der UN Agenda 2030 (SDGs) zum Tragen. Gerade in großen Städten sind die Mietkosten teilweise so hoch, dass sie selbst bei bescheidenen Wohnbedürfnissen einen beachtlichen Teil des Einkommens in Anspruch nehmen und somit anderweitige Konsummöglichkeiten oder das Sparen stark einschränken.

Grafik 64 zeigt, dass sich der Anteil der Personen mit Wohnkosten über 40% ihres Haushaltseinkommens seit 2008 leicht erhöht hat, wobei der Anstieg über die Jahre hinweg nicht graduell erfolgte. 2008 waren 6,1% der Bevölkerung von einer Wohnkostenüberbelastung betroffen. Seit 2012 pendelt sich der Anteil bei rund 7% ein. Auch 2019 hatten 7% der Bevölkerung eine relativ zu ihrem Haushaltseinkommen hohe Belastung durch Wohnkosten. Wie Detailanalysen zeigen, sind es vor allem Mieterinnen und Mieter mit neueren Mietverträgen, in Wohnungen mit besserer Ausstattung, im privaten Mietsektor und in größeren Städten, die durch ihre Wohnkosten im Verhältnis zum Haushaltseinkommen stark belastet sind (vgl. Zucha et al. 2019, S.48f.).

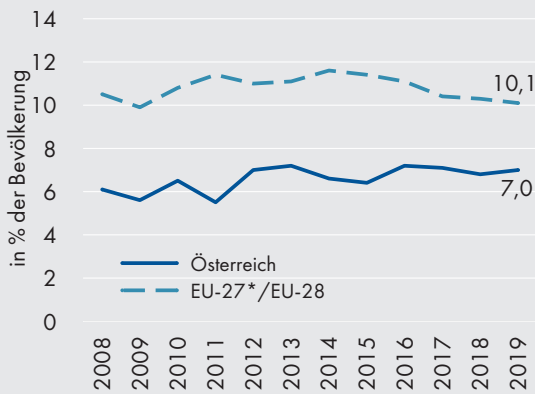
Im Vergleich zum EU-Durchschnitt, der in den vergangenen Jahren mit leichten Schwankungen knapp über 10% der Bevölkerung als stark durch Wohnkosten belastet ausweist (zuletzt 2019: EU-28 mit 10,1%), stellt sich die Situa-

⁴⁴ Eurostat veröffentlicht neben einer neunstufigen Gliederung der Dimensionen der Lebensqualität, in der Wohnen und die materiellen Lebensbedingungen zusammengefasst sind, auch eine elfstufige Gliederung, in der Wohnen zusätzlich zur natürlichen Wohnumgebung eine eigene Dimension darstellt.

⁴⁵ Englisch „Housing cost overburden rate“, eine Methodenbeschreibung dazu siehe z.B. in Eurostat Statistics Explained https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:Housing_cost_overburden_rate bzw. für eine umfassende Darstellung von Indikatoren und Analysen zu Wohnkosten in Relation zum Einkommen siehe OECD Affordable Housing Database <https://www.oecd.org/els/family/HCI-2-Housing-costs-over-income.pdf>

tion in Österreich mit einem Niveauunterschied von rund 3%-Punkten besser dar.

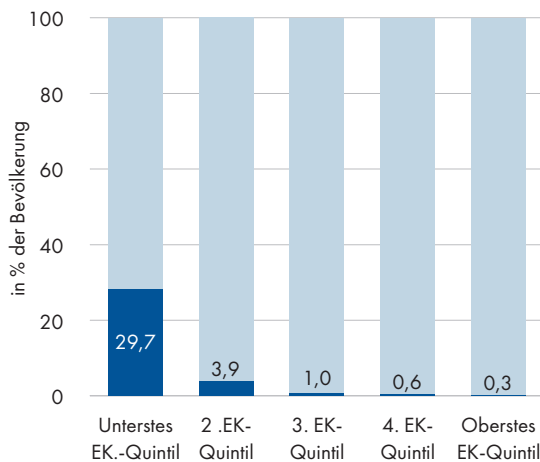
Grafik 64
Wohnkostenüberbelastung (Wohnkostenanteil >40%) des Haushaltseinkommens



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC; Eurostat. Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde. - * Daten 2008-2009 ohne Kroatien.

Betrachtet man die Personen mit Wohnkostenanteilen von über 40% in den verschiedenen Einkommensklassen ihres äquivalisierten Netto-Haushaltseinkommens (Grafik 65), so zeigt sich erwartungsgemäß, dass im untersten Einkommensquintil die Belastung durch hohe Wohnkosten am häufigsten vorkommt.

Grafik 65
Wohnkostenüberbelastung (Wohnkosten >40% des Haushaltseinkommens) nach Einkommensquintilen (2019)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2019. - EK-Quintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

29,7% der Bevölkerungsgruppe im niedrigsten Fünftel des äquivalisierten Netto-Haushaltseinkommens waren 2019 von Wohnkostenüberbelastung betroffen. Aus der Grafik wird auch ersichtlich, dass die Wohnkostenüberbelastung fast ausschließlich diese Einkommensgruppe betrifft.

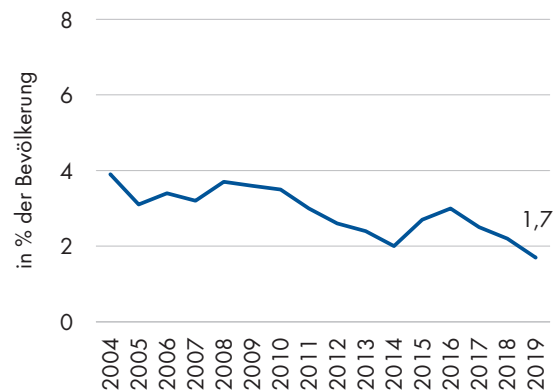
3.9.2 Sehr schlechter Wohnstandard

Von sehr schlechtem Wohnstandard wird gesprochen, wenn zwei der folgenden vier Merkmale zutreffen: (1) kein Badezimmer in der Wohnung (2) keine Toilette in der Wohnung (3) Probleme durch feuchte Wände oder Fußböden, Fäulnis in Fensterrahmen oder Fußböden, undichtes Dach (4) Probleme durch dunkle Räume.

Die UN schlägt bezüglich des Ziels 11.1 der Agenda 2030 „Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen und Slums sanieren“ den folgenden Indikator vor: „Proportion of urban population living in slums, informal settlements or inadequate housing“. Der von Statistik Austria verwendete Indikator „sehr schlechter Wohnstandard“ wird auch für die nationalen Eingliederungsindikatoren herangezogen.

Grafik 66 zeigt, dass 2019 1,7% der österreichischen Gesamtbevölkerung in Wohnungen mit einem sehr schlechten Wohnstandard lebten. Der Anteil ist seit 2008 gesunken. Nach einem Rückgang bis 2014 stieg er 2015 und 2016 wieder und sank zuletzt drei Jahre in Folge. Schwankungen dieser Größenordnung von Jahr zu Jahr können auch auf Stichprobeneffekte zurückzuführen sein, der längerfristige Trend zeigt sich aber eindeutig abnehmend.

Grafik 66
Sehr schlechter Wohnstandard



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - Mit Verwaltungsdaten rückgerechnete Werte für 2008-2011.

3.9.3

Subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung

Probleme wie Abgase, Ruß oder sonstige Luftverschmutzungen, aber auch die Belastung durch Lärm (von Nachbarn oder Verkehr), können eine Reihe von Schäden nach sich ziehen und sich negativ auf die physische und psychische Gesundheit auswirken. Operationalisiert wird diese Dimension über den Indikator „subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung“.

Der Indikator bezieht sich auf die beiden EU-SILC-Fragen: „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Luft- oder Wasserverschmutzung, Ruß oder anderen Umweltproblemen wie Rauch, Staub oder Gestank?“ und „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Lärmbelästigung durch Nachbarn oder von der Straße (durch Verkehr, Gewerbe- oder Industriebetriebe)?“. Antwortet die Auskunftsperson für den Haushalt zumindest auf eine der beiden Fragen mit „ja“, so wird für alle Haushaltsmitglieder Umweltbelastung in der Wohnumgebung angenommen.

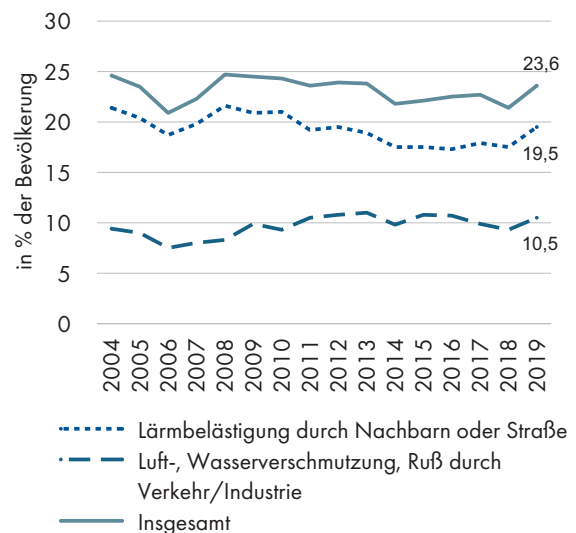
Grafik 67 zeigt, dass 2019 23,6% aller Personen Umweltbelastungen in der Wohnumgebung wie Lärm oder Luftverschmutzung wahrnahmen. Dieser Wert ist etwas mit 2%-Punkten Unterschied signifikant höher als im Vorjahr, ob sich ein Trend in Richtung Verschlechterung abzeichnet, wird in den Folgejahren zu beobachten sein.

Die Belastung ging dabei, wie ebenfalls aus Grafik 67 ersichtlich, zu einem Großteil auf Lärm zurück: 2019 waren 19,5% der Wohnbevölkerung durch Lärm von Nachbarn oder der Straße belastet. Im Vergleich zu den Vorjahren ist dieser Anteil ebenfalls leicht gestiegen. Luft und Wasserverschmutzung sowie Ruß führten 2019 bei 10,5% zu Belastungen.

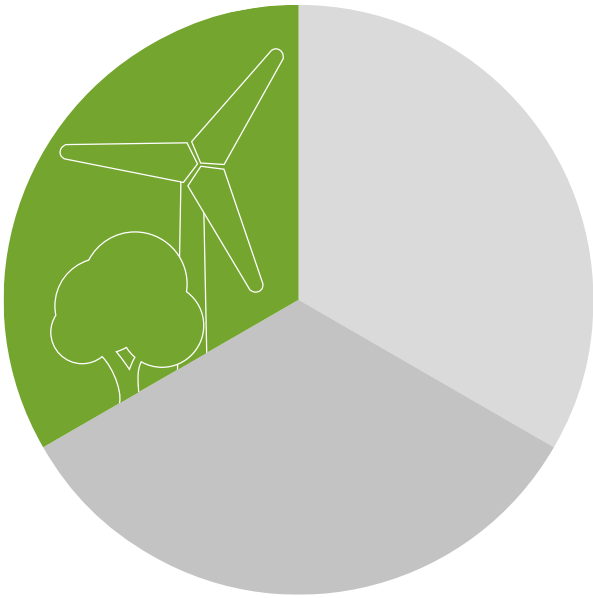
Bei der Interpretation der Schwankungen zwischen den Jahren ist freilich Vorsicht geboten. Wetterbedingt und je nach Befragungszeitpunkt können subjektive Einschätzungen zu Umweltbedingungen sehr unterschiedlich ausfallen. So ist die Lärmbelastung durch Verkehr in den Sommermonaten beispielsweise wesentlich geringer, als in der Hauptarbeitszeit. Lange Winter wiederum führen zu einer stärkeren Feinstaubbelastung und besonders zu vermehrter Berichterstattung in den Medien, was wiederum die Wahrnehmung beeinflussen kann. Deswegen können keine Rückschlüsse gezogen werden, ob sich die Situation auch tatsächlich objektiv verbessert hat. Einen Hinweis gibt die objektiv gemessene Staubbelastung (Feinstaub), die in Kapitel 4.4.2 im Bereich Umwelt diskutiert wird.

Grafik 67

Subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - Mit Verwaltungsdaten rückgerechnete Werte für 2008-2011.



4

Umwelt

Bio-Flächen deutlich gewachsen

Anteil der biologisch bewirtschafteten Fläche seit 2000 (11,5%) mehr als verdoppelt auf 24,7% 2019

THG-Emissionen gestiegen

Treibhausgasemissionen stiegen 2019 um 1,8%

Zunahme bei Verkehrsindikatoren

Energieverbrauch des Verkehrs stieg 2019 um rund 2%, THG-Emissionen des Verkehrs nahmen um 1,3% zu

4.1

Dimensionen der Umwelt

Umweltindikatoren zeigen die Entwicklung von Ressourcenverbrauch oder Emissionen auf, die infolge wirtschaftlicher und sozialer Aktivitäten entstehen. Berücksichtigt man diese Indikatoren, werden Wohlstand und Fortschritt umfassender betrachtet. Dabei wird der Aspekt der „ökologischen Nachhaltigkeit“, also die intra- und intergenerationelle Perspektive, mit einbezogen.

Die Umweltstatistik beschäftigt sich vor allem mit den Auswirkungen sozialer und ökonomischer Aktivitäten auf Umweltsysteme sowie dem Zustand und den Veränderungen von Boden, Wasser, Luft etc. Aspekte wie Materialverbrauch, Emissionen oder das Verkehrsaufkommen werden genauer betrachtet.

Um multidimensionalen, weltweit auftretenden Umweltproblemen wie dem Klimawandel begegnen zu können, wurde das Konzept der „Nachhaltigkeit“ entwickelt, welches inter- und intragenerationelle Überlegungen mit einbezieht. Im Rahmen der United Nations wurde Nachhaltigkeit erstmals 1987 im „Brundtland-Bericht“ (United Nations 1987, Kapitel I, Absatz 3) umfassend formuliert: „Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.“

Das gegenwärtige Wohlbefinden hat sowohl mit ökonomischen Ressourcen (wie Einkommen und Eigentum) als auch mit weiteren Aspekten der Lebensqualität (z.B. Bildung und Gesundheit) zu tun. Zudem spielen bei Umweltaspekten zukünftige Entwicklungen – wie beispielsweise die Konsequenzen des Klimawandels – eine entscheidende Rolle.

Für Stiglitz et al. (2009, S.16f, S.61f) ist die Messung und Bewertung der Nachhaltigkeitskomponente von Wohlstand und Fortschritt von zentraler Bedeutung. Die Nachhaltigkeit vor allem der ökonomischen Ressourcen hängt laut Stiglitz et al. davon ab, ob sie an künftige Generationen weitergegeben werden können. Stiglitz et al. (ebd. S.17) gehen dabei davon aus, dass eine Unterscheidung

zwischen der Beurteilung des gegenwärtigen Wohlbefindens und jener der Nachhaltigkeit notwendig ist: „The assessment of sustainability is complementary to the question of current well-being or economic performance, and must be examined separately.“ Ein einzelner Indikator kann dabei nicht alle relevanten Informationen zum gegenwärtigen Wohlbefinden und den Nachhaltigkeitsaspekten aufzeigen.

Ob eine Gesellschaft ihr Wirtschaftswachstum schadstoffarm oder zu lasten zukünftiger Generationen erzeugt, lässt sich durch die Ergänzung materieller und sozialer Indikatoren mit ökologischen Kennzahlen feststellen.

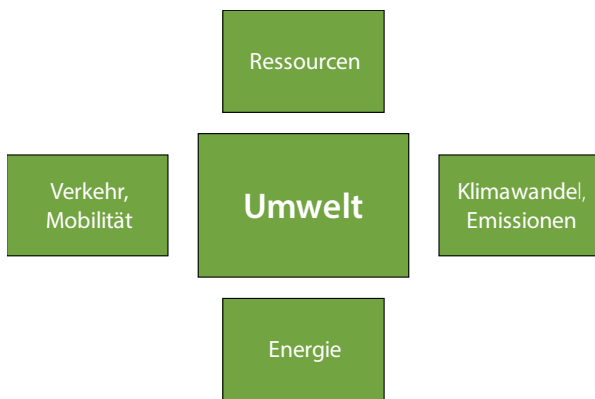
Deshalb wird von Stiglitz et al. (ebd. S.17f) speziell der Umweltaspekt der Nachhaltigkeit separat betont: „Recommendation 12: The environmental aspects of sustainability deserve a separate follow-up based on a well-chosen set of physical indicators. In particular there is a need for a clear indicator of our proximity to dangerous levels of environmental damage (such as associated with climate change or the depletion of fishing stocks).“

Mit dem Konzept der Entkoppelung wird die Entwicklung der (ökologischen) Nachhaltigkeit durch Indikatoren messbar.

Von absoluter Entkoppelung spricht man, wenn die betreffende Umweltauswirkung (z.B. Materialverbrauch) stabil oder abnehmend ist, während der Wirtschaftsindikator (zumeist das BIP) zunimmt. Die Entkoppelung ist relativ, wenn die Wachstumsrate des Materialverbrauchs positiv ist, jedoch geringer als jene der wirtschaftlichen Kennzahl.

Im Themenfeld Umwelt für das WgÖ-Set wurden die folgenden vier Dimensionen definiert (Grafik 68).

Grafik 68
Dimensionen der Umwelt



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Den vier Dimensionen wurden ein bis drei Schlüsselindikatoren zugeordnet. Dies folgt der erwähnten Forderung der Beschränkung auf wenige wesentliche Merkmale, auch wenn für eine vollständige Abdeckung aller Umweltaspekte weitere Indikatoren notwendig wären. Die zehn Schlüsselindikatoren des Bereichs Umwelt werden noch durch Zusatzindikatoren inhaltlich ergänzt. Der Fokus bei der Auswahl der Indikatoren zu *WgÖ* liegt auf physischen Daten. Hierbei wurden über die Jahre auch immer wieder Anpassungen vorgenommen (siehe Kapitel 1.4).

Zwischen den Dimensionen gibt es keine eindeutige inhaltliche Abgrenzung, da thematische Überschneidungen möglich sind. Diese bestehen z.B. für Energieträger wie Öl oder Gas, welche in einer eigenen Dimension „Energie“ geführt werden, jedoch genauso eine wichtige Ressource darstellen. Indikatoren zur Transportleistung des Lkw-Verkehrs (Dimension „Verkehr, Mobilität“) oder

zum Energieverbrauch (Dimension „Energie“) sind auch für die Dimension „Klimawandel, Emissionen“ inhaltlich relevant. Die Vorgehensweise ermöglicht allerdings neben dem Fokus auf übergeordnete Indikatoren, wie z.B. der THG-Emissionen, auch eine konzisere Betrachtung einzelner Teilbereiche, wie z.B. Energieverbrauch des Verkehrs.

Übersicht 9
Schlüsselindikatoren der Umwelt mit Bewertung

Umwelt	Kurzfristig (letzte drei Jahre)	Langfristig (gesamte Zeitreihe)
Inländischer Materialverbrauch		
Flächen mit biolog. Bewirtschaftung		
Versiegelte Flächen		
Treibhausgasemissionen		
Feinstaub-Exposition (PM _{2,5})		
Erneuerbare Energieträger		
Energetischer Endverbrauch		
Energieverbrauch des Verkehrs		
Transportleistung des Lkw-Verkehrs		-
THG-Emissionen des Verkehrs		

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Als Datenquellen dienen hauptsächlich Umweltdaten von Statistik Austria. Ergänzend werden Daten des Umweltbundesamts (z.B. Luftschadstoffe) und des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (BMLRT, Fläche der Bio-Landwirtschaft) verwendet. Datenlücken ergeben sich für Bereiche wie Biodiversität, Bodenqualität (Emissionen), Wasserentnahme oder Klimawandelanpassungskosten, für die derzeit keine aggregierten Werte aus offiziellen Statistikquellen vorliegen (siehe auch Kapitel 6).

4.2

Umwelt und die COVID-19-Krise

Die COVID-19-Pandemie zeigt auch Auswirkungen auf den Bereich Umwelt: Rückgänge in der Produktion von Gütern, im Konsum oder Verkehr wirken sich zumeist vermindern auf den Ressourcenverbrauch oder die Emissionen eines Landes aus. Für einige Umweltindikatoren liegen erste Einschätzungen der Auswirkungen für das Jahr 2020 vor, die nachfolgend gezeigt werden. Die mittel- und längerfristigen Auswirkungen sind jedoch zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des vorliegenden Berichts noch nicht absehbar und auch abhängig vom weiteren Verlauf der wirtschaftlichen Einschränkungen infolge der Pandemie.

Ob und welche Auswirkungen die COVID-19-Krise auf Umweltprobleme wie die Klimakrise oder den global steigenden Ressourcenbedarf hat, ob diese Auswirkungen nur kurzfristig oder auch mittel- und langfristig anhalten, wird gerade national und international diskutiert. Ein weitere Diskussionsgrundlage bilden die Überlegungen, ob aktiver Klimaschutz und klimafreundliche Wirtschaftspakete den besten Weg aus den wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Krise bieten. Umfragen zeigen, dass die aktuelle Gesundheitskrise als Chance gesehen wird, Verhalten nachhaltig zu ändern und damit positive ökologische Auswirkungen, etwa auf die Eindämmung des Klimawandels, zu ermöglichen.

Einige Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus führten beispielsweise zu deutlichen Änderungen im Ausstoß von Schadstoffen, etwa durch den geringeren Verkehr während des Lockdowns. So zeigte sich laut Umweltbundesamt ein Rückgang der Schadstoffbelastung an den meisten verkehrsnahen und städtischen Messstationen. Ob diese Auswirkungen sich nur kurzfristig nachweisen lassen oder ob tatsächlich auch nachhaltige Verhaltensänderungen durch die Krise ausgelöst wurden, beispielsweise indem Dienstreisen zukünftig vermehrt durch Online-Meetings ersetzt werden, lässt sich mit den aktuellen Daten noch nicht abschätzen.

Neben den im nachhaltigen Sinne positiven Auswirkungen wie weniger Emissionen und weniger Verkehr oder Energieverbrauch, können durch die Krise jedoch auch negative Effekte auftreten, etwa durch vermehrten Plastikmüll oder Hygienemittel. Zudem könnten wirtschaftlich angeschlagene Unternehmen weniger in umweltfreundliche Technologien und Maßnahmen investieren oder der gesunkene Ölpreis die Wende zu Erneuerbarer Energie einbremsen.

Die Datenlage bezieht sich zumeist auf das erste Halbjahr 2020 und erlaubt einen ersten Ausblick auf mögliche kurzfristige Auswirkungen in den vier Dimensionen der Umwelt. Während für mehrere Schlüsselindikatoren aus dem Bereich materieller Wohlstand bereits Daten für die ersten beiden Quartale 2020 vorliegen, muss für den Bereich Umwelt zumeist auf zusätzliche Indikatoren zurückgegriffen werden, die eine Einschätzung der Entwicklung erlauben.

4.2.1 Ressourcen

In der Dimension Ressourcen werden als Schlüsselindikatoren der inländische Materialverbrauch und die Flächen mit biologischer Bewirtschaftung herangezogen. Für Ersteren sind keine direkten Schätzungen über die Entwicklung in der Gesundheitskrise vorhanden. Betrachtet man die Produktion in Österreich, so waren die im gesamten produzierenden Bereich im 1. Halbjahr 2020 abgesetzten Güter und Leistungen um 13,1% geringer als in der Vorjahresperiode. Die größten Produktionseinbußen in den ersten sechs Monaten des Jahres 2020 im Vergleich zur Vorjahresperiode hatten die „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“ (-33,5%), die „Energieversorgung“ (-22,3%), der „Maschinenbau“ (-18,8%) sowie die „Metallerzeugung und -bearbeitung“ (-17,3%). Zudem ging der private Konsum real um 16,1% im Vergleich zum Vorjahresquartal zurück. Dies liefert Hinweise auf einen zumindest kurzfristigen Rückgang des inländischen Materialverbrauchs im Jahr 2020. Durch die Krise ergab sich auch ein geändertes Abfallaufkommen: Während das Abfallaufkommen aus Industrie, Produktion und Tourismus zurückging, stieg das Abfallaufkommen aus Haushalten im Lockdown und danach merklich an.

Betrachtet man den Anteil der biologisch bewirtschafteten Fläche, welcher seit Jahren kontinuierlich ansteigt, so hat die COVID-19-Krise die Aufmerksamkeit auf die Qualität und Herkunft von Lebensmitteln gelenkt und davon profitierten Bio-Lebensmittel. Die eingekaufte Menge an frischen Bio-Lebensmitteln (exklusive Brot und Gebäck) stieg laut Agrarmarkt Austria (AMA) im ersten Halbjahr 2020 gegenüber den ersten sechs Monaten im Jahr 2019 um 14,4%, der Wertzuwachs betrug knapp 20%.

Ob und welche Auswirkungen die Gesundheitskrise auf den Flächenverbrauch und die Flächenversiegelung hat, lässt sich derzeit noch nicht abschätzen.

4.2.2 Klimawandel und Emissionen

Der Klimawandel steht wie eingangs erwähnt vielfach in Diskussion im Zusammenhang mit positiven COVID-19-Auswirkungen. Im März 2020 stimmten beispielsweise beinahe 75% der Befragten einer [Panel-Erhebung](#) der Universität Wien (Vienna Center of Electoral Research) der Aussage zu, dass „die Corona-Krise eine Chance für die Umwelt und das Klima“ biete. Der Flugverkehr ist seit März deutlich reduziert, der Fahrplan für Bus- und Zugverbindungen (also öffentlicher Verkehr) wurde im Lockdown eingeschränkt und weniger Autos waren bzw. sind auf den Straßen unterwegs. Zudem kam es wie erwähnt zu einem Rückgang der industriellen Produktion. Das führte zumindest kurzfristig zu Emissionsreduktionen. Für Österreich schätzte das [Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung \(WIFO\)](#) im Mai 2020, dass die Maßnahmen zur Begrenzung der Ausbreitung von COVID-19 zu einer Abnahme der Treibhausgasemissionen von 7,1% für das Jahr 2020 führen könnten. Für diese Einschätzung wurde ein BIP-Rückgang um 5,2% angenommen. Laut den [aktuellsten Einschätzungen](#) wird ein deutlich höherer Rückgang des BIP von 7,7% für 2020 prognostiziert, was eine noch stärkere Abnahme der Treibhausgasemissionen 2020 wahrscheinlich macht. Auch das Umweltbundesamt geht davon aus, dass weniger Verkehr und weniger industrielle Produktion zumindest kurzfristig zu [weniger Treibhausgasemissionen](#) führen werden, ohne dies quantitativ zu spezifizieren. Der [Sustainable Development Report 2020](#) der Bertelsmann-Stiftung geht ebenfalls von einem kurzfristigen Rückgang der weltweiten Treibhausgasemissionen 2020 aus. Ob die Emissionsreduktionen mittel- und langfristig bestehen bleiben, wird davon abhängen, wie lange die Krise und Einschränkungen dauern, ob es zu nachhaltigen Verhaltensänderungen kommen wird und ob die Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft klimafreundliche Aspekte berücksichtigen.

Weitere Emissionsdaten, beispielsweise zu Stickoxiden, zeigten im ersten Lockdown einen deutlichen Rückgang. Betreffend [Feinstaub](#) (PM_{2,5}) ist eine Einschätzung der Auswirkungen der Corona-Folgen laut Umweltbundesamt jedoch komplex und daher unsicher. Feinstaub hat viele unterschiedliche Quellen, wie Hausbrand, Verkehr, Industrie, aber auch Landwirtschaft, und wird zudem weiträumig verfrachtet (z.B. Wüstensand). Dazu kommt, dass sich Feinstaub auch aus ganz anderen Schadstoffen, sogenannten Vorläufersubstanzen, bilden kann.

Ob sich durch die COVID-19-Pandemie Auswirkungen auf andere Umweltmedien wie Boden oder Wasser ergeben,

wird derzeit diskutiert. Einerseits führen eine reduzierte Produktion und weniger Verkehr auch zu weniger Emissionen, die in den Boden und in die Gewässer gelangen. Andererseits kommt es zu einem vermehrten Auftreten von Plastikmüll und der stärkeren Verwendung von Hygienemitteln, die wiederum in Boden und Gewässer gelangen können.

4.2.3 Energie

Auch in der Dimension Energie lassen sich Auswirkungen durch die Gesundheitskrise nachweisen. Österreichs Endverbraucher verbrauchten laut [E-Control Betriebsstatistik](#) im März 2020 4,9% weniger Strom (Endabgabe im öffentlichen Netz) als im März 2019. Im April und Mai ging der Stromverbrauch noch stärker zurück (-13,6% bzw. -11,7% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum). Der Rückgang wurde vorrangig durch Industrie und Gewerbe verursacht, der Verbrauch der Haushalte stieg eher an. Für den Verbrauch von Energie insgesamt gibt es aktuell noch keine genaue Abschätzung, das Umweltbundesamt gibt in einem [Artikel zu Corona und Klima](#) einen Rückgang von 13% von März bis Juni an. Die wirtschaftlichen Einbrüche und das reduzierte Verkehrsaufkommen weisen jedenfalls auf einen sinkenden Energieverbrauch hin. Daten zum [Sachgüterbereich „Energieversorgung“](#) zeigen beispielsweise, dass dieser in den ersten sechs Monaten des Jahres 2020 im Vergleich zur Vorjahresperiode eine Produktionseinbuße von 22,3% aufwies.

Wieweit sich die COVID-19-Pandemie auf den Anteil der erneuerbaren Energien auswirkt, ist aktuell schwer einzuschätzen. Einerseits wird diskutiert, dass erneuerbare Energieträger sich als krisenfest erwiesen, während Spitzenstrom eher aus fossilen Energieträgern generiert wird, welcher eingespart werden könnte, wenn der Stromverbrauch reduziert wird. Andererseits wird vor allem auf [globaler Ebene](#) befürchtet, dass der niedrige Ölpreis das Wachstum der erneuerbaren Energieträger bremsen könnte.

4.2.4 Verkehr

Betreffend Straßenverkehr hat die COVID-19-Krise laut [Daten der Asfinag](#) für einen Rückgang des Gesamtverkehrs von 23% im ersten Halbjahr gesorgt, dabei allein für fast 25% weniger Pkw-Verkehr. Der Schwerverkehr hatte laut Asfinag-Daten ein Minus von rund 8% im ersten Halbjahr. Rund um die Ballungsräume war der Verkehr auf der Straße Ende Juni jedoch wieder auf dem Niveau vom März, also vor Beginn des Lockdowns. [Erste Ergebnisse aus der Güterverkehrsstatistik](#) zeigen, dass das

Transportaufkommen österreichischer Unternehmen im Straßengüterverkehr im 2. Quartal 2020 um 14,6% unter dem Wert des Vorjahresquartals lag. Besonders betroffen waren dabei grenzüberschreitende Verkehre: Die Transportleistung außerhalb des Bundesgebiets verringerte sich um 18,0% (2. Quartal 2020: 1,5 Mrd. tkm; 2. Quartal 2019: 1,8 Mrd. tkm), während die Transportleistung inner-

halb Österreichs nur um 5,4% zurückging (2. Quartal 2020: 4,5 Mrd. tkm; 2. Quartal 2019: 4,8 Mrd. tkm). Die Schienen-Transportleistung im Inland reduzierte sich im Vergleich zum 2. Quartal des Vorjahres um 21,0%. Aufgrund dieser Rückgänge im Verkehrsaufkommen lässt sich auch eine Abnahme der verkehrsbedingten Energieverbräuche und Treibhausgasemissionen erwarten.

4.3 Ressourcen

Bei (natürlichen) Ressourcen handelt es sich um Bestandteile der Natur, die vom Menschen direkt oder indirekt genutzt werden bzw. potenziell genutzt werden können und die die Grundlagen für derzeitiges und zukünftiges Leben bilden. Viele dieser Ressourcen, wie Minerale, Lebensräume oder auch Tierarten, sind begrenzt – wenn sie erschöpft oder vernichtet werden, sind sie für immer verschwunden. Eine Vielzahl anthropogen verursachter Umweltschäden ist auf den gestiegenen Verbrauch natürlicher Ressourcen zurückzuführen.

Die schonende, effiziente Ressourcennutzung und die Vermeidung ökologischer und sozialer Belastungen sind notwendig für eine nachhaltige Entwicklung.

Die zunehmende Produktion, der Transport und der Konsum von Rohstoffen führen zu Umweltproblemen wie dem anthropogenen Klimawandel, der Flächenversiegelung, dem Verlust der Artenvielfalt, der Bodenerosion, der Produktion von Abfällen oder der Luftverschmutzung.

Eine der sieben Leitinitiativen innerhalb der Europa-2020-Strategie widmet sich dem Thema „ressourcenschonendes Europa“ (Europäische Kommission 2011a). Sie sieht eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs in der EU und damit eine absolute Entkoppelung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum vor. Der sparsame und effiziente Umgang mit natürlichen Ressourcen und die absolute Entkoppelung des Ressourceneinsatzes vom Wirtschaftswachstum gelten als wesentliche Schlüsselstrategien für eine nachhaltige Entwicklung.

In Österreich gibt es die Initiative [RESET2020-Ressourcen. Effizienz. Technologien](#) des BMLRT. RESET2020 hat zum Ziel, Maßnahmen zur Steigerung der Ressourceneffizienz und zur Verbesserung der Kreislaufwirtschaft sowie einer kaskadischen Nutzung in Österreich zu unterstützen.

Eine Kategorisierung von Ressourcen bietet das [System of Environmental Economic Accounting \(SEEA\)](#) mit folgender Auflistung:

- mineralische Ressourcen
- Energieressourcen
- Land- und Bodenressourcen
- Holzressourcen

- aquatische Ressourcen
- sonstige biologische Ressourcen
- Wasserressourcen.

Während einige dieser Komponenten bereits sehr gut im Rahmen der Naturvermögensrechnungen abgebildet werden (beispielsweise mineralische oder Energieressourcen), gibt es für andere Kategorien keine passenden Daten aus der amtlichen Statistik.

Für die Abbildung des Bereichs Ressourcen werden drei Schlüsselindikatoren herangezogen: der wichtigste Indikator ist der inländische Materialverbrauch, welcher mineralische Ressourcen, Energie, Holz und sonstige biologische Ressourcen sowie zu einem Teil auch aquatische Ressourcen umfasst. Energieressourcen werden zudem explizit im Bereich Energie dargestellt. Der Indikator „Flächen mit biologischer Bewirtschaftung“ bezieht sich auf Komponenten der Land- und Bodenressourcen sowie der „sonstigen biologischen Ressourcen“. Die Problematik der Flächenversiegelung, welche ebenfalls die Land- und Bodenressourcen betrifft, wird ebenfalls abgedeckt.

Für Wasserressourcen (z.B. Wasserentnahme oder Wasserverwendung) stehen in Österreich kaum Daten zur Verfügung. Langfristig ist auf europäischer Ebene die Entwicklung einer Wassergesamtrechnung geplant, welche den Wasserverbrauch VGR-konform abbilden soll.

4.3.1 Schlüsselindikator inländischer Materialverbrauch

Der Schlüsselindikator inländischer Materialverbrauch (DMC = Domestic Material Consumption) aus der Materialflussrechnung der Statistik Austria stellt die im Inland verbrauchte Materialmenge dar. Dies betrifft den Verbrauch jenes Materials, welches in Produktionsprozessen und im Endverbrauch in Österreich konsumiert wird. Indirekte Materialflüsse sind nicht enthalten.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Bezogen auf die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung (UN Sustainable Development Goals) startete der Materialverbrauch in Österreich 2000 auf einem zu hohen

Niveau. Im Zuge der Wirtschaftskrise nach 2008 zeigte sich ein Rückgang, anders als für die EU insgesamt übersteigt der Verbrauch mittlerweile jedoch längst wieder den Wert von 2000 und weist zudem in den letzten Jahren weiter steigende Tendenz auf. Die langfristige Entwicklung wird daher tendenziell negativ bewertet. Der Materialverbrauch übersteigt zudem seit mehreren Jahren den EU-28-Durchschnitt. Kurzfristig wird der Verlauf daher ebenfalls tendenziell negativ bewertet. Zu berücksichtigen ist dabei, dass das Jahr 2019 auf vorläufigen Daten nach Schätzungen von Eurostat beruht, die sich noch ändern können.“

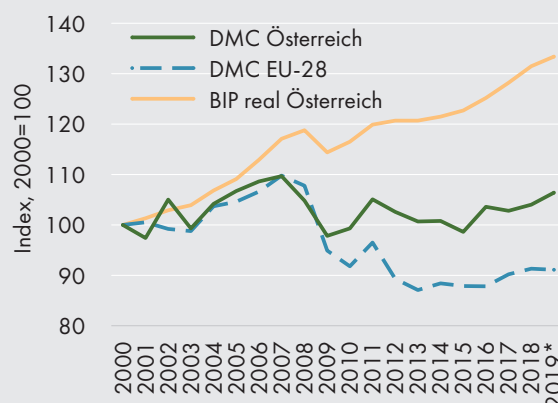
Der DMC zeigt die Entwicklung der vier wichtigen Ressourcenströme Biomasse, metallische Erze, nichtmetallische Minerale und fossile Energieträger. Definiert wird der DMC als die jährliche Menge an Rohstoffen, die im Inland gewonnen wird, zuzüglich aller physischen Einfuhren und abzüglich aller physischen Ausfuhren. Indirekte Ressourcenflüsse, die nicht direkt in den importierten Gütern stecken, aber während ihrer Herstellung in anderen Ländern verbraucht wurden – sogenannte Vorleistungen – sind nicht im DMC enthalten.

Flächenversiegelung, Bodenerosion oder Luftverschmutzung sind einige Umweltprobleme, die auf den zunehmenden Materialverbrauch zurückgeführt werden können. Zudem entsteht eine zunehmende Verknappung nicht erneuerbarer Rohstoffe.

In Österreich stieg der Materialverbrauch im Zeitraum 2000 bis 2019 (vorläufige Schätzung durch Eurostat) um 6,4%. Das reale BIP wuchs im selben Zeitraum um 33,4%, was einer erhöhten Materialeffizienz (BIP/DMC) entspricht (siehe Grafik 69). Nach einer Wachstumsperiode von 2004 bis 2007 zeigte sich 2008 und 2009 ein Rückgang des DMC. Der inländische Materialverbrauch sank von 2007 auf 2008 um 4,5%, während das reale BIP um 1,5% wuchs, damit wurde eine absolute Entkoppelung des Materialverbrauchs vom BIP erreicht. Seit dem Jahr 2011 blieb der DMC in etwa konstant. Laut ersten Berechnungen von Eurostat gab es 2019 einen Anstieg von 2,3% (2018 +1,2%), der DMC betrug damit laut dieser Schätzung 2019 rund 172 Mio. t.

Entsprechend den Zielen des europäischen Fahrplans für ein „ressourcenschonendes Europa“ (Europäische Kommission 2011a), soll der DMC langfristig reduziert werden, also absolut von der Wirtschaftsentwicklung entkoppelt werden. Kurzfristig soll die Materialeffizienz gesteigert werden, der Verbrauch soll also zumindest langsamer wachsen als die Gesamtwirtschaft (relative Entkoppelung).

Grafik 69
Inländischer Materialverbrauch (DMC)



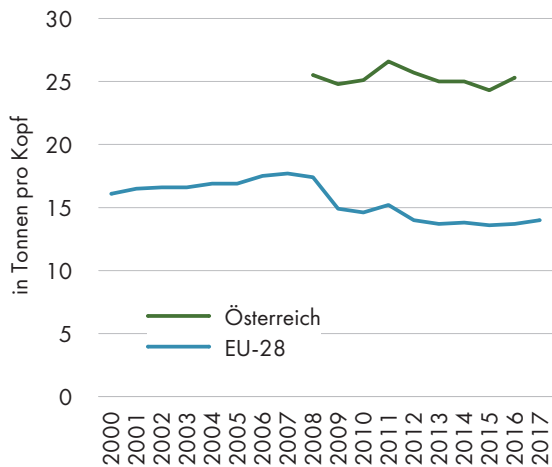
Q: STATISTIK AUSTRIA, Materialflussrechnung, VGR, Eurostat. - * DMC-Werte stellen vorläufige Ergebnisse berechnet von Eurostat dar.

Die Entkoppelung von Materialverbrauch und BIP kann durch einen effizienteren Materialeinsatz, eine Verlagerung von Konsum zu materialextensiveren Gütern oder auch durch eine Auslagerung von Teilen der Güterproduktion (und der damit verbundenen Umweltbelastung) ins Ausland erreicht werden. Einen ersten Hinweis auf Letzteres gibt die Entwicklung der Nettoimporte laut der physischen Handelsbilanz (physical trade balance = PTB, berechnet nach Inländerkonzept). Die physischen Nettoimporte errechnen sich aus den Importen abzüglich der Exporte. Positive Werte bedeuten demnach, dass ein Land die Zulieferung von Materialien aus dem Ausland benötigt. Österreich hatte im Jahr 2000 einen Nettoimport von 26,4 Mio. Tonnen (t), welcher bis 2018 (letzter verfügbares Jahr) auf 33 Mio.t anstieg. Die Nettoimporte erhöhten sich damit von 2000 bis 2018 um 25,1%, während der DMC 2018 nur knapp über dem Ausgangswert von 2000 lag.

Hochindustrialisierte Länder wie Österreich spezialisieren sich international eher auf die Produktion im höher verarbeitenden Bereich, dementsprechend finden die materialintensiven Produktionsschritte zunehmend in anderen Ländern statt. Der Indikator RMC (Raw Material Consumption, Rohmaterialverbrauch) – die Summe aller genutzten Ressourcen inklusive der Vorleistungen – berücksichtigt im Gegensatz zum DMC die materiellen Vorleistungen der Importe und Exporte und erfasst damit auch Auslagerungseffekte. Die Daten des RMC stehen allerdings aktuell nur bis 2017 zur Verfügung.

Der RMC liegt in Österreich, wie in anderen Importländern, deutlich über dem DMC, der keine Vorleistungen berücksichtigt. Werden alle genutzten Materialien berücksichtigt, erhöht sich der Materialverbrauch 2016 (letzter verfügbares Jahr des nationalen RMC) von 19,2 Tonnen pro Kopf (laut DMC) auf 25,3 Tonnen pro Kopf (laut RMC) und Jahr. Der Vergleichswert der EU-28 liegt bei rund 14 Tonnen pro Kopf (siehe Grafik 70).

Grafik 70

Rohmaterialverbrauch im EU-Vergleich (Tonnen pro Kopf)

Q: STATISTIK AUSTRIA, Materialflussrechnung; Eurostat. Anmerkung: Methodische Unterschiede zwischen Eurostat und Österreich sind vorhanden, können aber für die Betrachtung der Entwicklung der Zeitreihe vernachlässigt werden.

Der Rohmaterialverbrauch übersteigt den Materialverbrauch, weil mehr Material in der Erzeugung der von Österreich importierten Güter eingesetzt wird, als Material in Österreich für die Erzeugung von Gütern für den Export verwendet wird. In der Beurteilung der globalen Ressourcennutzung und des jeweiligen Beitrages eines Landes ist es daher zukünftig entscheidend, die Vorleistungen des Außenhandels zu berücksichtigen.

Im internationalen Vergleich (siehe Grafik zum Schlüsselindikator) verlief die Entwicklung des inländischen Materialverbrauchs bis 2008 weitgehend parallel zu jener mit dem Durchschnitt der EU-28-Länder. Allerdings erreichten letztere 2010, 2012 und 2013 einen deutlich stärkeren Rückgang als Österreich. Betrachtet man die Veränderung von 2000 bis 2019 (vorläufige Schätzung), dann nahm der DMC in der EU-28 durchschnittlich um 8,9% ab, in Österreich gab es hingegen einen Zuwachs von 6,4%.

Anzumerken ist, dass ein Ländervergleich immer auch durch die Datenqualität beeinflusst ist. Die Höhe des Ressourcenverbrauchs hängt vom Umfang der erfassten Materialflüsse und Datenrevisionen ab. Seit 2013 müssen die Daten der Materialflussrechnung von allen Mitgliedsländern des Europäischen Statistischen Systems (ESS) verpflichtend an Eurostat berichtet werden (EU-Verordnung 691/2011), was die internationale Vergleichbarkeit grundsätzlich verbessert. Im Vergleich ist die Datenqualität der österreichischen Materialflussanalyse allerdings immer noch als sehr hoch anzusehen, während es in einigen anderen Ländern auch zu Untererfassungen kommt.

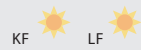
Ein Teil der eingesetzten Ressourcen wird in Form von Emissionen und Abfällen (z.B. auch als Dünger) in die

Natur zurückverbracht. In Österreich lag das Aufkommen von Siedlungsabfällen (inklusive biogenen Abfällen aus dem Grünflächenbereich, Küchen- und Kantinenabfällen sowie Straßenkehrriecht) 2018 bei 579 kg pro Kopf (2010: 562 kg pro Kopf).

4.3.2

Schlüsselindikator Flächen mit biologischer Bewirtschaftung

Der Indikator „Flächen mit biologischer Bewirtschaftung“ bezieht sich auf die gesamte ökologisch bewirtschaftete Fläche (ohne Almen, laut INVEKOS) in Österreich. Der Indikator wird als Anteil an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche dargestellt.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

„Die starke Ausweitung der Bio-Flächen in Österreich wird langfristig als sehr positiv gesehen. Positiv zu vermerken ist auch, dass die inländischen Bio-Flächen im internationalen Vergleich auf hohem Niveau liegen (2018: EU-28: 7,5% Bio-Fläche, Österreich 2019: 24,7%). Die kurzfristige Entwicklung der Bio-Flächen in Österreich mit dem deutlichen Anstieg in den Jahren 2017 bis 2019 wird ebenfalls sehr positiv bewertet.“

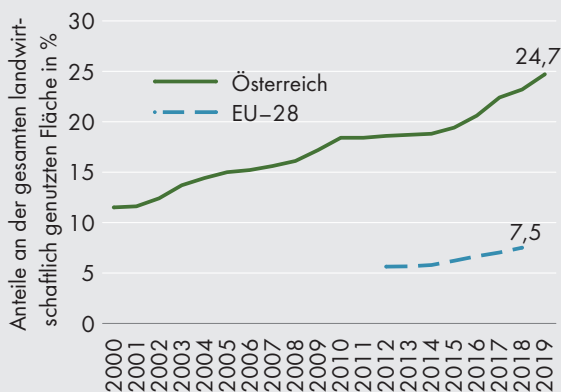
Das österreichische Agrar-Umweltprogramm (aktuell: [ÖPUL 2015](#)) soll die umweltschonende Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen in einem sehr breiten Rahmen fördern. Die Maßnahme 20 zur biologischen Wirtschaftsweise laut ÖPUL soll mit ihrer naturnahen extensiven Produktionsweise zur Schonung von Böden und Gewässern sowie zur Förderung der Ressource Biodiversität beitragen (Siehe auch [ÖPUL Maßnahmen Erläuterung](#)).

Eine intensive Landwirtschaft kann Umweltprobleme wie erhöhte Nitratgehalte im Trinkwasser, Artenrückgang bei Pflanzen und Tieren, Belastung der Lebensmittel mit Schadstoffen und eine zunehmende Boden-erosion mit sich bringen.

In Österreich hat sich von 2000 bis 2019 der Anteil der Flächen, welche biologisch bewirtschaftet wurden, an den gesamten landwirtschaftlich genutzten Flächen (ohne Almen), von 11,5% auf 24,7% erhöht. Der Anteil der biologisch bewirtschafteten Flächen zeigte vor allem in den Jahren 2002 bis 2005 und 2007 bis 2010 sowie seit 2015 ein deutliches Wachstum (siehe Grafik 71).

Grafik 71

Flächen mit biologischer Bewirtschaftung (Anteile an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche)



Q: BMLRT, Grüner Bericht. Fläche ohne Almen laut INVEKOS für geförderte Biobetriebe; Eurostat (geringfügig abweichend aufgrund Datenverfügbarkeit: ökologische Landwirtschaft konvertiert oder unter Konversion).

Rund 90% der biologisch bewirtschafteten Flächen in Österreich werden über das Agar-Umweltprogramm ÖPUL gefördert (Maßnahme 20, früher 1). Die Stagnation der Anteilentwicklung der Flächen in den Perioden 2000/2001, 2006 und 2011 bis 2014 ist Großteils auf das Auslaufen der Verpflichtungen im Rahmen des jeweiligen ÖPUL zurückzuführen. Auch bei einem bereits erfolgten Umstieg eines landwirtschaftlichen Betriebs auf die ökologische Wirtschaftsweise war eine Aufnahme in das ÖPUL-Programm erst wieder mit dem Start der jeweils neuen Periode möglich. Seit 2015 wurde dementsprechend wieder ein deutlicher Anstieg der Flächen verzeichnet (2016 auf 2017 +8,3%, 2018 auf 2019 +6,2%). Der Anteil an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche (ohne Almen) erreichte damit 2019 24,7%.

Die biologische Wirtschaftsweise soll durch reduzierte Düngung, Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel und vielfältige Fruchtfolgen zur Förderung der Biodiversität im tierischen und pflanzlichen Bereich beitragen. Eine schonende Bodenbearbeitung soll die Bodengesundheit fördern. Darüber hinaus werden durch die Verringerung des Einsatzes von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln der Schutz des Grundwassers und eine Reduktion der Emissionen in die Luft angestrebt. Eine besonders tierfreundliche Haltung der Nutztiere sowie eine weitgehende Kreislaufwirtschaft am Betrieb sind ebenfalls Ziele dieser ÖPUL-Maßnahme.

Im EU-Vergleich hatte Österreich im Jahr 2018 (letztes verfügbares Jahr) flächenmäßig den mit Abstand größten Anteil an Biobetrieben: Rund 24% der landwirtschaftlichen Fläche wurde biologisch bewirtschaftet, danach folgen Schweden und Estland mit jeweils über 20%. Im Durchschnitt der EU-28 lag der Vergleichswert bei 7,5% der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Betrachtet wird hier aus

Gründen der Datenverfügbarkeit die ökologische Landwirtschaft inklusive jener unter Konversion (d.h. gerade auf ökologische Produktion umstellend).

Informationen über Entwicklungen der Bio-Flächen lassen naturgemäß keinen direkten Schluss auf den Zustand der biologischen Vielfalt oder des Bodens zu. Allerdings liegen aus der offiziellen Statistik keine Daten zu den genannten Ressourcen vor. Der Indikator wurde daher ausgewählt, um zumindest näherungsweise die Ressourcen Boden(qualität) und Biodiversität abzubilden. Zudem entspricht der Schlüsselindikator weitgehend dem SDG-Indikator 2.4.1 „Proportion of agricultural area under productive and sustainable agriculture“.

4.3.3

Schlüsselindikator Bodenversiegelung

Der Schlüsselindikator zur Bodenversiegelung stellt einen wesentlichen Aspekt bei der Betrachtung von Land- und Bodenressourcen dar. Die natürliche Ressource Boden ist begrenzt vorhanden, eine zunehmende Inanspruchnahme der Flächen (etwa für Bauzwecke) führt zu Verknappung. Dabei stellt die voranschreitende Bodenversiegelung d.h. die Abdeckung des Bodens durch wasserundurchlässige Schichten (z.B. Asphalt) ein gravierendes Umweltproblem dar.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Die Bodenversiegelung stellt ein großes Umweltproblem dar und ist ein nahezu irreversibler Prozess. Das hohe Ausgangsniveau und der kontinuierliche Anstieg des Anteils der versiegelten Fläche am Dauersiedlungsraum seit 2001 wird daher langfristig eindeutig negativ bewertet. Kurzfristig steigt der Flächenverbrauch ebenfalls weiter an, so dass die Entwicklung der letzten drei Jahre ebenfalls negativ gesehen wird.“

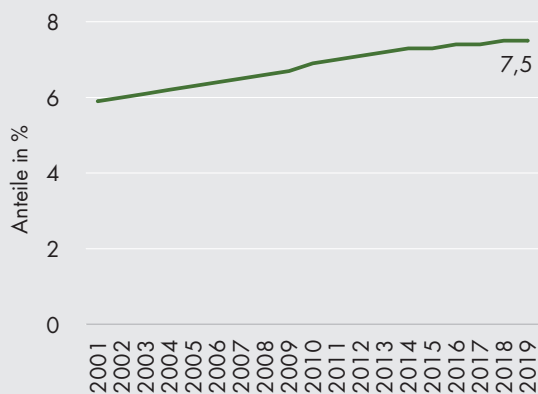
In Österreich sind durch die naturräumlichen und topografischen Faktoren nur rund 37% der gesamten Landesfläche als Dauersiedlungsraum für Landwirtschaft, Siedlung und Verkehrsanlagen nutzbar. Laut den vom Umweltbundesamt bereitgestellten Daten wurden bis zum Jahr 2019 insgesamt 5.729 km² Boden für Bau- und Verkehrszwecke verbraucht (Flächeninanspruchnahme). Das entspricht 7% der Landesfläche und 18,4% des Dauersiedlungsraumes. Rund 41% der so genutzten Flächen wurden versiegelt (z.B. Gebäude, versiegelte Straßen- oder Eisenbahnanlagen, diverse Freizeitflächen). Dementsprechend sind derzeit 2,8% der Landesfläche und 7,5% des Dauersiedlungsraumes Österreichs versiegelt.

Die Ressource Boden stellt ein nicht vermehrbares und nicht erneuerbares Gut dar. Einmal versiegelt, kann Boden nur mit großem technischem und finanziellem Aufwand wieder renaturiert werden.

Die versiegelte Fläche als Anteil am Dauersiedlungsraum stieg von 5,9% im Jahr 2001 auf 7,5% im Jahr 2019 an. Insgesamt bedeutet dies eine Zunahme der versiegelten Fläche über den gesamten Zeitraum von 481 km² bzw. 25,7% (durchschnittlich 1,3% pro Jahr). Im Jahr 2019 betrug die Zunahme 16 km², das entspricht knapp 1%, das Wachstum hat sich damit etwas verlangsamt. Nach den Daten des Umweltbundesamts erreichte die gesamte versiegelte Fläche für Bau-, Verkehrs- und sonstige Zwecke 2019 2.354 km².

Grafik 72

Anteil der versiegelten Fläche am Dauersiedlungsraum



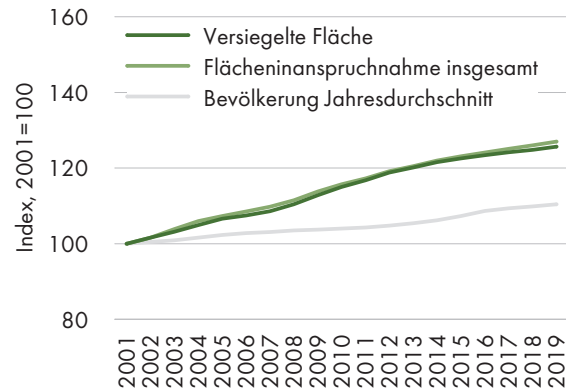
Q: STATISTIK AUSTRIA, Bevölkerungsstatistik: Bevölkerung im Jahresdurchschnitt; Umweltbundesamt, Flächeninanspruchnahme modifiziert nach © Regionalinformation BEV, Inanspruchnahme am 1.1. des Jahres (ab 2013: 31.12. des Jahres).

Die Flächenversiegelung wuchs mit 25,7% im gesamten Beobachtungszeitraum deutlich schneller als die österreichische Bevölkerung (+10,4%, Grafik 73). Im Vergleich dazu stieg die Flächeninanspruchnahme insgesamt mit 27,0% etwas stärker an als der versiegelte Teil. Der jährliche Verbrauch an Fläche schwankte im Zeitraum 2001 bis 2019 zwischen 38 km² und 104 km². Der versiegelte Anteil lag zwischen 32% und 41% des jährlichen Bodenverbrauchs. Laut aktuellem Regierungsprogramm 2020

bis 2024 soll der Bodenverbrauch so gering wie möglich gehalten werden und der jährliche Zuwachs an Flächeninanspruchnahme bis 2030 auf 9 km² pro Jahr sinken.

Grafik 73

Entwicklung von versiegelter Fläche, Flächeninanspruchnahme und Bevölkerung



Q: STATISTIK AUSTRIA, Bevölkerungsstatistik: Bevölkerung im Jahresdurchschnitt; Umweltbundesamt, Flächeninanspruchnahme (neue Klassen) modifiziert nach © Regionalinformation BEV, Inanspruchnahme jeweils am 1.1. des Jahres (ab 2013: 31.12. des Jahres).

Durch die Bebauung werden die vielfältigen Aufgaben der Ressource Boden auf eine Funktion als Standort für Siedlungs- und Verkehrsnutzungen reduziert. Dies entzieht der Land- und Forstwirtschaft wesentliche Flächen, führt zur Verringerung des Lebensraums für Pflanzen und Tiere und beeinträchtigt so die biologische Vielfalt. Boden erfüllt auch Regelungsfunktionen in Stoffkreisläufen (Lanegger & Fröhlich 2014), etwa die Speicherung von Energie und Stoffen (z.B. Wasser- oder CO₂-Speicherung) und deren Umwandlung und Transport (z.B. Ausfiltern von Stoffen aus dem Niederschlags-, Sicker- und Grundwasser). Entsprechende Rückbaumaßnahmen – wie von bebauten Flächen in Grünland – werden nur sehr selten durchgeführt.

Eine wesentliche Ursache für die zunehmende Bodenversiegelung stellt der gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel dar. Eine Steigerung des Lebensstandards wirkt sich laut Lanegger & Fröhlich (2014 S. 11) beispielsweise über die Steigerung der Wohnnutzfläche pro Kopf auf die Flächeninanspruchnahme aus. In Österreich stieg die durchschnittliche Wohnfläche der Hauptwohnsitzwohnungen von 86,3 m² im Jahr 1994 auf 100,0 m² im Jahr 2019.

4.4

Klimawandel, Emissionen

Vom Menschen verursachte Veränderungen des globalen und regionalen Klimas werden unter dem Begriff Klimawandel bzw. anthropogene Klimaänderung (oder auch globale Klimaerwärmung) zusammengefasst. Treibhauswirksame Emissionen verschiedener Gase wie Kohlenstoffdioxid (CO₂) oder Methan (CH₄) bewirken einen Anstieg der durchschnittlichen Temperaturen auf der Erde. Vor allem durch die Nutzung fossiler Energien (Erdöl, Erdgas, Braun- und Steinkohle) für Mobilität, Industrie und Raumwärme oder durch die landwirtschaftliche Produktion werden entsprechende Emissionen freigesetzt.

(Schadstoff-)Emissionen entstehen aus Produktion, Distribution und Konsum und werden an Umweltmedien wie Luft, Wasser oder Boden abgegeben. Beispiele dafür sind, neben den genannten gasförmigen Schadstoffemissionen aus Verkehr und Hausbrand, flüssige Emissionen aus Altlasten, aber auch der Straßenlärm.

Der Klimawandel findet auch in Österreich statt, welches zum einen durch die hohe Bedeutung klimasensitiver Wirtschaftssektoren (z.B. Wintertourismus) und zum anderen durch seine geografische Lage besonders exponiert ist. Die durchschnittliche Temperatur in Österreich ist seit 1880 um ca. 2 °C gestiegen und liegt damit beträchtlich über der weltweiten Temperaturerhöhung von rund 1 °C. Auswirkungen des Klimawandels werden als Klimafolgen bezeichnet.

Klimafolgen betreffen beispielsweise die durchschnittliche Erwärmung der Atmosphäre mit entsprechenden Auswirkungen wie Hitzewellen, Verschiebungen der Vegetationsperioden, dem Rückgang der Schnee- und Eismengen, dem Anstieg des globalen Meeresspiegels, Veränderungen im Wasserkreislauf, zunehmenden Trockenperioden und vielem mehr.

Der größte Beitrag zum Klimawandel erfolgt über die ansteigende Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre. Das Ergebnis der Pariser Klimakonferenz (COP21) vom Dezember 2015 wird als Durchbruch in der internationalen Klimapolitik gesehen: das Klimaschutzabkommen von Paris (UN FCCC, 2015) beinhaltet das Klimaziel, den weltweiten Temperaturanstieg gegenüber dem Niveau

vor Beginn der Industrialisierung auf deutlich unter 2 °C zu begrenzen (siehe auch Kettner et al., 2016). Im Juli 2016 wurde das Klimaschutzabkommen von Paris in Österreich vom Nationalrat ratifiziert.

Neben dem Klimaschutz ist die Anpassung an klimawandelbedingte Auswirkungen die notwendige zweite Säule der Klimapolitik. Die österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel (BMLFUW 2017, Teil 1 – Kontext, S.5) bemerkt in ihrer Einleitung: „Der Klimawandel ist eine der größten umweltpolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Bereits heute sind weitreichende Klimaänderungen zu beobachten. Um die Folgen des Klimawandels zu verringern bzw. zu vermeiden, sind rechtzeitig geeignete Anpassungsmaßnahmen umzusetzen. Gelingt dies nicht, ist mit beträchtlichen Schäden und Kosten zu rechnen.“

Ein Subziel der Europa-2020-Strategie (Europäische Kommission 2010) betrifft den Klimawandel und sieht die Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20% gegenüber 1990 vor (siehe auch Kapitel 1.4). Für den Zeitraum 2021 bis 2030 ist im Rahmen der EU-Klimapolitik die Senkung der Treibhausgasemissionen um mindestens 40% (gegenüber 1990) festgelegt.

In Österreich sollen im Rahmen der Europa-2020-Strategie die Treibhausgasemissionen im Nicht-Emissionshandelsbereich um 16% gesenkt werden.

Nach der aktuellen Klima- und Energiestrategie sollen die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 36% gegenüber 2005 reduziert werden (BMNT & BMVIT, Juni 2018), dies folgt der Verordnung (EU) 2018/842 des europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018.

Der Indikator Treibhausgasemissionen ist daher als Schlüsselindikator für die Dimension „Klimawandel, Emissionen“ zu sehen. Zur Darstellung der Entwicklung der Luftschadstoffe wird der Schlüsselindikator der bevölkerungsgewichteten PM_{2,5}-Exposition (Feinstaub) verwendet.

Aggregierte Daten über Emissionen in Grund- und Oberflächengewässer sowie Boden sind derzeit aus offiziellen Statistikquellen nicht in vergleichbarer Qualität verfügbar. Für das Medium Wasser zeigt ein Indikator zur Wasserqualität für den Durchschnitt des Zeitraums 2013 bis

2015 für 80,4% der Grund- und Oberflächengewässer eine gute Qualität an. Dieser Indikator entspricht dem SDG-Indikator 6.3.2 (Percentage of bodies of water with good ambient water quality). Bei Vorliegen einer Zeitreihe in entsprechender Qualität könnten diese Daten in das Indikatorenset aufgenommen werden.

Weitere Umweltaspekte (beispielsweise Lärmemissionen) werden wegen der bereits erwähnten Beschränkung auf ein überschaubares Set an Indikatoren nicht berücksichtigt.

4.4.1 Schlüsselindikator Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen)

Der Schlüsselindikator beschreibt die Entwicklung der treibhauswirksamen Emissionen nach dem Inlandsprinzip. Erfasst werden demnach sämtliche Emissionen im Inland, egal ob sie von Inländern oder Ausländern verursacht werden. Als nationales Ziel im Rahmen von Europa 2020 soll in Sektoren, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, eine Reduktion der Treibhausgasemissionen von 16% gegenüber dem Jahr 2005 erreicht werden, bis 2030 eine Reduktion von 36%.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Die THG-Emissionen sind über die gesamte Periode 2000 bis -2019 auf zu hohem Niveau, die Entwicklung wird daher langfristig deutlich negativ eingeschätzt, auch wenn es mittlerweile zu einer Entkoppelung vom BIP gekommen ist. Insbesondere steigen die Emissionen seit 2014 praktisch durchgängig weiter, nur 2018 gab es durch zwei Sondereffekte ein temporär geringeres Niveau. Die kurzfristige Entwicklung der gesamten THG weist eine Erhöhung auf und wird daher tendenziell negativ bewertet. Der Wert 2019 der Emissionen des Nicht-Emissionshandels liegt mit 50,7 Mio.t über der erlaubten Höchstmenge laut Klimaschutzgesetz. Dies ist zudem problematisch, weil die EU-Ziele aktuell nachgeschärft werden, und auch der Zielpfad für Österreich bis 2030 nach unten korrigiert werden wird.“

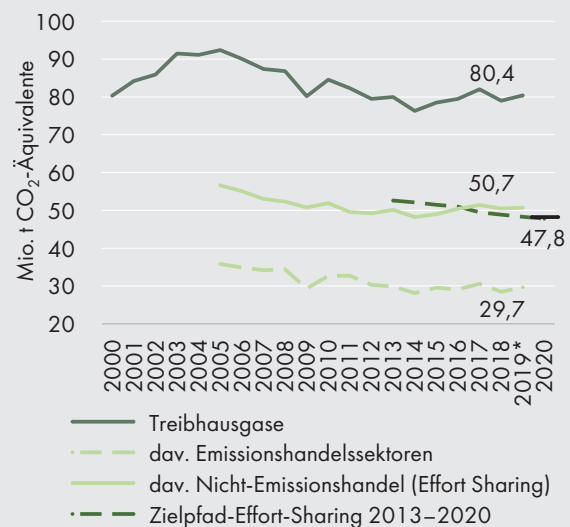
Die Treibhausgasemissionen Kohlenstoffdioxid (CO₂), Methan (CH₄), Distickstoffoxid (N₂O) sowie fluorierte Treibhausgase (F-Gase) sind die treibende Kraft des Klimawandels. Die Treibhausgasemissionen unterliegen der Berichtspflicht des Umweltbundesamts, welches jährlich umfassende Emissionsberichte erstellt.

Seit kurzem stellt das Umweltbundesamt (2020a) im Juli erste Schätzungen für die Emissionswerte des Vorjahrs (aktuell vorläufige Werte für 2019) zur Verfügung.

Treibhausgasemissionen beeinflussen den Energiehaushalt der Atmosphäre durch die Absorption von Infrarot-Strahlung.

Die Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) stiegen von 2000 (80,3 Mio. t CO₂-Äquiv.) bis 2005 (92,4 Mio. t CO₂-Äquiv.) deutlich an. Ab 2006 bis 2014 gab es dagegen einen Rückgang um insgesamt rund 17% und damit eine Entkoppelung von der Wirtschaftsleistung (BIP, siehe auch Grafik 74). Eine Ausnahme zeigt dabei der Anstieg des Jahres 2010, hier wurde der extreme Rückgang des Krisenjahrs 2009 (mit hohen Rückgängen des Bruttoinlandsverbrauchs an Energie) kompensiert. Von 2015 bis 2019 stiegen die Emissionen dagegen wieder an, nur im Jahr 2018 kam es – auch witterungsbedingt und durch den Wartungsstillstand eines Hochofens – zu einem Rückgang um 3,7%. Die Emissionen lagen zuletzt mit 80,4 Mio. t CO₂-Äquiv. fast genau am Ausgangswert von 2000 (80,3 Mio. t CO₂-Äquiv.), bei einer Steigerung der Wirtschaftsleistung um 33,4% im selben Zeitraum.

Grafik 74
Treibhausgasemissionen



Q: Umweltbundesamt nach Klimaschutzgesetz (BGBl I Nr. 94/2013) sowie KSG-Novelle (BGBl I Nr. 128/2015). Die Daten 2005 bis 2012 wurden entsprechend der ab 2013 gültigen Abgrenzung des Emissionshandels angepasst. Zielpfad-Effort-Sharing laut Beschluss EU 2017/1471 (nach Anpassung) der EU-Kommission. - * Werte stellen vorläufige Ergebnisse dar.

In der [Europa-2020-Strategie](#) ist unter dem Kernziel „Klimawandel und nachhaltige Energiewirtschaft“ für die EU-28 das Teilziel „Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20% gegenüber dem Niveau von 1990“ festgelegt. Der 2014 vom Europäischen Rat angenommene Rahmen für die [Klima- und Energiepolitik bis 2030](#) umfasst den Zeitraum 2021 bis 2030. Für 2030 wird darin die Senkung der Treibhausgasemissionen um mindestens 40% (gegenüber 1990) festgelegt.

Dabei wird zwischen dem Emissionshandelssektor und dem Nicht-Emissionshandelsbereich unterschieden:

Emissionshandelssektor: Der EU-Emissionshandel umfasst Anlagen in der Stromerzeugung sowie der Industrie (z.B. Betriebe der Stahl- und Zementindustrie) mit hohem Energieverbrauch (Europäische Kommission 2009a). Im Jahr 2020 sollen für die EU die Emissionen der erfassten Sektoren 21% unter dem Niveau von 2005 liegen, für 2030 wurde eine Senkung um 43% im Vergleich zum Jahr 2005 festgelegt.

Nicht-Emissionshandelsbereich: Für Quellen außerhalb des EU-Emissionshandels (u.a. Verkehr, Raumwärme, Landwirtschaft, restliche Teile der Industrie) ist die Verpflichtung zur Emissionssenkung im „Effort-Sharing“ auf die Mitgliedsstaaten aufgeteilt (Europäische Kommission 2009b). Für die gesamte EU-28 soll damit eine Reduktion von 10% im Vergleich zum Jahr 2005 erreicht werden, Österreich strebt bis 2020 eine Reduktion von 16% an, konkret soll der Zielwert von 47,8 Mio. Tonnen CO₂-Äquiv. erreicht werden. Bis 2030 wird EU-weit eine Reduktion um 30% gegenüber 2005 angestrebt (Österreich: 36%). Eine Erhöhung des EU-Ziels im Nicht-Emissionshandelsbereichs auf 50% bis 55% wird aktuell im Rahmen des [Green Deals](#) diskutiert.

Zur Umsetzung dieses nationalen Ziels trat im November 2011 das österreichische Klimaschutzgesetz (KSG, Bundesgesetz BGBl. I Nr. 106/2011) für nationale Emissionen, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, in Kraft. Diese Höchstmengen wurden in mehreren Novellen (zuletzt KSG-Novelle 2017, BGBl. I Nr. 58/2017) entsprechend den IPCC-Richtlinien für nationale THG-Inventuren angepasst. Der Zielwert von 47,8 Mio. Tonnen CO₂-Äquiv. stammt aus dem Beschluss (EU) 2017/1471 der Europäischen Kommission vom 10. August 2017 (inklusive Anpassung).

Gemäß Beschluss (EU) 2017/1471 vom 10. August 2017 (inklusive Anpassung) ist für 2020 in Österreich im Nicht-Emissionshandelsbereich eine Emissionshöchstmenge von 47,8 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent einzuhalten (2019 48,3 Mio. Tonnen CO₂-Äquiv.).

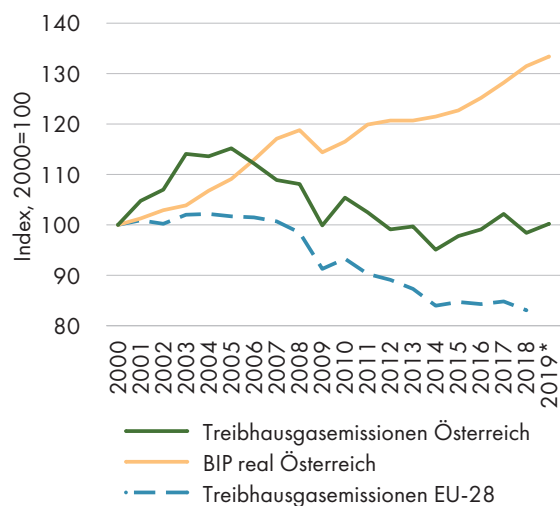
Im Jahr 2019 entfielen von den Gesamtemissionen 50,7 Mio. t CO₂-Äquiv. auf den Nicht-Emissionshandelsbereich (=Effort Sharing) und 29,7 Mio. t CO₂-Äquiv. auf den Emissionshandelssektor (siehe Grafik 75). Von 2017 auf 2018 sanken die Emissionen des Emissionshandelssektors deutlich um 6,9%, im Nicht-Emissionshandelsbereich kam es zu einem Rückgang von 1,8%. [Gründe für die Reduktion](#) waren unter anderem der geringere Einsatz fossiler Energieträger in der Eisen und Stahlindustrie sowie weniger Heizenergieeinsatz aufgrund überdurchschnittlich hoher Temperaturen im Jahr 2018. Der Anstieg laut vorläufigen Werten für 2019 fand mit 4,2% vorrangig im Emissions-

handelssektor statt, laut Umweltbundesamt (2020) dominiert durch eine erhöhte Stahlproduktion und Stromproduktion in Erdgas-Kraftwerken.

Die Emissionen des Nicht-Emissionshandelsbereichs lagen mit 50,7 Mio. Tonnen CO₂-Äquiv. um 2,4 Mio. Tonnen über dem Zielwert von 48,3 Mio. Tonnen für 2019, was zum dritten Mal in Folge eine Überschreitung bedeutet. In den Jahren 2013, 2014, 2015 und 2016 lagen die Emissionen dagegen unter den erlaubten jeweiligen Höchstmengen, diese nicht verbrauchten Emissionsrechte können in den Folgejahren zur Zielerreichung verwendet werden. Das Umweltbundesamt (2020) geht für 2020 von zumindest kurzfristig sinkenden THG-Emissionen aus. Zusammen mit den Rücklagen aus den Jahren 2013 bis 2016 ist damit das Einhalten der Höchstmengen über die gesamte Verpflichtungsperiode 2013–2020 wahrscheinlich.

Während in Österreich die THG-Emissionen im Jahr 2019 auf den Ausgangswert von 2000 zurückgingen, zeigte sich für die gesamte EU-28 von 2000 bis 2018 (letzter verfügbares Jahr der internationalen Daten) ein deutlicher Rückgang von 16,9% (siehe Grafik 75). Der Einbruch der Emissionen im Jahr 2009 wurde in der EU-28 im Jahr nach der Krise kaum wettgemacht, in den Folgejahren sanken die Emissionswerte weiter ab, um sich zuletzt auf einem Niveau von knapp 4,4 Mrd. Tonnen CO₂-Äquiv. zu stabilisieren.

Grafik 75
Treibhausgasemissionen Vergleich BIP und EU-28

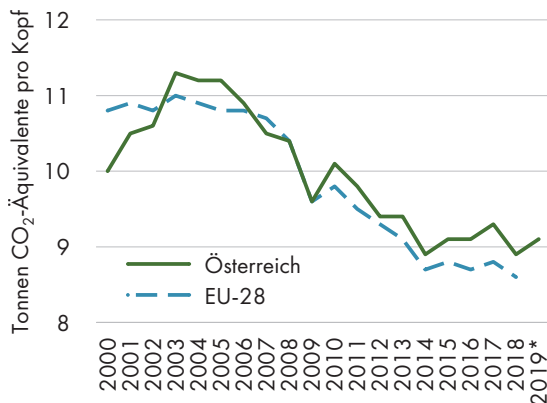


Q: Statistik Austria, Umweltbundesamt; Eurostat. - * Umweltwerte für 2019 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Betrachtet man die Entwicklung der Treibhausgasemissionen pro Kopf so waren in Österreich im Jahr 2000 die Emissionen mit 10 Tonnen (t) CO₂-Äquivalenten pro Kopf klar unter jenen der EU-28 (10,8 t) (Grafik 76). Allerdings kam es national bis 2003 zu einem deutlichen Anstieg, während sich in der EU-28 der Verbrauch pro Kopf bereits stabilisierte. In den Folgejahren zeigten sowohl die nationalen

als auch die internationalen Werte einen abnehmenden Verlauf, im Jahr 2018 (letzter verfügbares Jahr der internationalen Daten) hatte Österreich mit national berechneten 8,9 t CO₂-Äquivalenten pro Kopf bzw. von Eurostat berechneten 9,2 t einen etwas überdurchschnittlichen Wert zur EU-28 (8,6 t).

Grafik 76
Treibhausgasemissionen pro Kopf im EU-Vergleich



Q: Umweltbundesamt; Eurostat.

Wie in Kapitel 4.2.1 bereits erwähnt, sollten in einer vollständigen Berechnung und Analyse des Ressourcenverbrauchs eines Landes zusätzlich die materiellen und energetischen Vorleistungen, die durch die Produktion der importierten, aber auch der exportierten Güter entstehen, berücksichtigt werden. Dies betrifft ebenso die damit einhergehenden Emissionen. Vor allem hochindustrialisierte Länder wie Österreich spezialisieren sich international eher auf die Produktion im höher verarbeitenden Bereich; dadurch finden emissionsintensive Produktionsschritte zunehmend in anderen Ländern statt. Diese Emissionen sind in den nationalen Emissionsbilanzen nicht erfasst.

Für eine umfassende Bewertung, ob sich eine Gesellschaft in Richtung Dekarbonisierung entwickelt, müssen auch die Außenhandelsbeziehungen eines Landes miteinbezogen werden. Die Expertengruppe für WgÖ hatte deshalb 2017 die zukünftige Betrachtung von konsumbasierten Treibhausgasemissionen angeregt. Eine erste Untersuchung der Arbeitsgruppe „Consumption-based GHG Accounting“ des Climate Change Center Austria (AG CBA, 2017) zeigt, dass die konsumbasierten Emissionen im Zeitraum 1997 bis 2013 mit rund 110 bis 130 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten in etwa 50 bis 60% über den produktionsbezogenen (territorialen) Emissionen lagen. Aktuellere Daten sind derzeit nicht verfügbar.

4.4.2

Schlüsselindikator Luftschadstoffe: PM_{2,5}-Exposition (Belastung durch Feinstaub)

Der Schlüsselindikator beschreibt die bevölkerungsgewichtete Belastung durch PM_{2,5} in Österreich. Dieser Schadstoff besteht aus Staubpartikeln in inhalierbarer Größe, welche sowohl bei kurzfristiger als auch langfristiger Aufnahme eine Gesundheitsgefährdung darstellen. Die Daten werden vom Umweltbundesamt anhand von Messergebnissen der Immissionsbelastung, topografischen Daten und Bevölkerungsdaten bestimmt und stehen ab 2005 zur Verfügung.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Die bevölkerungsgewichtete PM_{2,5}-Exposition hängt von den inländischen PM_{2,5}-Emissionen, den meteorologischen Bedingungen, von Fernverfrachtung aus dem benachbarten Ausland sowie von den Emissionen von gasförmigen Vorläufersubstanzen im In- und Ausland ab. Die PM_{2,5}-Belastung ist von 19 µg/m³ (2005) auf rund 10 µg/m³ im Jahr 2019 deutlich zurückgegangen, die langfristige Entwicklung wird daher sehr positiv beurteilt. Der kurzfristige Trend 2017 bis 2019 ist aufgrund der durch die genannten Einflüsse bedingten Variabilität weniger eindeutig, was zu einer nur leicht positiven Einschätzung führt.“

Im Kapitel 3.7 zur Lebensqualität wird die subjektive Belastung durch Luft- und Wasserverschmutzung sowie Ruß in der Dimension „Wohnen“ als Zusatzinformation dargestellt. Für 2019 gaben 10,5% der befragten Personen Belastungen durch Luft und Wasserverschmutzung oder Ruß in ihrer Wohnumgebung an. Demgegenüber stellt der Indikator zur bevölkerungsgewichteten PM_{2,5}-Exposition die tatsächlich gemessene Staubbelastung dar. Feinstaub hat gravierende gesundheitliche Auswirkungen, sowohl was eine akute Exposition (z.B. Entzündungsreaktionen der Lunge) als auch eine Langzeit-Exposition (z.B. Zunahme von Atemwegssymptomen) betreffen (siehe Spangl & Nagl 2017).

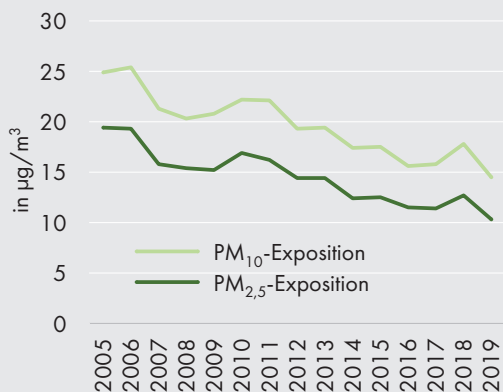
Durch Luftverunreinigungen können nicht nur die Atemwege, sondern auch das Herz-Kreislauf-System in Mitleidenschaft gezogen werden.

Von 2005 – 2019 hat die bevölkerungsgewichtete Exposition (Belastung) durch PM_{2,5} von 19,4 µg/m³ auf 10,3 µg/m³ deutlich abgenommen (46,9%, vgl. Grafik 77). Mit Ausnahme der Jahre 2010 und 2018 zeigt sich dabei ein abnehmender Trend. Im Jahr 2018 lag die bevölkerungs-

gewichtete Belastung mit $12,7 \mu\text{g}/\text{m}^3$ deutlich über dem Wert von 2017 mit $11,4 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Im Jahr 2019 gab es dagegen wieder einen Rückgang auf $10,3 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Die jährlichen Veränderungen werden dabei stark durch die unterschiedlichen meteorologischen Bedingungen (etwa auch Fernverfrachtung aus dem Ausland) bestimmt.

Grafik 77

Mittlere Exposition durch Feinstaub ($\text{PM}_{2,5}$, bevölkerungsgewichtet), Vergleich PM_{10} -Exposition



Q: Umweltbundesamt.

Für die Berechnung der bevölkerungsgewichteten Belastung durch $\text{PM}_{2,5}$ und PM_{10} (Feinstaub) wurden topografische Daten sowie Messdaten von Feinstaub und Bevölkerungsdaten miteinander in Beziehung gesetzt (siehe Spangl & Nagl 2017).

Die Staubbelastung wird dabei anhand der Masse verschiedener Größenfraktionen beschrieben, die Partikelgröße ist dabei für die gesundheitlichen Auswirkungen der Staubbelastung von Bedeutung:

- $\text{PM}_{2,5}$ enthält 50% der Partikel mit einem Durchmesser von $2,5 \mu\text{m}$, einen höheren Anteil kleinerer Teilchen und einen niedrigeren Anteil größerer Teilchen. $\text{PM}_{2,5}$ ist eine Teilmenge von PM_{10} . Partikel dieser Größe sind maxi-

mal so groß wie Bakterien. $\text{PM}_{2,5}$ dringen am tiefsten in den Atemwegstrakt ein, können bis in die Lungenbläschen gelangen, und verursachen damit die größten Gesundheitsschäden aller Staubteilchen.

- PM_{10} enthält 50% der Partikel mit einem Durchmesser von $10 \mu\text{m}$, einen höheren Anteil kleinerer Teilchen und einen niedrigeren Anteil größerer Teilchen. Partikel dieser Größe sind maximal so groß wie Zellen, können tief in die Lunge gelangen und sind daher besonders gesundheitsschädlich.

Wesentliche anthropogene (durch den Menschen verursachte) Emissionsquellen für Feinstaub sind Verbrennungsprozesse (v.a. Energieumwandlung, Industrie, Verkehr, Haushalte) und die Manipulation von Materialien sowie der Bergbau. Nennenswerte Emissionen werden auch durch die Bearbeitung landwirtschaftlicher Flächen und die Tierhaltung freigesetzt. Zusätzlich gibt es auch natürliche Quellen wie Bodenerosion, Vegetation (Absonderung von Pollen, Sporen), Waldbrände oder Vulkanismus. Neben den innerösterreichischen Staubemissionen sind noch weitere Quellen für die Belastung in der Außenluft verantwortlich, wie z.B. Fernverfrachtung oder Winderosion. Diese Quellen sind nicht in der Emissionsinventur des Umweltbundesamts enthalten (Umweltbundesamt 2018a, S. 18ff).

Die $\text{PM}_{2,5}$ -Belastung in der Außenluft, d.h. die Immission (die an Luftgütemessstellen gemessen wird) und in weiterer Folge die Exposition, wird also nicht nur durch die österreichischen $\text{PM}_{2,5}$ -Emissionen, d.h. den Schadstoffausstoß direkt an der Quelle, bestimmt, sondern auch durch PM -Ferntransport aus dem Ausland, durch Sekundärpartikelbildung aus gasförmigen Vorläufersubstanzen (z.T. im Inland, z.T. im Ausland) sowie durch natürliche Quellen.

Grenzwerte wurden für die (auch meteorologisch beeinflusste, punktuell gemessene) Belastung in der Außenluft festgelegt, mit der EU-Luftqualitätsrichtlinie (RL 2008/50/EG) sowie dem österreichischen Immissionsschutzgesetz-Luft (IG-L; BGBl. I Nr. 77/2010).

4.5 Energie

Die Dimension „Energie“ bezieht sich vorrangig auf den Einsatz erneuerbarer und fossiler Energieträger sowie deren effizienter Nutzung. Während erneuerbare Energien aus Windkraft, Solarenergie oder Wasserkraft sich kaum erschöpfen bzw. für lange Zeit nutzbar sind, unterliegen die fossilen Energieträger wie Öl, Gas und Kohle einer natürlichen Begrenzung. Erneuerbare Energiequellen gelten daher, neben dem sparsamen und effizienten Einsatz von Energie, als wichtige Säule einer nachhaltigen Energiewirtschaft.

Fossile Brennstoffe werden aus natürlichen Vorkommen gewonnen, die im Laufe der Erdgeschichte aus Biomasse entstanden sind. Analog wird der Begriff fossil auch für sämtliche sekundären Brennstoffe verwendet, die aus einem fossilen (Roh-)Brennstoff hergestellt werden. Produkte aus erneuerbaren Energiequellen werden dagegen (mit Ausnahme der Erdwärme) direkt oder indirekt aus Energieströmen, die noch andauern oder bis vor kurzem angedauert haben, in Verbindung mit der ständig verfügbaren Sonnenenergie oder der auf der Schwerkraft beruhenden Energie gewonnen. Der Energiewert von Biomasse z.B. entsteht aus der von Pflanzen während des Wachstums angereicherten Sonnenenergie.

Energieaufbringung und Energieverbrauch fossiler Brennstoffe verursachen massive Umweltbelastungen wie Treibhausgas- und Feinstaub-Emissionen, aber auch Flächenverbrauch. Weitere Probleme betreffen beispielsweise die zunehmende Importabhängigkeit und die Ressourcenverknappung.

Eine nachhaltige Entwicklung benötigt ein Energiesystem, das Energie effizient nutzt und hauptsächlich erneuerbare Energien wie Wasserkraft oder Biomasse einsetzt. Der vermehrte Einsatz von heimischen erneuerbaren Energieträgern fördert zudem eine zunehmende Eigenversorgung Österreichs.

Die steigende Importabhängigkeit, die zunehmende Ausschöpfung endlicher Energieressourcen, die gesicherte Versorgung aller Konsumentinnen und Konsumenten mit Energie zu erschwinglichen Preisen und der Klimawandel spielen auch auf EU-Ebene eine bedeutende Rolle. Die Europa-2020-Strategie (Europäische Kommission 2010) enthält dementsprechend im Kernziel „Klimawandel und nachhaltige Energiewirtschaft“ das Teilziel

einer Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20%, für jedes Mitgliedsland wurden – abhängig von Ausgangslage und Möglichkeiten – nationale Ziele verbindlich vereinbart. Zudem wurde eine Steigerung der Energieeffizienz um 20% für die EU-28 insgesamt festgelegt.

Der 2014 vom Europäischen Rat angenommene Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 umfasst EU-weite Zielvorgaben und politische Ziele für den Zeitraum 2021 bis 2030. Dabei wurden im Jahr 2018 die Zielvorgaben für erneuerbare Energiequellen und Energieeffizienz nach oben korrigiert. Zentrale Energieziele sind:

- Erhöhung des Anteils von Energie aus erneuerbaren Quellen auf mindestens 32%
- Steigerung der Energieeffizienz um mindestens 32,5%

Am 9. Juli 2014 wurde das Energieeffizienzpaket des Bundes (Bundesgesetzblatt I Nr. 72/2014) beschlossen. Es enthält im Artikel 1 das Bundesgesetz über die Steigerung der Energieeffizienz bei Unternehmen und dem Bund (Bundes-Energieeffizienzgesetz). Dieses beinhaltet u.a. betreffend Energieeffizienz das Ziel der Stabilisierung des Endenergieverbrauchs auf 1.050 Petajoule (PJ) sowie ein kumulatives Endenergieeffizienzziel von 310 PJ durch anrechenbare Energieeffizienzmaßnahmen in den Jahren 2014 bis einschließlich 2020. Das nationale Ziel im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben von Europa 2020 für erneuerbare Energieträger liegt bei einem Anteil von 34% bis 2020.

Für den aktuellen Bericht werden die Europa-2020-Vorgaben dargestellt. Im Nationalen Energie- und Klimaplan für Österreich ist bereits der Fahrplan für die Periode 2021 bis 2030 festgelegt (BMNT 2019).

Die erneuerbaren Energieträger sollen bis 2030 auf einen Wert von 46–50% angehoben werden. Zudem soll eine Verbesserung der Energieintensität von 25% bis 30% erreicht werden. Dabei wird ein Endenergieverbrauch von 1.073 PJ bzw. 1.002 PJ angegeben, bei kumulierten Energieeinsparungen von 497 PJ.

Für den Bereich Energie liegen umfassende Daten aus den Energiebilanzen von Statistik Austria vor. Die Energiedaten werden nach dem Inlandsprinzip erhoben. Dies bedeutet, dass alle in Österreich abgesetzten Energieträ-

ger in den Energiebilanzen berücksichtigt werden, unabhängig davon, wer diese Energieträger erwirbt und wo sie eingesetzt werden.

Die Energiebilanzen stehen jährlich im November für das Vorjahr zur Verfügung, zusätzlich wurde im Frühjahr 2020 eine vorläufige Energiebilanz mit ersten Berechnungen des Gesamtenergieverbrauchs für 2019 veröffentlicht. Alle Energiedaten für das Jahr 2019 stellen damit eine vorläufige Schätzung dar. Eine vorläufige Schätzung für den Anteil der erneuerbaren Energieträger liegt aus Daten Gründen nicht vor.

Den Schlüsselindikator für den gesamten Energieverbrauch Österreichs bildet im *WgÖ*-Set der energetische Endverbrauch (EEV). Der EEV ist jene Energiemenge, die dem Verbraucher für die Umsetzung in Nutzenergie zur Verfügung gestellt wird (Raumheizung, Beleuchtung und EDV, mechanische Arbeit etc.). Als weiterer Schlüsselindikator wird die Entwicklung des Anteils der erneuerbaren Energieträger gezeigt. Daten zur Energieintensität als Maßzahl der Energieeffizienz ergänzen die beiden Schlüsselindikatoren.

4.5.1 Schlüsselindikator erneuerbare Energieträger

Der Indikator zeigt den Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch. Erneuerbare Energien stammen aus Energiequellen, die sich entweder kurzfristig von selbst erneuern (z.B. Biomasse) oder deren Nutzung nicht zur Erschöpfung der Quelle beiträgt (z.B. Solarenergie, Wasserkraft). Die aus erneuerbaren Energiequellen erzeugten sekundären Energieträger (Elektrizität, Wärme, Kraftstoff) werden dabei ebenfalls als erneuerbare Energien bezeichnet.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



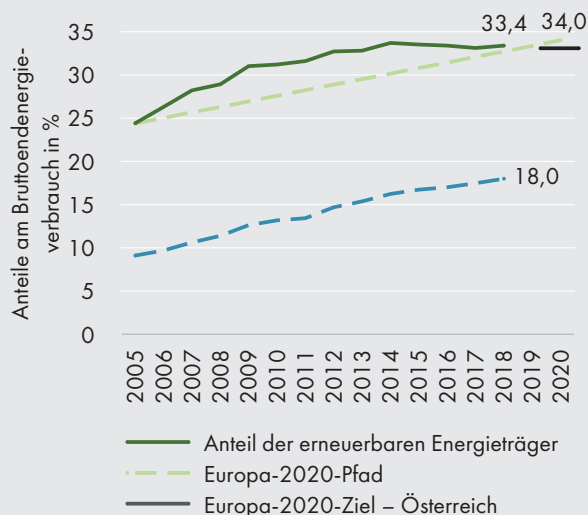
„In der kurzfristigen Betrachtung blieb der Anteil der erneuerbaren Energieträger nahezu stabil, der Wert für 2018 liegt nur mehr knapp über dem linearen Zielpfad. Wird die kurzfristige Entwicklung fortgeschrieben, kommt es zu einer Unterschreitung der europäischen Ziele für Österreich. Deshalb fällt die kurzfristige Bewertung tendenziell negativ aus. Im Vergleich mit der EU-28 ist die Lage und Entwicklung in Österreich über den gesamten Zeitraum betrachtet tendenziell positiv zu bewerten, wobei die Entwicklung bis 2014 ausschlaggebend ist.“

Im Rahmen des Europa-2020-Ziels ist für Österreich eine Anteilssteigerung der erneuerbaren Energien auf 34% am Bruttoendenergieverbrauch verbindlich vorgese-

hen. Laut dem integriertem nationalen Energie- und Klimaplan für Österreich sollen die erneuerbaren Energieträger bis 2030 auf einen Wert von 46–50% angehoben werden (BMNT 2019).

Nach dem geringen Rückgang von 0,3%-Punkten im Jahr 2017 auf 33,1% stieg der Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch wieder auf 33,4% im (letzterverfügbaren) Jahr 2018 an. Der österreichische Erneuerbaren-Anteil liegt damit weiterhin knapp über dem linearen Zielpfad für das nationale Ziel von 34% für 2020. Der Einsatz von Energie aus erneuerbaren Quellen nahm dabei seit 2005 um über 40% zu. Im internationalen Vergleich lag Österreich mit dem Anteil von 33,4% (2018) deutlich über dem Durchschnitt der EU-28 mit rund 18% (Grafik 78), was zu einem Gutteil auf die Nutzung der Wasserkraft zurückzuführen ist.

Grafik 78 Anteil der erneuerbaren Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik, Eurostat. - Anrechenbare Erneuerbare laut Richtlinie 2009/28/EG.

Der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien fördert die Umstrukturierung der Gesellschaft in Richtung eines nachhaltigen Wirtschafts- und Energiesystems. Die Nutzung der zumeist regional anfallenden erneuerbaren Energieträger erhöht dabei den nationalen Selbstversorgungsgrad mit Energie und reduziert die Abhängigkeit von – hauptsächlich fossilen – Energieimporten.

Als anrechenbare erneuerbare Energien laut Erneuerbaren-Richtlinie (Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen) gelten:

- der energetische Endverbrauch (EEV) von biogenen Energieträgern, Solar-, Erd- und Umgebungswärme, Biokraftstoffen,

- die Erzeugung von Strom und Fernwärme aus biogenen Energieträgern, Solar-, Erd- und Umgebungswärme, Wasserkraft normalisiert ohne die Erzeugung aus gepumptem Zufluss, Windkraft normalisiert sowie Photovoltaik.

Der Bruttoendenergieverbrauch errechnet sich aus der Summe von EEV + Eigenverbrauch von Strom und Fernwärme der Strom- und Fernwärmeproduzenten + Transportverlusten von Strom und Fernwärme + nichtenergetischem Einsatz im Hochofen.

4.5.2 Schlüsselindikator energetischer Endverbrauch

Der energetische Endverbrauch (EEV) ist jene Energiemenge, die dem Verbraucher (Haushalte, Gewerbe und Industrie, Verkehr, Dienstleistungen, Landwirtschaft) für die Umsetzung in Nutzenergie zur Verfügung gestellt wird, also Benzin/Diesel für Pkws, elektrische Energie für Elektrogeräte, Gas und Fernwärme für Raumwärme etc. Die Datenerhebung erfolgt nach dem Inlandsprinzip.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



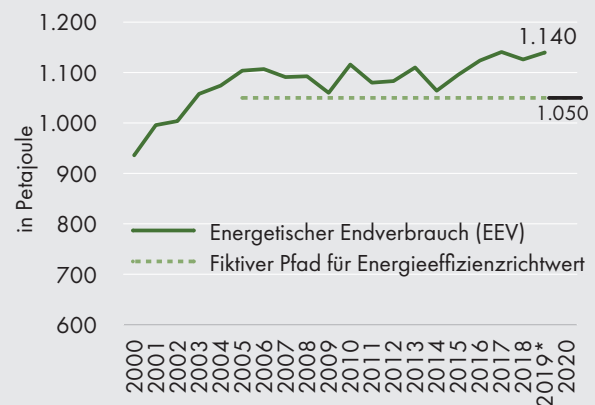
„Unter dem Aspekt der langfristigen Ziele zur Begrenzung des Klimawandels liegt der Energieverbrauch auf zu hohem Niveau. Insbesondere der Zuwachs in den Jahren 2000 bis 2005 und nach 2014 wird negativ gesehen. Wichtig wäre nicht nur eine Stabilisierung des Verbrauchs, sondern auch eine Reduktion unter das Ausgangsniveau. Das Fehlen beider Faktoren führt zu einer tendenziell negativen Beurteilung der langfristigen Entwicklung. In der kurzen Frist liegt der Wert zudem über dem Energieeffizienzrichtwert, was ebenfalls negativ beurteilt wird.“

Der Schlüsselindikator beschreibt Niveau und Entwicklung des Energieverbrauchs von Endnutzern und setzt sich zu einem großen Teil aus fossilen und somit nicht erneuerbaren Energieträgern zusammen. Er stellt neben dem Bruttoinlandsverbrauch eine Schlüsselposition in der Österreichischen Energiebilanz dar und umfasst alle (sofern notwendig) umgewandelten Energieformen (z.B. Elektrizität aus Wasserkraft).

Während im Vorjahr ein leichter Rückgang des energetischen Endverbrauches um etwa -1% auf 1.126 Petajoule (PJ) zu verzeichnen war, zeigt die aktuelle vorläufige Energiebilanz einen Anstieg um etwa +1% auf 1.140 PJ (Grafik 79). Damit liegt der energetische Endverbrauch 2019 auf einem ähnlich hohen Niveau wie im Berichtsjahr 2017. Eine Hauptursache für die Zunahme liegt im Verkehrssektor, hier vorrangig im Flugverkehr. Der EEV wuchs von 2000 bis 2019 mit 21,8% etwas verhaltener als

das reale BIP (+33,4%). Während die Entwicklung von Energieverbrauch und realem BIP über lange Jahre sehr ähnlich verlief, zeigte sich seit dem Jahr 2006 für Ersteren ein Einbremsen des Wachstums und damit eine zumindest relative Entkoppelung von der Wirtschaftsleistung (Grafik 79). 2015 bis 2017 stieg der EEV jedoch wieder kontinuierlich an und lag damit 2017 mit 1.141 PJ deutlich über dem Energieeffizienzrichtwert von 1.050 PJ. Nach dem hauptsächlich temperaturbedingten Rückgang 2018 (1.126 PJ) erreichte der EEV den vorläufigen Wert von 1.140 PJ. Um den Energieeffizienz-Zielwert von 1.050 PJ zu erreichen, müsste der EEV von 2019 auf 2020 um knapp 8% sinken.

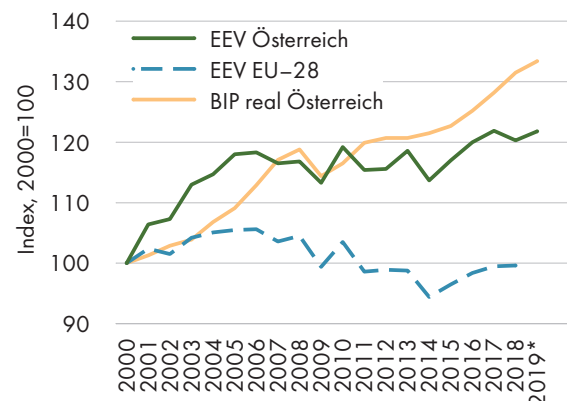
Grafik 79 Energetischer Endverbrauch



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik. - * Werte für 2019 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Im Vergleich zur EU-28, deren EEV 2018 knapp unter dem Ausgangswert von 2000 lag, nahm der österreichische Endverbrauch in den Jahren 2000 bis 2018 mit einem Zuwachs von rund 20% einen ungünstigeren Verlauf. Vor allem im Zeitraum 2000 – 2005 sowie 2016 – 2017 stieg der nationale EEV sehr stark an, während die EU-28 ein deutlich geringeres Wachstum verzeichnete (siehe Grafik 80).

Grafik 80 Energetischer Endverbrauch im EU-Vergleich



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik; Eurostat. - * Werte für 2019 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Das Bundes-Energieeffizienzgesetz (Bundesgesetzblatt I Nr. 72/2014) sieht vor, dass der heimische energetische Endverbrauch im Jahr 2020 1.050 Petajoule (PJ) nicht überschreitet (Energieeffizienzrichtwert). Damit soll das Ziel der Senkung der Energieeinfuhr und Verbesserung der Versorgungssicherheit erreicht werden. Zudem wird die nationale Zielerreichung betreffend erneuerbarer Energien und Energieeffizienz im Rahmen der Europa-2020-Strategie (siehe auch nachfolgendes Kapitel zur Energieeffizienz) gefördert.

4.5.3 Energieintensität

Als Maßzahl für die effiziente Nutzung von Energie wird die Energieintensität verwendet. Sie stellt dar, inwieweit der Energieverbrauch von Wirtschaftsgrößen (z. B. BIP) entkoppelt ist. Der Indikator beschreibt die Entwicklung des temperaturbereinigten EEV (Inlandsprinzip) in Relation zum realen Bruttoinlandsprodukt.

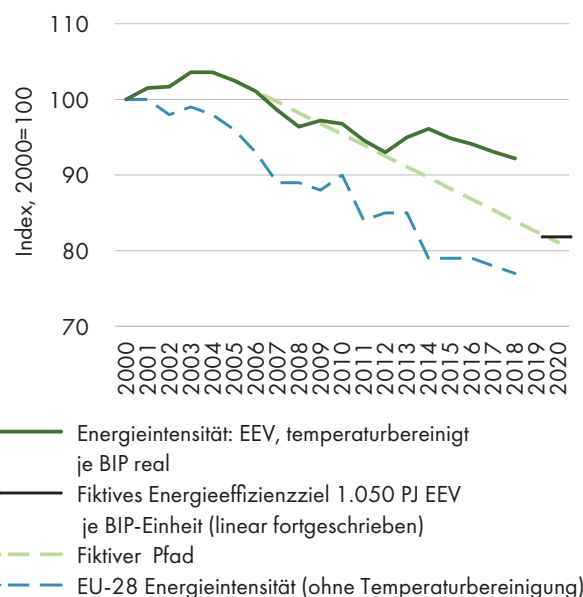
Mittels Temperaturbereinigung werden jene Verbrauchseffekte geglättet, die sich aus den jährlich schwankenden klimatischen Bedingungen ergeben. Aus umweltpolitischer Sicht sollte die Energieintensität sinken, also eine deutliche Entkoppelung von energetischem Endverbrauch und wirtschaftlicher Entwicklung das Ziel sein. Für die Temperaturbereinigung des Indikators sind Informationen zum Raumwärmeverbrauch aus der Nutzenergieanalyse notwendig, deren letztverfügbares Datenjahr 2018 ist.

Wie Grafik 81 darstellt, zeigt die Energieintensität Österreichs – d.h. die Entwicklung des temperaturbereinigten EEV relativ zur Entwicklung des realen BIP – ab dem Jahr 2005 bis 2012 einen fallenden Trend. Dies bedeutet eine Entkoppelung des Energieverbrauchs von der Wirtschaftsleistung. Je stärker die Energieintensität sinkt, desto weniger Energie wird pro Wirtschaftsgröße eingesetzt; d.h. desto effizienter wird Energie genutzt. Von diesem Trend wichen die Jahre 2013 und 2014 allerdings deutlich ab, hier nahm durch den Anstieg des EEV bei gleichzeitig geringem BIP-Wachstum die Energieintensität zu. In den letzten Jahren ging die Energieintensität wieder zurück.

Das Bundes-Energieeffizienzgesetz (Bundesgesetzblatt I Nr. 72/2014) enthält wie erwähnt den Energieeffizienzrichtwert von 1.050 PJ. Die Stabilisierung des Energieverbrauchs auf 1.050 PJ ergäbe (siehe Grafik 81) – unter

der Annahme eines für 2020 mit einer Wachstumsrate von 1,4% fortgeschriebenen Bruttoinlandsprodukts (BIP) sowie eines linearen Zielpfads – einen fiktiven Indexwert von 81,1 für das Jahr 2020. Dieser fiktive Zielpfad wird in den Jahren 2006 bis 2012 knapp erreicht bzw. in einigen Jahren unterschritten. Ab dem Jahr 2013 liegt die Energieintensität jedoch deutlich über dem fiktiven Pfad. Diese Überschreitung erklärt sich einerseits aus dem in den Jahren 2013 bis 2015 nur gering wachsenden realen BIP, und andererseits aus dem vor allem 2013 und 2014 und ab 2016 ansteigenden temperaturbereinigten EEV.

Grafik 81
Energieintensität



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik, VGR, Eurostat. Anmerkung: Methodische Unterschiede zwischen Eurostat und Österreich sind vorhanden, können aber für die Betrachtung der Entwicklung der Zeitreihe vernachlässigt werden.

Für den Indikator wurden die Effekte durch jährlich schwankende klimatische Bedingungen mittels Temperaturbereinigung des Energieverbrauchs weitgehend geglättet. Herangezogen werden hierzu die Heizgradsummen der Jahre 2000 bis 2018. Die „Energieeffizienz“ bei diesem Indikator kann sich jedoch langfristig auch rein dadurch wandeln, dass sich die Sektorenzusammensetzung verändert. D.h. eine verhältnismäßig stärkere Zunahme von Dienstleistungen im Vergleich zur energieintensiven Sachgüterproduktion würde sich positiv auf die Energieeffizienz auswirken.

4.6 Verkehr, Mobilität

Die Ökologisierung des Verkehrssystems stellt ein wesentliches Element auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung dar. Verkehr und Mobilität sind wichtige Grundvoraussetzungen für soziale Interaktionen und wirtschaftliche Aktivitäten innerhalb einer Gesellschaft, verursachen jedoch auch Umweltprobleme (z.B. Flächenverbrauch, Emissionen). Das Konzept der nachhaltigen Mobilität zielt u.a. darauf ab, den Verbrauch fossiler Energie und damit die CO₂-Emissionen des Verkehrssektors zu senken. Dies soll die Emissionen des Verkehrs vom Wirtschaftswachstum entkoppeln (Meyer 2007).

(Räumliche) Mobilität betrifft dabei die potenzielle und realisierte Beweglichkeit von Menschen, Lebewesen und Dingen, also die Befriedigung von Bedürfnissen durch Raumveränderung (z.B. Einkauf im Supermarkt). Der Verkehr liefert das Instrument (z.B. Auto, Bus), welches man für die konkrete Umsetzung der Mobilität benötigt. Verkehr stellt also die zielgerichtete Ortsveränderung von Personen, Gütern, Nachrichten unter Verwendung von Energie und Information dar und ist daher auch gut messbar.

Obwohl durch technologische Verbesserungen der Schadstoffausstoß der einzelnen Fahrzeuge durchaus reduziert wurde, nahm der Energieverbrauch insgesamt durch das kontinuierlich wachsende Verkehrsaufkommen und die steigende Anzahl der gefahrenen Kilometer in den letzten Jahren gravierend zu.

Der Abgasausstoß durch Verkehrsaktivitäten – speziell durch den Einsatz fossiler Energien – verursacht eine Vielzahl von Luftschadstoffen und Treibhausgasen, deren Reduktion auch in der EU als wesentlich für eine nachhaltige Mobilität angesehen wird (Europäische Kommission, 2016).

Verkehr ist ein wesentlicher Treiber des anthropogenen Klimawandels. Der Verbrauch fossiler Ressourcen, die Lärmbelastung, der Flächenverbrauch für Verkehrswege oder die Gefährdung durch Verkehrsunfälle sind weitere Problemfelder des Verkehrs.

Das Konzept der nachhaltigen Mobilität – umgesetzt durch das Instrument eines nachhaltigen Verkehrssystems – enthält ökonomische, soziale und ökologische Kriterien und stellt eine Schlüsselstrategie für eine nach-

haltige Entwicklung dar. Ein nachhaltiges Verkehrssystem soll Wirtschaft und Gesellschaft in ihrer Entwicklung und Leistungsfähigkeit nicht beeinträchtigen, da Mobilität und der Zugang zu Märkten Grundfunktionen globalisierter Volkswirtschaften darstellen.

Nachhaltiger Verkehr im weiteren Sinne soll Mobilität für alle gleichermaßen ermöglichen und den Zugang zu Märkten, Kultur- und Freizeitaktivitäten gewährleisten und den Erfordernissen des Umweltschutzes entsprechen. Es soll die Gesundheit der Menschen möglichst wenig durch Luftschadstoffe und Lärm belasten, die Funktionsfähigkeit der ökologischen Systeme (z.B. der Wälder) nicht gefährden und die Stabilität des Klimas nicht beeinträchtigen (Meyer 2007).

Statistiken wie die Energiebilanz oder die Treibhausgasinventur Verkehr bilden Verkehr funktional als eigenen Sektor ab, obwohl Verkehr naturgemäß von privaten Haushalten sowie öffentlichen und wirtschaftlichen Akteuren verursacht wird.

Der Schlüsselindikator zum Energieverbrauch des Verkehrs bezieht sich auf die Entwicklung des gesamten Verkehrsbereichs. Der Schlüsselindikator Transportleistung des Lkw-Verkehrs bildet einen wesentlichen Bereich des Straßenverkehrs ab. Seit 2017 werden zudem die Treibhausgasemissionen des Verkehrs als Schlüsselindikatoren dargestellt. Zusatzinformationen betreffen den Treibstoffverbrauch der privaten Pkws sowie die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Für beide Indikatoren liegen Daten aus dem Mikrozensus „Energieeinsatz der Haushalte“ bzw. dem Mikrozensus „Umweltbedingungen, Umweltverhalten“ vor.

4.6.1 Schlüsselindikator Energieverbrauch des Verkehrs

Der Schlüsselindikator bildet den energetischen Endverbrauch (EEV) des gesamten Verkehrssektors nach dem Inlandsprinzip ab. Er deckt somit den Energieverbrauch von Eisenbahn, Straßenverkehr, Transport in Rohrfernleitungen, Schifffahrt sowie den Flugverkehr

ab. Wie eingangs erwähnt wird der Verkehr „funktional“ als eigener Sektor dargestellt, die jeweiligen Verbräuche (z.B. Benzin, Diesel) werden also nicht den eigentlichen Verursachern (beispielsweise Haushalte oder Industriesektoren) zugeordnet.

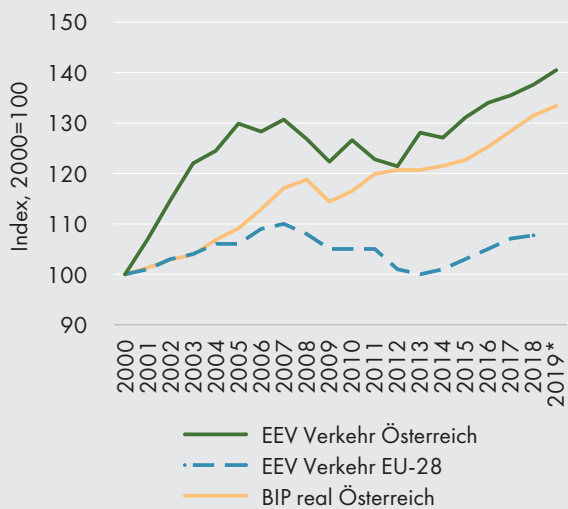
Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Die starke Steigerung des Energieverbrauchs des Verkehrs insbesondere in den Jahren 2000 bis 2007 und wieder ab 2014 in Österreich verläuft konträr zu den langfristigen Zielen zur Begrenzung des Klimawandels. Es sind keine energieeinsparenden Strukturänderungen (z.B. Verlagerung des Transports von der Straße auf die Schiene) erkennbar. Der langfristige Trend, der deutlich über dem BIP-Wachstum und über Vergleichswerten der EU-28 liegt, wird daher negativ beurteilt. Selbst kurzfristig zeigt sich zwischen 2017 und 2019 (vorläufiges Ergebnis) ein weiterer deutlicher Anstieg, der ebenfalls negativ bewertet wird.“

Der EEV des Verkehrs hatte im Jahr 2019 (vorläufige Schätzung) einen Anteil von rund 36% am gesamten EEV Österreichs und stellt aktuell die wichtigste Verbrauchsgruppe dar.

Grafik 82
Energieverbrauch des Verkehrs



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik, VGR. - * Energiewerte für 2019 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Der gesamte Energieverbrauch des Verkehrs stieg in den Jahren 2000 bis 2019 um 40,5%, während das reale BIP im selben Zeitraum mit 33,4% schwächer wuchs. In den Jahren 2000 bis 2005 kam es im Vergleich zum BIP zu einem deutlich stärkeren Anstieg des EEV. Davon abweichend gab es in den Jahren 2006 und 2008 trotz ansteigender Wirtschaftsleistung erste Abnahmen des verkehrsbedingten Energieverbrauchs. Im Krisenjahr 2009 fiel der Ver-

brauch auf das Niveau von 2003 zurück. Die vorläufige Energiebilanz weist in den letzten Jahren einen kontinuierlichen Anstieg (2018: +1,5%, 2019: +2,2%) im Vergleich zum Vorjahr aus. Damit wird 2019 der höchste Verbrauch der Zeitreihe erreicht (Grafik 82).

Zum Teil lässt sich der im Vergleich zum BIP überproportionale Anstieg des EEVs durch den „Treibstoffexport im Kfz-Tank“ (preisbedingter Kraftstoffexport) und den Transitverkehr erklären. Bei der Erfassung des Energieverbrauchs des Verkehrs wird das Inlandsprinzip laut österreichischer Energiebilanz angewandt, d.h. alle in Österreich in Verkehr gebrachten Energieträger werden berücksichtigt, unabhängig davon, wer diese Energieträger erwirbt und einsetzt. Entscheidend ist beispielsweise der Absatz von Benzin und Diesel an österreichischen Tankstellen, unabhängig davon, wo diese verfahren werden.

In Österreich getankter Treibstoff, der im Ausland verbraucht wird, ist in den Daten erfasst, während im Ausland getankter, aber in Österreich verfahrener Diesel und Benzin nicht enthalten ist.

Laut Umweltbundesamt (2019, S. 137ff) lag der Anteil dieses „Tanktourismus“ im Jahr 2000 noch bei 14% und stieg bis 2017 auf rund 24% an. Dies begründet sich in den – im Vergleich mit den Nachbarländern – relativ günstigen Treibstoffpreisen. Umgekehrt ist zu beachten, dass auch im Ausland getankter Diesel und Benzin, der im Inland verfahren wird, nicht in den Daten enthalten ist, wobei dies weniger relevant sein dürfte.

Die Einführung der Substitutionsverpflichtung von fossilen Kraftstoffen durch Biokraftstoffe gemäß der Biokraftstoffrichtlinie 2003/30/EG führte dazu, dass 2018 rund 5% des EEV des Verkehrssektors durch Biokraftstoffe (Biodiesel, Ethanol) gedeckt wurden (2005: 0,2%). Die Erneuerbaren-Richtlinie 2009/28/EG schreibt vor, dass bis 2020 jeder Mitgliedstaat mindestens 10% der im Verkehr eingesetzten Energie durch erneuerbare Energien wie Biokraftstoffe oder auch Ökostrom aufzubringen hat. Für 2018 lag der Anteil anrechenbarer Erneuerbarer im Verkehr (nachhaltig produzierte Biotreibstoffe inkl. elektrischer Energie) an den Treibstoffen insgesamt, berechnet nach Vorgaben der Europäischen Kommission, bei 9,8%.

Im internationalen Vergleich (siehe Grafik 82) ist die Zunahme des verkehrsbedingten Energieverbrauchs in Österreich mit rund 37% im Zeitraum 2000 bis 2018 (letzter verfügbares Jahr der internationalen Daten) sehr hoch. Im Durchschnitt der EU-28 Länder betrug die Steigerungsrate im selben Zeitraum 7,7% (siehe auch Kapitel 5.4). Hier kann wieder auf das Phänomen des „Treibstoffexports im Kfz-Tank“ verwiesen werden. Dass der Ansatz „Tanktourismus“ jedoch nicht ausreicht, um den starken Anstieg des EEV des Sektors Verkehr zu erläutern, zeigt der folgende

Indikator zur Transportleistung des Lkw-Verkehrs, der sich auf das Verkehrsaufkommen in Österreich beschränkt.

4.6.2 Schlüsselindikator Transportleistung des Lkw-Verkehrs

Der Schlüsselindikator zur Transportleistung des Lkw-Verkehrs zeigt als einen Aspekt des Verkehrsaufkommens den Straßengüterverkehr in Österreich. Im Sinne der Nachhaltigkeit ist eine Reduktion der Transportleistung auf der Straße wünschenswert. Beispielsweise sind die CO₂-Emissionen oder jene durch Feinstaub (PM₁₀) je Tonnenkilometer (tkm) deutlich höher als beim Transport mit der Bahn. Dargestellt wird die Entwicklung der Transportleistung, also das Transportaufkommen verknüpft mit der Wegstrecke (in tkm) auf österreichischem Territorium mit Daten laut Güterverkehrsstatistik.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

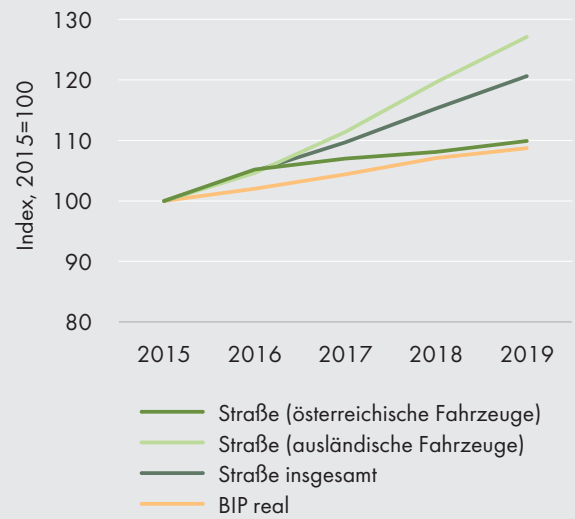


„Bewertet auf Basis der derzeitigen Antriebstechnologie (fossil, Lärm) wird die kurzfristige Entwicklung der Transportleistung des Lkw-Verkehrs mit dem deutlichen Anstieg über die BIP-Werte hinaus negativ eingeschätzt. Eine langfristige Bewertung erfolgt erst, wenn Daten für wenigstens zehn Jahre vorhanden sind.“

Die Transportleistung von nicht in Österreich registrierten Güterkraftfahrzeugen wird von Statistik Austria seit 2012 mittels eines eigens entwickelten Entfernungsmodells auf Basis der von Eurostat zur Verfügung gestellten konsolidierten Straßengüterverkehrsstatistik errechnet. Daraus liegen valide Daten der Transportleistung der EU-28 sowie der Schweiz, Norwegens und Liechtensteins auf österreichischem Territorium vor. Ab Berichtsjahr 2018 fließen in die Ergebnisse des Güterverkehrs auf Österreichs Straßen Daten des österreichischen Mautsystems ein (siehe auch Karner et al., 2020), für das aktuell Werte von 2015 bis 2019 vorliegen.

Im Zeitraum 2015 bis 2019 wuchs die Transportleistung auf der Straße mit österreichischen und ausländischen Fahrzeugen insgesamt um 20,6%, das reale BIP wuchs im Vergleichszeitraum um 8,7%. Dabei stieg die Transportleistung mit ausländischen Fahrzeugen mit 27,1% deutlich stärker an als jene mit österreichischen Fahrzeugen (9,9%). Der überdurchschnittlich hohe Anstieg der Transportleistung ausländischer Fahrzeuge für das Jahr 2019 von 6,3% wirkt sich auch auf den Gesamtanstieg mit österreichischen und ausländischen Fahrzeugen von 4,6% aus.

Grafik 83
Transportleistung des Lkw-Verkehrs



Q: STATISTIK AUSTRIA, Güterverkehrsstatistik, VGR.

Seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union bildet eine Erhebung von Statistik Austria zum Straßengüterverkehr die Verkehrsleistung österreichischer Unternehmen mit in Österreich zugelassenen Straßengüterfahrzeugen im In- und Ausland ab. Die Straßengüterverkehrserhebungen in den anderen Mitgliedstaaten der EU erfolgen auf die gleiche Weise. Eurostat führt die Ergebnisse der Mitgliedstaaten zu einer konsolidierten europäischen Straßengüterverkehrsstatistik zusammen, die wiederum den statistischen Institutionen der einzelnen Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt wird, damit das Gesamtaufkommen im Straßengüterverkehr auf dem jeweiligen Hoheitsgebiet dargestellt werden kann (Karner & Scharl 2012). Dies betraf naturgemäß 1995 nur Daten der Mitgliedstaaten der EU-15. Erst durch die EU-Erweiterungen 2004 und 2007 wurde eine weitgehende Abdeckung der Güterkraftfahrzeuge des europäischen Verkehrsraums inklusive Osteuropa erreicht. Ab dem Datenjahr 2009 konnten auch Informationen von Kroatien und der Schweiz zur jeweiligen Verkehrsleistung in Österreich berücksichtigt werden (siehe Karner & Scharl 2012 sowie Karner & Scharl 2014). Ab dem Datenjahr 2015 werden diese Daten mit Informationen der ASFINAG (Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft) überarbeitet.

Durch die Herausgabe des Weißbuchs „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum“ der Europäischen Kommission (2011b) soll vorrangig die Reduktion der Emissionen aus dem Verkehr erreicht werden. Einer der Strategievorschläge dazu betrifft die stärkere Nutzung energieeffizienterer und emissionsärmerer Verkehrsträger. Vergleicht man die Emissionskennzahlen per tkm für 2018, so fallen bezüglich Treibhausgasemissionen mit der Bahn 3,5 Gramm CO₂-Äquivalente an, mit schweren Nutzfahrzeugen (> 3,5t bis 40t) sind es 89,7 Gramm. Bezüglich Feinstaubemissionen (PM₁₀) beträgt der Wert je tkm

mit der Bahn 0,002 Gramm, mit schweren Nutzfahrzeugen sind es 0,008 Gramm.

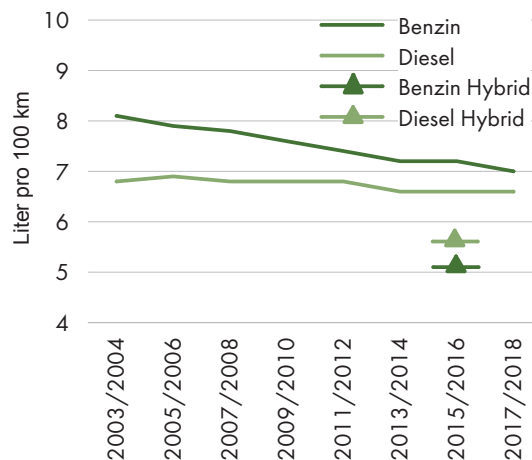
2019 lag die gesamte Transportleistung des Güterverkehrs bei 77,9 Mrd. tkm (ohne Transport in Rohrfernleitungen). Auf Österreichs Straßen betrug die Transportleistung 54,5 Mrd. tkm. Auf der Schiene wurden 21,7 Mrd. tkm und auf der Donau knapp 2 Mrd. tkm erbracht. Der Anteil der Straße betrug 2009 rund 62% (nach abweichender Datenbasis) und lag 2019 bei knapp 70%. Somit zeigen sich kaum die gewünschten Anteilsverschiebungen von der Straße zu Schiene und Schiff. Zu bedenken ist dabei, dass nahezu 50% der transportierten Güter auf Strecken unter 50 Kilometern befördert werden. Eine Verlagerung auf andere Verkehrsträger wird für diese Beförderungen nur schwer möglich sein.

4.6.3 Treibstoffverbrauch privater Pkw

Die Befragung zum Mikrozensus „Energieeinsatz der Haushalte“ erhebt alle zwei Jahre auch die Fahrleistung und den Treibstoffeinsatz von privaten Haushalten. Betrachtet man den Treibstoffverbrauch der privaten Pkw, so zeigt sich im Vergleichszeitraum ein kontinuierlicher Rückgang des Verbrauchs (Grafik 84). Dabei war der Rückgang bei Diesel-Pkw mit rund 3% weniger deutlich als bei Benzin-Pkw mit rund 14%.

Diesel-Pkw liegen in der Periode 2017/2018 (letzter verfügbares Jahr) bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 6,6 Liter pro 100 km, Benzin-Pkw bei 7,0 Liter pro 100 km.

Grafik 84
Treibstoffverbrauch des privaten Pkw-Verkehrs (Liter pro 100 km)

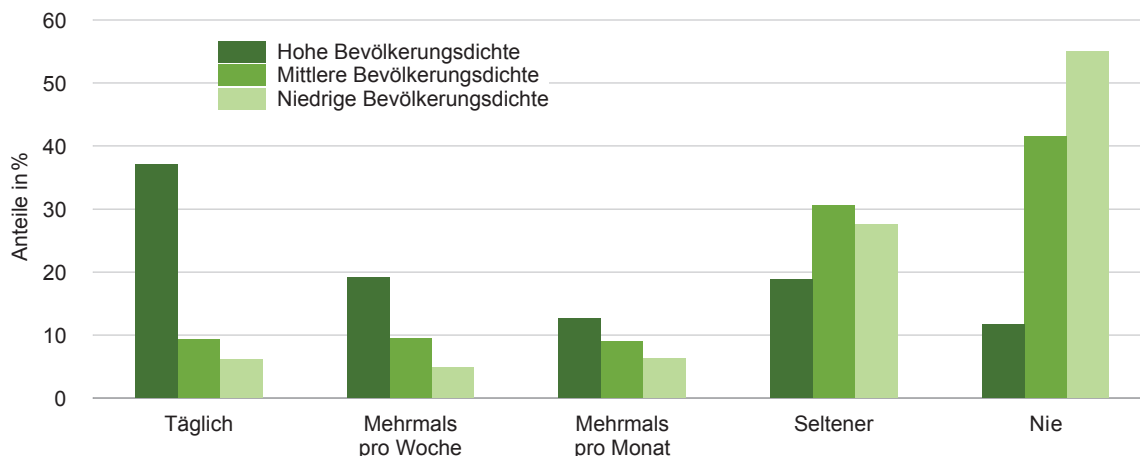


Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik: Mikrozensus „Energieeinsatz der Haushalte“.

4.6.4 Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel

Ein Blick auf die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel rundet die Betrachtung ab. Im Vergleich zum motorisierten Individualverkehr mit Diesel- oder Benzinfahrzeugen schneidet der öffentliche Verkehr (Bus oder Bahn) in Hinblick auf die Emissionen deutlich günstiger ab. Während bei einem durchschnittlichen Personenkilometer mit dem Diesel- oder Benzin-Pkw 217,5 Gramm CO₂-Äquiv. entstehen, liegt der Vergleichswert für den Linienbus bei 55,4 Gramm, bei einem Personenkilometer mit der Bahn sind es 8,1 Gramm CO₂-Äquiv. (Emissionskennzahlen 2018).

Grafik 85
Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel für tägliche Wege 2015



Q: STATISTIK AUSTRIA, Umweltstatistik: Mikrozensus !Umweltbedingungen, Umweltverhalten 2015“.

Die Mikrozensuserhebung (2015, letztverfügbares Jahr) zu Umweltbedingungen und Umweltverhalten findet alle vier Jahre statt. Die Daten zeigen, dass die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel stark von der vorhandenen Infrastruktur abhängt, welche in dicht besiedelten Gebieten besser ausgebaut ist als in gering besiedelten Gebieten (Baud – Milota, 2017, S. 102). In dicht besiedelten Gebieten verwenden 37,1% der befragten Personen täglich die öffentlichen Verkehrsmittel (19,3% mehrmals pro Woche), während in niedrig besiedelten Gebieten nur 6,1% der täglichen Fahrten damit bewältigt werden (4,8% mehrmals pro Woche, siehe Grafik 85). Im Gegensatz dazu wird in niedrig besiedelten Gebieten der Großteil der täglichen Fahrten mit dem Auto zurückgelegt: 45% fahren damit täglich, 36,1% mehrmals pro Woche. Der Anteil der Autonutzung sinkt in Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte deutlich auf 19,3% (täglich) bzw. 27,5% (mehrmals pro Woche).

Die Besiedlungsdichte richtet sich dabei nach dem Grad der Urbanisierung der Europäischen Kommission (Degree of Urbanisation). Basierend auf der Einwohnerdichte in einem Ein-Kilometer-Raster werden dabei drei Kategorien von Gemeinden unterschieden (dicht besiedelte Gebiete/densely populated area, Gebiete mittlerer Besiedlungsdichte/intermediate density area, gering besiedelte Gebiete/thinly populated area).

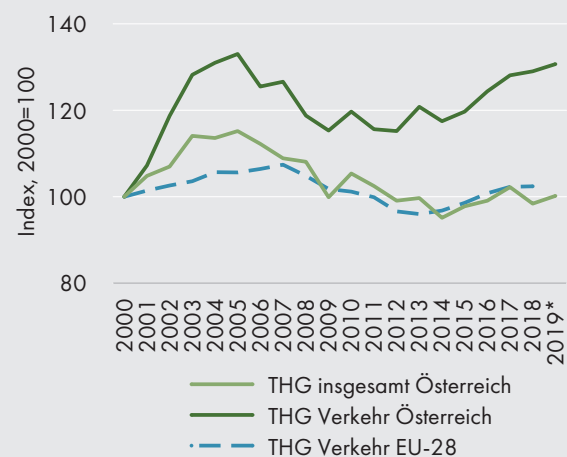
4.6.5

Treibhausgasemissionen des Verkehrs

Der Schlüsselindikator zeigt die Entwicklung der Treibhausgasemissionen des gesamten Verkehrssektors laut Daten des Umweltbundesamts. Wie bereits erwähnt wird der Verkehr „funktional“ als eigener Sektor dargestellt, sein Anteil an den gesamten Treibhausgasemissionen lag 2019 laut vorläufiger Schätzung bei 30%. Die Emissionen des Verkehrssektors werden wie der Energieverbrauch nach dem Inlandsprinzip, also auf Basis der in Österreich abgesetzten Treibstoffmengen, berechnet.

Wie Grafik 86 zeigt, wuchsen die Treibhausgasemissionen des Verkehrs im gesamten Zeitraum 2000 bis 2019 (laut vorläufiger Schätzung, Umweltbundesamt, 2020) mit 30,7% stark, während die Treibhausgasemissionen insgesamt im selben Zeitraum mit +0,2% praktisch konstant blieben. Der Sektor Verkehr wies damit im Jahr 2019 Treibhausgasemissionen im Ausmaß von rund 24 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalenten auf. Eine besonders starke Zunahme zeigt sich bis zum Jahr 2005, von 2006 bis 2014 gab es mit Ausnahme einiger Jahre einen abnehmenden Trend. In den Jahren 2016 (+4,0%) und 2017 (+3,0%) stiegen die Emissionen dagegen wieder deutlich an, ein wesentlicher Grund dafür ist laut Klimaschutzbericht 2018 der stark gestiegene fossile Kraftstoffabsatz (Umweltbundesamt, 2018b, S. 106). In den letzten beiden Jahren kam es zu einem weiteren – aber geringen – Anstieg von 0,7% bzw. 1,3%, hier ist laut Umweltbundesamt (2020, S. 10) der Straßenverkehr zu nennen (Straßengüterverkehr + 1,7%).

Grafik 86
Treibhausgasemissionen des Verkehrs



Q: Umweltbundesamt nach Klimaschutzgesetz (BGBl I Nr. 94/2013) sowie KSG-Novelle (BGBl I Nr. 128/2015). - Die Daten 2005 bis 2012 wurden entsprechend der ab 2013 gültigen Abgrenzung des Emissionshandels angepasst. *) Werte stellen vorläufige Ergebnisse dar; Eurostat.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Die Treibhausgasemissionen des Verkehrs sind über die gesamte Periode 2000 bis 2019 auf deutlich zu hohem Niveau. Auch wenn sich zwischenzeitlich in der vorigen Dekade zunächst ein temporärer Rückgang zeigte, lagen die Werte immer über dem EU-28-Durchschnitt. Die Emissionen stiegen zudem in den letzten Jahren wieder deutlich an. Während die nationalen Emissionen insgesamt gegenüber 2000 zwar nicht gesenkt, so doch stabilisiert werden konnten, sind sie im Verkehr massiv gestiegen. Die Entwicklung wird daher langfristig negativ eingeschätzt, und auch die kurzfristige Entwicklung der THG des Verkehrs wird negativ bewertet.“

Die Ursachen für die starke Steigerung der Emissionen im Verkehrssektor über den gesamten Zeitverlauf liegen im Anstieg der inländischen Fahrleistung im Straßenverkehr und dem erwähnten steigenden Treibstoffexport im Tank („Tanktourismus“). Im Jahr 2017 wurde etwa ein Viertel aller verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen dem Kraftstoffexport in Fahrzeugtanks zugewiesen, dieser Wert war im Jahr 2000 deutlich niedriger. Der Schwerkverkehr ist dabei für den Kraftstoffexport wesentlich, der Rest entfällt auf den Pkw-Verkehr (Umweltbundesamt 2019, S. 137ff).

In der aktuellen Klima- und Energiestrategie wird angestrebt, die Emissionen des Verkehrs bis 2030 um 7,2 Mio.t CO₂-Äquiv. auf rund 15,7 Mio.t CO₂-Äquiv. zu senken (BMNT & BMVIT, Juni 2018).



5

Wie geht's Österreich im EU-Vergleich?

Hohes BIP pro Kopf

Österreich lag 2019 beim BIP pro Kopf (real) EU-weit an fünfter Stelle

Lebenszufriedenheit auf hohem Niveau

40% bewerteten ihre subjektive Lebenszufriedenheit 2019 als hoch (EU-28 2018: 25,5%)

THG-Emissionen etwas über EU-28

Österreich emittierte 2018 9,2 t pro Kopf, EU-28 8,6 t pro Kopf

5.1

Österreich im europäischen Kontext

WgÖ zeichnet ein möglichst differenziertes Bild des österreichischen Wohlstands und Fortschritts. Allerdings können diese Faktoren nur im internationalen Kontext umfassend bewertet werden. Das folgende Kapitel zeigt daher für ausgewählte Indikatoren die Position Österreichs im EU-Vergleich. Nach wie vor nimmt Österreich heute in vielen Bereichen eine Spitzenposition ein, wie etwa in etlichen Dimensionen des materiellen Wohlstands oder der Lebensqualität. Dennoch zeigt vor allem ein Blick auf die Entwicklung seit dem Wirtschaftskrisenjahr 2009 auch Schwächen des österreichischen Modells.

Die vergangenen drei Jahre waren in Europa von einer wirtschaftlichen Erholung geprägt. Das reale Wirtschaftswachstum betrug EU-weit 2019 1,4%, die Erwerbstätigenquote stieg auf 73,9%. Die Arbeitslosenquote war in den letzten Jahren rückläufig und betrug 2019 im EU-Durchschnitt 6,3%.

Ein Blick auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Fundamentaldaten zeigt, dass sich Österreichs BIP 2019 ähnlich entwickelte wie jenes der Europäischen Union. Pro

Kopf wuchs das reale BIP in Österreich 2019 um 1,0%, das reale BIP pro Kopf der EU-28 um 1,2%. Beim Niveau gab es hingegen markante Unterschiede. Betrachtet man das Niveau des BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS), liegt Österreich mit 40.320 Euro und Rang 5 deutlich über dem EU-28-Schnitt von 32.020 Euro. Zudem lag die Arbeitslosigkeit in Österreich 2019 mit 4,5% unter dem EU-Schnitt von 6,3%.

Über die herkömmlichen ökonomischen Kennzahlen hinaus kann ein Blick auf weitere Indikatoren dazu beitragen, die vielfältigen Wirkungen von Wohlbefinden und Fortschritt auf unterschiedliche Lebensaspekte zu quantifizieren und zu vergleichen. Dabei sollten neben sozialen Aspekten nicht zuletzt auch umweltrelevante Entwicklungen, wie steigender Energieverbrauch oder zunehmendes Verkehrsaufkommen, betrachtet werden. Materialverbrauch und Energieverbrauch pro Kopf sind in Österreich beispielsweise deutlich über dem Durchschnitt der EU-28 angesiedelt. Positiv kann gezeigt werden, dass der Anteil der erneuerbaren Energieträger in Österreich der viert-höchste in der EU-28 ist.

5.2 Materieller Wohlstand im EU-Vergleich

Der materielle Wohlstand Österreichs ist einer der höchsten weltweit. Im Folgenden wird die Entwicklung der wichtigsten Schlüsselindikatoren des materiellen Wohlstands für Österreich im EU-Vergleich dargestellt.

In der Dimension Produktion wird dem realen BIP pro Kopf dabei das BIP pro Kopf in KKS zur Seite gestellt, um die internationale Vergleichbarkeit in Bezug auf den materiellen Wohlstand zu gewährleisten.

In den meisten EU-Staaten werden von den Regierungen bzw. Sozialversicherungen öffentliche Dienstleistungen und Güter entweder gratis oder zu wirtschaftlich nicht signifikanten Preisen zur Verfügung gestellt. Solche Sachleistungen erhöhen implizit das Einkommen bzw. den Konsum jener Haushalte, die davon profitieren. Der Indikator „real verfügbare Haushaltseinkommen pro Kopf inklusive sozialer Sachtransfers“ gibt Aufschluss über die sekundäre (also die staatlichen Umverteilungsmaßnahmen berücksichtigende) Verteilung. Bei der Betrachtung des real verfügbaren Einkommens der Haushalte pro Kopf ist es besonders für den internationalen Vergleich wichtig, soziale Sachtransfers zu berücksichtigen. In den VGR werden die Sachtransfers im „verfügbaren Haushaltseinkommen“ nach dem Verbrauchskonzept erfasst.

Der Konsum nach dem Verbrauchskonzept (Individualkonsum) umfasst jene Güter, die den privaten Haushalten zur Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Mitglieder unmittelbar dienen. Er entspricht dem Wert der Waren und Dienstleistungen, die den privaten Haushalten tatsächlich zur Verfügung stehen, selbst wenn der Erwerb dieser Waren und Dienstleistungen vom Staat oder von privaten Organisationen ohne Erwerbzweck finanziert wird (Sachtransfers). Um eine Verzerrung des Konsumvolumens durch Preisänderungen auszuschließen, wird der Konsum analog zum Einkommen preisbereinigt ausge-

wiesen. Zudem wird der Schlüsselindikator als Konsum real pro Kopf gezeigt.

Um eine Aussage über Verteilungsaspekte und Staat im EU-Vergleich treffen zu können, werden die Verteilung der verfügbaren Netto-Haushaltseinkommen (S80/S20) und der Gender Pay Gap in Österreich in diesem Kapitel den Ergebnissen der EU-28 Länder gegenübergestellt sowie der öffentliche Schuldenstand nach Maastricht im Ländervergleich gezeigt.

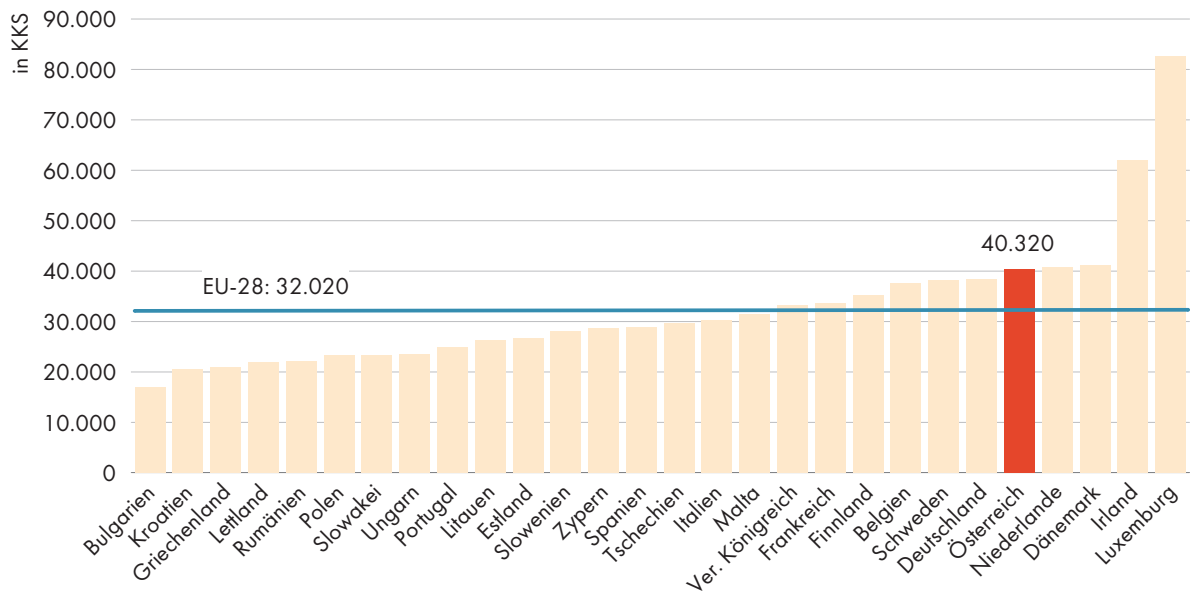
Produktion – Bruttoinlandsprodukt

Gemessen am nominellen BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS) nahm Österreich 2019 im EU-28-Vergleich hinter Luxemburg, Irland, Dänemark und den Niederlanden den fünften Platz ein. Somit zählt Österreich bei Berücksichtigung der Kopffzahl nach wie vor zu den wohlhabendsten Ländern der EU – noch vor Deutschland oder Schweden. Seit Beginn des Beobachtungszeitraumes befindet sich Österreich gemessen am nominellen BIP pro Kopf in KKS unter den stärksten sechs Volkswirtschaften (Grafik 87).

Das stärkste BIP pro Kopf in KKS weist Luxemburg auf und stellt damit einen Ausreißer im EU-Vergleich dar. 2019 lag der Wert Luxemburgs bei 82.760 Euro und betrug somit mehr als das 2,5-fache des Vergleichswertes für die EU-28 (32.020 Euro). Das BIP Luxemburgs ist aber insofern zu relativieren, als knapp die Hälfte aller in Luxemburg Beschäftigten Grenzgänger (also nicht in Luxemburg wohnhaft) sind. Bei den Berechnungen zu den Kaufkraftstandards pro Kopf wird dann folglich nur die Hälfte (nämlich jene in Luxemburg wohnhaften Personen) einbezogen. Auf der anderen Seite sind Bulgarien (16.960 Euro), Kroatien (20.620 Euro) und Griechenland (21.000 Euro) 2019 jene EU-Länder mit dem niedrigsten BIP in KKS.

Grafik 87

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (nominal) in Kaufkraftstandards (2019)



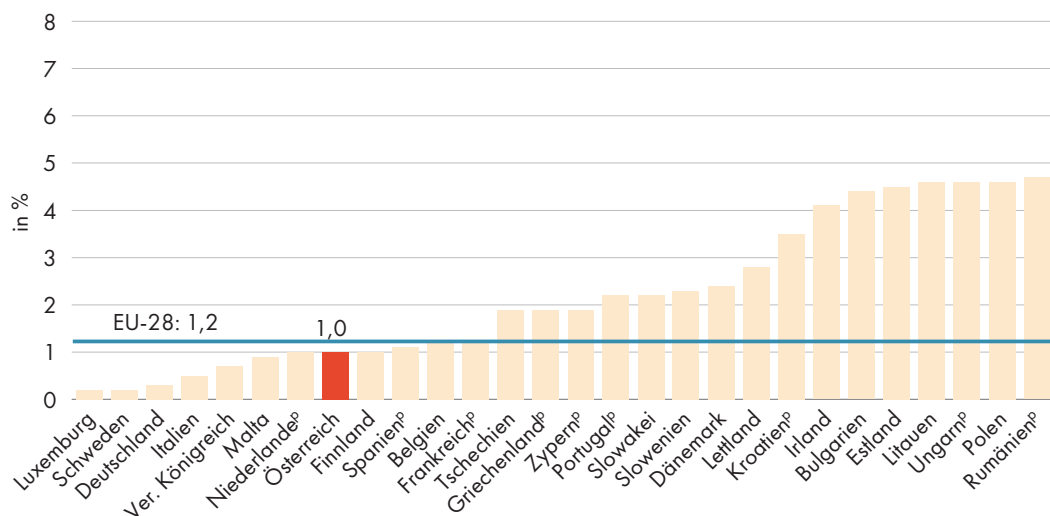
Q: Eurostat.

Betrachtet man das reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf, so zeigt sich für Österreich eine relativ verhaltene Entwicklung in den Jahren nach 2012. Nach einem leichten Rückgang 2013 und 2014 wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Österreich 2015 um 0,2% und 2016 um 0,8%. Erst 2017 und 2018 wuchs das BIP pro Kopf real wieder deutlich um 1,8% bzw. 1,9%. Damit lag Österreich 2018 etwa im Mittelfeld, der EU-28-Durchschnitt lag 2018 bei +1,8%.

Grafik 88 stellt die Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf 2019 für die EU-28-Länder dar. Zu den Ländern mit den höchsten Wachstumsraten zählten 2019 vor allem die osteuropäischen Länder, allen voran Rumänien (4,7%), Polen, Ungarn und Litauen (jeweils 4,6%) sowie Estland (4,5%). Ein geringes Wachstum von unter 0,5% verzeichneten Luxemburg, Schweden und Deutschland.

Grafik 88

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf (2019)



Q: STATISTIK AUSTRIA; Eurostat. - p) vorläufig.

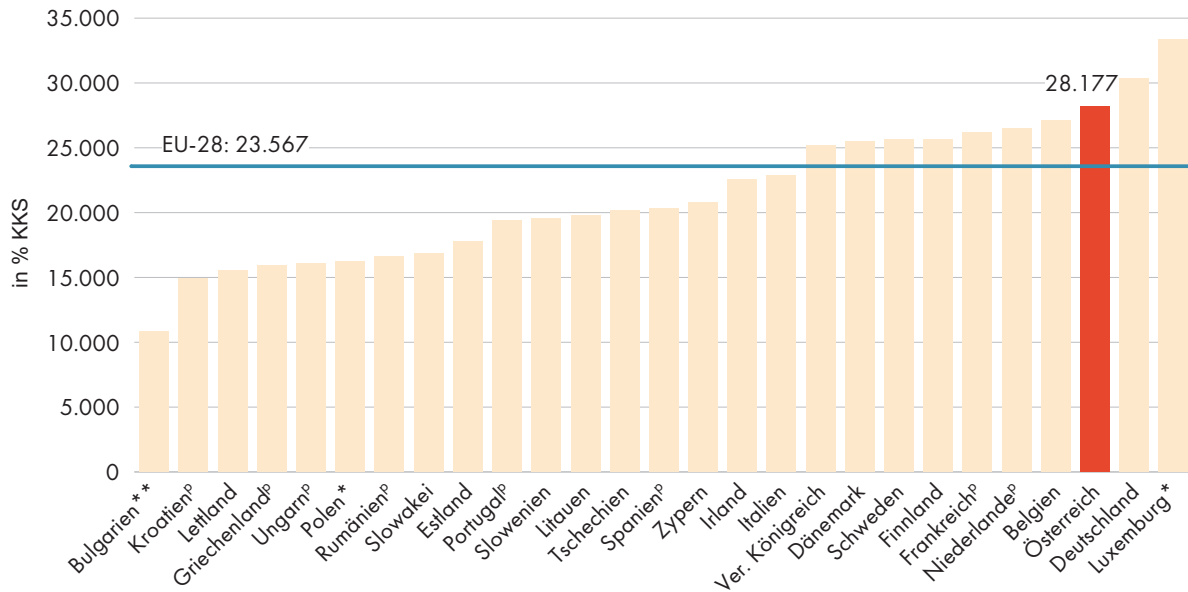
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung standen die Daten zu den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte für die meisten Länder sowie für den Durchschnitt der EU-28 für 2019 zur Verfügung. 2019 betrug das real verfügbare Haushaltseinkommen pro Kopf laut Daten von Eurostat in Österreich inklusive sozialer Sachtransfers (Bil-

dungsleistungen, Gesundheit etc.) 28.177 Euro in Kaufkraftstandards. Dies war nach Luxemburg (33.332 Euro für 2018) und Deutschland (30.333 Euro) der dritthöchste Wert in der Europäischen Union. Die geringsten Pro-Kopf-Einkommen in KKS wurden EU-weit in Bulgarien (10.875 Euro) lukriert, allerdings standen hier nur Werte für 2017 zur Verfügung. Danach folgten Kroatien und Lettland mit jeweils rund 15.000 Euro.

Grafik 89

Einkommen pro Kopf (Verbrauchskonzept) in Kaufkraftstandards (2019)



Q: Eurostat. - ** Bulgarien: 2017, * Polen, Luxemburg: 2018, Malta: keine Werte verfügbar, ^p vorläufig.

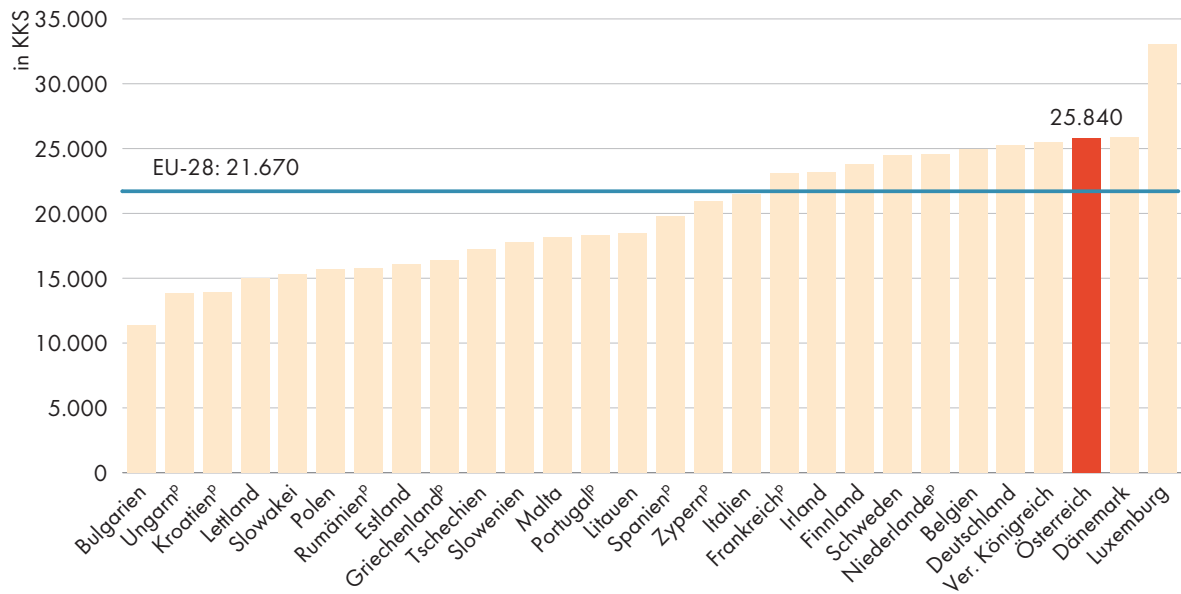
Konsum der privaten Haushalte

Wie bei den real verfügbaren Haushaltseinkommen pro Kopf war Österreich auch beim Konsum der privaten Haushalte 2019 unter den Spitzenreitern. Mit durchschnittlich 25.840 Euro pro Person in Kaufkraftstandards (KKS) war Österreich nach Luxemburg (33.030 Euro) und Dänemark

(25.910 Euro) an dritter Stelle unter den EU-Ländern mit dem höchsten Konsum der privaten Haushalte (inklusive sozialer Sachtransfers wie Bildung oder Gesundheit). Am wenigsten konsumierten die privaten Haushalte in Bulgarien (11.400 Euro), Ungarn (13.870 Euro) und Kroatien (13.960 Euro).

Grafik 90

Konsum der privaten Haushalte (2019)



Q: Eurostat. - ^P vorläufig.

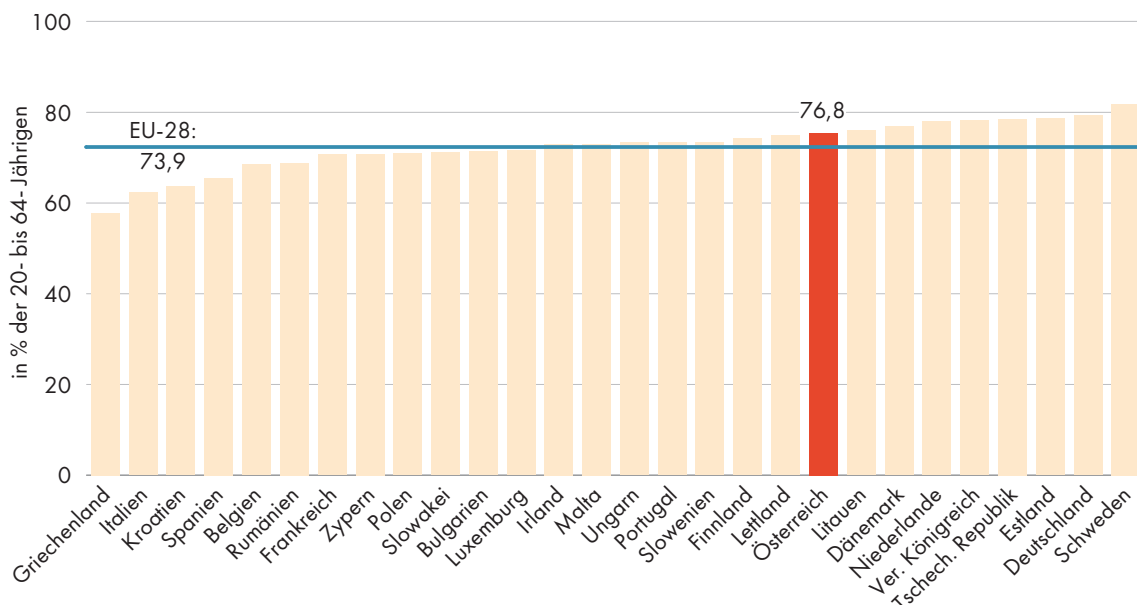
Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit

Bei der Erwerbstätigkeit lag Österreich 2019 mit einem Anteil von 76,8% der 20- bis 64-Jährigen über dem EU-Durchschnitt von 73,9%. Die höchsten Beschäfti-

gungsquoten gab es 2019 in Schweden (82,1%) und Deutschland (80,6%), auch Tschechien, Estland und die Niederlande lagen über 80%. Die niedrigsten Quoten hatten Griechenland (61,2%), Italien (63,5%) und Kroatien (66,7%).

Grafik 91

Erwerbstätigkeit der 20- bis 64-Jährigen im EU-Vergleich (2019)



Q: Eurostat, LFS 2019 (= Mikrozensus Arbeitskräfteerhebung).

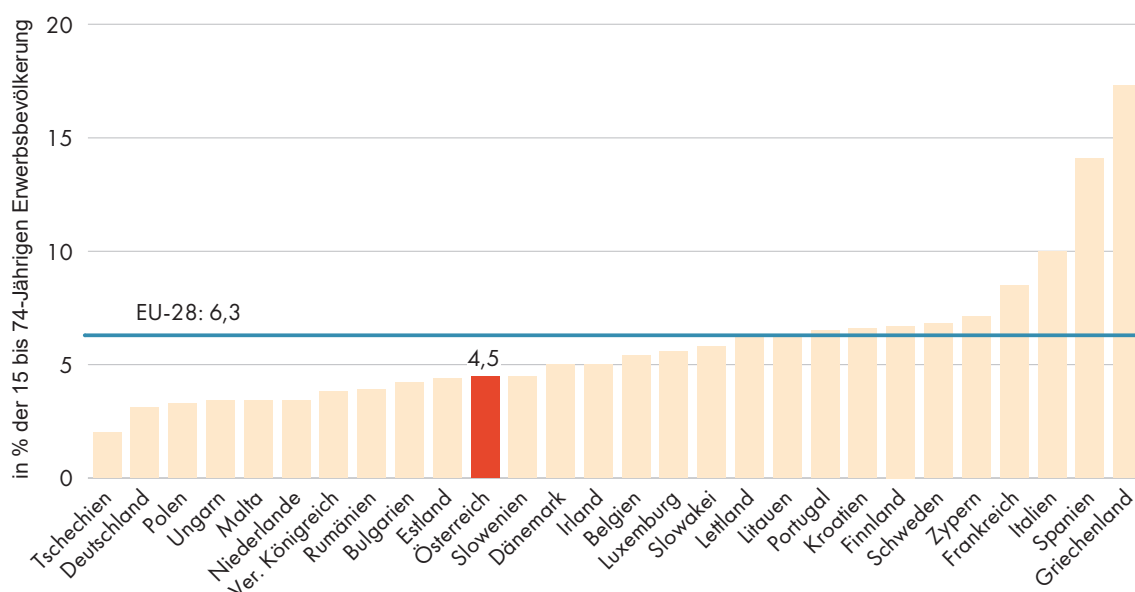
Österreich und Deutschland gehörten 2019 zu den drei Ländern mit der höchsten Teilzeitquote (27,5% bzw. 27,2%), wenn auch mit großem Abstand zu den Niederlanden, wo es einen traditionell sehr hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigten gibt (46,8%). Der allgemeine Anstieg der Teilzeit hängt einerseits mit der steigenden Erwerbstätigkeit der Frauen zusammen, andererseits war der Anstieg seit 2009 auch ein Nebeneffekt der Krise, da in vielen Ländern durch die Maßnahme der Kurzarbeit einem (noch stärkeren) Anwachsen der Arbeitslosigkeit entgegenge wirkt werden konnte.

Dennoch stellt Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union nach wie vor eine der größten Herausforderungen dar. Nach Jahren ökonomischer Krise und der Rückkehr der Rezes-

sion 2012 erreichte die Arbeitslosigkeit in der EU 2013 einen neuen Spitzenwert (10,8%). Seit 2013 ging die Quote jedoch wieder zurück. Im Jahr 2018 waren 6,8% der europäischen Erwerbsbevölkerung ohne Beschäftigung (Grafik 92).

Besonders hohe Werte erreichte die Arbeitslosigkeit in Süd- und Osteuropa, die Spitzenreiter waren wie schon in den Jahren zuvor Griechenland (17,3%), Spanien (14,1%) und Italien (10,0%). Österreich lag 2019 mit einer Arbeitslosenrate von 4,5% im EU-Vergleich an elfter Stelle unter den Ländern mit einer relativ niedrigen Arbeitslosenrate. Im EU-28-Durchschnitt ging die Quote 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 0,5-%-Punkte zurück. Dieser Rückgang der Arbeitslosigkeit war 2019 in unterschiedlicher Ausprägung in allen EU-Ländern zu beobachten.

Grafik 92
Arbeitslosigkeit (ILO-Definition) im EU-Vergleich (2019)



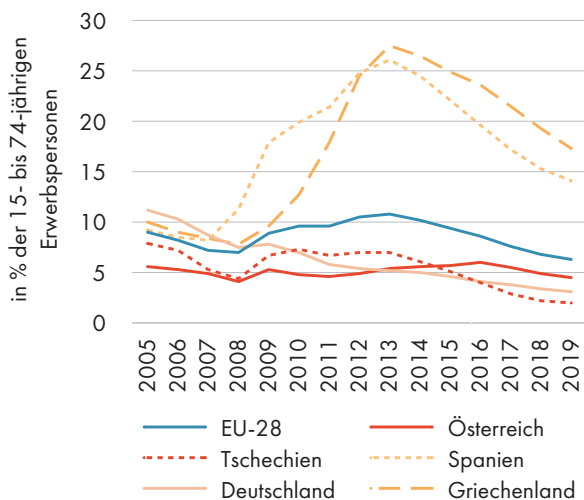
Q: Eurostat, LFS 2019 (= Mikrozensus Arbeitskräfteerhebung).

Die Position Österreichs im EU-Vergleich wird auch in Grafik 93 deutlich, welche den Zeitverlauf der Arbeitslosenquoten Österreichs, Tschechiens, Deutschlands und der EU-28 im Gegensatz zur jenen Spaniens und Griechenlands darstellt. Die Arbeitslosenquote stieg von 2008 (4,1%) auf 2009 (5,3%) deutlich an und erreichte nach zeitweiligen Rückgängen im Jahr 2016 den höchsten Stand der Zeitreihe von 6%, im Jahr 2019 lag der Wert bei 4,5%. In Deutschland konnte die Quote ausgehend von 11,2% in 2005 kontinuierlich auf 3,1% in 2019 gesenkt werden, selbst im Jahr der Wirtschaftskrise 2009 gab es nur einen marginalen Anstieg von 0,3%-Punkten. Tschechien konnte seine Arbeitslosenquote vor allem in den letzten Jahren

deutlich senken und erreichte so 2019 den EU-weit tiefsten Wert von 2%.

Mit einem drastischen Anstieg der Arbeitslosenrate im Zuge der Wirtschaftskrise und ihren Folgen waren dagegen die EU-Länder Spanien und Griechenland konfrontiert. Nach einem Anstieg von 19,7%-Punkten in Griechenland und 14,2%-Punkten in Spanien im Zeitraum 2008 bis 2013, konnte seither wieder ein Rückgang erreicht werden. Das Niveau der Arbeitslosenraten war in beiden Ländern jedoch auch 2019 noch sehr hoch und deutlich über dem EU-Schnitt von 6,3%.

Grafik 93
Arbeitslosigkeit (ILO-Definition) ausgewählter EU-Länder im Zeitverlauf



Q: Eurostat, LFS (= Mikrozensus Arbeitskräfteerhebung).

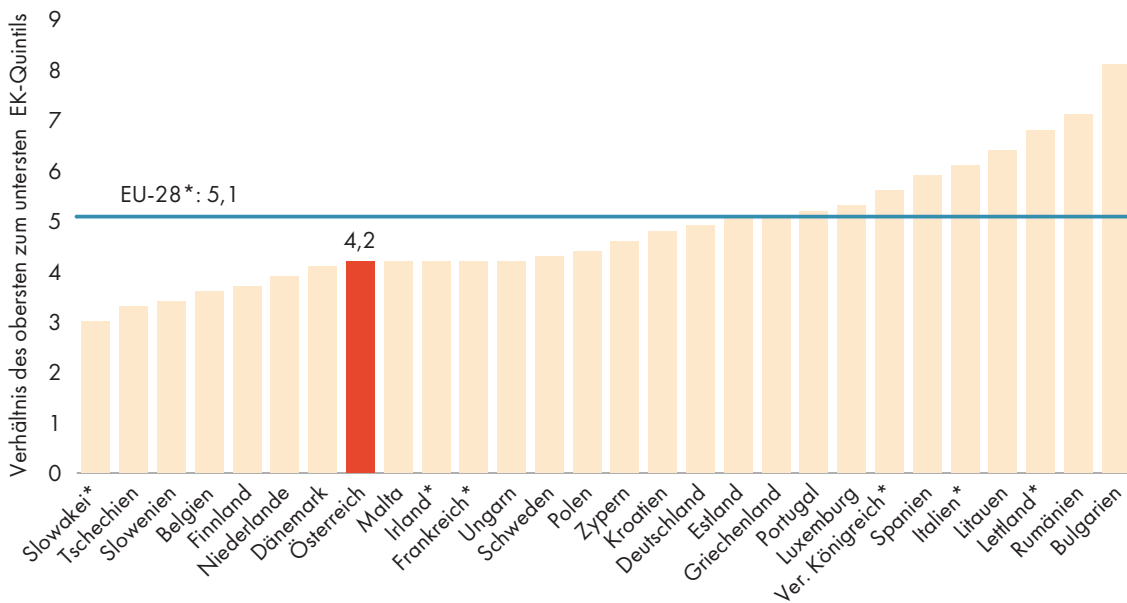
Verteilungsaspekte und Staat

Die Ungleichheit der verfügbaren Netto-Haushaltseinkommen fiel in Österreich deutlich geringer aus als im EU-

Schnitt: Im Durchschnitt hatte die Bevölkerung 2019 EU-weit im obersten Quintil rund fünfmal mehr Einkommen als jene im untersten (das Verhältnis der Einkommen des obersten Quintils zu jenem des untersten Quintils betrug 5,1:1) (Grafik 94). Österreich befand sich 2019 mit einem Verhältnis von 4,2:1 im unteren Mittelfeld und deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Die geringste Ungleichheit zwischen den Einkommensquintilen war 2019 in der Slowakei zu beobachten (3,0:1) gefolgt von Tschechien (3,3:1) und Slowenien (3,4:1). Die höchste Einkommensungleichheit zeigte sich demgegenüber in Bulgarien (8,1:1), Rumänien (7,1:1) und Lettland (6,8:1).

Bemerkenswert erscheint hier insbesondere der Umstand, dass hinsichtlich der Einkommensverteilung extreme Unterschiede zwischen den zwölf neueren Mitgliedstaaten zu beobachten sind. Während die Baltischen Staaten, Bulgarien und Rumänien zu den Ländern mit der höchsten ökonomischen Ungleichheit zählten, waren alle anderen neueren Mitgliedsstaaten unter jenen Ländern mit den geringsten Unterschieden zwischen den Einkommensgruppen. Bei der Interpretation ist freilich zu bedenken, dass der Indikator eine reine Verteilungskennzahl ist; er trifft also keine Aussagen über den Reichtum eines Landes, sondern bildet lediglich ab, wie nah die höchsten und niedrigsten Einkommen in einem Land beieinanderliegen.

Grafik 94
S80/S20-Einkommensquintilsverhältnis der verfügbaren Netto-Haushaltseinkommen (2019)



Q: Eurostat. - * vorläufig.

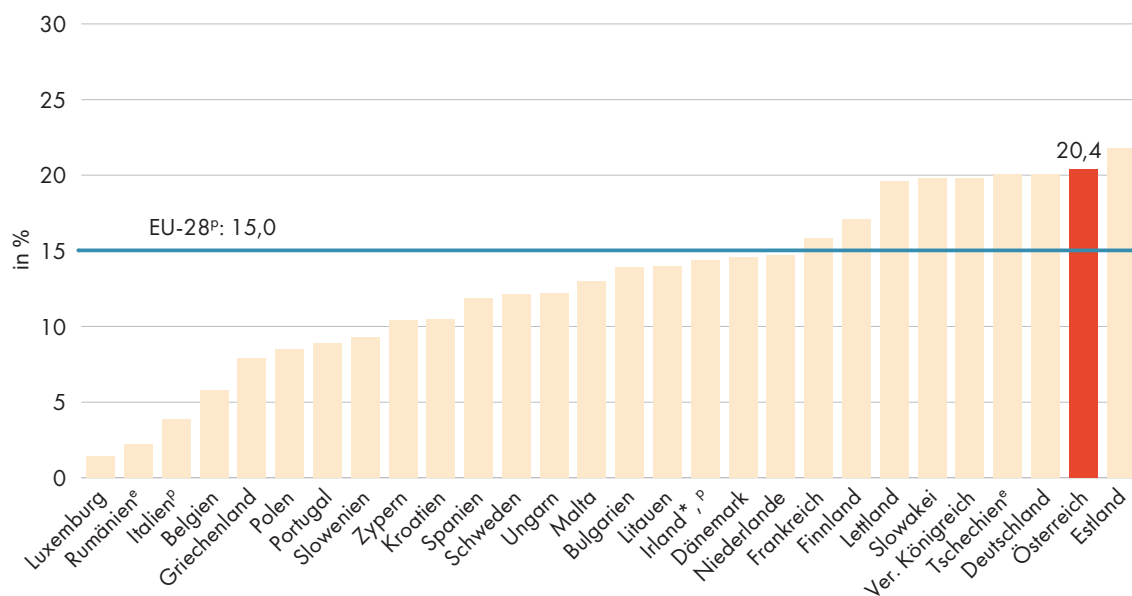
Ein wichtiger Verteilungsindikator, bei welchem Österreich traditionell jedoch schlecht abschneidet, ist der Gender Pay Gap (Grafik 98). Der geschlechtsspezifische Lohnunterschied (ohne Anpassungen) beschreibt die Differenz

zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten der männlichen und der weiblichen Beschäftigten in Prozent der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der männlichen Beschäftigten. Im EU-Vergleich findet sich

Österreich unter jenen Ländern mit sehr hohen Lohnunterschieden zwischen Männern und Frauen, 2018 lag Österreich beim Gender Pay Gap mit 20,4% hinter Estland (21,8%) an vorletzter Stelle, gefolgt von Deutschland mit 20,1%. Die geschlechtsspezifischen Lohnunter-

schiede fielen in den EU-28 im Durchschnitt mit zuletzt 15,0% deutlich geringer aus. Spitzenreiter der lohnbezogenen Gleichstellung waren Luxemburg (1,4%), Rumänien (2,2%) und Italien (3,9%).

Grafik 95
Gender Pay Gap im EU-Vergleich (2018)



Q: Eurostat. - ^p vorläufig, ^e geschätzt.

Die Unterschiede zwischen den Ländern haben mit einer Reihe komplexer Faktoren zu tun, die in wechselseitiger Beziehung zueinander stehen: Einflüsselemente wie etwa Unterschiede in den Frauenerwerbsquoten, Teilzeitquoten oder der Einfluss der sektoralen Segregation u.a. variieren teilweise beträchtlich zwischen den Mitgliedstaaten. Der Gender Pay Gap ist daher immer in Verbindung mit weiteren Kontextfaktoren zu interpretieren. So weisen die Daten zur Erwerbsintegration von Frauen darauf hin, dass Länder mit einem niedrigen Gender Pay Gap, wie Italien oder Malta, tendenziell eine niedrigere Frauenerwerbsquote aufweisen als Länder mit einem hohen geschlechtsspezifischen Lohnunterschied.

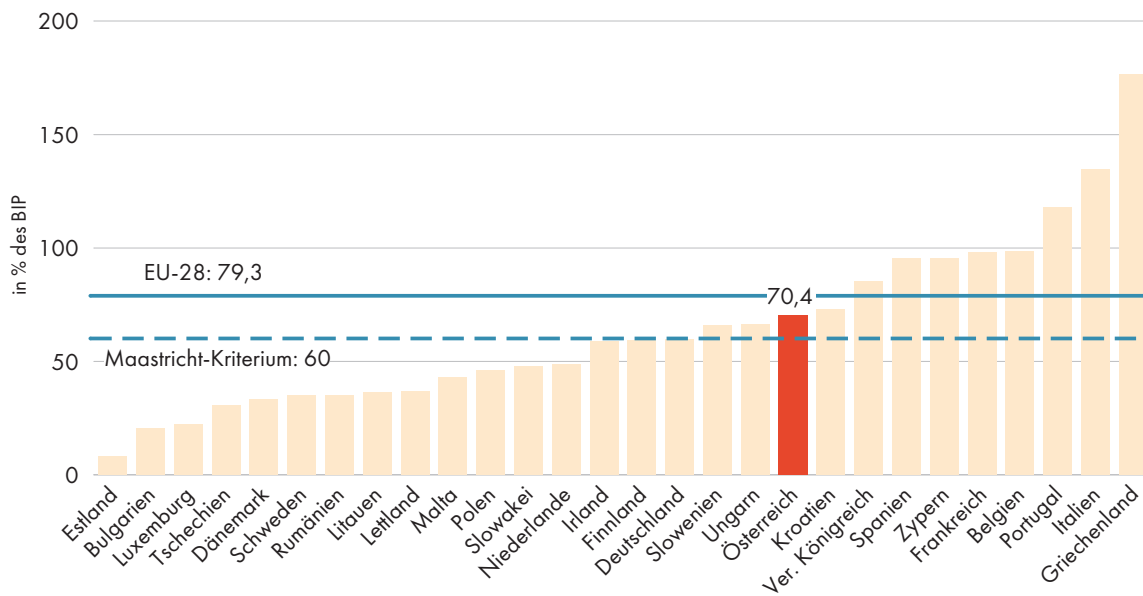
Für Österreich, aber auch für andere Länder wie die Niederlande, das Vereinigte Königreich oder Deutschland ist ein gegenteiliger Effekt zu beobachten. In diesen Ländern kann sowohl ein hoher Gender Pay Gap als auch eine hohe Frauenerwerbsquote beobachtet werden. Zudem geht die hohe Frauenerwerbsquote in diesen Ländern gleichzeitig mit einer hohen Teilzeitquote der Frauen einher. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen stellt somit

in einigen Ländern einen relevanten Faktor dar. Die Tatsache, dass eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen jedoch nicht zwangsläufig zu einem hohen Gender Pay Gap führt, zeigt das Beispiel der skandinavischen EU-Mitgliedstaaten Schweden und Dänemark. In beiden Ländern liegt der geschlechtsspezifische Lohnunterschied trotz hoher Frauenerwerbsquoten und hoher Teilzeitbeschäftigung der Frauen unter EU-Durchschnitt (Geisberger & Glaser 2014).

Einen im internationalen Kontext der Europäischen Union wichtigen Indikator stellt der öffentliche Schuldenstand nach Maastricht dar, welcher maximal 60% des BIP erreichen darf. 2019 lag der Schuldenstand in zwölf EU-Ländern über diesem Wert, allen voran Griechenland, welches mit 176,6% des BIP den mit Abstand höchsten Schuldenstand verzeichnete. Ebenfalls wiesen Italien und Portugal einen hohen Schuldenstand von 134,8% respektive 117,7 % des BIP auf. Österreich lag mit 70,4% des BIP an zehnter Stelle. Auf der anderen Seite befanden sich Estland (8,4%), Bulgarien (20,4%) und Luxemburg (22,1%) unter den Ländern mit einem niedrigen Schuldenstand.

Grafik 96

Öffentlicher Schuldenstand nach Maastricht



Q: Eurostat.

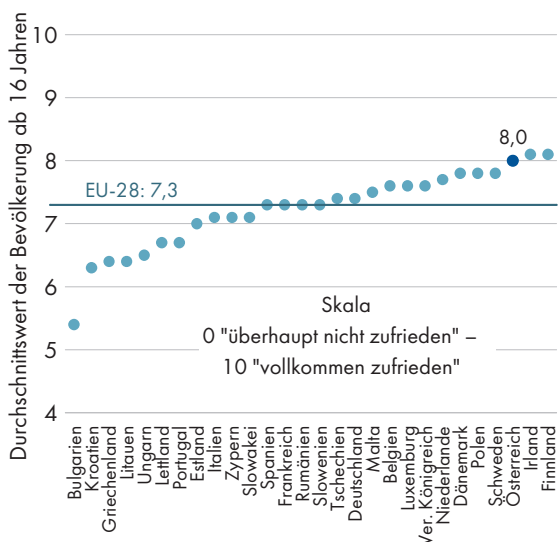
5.3 Lebensqualität im EU-Vergleich

Österreich nimmt im EU-Vergleich in den meisten Dimensionen der Lebensqualität eine herausragende Position ein. In diesem Kapitel soll, wie auch schon beim materiellen Wohlstand, die Situation Österreichs herausgestrichen und die österreichische Entwicklung gegenüber anderen EU-Ländern dargestellt werden.

Subjektives Wohlbefinden

Die Beurteilung des eigenen Lebens fällt in Österreich sehr positiv aus: Bei der Lebenszufriedenheit der Personen ab 16 Jahren nahm Österreich mit einem durchschnittlichen Wert von 8,0 auf einer Skala von 0 „überhaupt nicht zufrieden“ bis 10 „vollkommen zufrieden“ im EU-Vergleich 2018 den dritten Rang ein (Grafik 97), der nur noch von Irland und Finnland (jeweils 8,1 von 10) übertroffen wurde. Am unteren Ende des Länder-Rankings fanden sich die Staaten Bulgarien (5,4 von 10), Kroatien (6,3), Griechenland und Litauen (beide 6,4 von 10). Der EU-28 Durchschnittswert der Lebenszufriedenheit lag bei 7,3.

Grafik 97
Lebenszufriedenheit der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2018)



Q: Eurostat. Mittelwerte auf einer Skala von 0 (überhaupt nicht zufrieden) bis 10 (vollkommen zufrieden).

Soziale Teilhabe und Armut

Der Indikator der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung setzt sich aus dem relativen Armutsmaß der sogenannten Armutsgefährdung (d.h. verfügbares Haushaltseinkommen geringer als 60% des Medianeinkommens), geringer oder nicht vorhandener Erwerbstätigkeit im Haushalt und dem absoluten Armutsmaß der erheblichen materiellen Deprivation (d.h., dass sich diese Haushalte regelmäßige oder größere Ausgaben nicht leisten können) zusammen (siehe Kapitel 3.2.3). Im EU-Vergleich lag Österreich 2019 wie auch schon in den Vorjahren beim Anteil der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten an der Gesamtbevölkerung im besten Drittel und mit 16,9% deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 21,4% (Grafik 98)⁴⁶. Die höchsten Quoten der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung hatten Bulgarien (32,5%), Rumänien (31,2%) und Griechenland (30%).

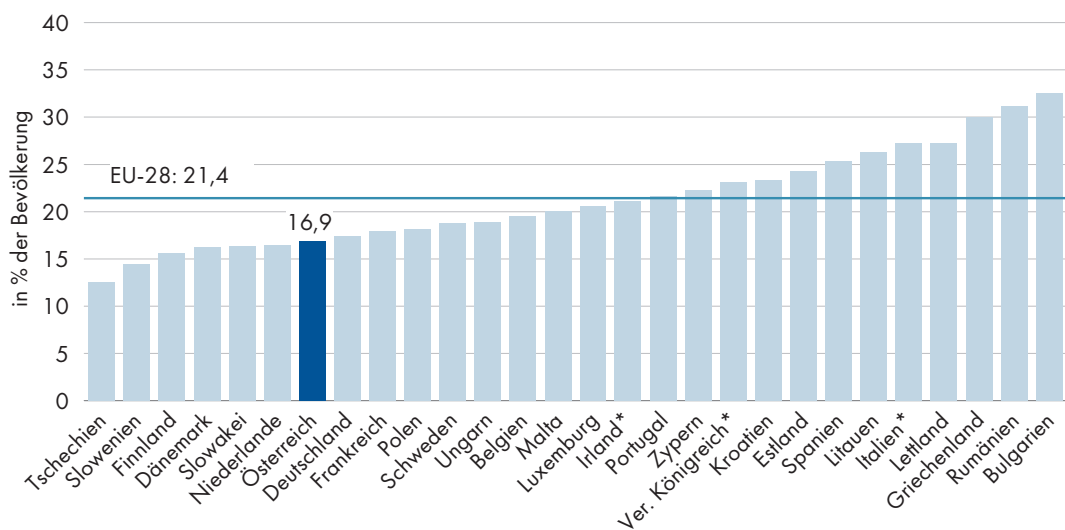
EU-weit sollten gemäß der Europa-2020-Strategie innerhalb von zehn Jahren 20 Millionen Menschen aus der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung gebracht werden. 2008 waren in der EU (damals EU-27 ohne Kroatien) 23,7% der Bevölkerung armuts- oder ausgrenzungsgefährdet, das entsprach 116,1 Millionen Menschen. Bis 2012 stieg die Quote der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten in der EU weiter an, erst danach war ein abnehmender Trend festzustellen. 2019 waren 21,4% bzw. 107,5 Mio. Menschen in der EU armuts- oder ausgrenzungsgefährdet – um rund neun Mio. weniger als zu Beginn der Strategie im Jahr 2008. Die angestrebte Reduktion um 20 Mio. Menschen konnte auf EU-28-Ebene damit auch ein Jahr nach Ablauf des Europa-2020-Zehnjahresplans nicht erreicht werden, wenngleich sich ein Sinken der Quote in den letzten Jahren zeigt.

Österreich hat hingegen sein nationales Ziel – mit einem Jahr Verzögerung – erreicht. Beim absoluten Armutsmaß der erheblichen materiellen Ausgrenzung sank die Quote in Österreich von 2008 bis 2019 von 5,9% auf 2,6% und damit sogar um mehr als die Hälfte (siehe Kapitel 3.2.3).

⁴⁶ Die EU-Zahlen für 2019 sind vorerst Schätzungen, die Eurostat im Oktober 2020 durchgeführt und veröffentlicht hat, da noch nicht für alle Länder Daten vorlagen. Dies trifft auf alle Ergebnisse mit Datenquelle EU-SILC zu. Länder, für die noch Ergebnisse aus 2018 verwendet wurden, sind gekennzeichnet.

Grafik 98

Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung im EU-Vergleich (2019)



Q: Eurostat. - * Für einzelne Länder ist EU-SILC 2019 noch nicht verfügbar, daher für diese Werte aus EU-SILC 2018.

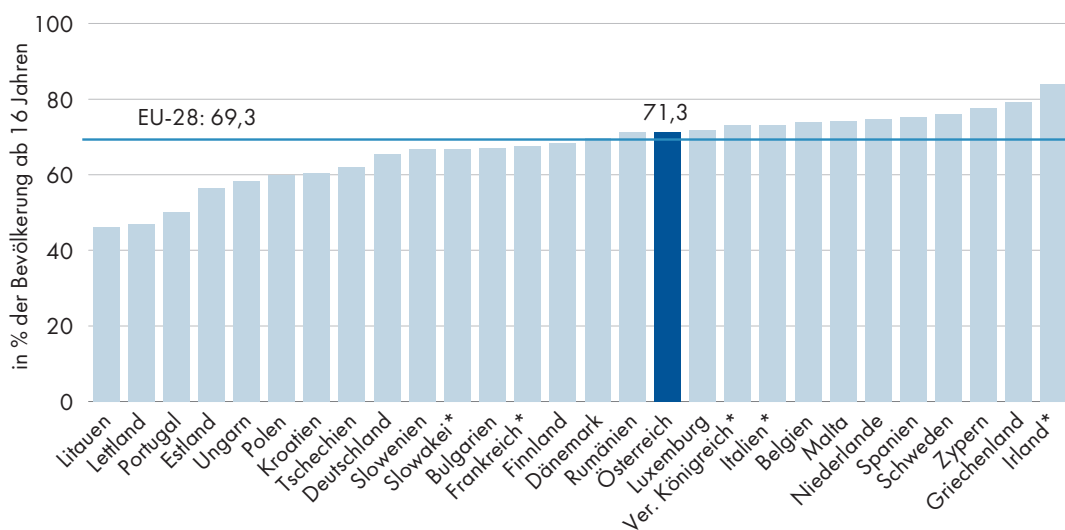
Gesundheit

Der Schlüsselindikator „subjektive Gesundheitseinschätzung“ basiert europaweit auf der EU-SILC-Frage: „Wie ist Ihre Gesundheit im Allgemeinen?“ (Antwortmöglichkeiten: sehr gut, gut, mittelmäßig, schlecht, sehr schlecht). Befragt werden Personen ab 16 Jahren, in Ausnahmefällen sind auch Angaben durch Haushaltsangehörige zulässig.

Grafik 99 zeigt den EU-Ländervergleich für den Anteil der Bevölkerung, die ihre Gesundheit als gut oder sehr gut einschätzen. EU-weit gaben 2019 mehr als zwei Drittel der Bevölkerung ab 16 Jahren (69,3%) an, bei sehr guter oder guter Gesundheit zu sein. Österreich befand sich mit 71,3% sogar noch etwas über diesem EU-Durchschnittswert. Spitzenreiter waren Irland (84,1%, Wert allerdings aus 2018), Griechenland (79,3%) und Zypern (77,8%). Den geringsten Anteil an Personen mit sehr guter oder guter Gesundheit hatte Litauen mit 46,2%.

Grafik 99

Subjektiver Gesundheitszustand der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2019)



Q: Eurostat. - * Für einzelne Länder ist EU-SILC 2019 noch nicht verfügbar, daher für diese Werte aus EU-SILC 2018.

8,4% der EU-Bevölkerung ab 16 Jahren empfanden 2019 ihre Gesundheit demgegenüber als schlecht oder sehr schlecht. Österreich lag mit 7,8% unter dem EU-Durchschnitt. Die höchsten Raten schlechter oder sehr schlechter Gesundheit wies Kroatien (16,8%) auf, die geringste wiederum Irland (3,3%, Wert 2018).

Bildung

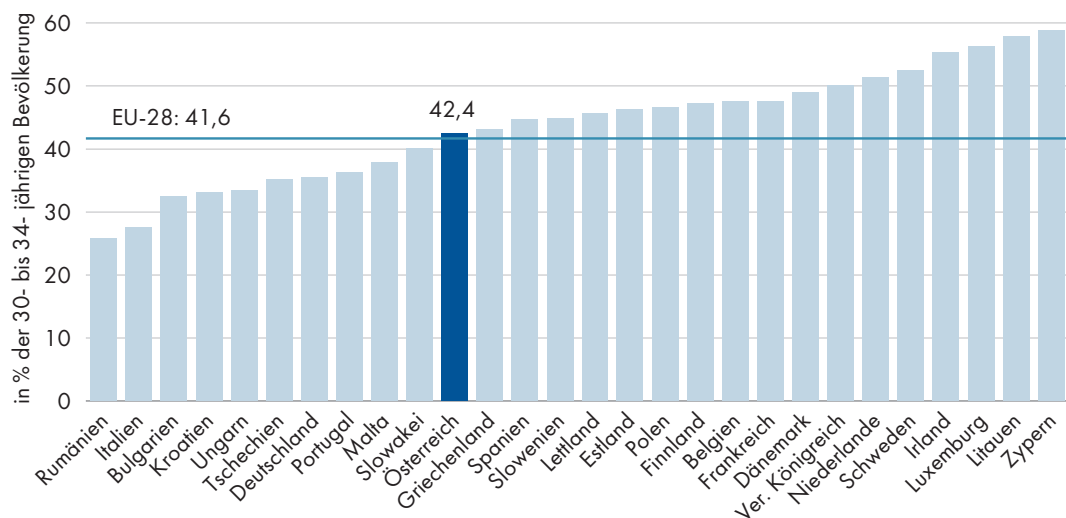
Die Tertiärquote stellt den Prozentanteil der 30- bis 34-Jährigen mit Hochschulabschluss oder einem nicht-akademischen tertiären Bildungsabschluss an der Gesamtgruppe der 30- bis 34-jährigen Bevölkerung dar. Als Tertiärabschluss werden grundsätzlich Abschlüsse der ISCED-Kategorien 5 bis 8 nach ISCED 2011 (ab 2014) bzw. 5a und 5b sowie 6 nach ISCED97 (bis 2013) gewertet. Neben akademischen Abschlüssen (Bachelor, Master etc.) zählen hierzu in Österreich Abschlüsse der berufsbildenden und lehrerbildenden Akademien sowie auch Meister- und Werk-

meisterabschlüsse und die Reife- und Diplomprüfung an berufsbildenden höheren Schulen.

Unter der ISCED97 wurde bei Abschlüssen der berufsbildenden höheren Schulen in Österreich (BHS wie z.B. HTL, HAK etc.) zwischen Kolleg und anderen BHS-Formen unterschieden, die ISCED 4a zugeordnet waren, aber im Rahmen des nationalen Monitorings als einem Tertiärabschluss gleichwertig gezählt werden konnten (siehe hierzu: BKA 2012, S.10). Mit Einführung der ISCED 2011 gelten die BHS-Abschlüsse jedoch generell als tertiär.

Im internationalen Vergleich lag Österreich bei der Tertiärbildung der 30- bis 34-Jährigen mit 42,4% (unter Einbeziehung der berufsbildenden höheren Schulen) 2019 über dem EU-Durchschnitt von 41,6% (Grafik 101). EU-Spitzenreiter waren Zypern (58,8%), Litauen (57,8%) und Luxemburg (56,2%). Die niedrigsten Tertiärquoten hatten Rumänien (25,8%) und Italien (27,6%).

Grafik 100
Tertiärquote der 30- bis 34-Jährigen im EU-Vergleich (2019)



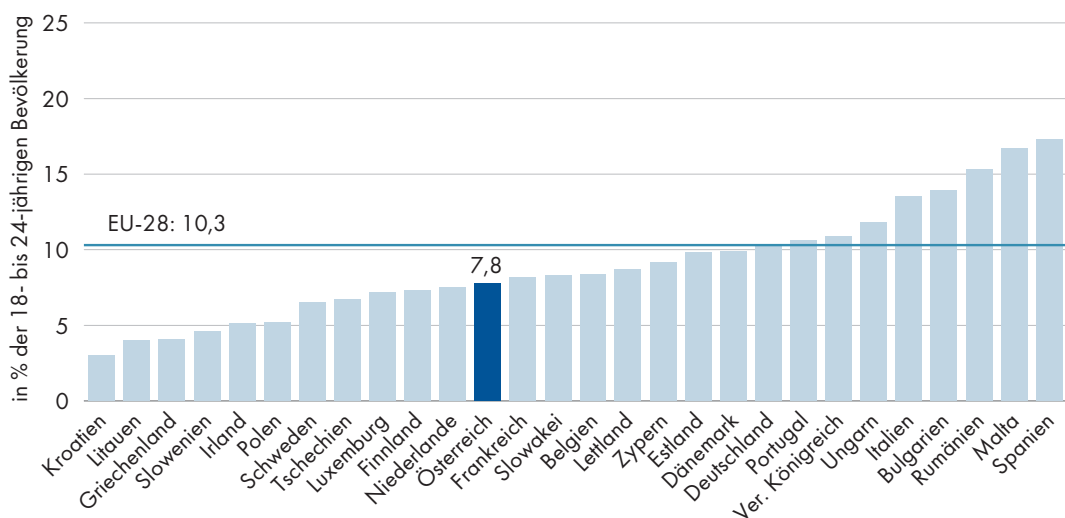
Q: Eurostat.

Der zweite wichtige Indikator im Bereich Bildung, der auch ein Bildungsziel der Europa-2020-Strategie unterfüttert, ist die Quote der frühen Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger (Grafik 101). Als solche werden Personen zwischen 18 und 24 Jahren bezeichnet, die nur die untere Sekundarstufe (Sekundarstufe I) absolviert haben – eventuell ohne diese erfolgreich abzuschließen – und an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen.

Österreich lag 2019 mit 7,8% im europäischen Vergleich im Mittelfeld. Im Durchschnitt gab es 2019 10,3% frühe Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger in den EU-28-Ländern. Die niedrigsten Quoten erreichten Kroatien (3%), Litauen (4%) und Griechenland (4,1%). Die höchsten Anteile zeigten Spanien (17,3%), Malta (16,7%) und Rumänien (15,3%).

Grafik 101

Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger im EU-Vergleich (2019)



Q: Eurostat.

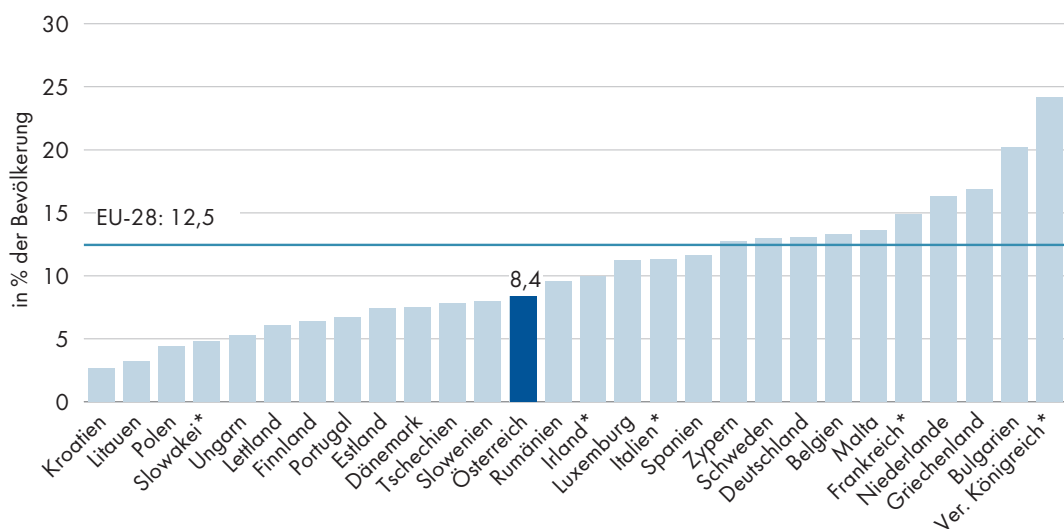
Physische Unsicherheit

Physische Unsicherheit bezieht sich auf sämtliche externe Faktoren, die die physische Integrität einer Person gefährden. Verbrechen und Unfälle sind dabei nur zwei offensichtliche Ausformungen. Auch darüber hinaus sind Menschen im Alltag mit Gewalt und physischer Unsicherheit konfrontiert. Dabei ist sowohl der Aspekt des subjektiven Unsicherheitsempfindens als auch jener der objektiven Sicherheit bzw. Unsicherheit, wie sie etwa in der Kriminalstatistik abgebildet wird, von Bedeutung. Die subjektive Unsicherheit ist hier durch den Indikator „physisches Unsicherheitsempfinden“ aus EU-SILC abgedeckt. Die entsprechende Frage lautet: „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus?“

Die objektive Sicherheit wird durch den Subindikator der Tötungsrate aus der Todesursachenstatistik abgebildet.

Im EU-28-Durchschnitt gaben im Jahr 2019 12,5% der Bevölkerung an, sich unsicher zu fühlen. Im Ländervergleich lag der Anteil der in Österreich lebenden Personen, die sich von Gewalt, Kriminalität oder Vandalismus in ihrer Wohnumgebung bedroht fühlten, mit 8,4% etwa im Mittelfeld, jedoch deutlich unter diesem Durchschnittswert (Grafik 102). Die höchsten Quoten wiesen das Vereinigte Königreich (24,2%, Wert 2018), Bulgarien (20,4%) und Griechenland (16,9%) auf. Am wenigsten von Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus in der Wohngegend fühlte sich hingegen die Wohnbevölkerung in Kroatien (2,7%) und Litauen (3,2%) bedroht.

Grafik 102
Physisches Unsicherheitsempfinden im EU-Vergleich (2019)



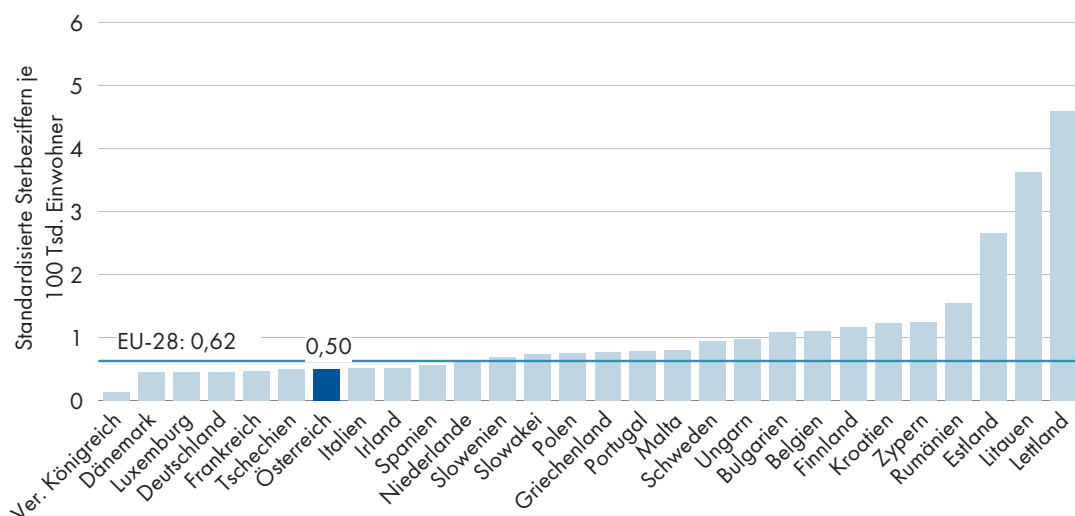
Q: Eurostat. - *Für einzelne Länder ist EU-SILC 2019 noch nicht verfügbar, daher für diese Werte aus EU-SILC 2018.

Objektive Informationen zur Sicherheitslage eines Landes liefert der Indikator „Todesfälle aufgrund von Mord, Totschlag oder Verletzungen“ (Grafik 103). Die aktuellsten vergleichbaren Daten stammen aus dem Jahr 2016. Österreich gehörte mit 0,5 Todesfällen pro 100.000 Personen zu den Ländern mit den niedrigsten Tötungsrate weltweit.

Im EU-Vergleich wies das Vereinigte Königreich mit 0,1 die niedrigste Rate an Todesfällen durch Mord oder Totschlag auf, was insbesondere vor dem Hintergrund bemerk-

enswert ist, dass das Vereinigte Königreich beim Unsicherheitsempfinden vergleichsweise sehr hohe Quoten erreicht. Die höchsten Tötungsrate hatten die drei Baltischen Staaten Estland (2,7 pro 100.000 Personen), Litauen (3,6) und Lettland (4,6). Auch hier zeigt sich eine Diskontinuität mit dem Schlüsselindikator: alle drei Länder liegen bei der gefühlten Unsicherheit deutlich unter dem EU-28-Durchschnitt. Zwischen der gefühlten Unsicherheit innerhalb eines Landes und der Tötungsrate kann also keine direkte Verbindung beobachtet werden.

Grafik 103
Todesfälle aufgrund von Mord, Totschlag und Verletzungen im EU-Vergleich (2016)



Q: Eurostat, letztverfügbares Jahr 2016.

Vertrauen in die gesellschaftliche Organisation

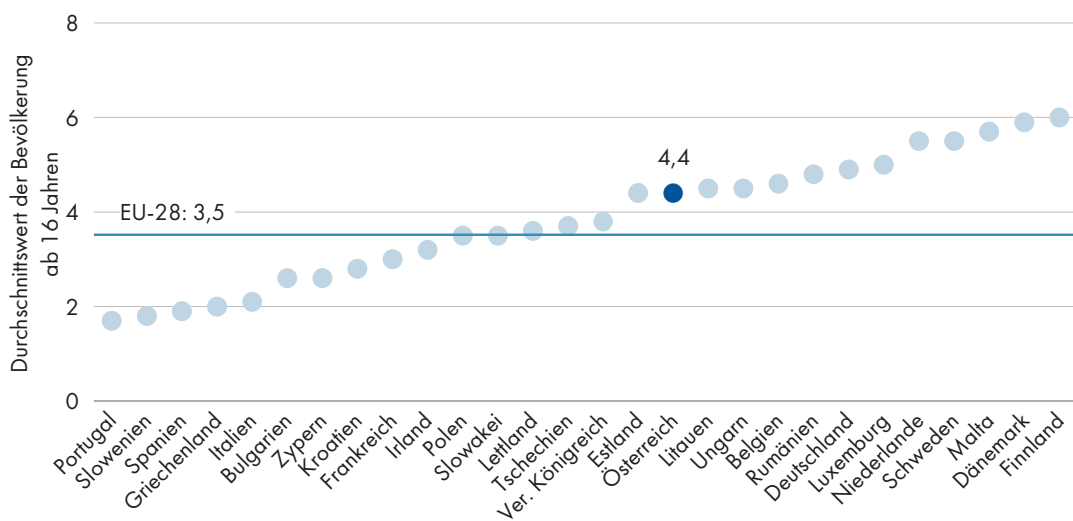
Wie sehr vertrauen die in der EU lebenden Personen dem politischen System? Erstmals wurde diese Frage 2013 im EU-SILC-Sondermodul zum Wohlbefinden gestellt. Im internationalen Vergleich zeigt sich hier, dass jene Länder, die von der Wirtschafts- und Finanzkrise hart getroffen wurden, nur sehr geringes Vertrauen in das politische System haben. Zugleich ist – wie auch bei vielen anderen Indikatoren zur Lebensqualität – ein deutliches Nord-Süd-Gefälle zu beobachten (Grafik 104): Die niedrigsten Mittelwerte auf einer Skala von 0 „vertraue überhaupt

nicht“ bis 10 „vertraue vollkommen“ wurden in Portugal (1,7 von 10), Slowenien (1,8 von 10), Spanien (1,9 von 10), Griechenland (2,0) und Italien (2,1 von 10) gemessen. Österreich lag mit einem Mittelwert von 4,4 von 10 möglichen Punkten über dem EU-Durchschnitt von 3,5. Die höchsten Vertrauenswerte genossen die politischen Systeme in den Ländern Niederlande (5,5), Schweden (5,5), Malta (5,7), Dänemark (5,9) und Finnland (6,0).

2019 ist die Beurteilung in Österreich in Summe noch etwas positiver ausgefallen (4,7). EU-Vergleichswerte gibt es jedoch nur für 2013.

Grafik 104

Vertrauen in das politische System der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2013)



Q: Eurostat.

Wohnen

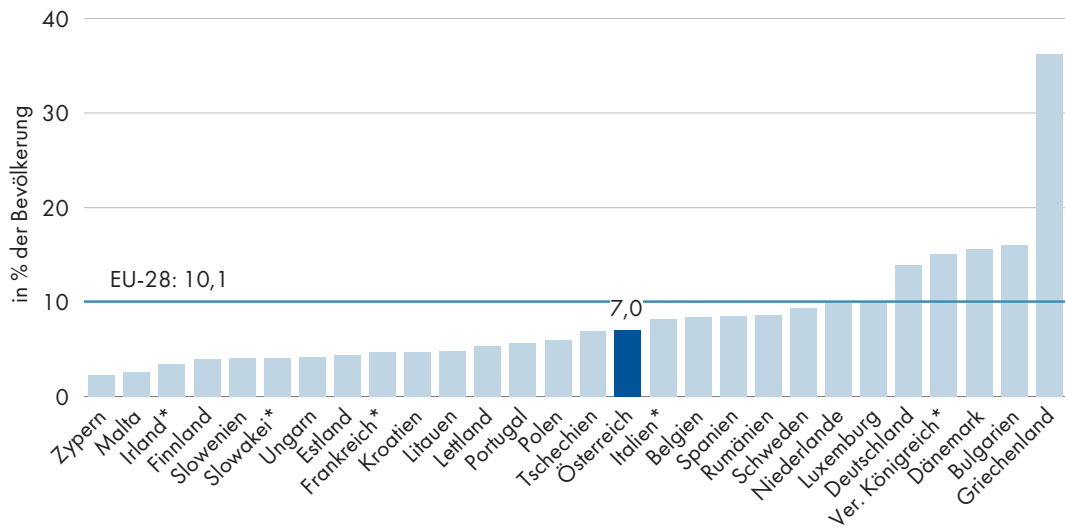
Für die Dimension „Wohnen“ beschreibt der Schlüsselindikator der sogenannten Wohnkostenüberbelastung den Anteil der Bevölkerung, deren Wohnungsaufwand 40% des Haushaltseinkommens übersteigt. Als Wohnungsaufwand zählen dabei alle Ausgaben für Miete, Betriebskosten, Heizung, Energie und Instandhaltung sowie Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung oder Sanierung von Wohnraum, wobei Wohn- und Mietbeihilfen sowohl vom Wohnungsaufwand wie auch dem Haushaltseinkommen abgezogen werden. Dadurch wird bereits ersichtlich, dass

bei einem Vergleich der europäischen Länder u.a. auch ihre Mieter- bzw. Eigentümerstruktur und Wohnformen mitgedacht werden müssen.

2019 waren im Durchschnitt in der EU-28 10,1% der Bevölkerung von hohen Wohnkosten im Verhältnis zum Haushaltseinkommen betroffen (Grafik 108). Der Anteil der Personen mit einer Wohnkostenüberbelastung betrug in Österreich hingegen nur 7%. Griechenland (36,2%) wies mit großem Abstand den höchsten Anteil an Personen mit Wohnkostenüberbelastung auf. Den geringsten Anteil hatte Zypern mit 2,3%.

Grafik 105

Wohnkostenüberbelastung (Wohnkosten >40% des Haushaltseinkommens) im EU-Vergleich (2019)



Q: Eurostat. - * Für einzelne Länder ist EU-SILC 2019 noch nicht verfügbar, daher für diese Werte aus EU-SILC 2018.

5.4 Umwelt im EU-Vergleich

Im aktuellen Kapitel wird die Entwicklung von Umweltindikatoren im europäischen Zusammenhang betrachtet. Wie im Kapitel 5.2 gezeigt, ist der materielle Wohlstand in Österreich einer der höchsten in der EU. Unter dem ökologischen Blickwinkel von Wohlstand und Fortschritt zeigt sich Österreichs Position in der EU jedoch durchwachsen. Material und Energieverbrauch pro Kopf sind beispielsweise deutlich über dem Durchschnitt der EU-28 angesiedelt. Positiv kann gezeigt werden, dass der Anteil der erneuerbaren Energieträger in Österreich der vierthöchste in der EU-28 ist.

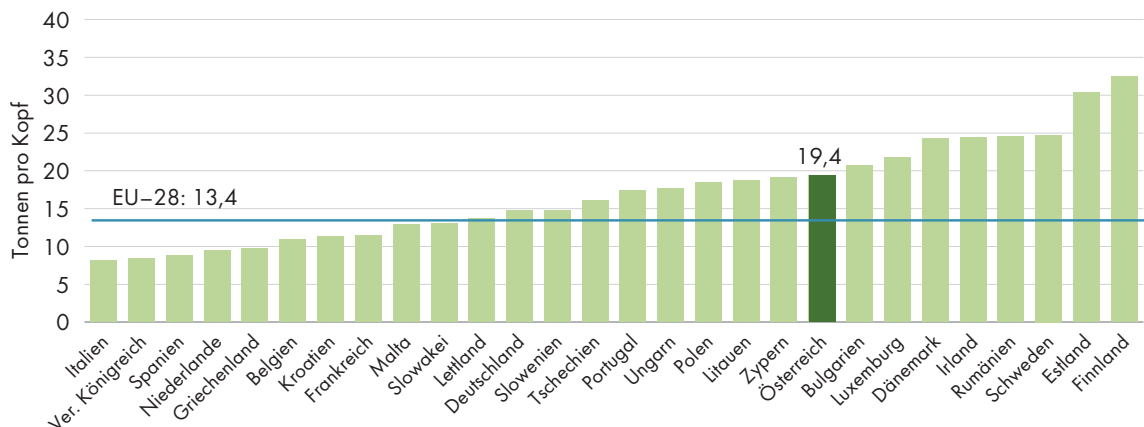
Ob ein Land seinen Wohlstand und Fortschritt nachhaltig generiert oder nicht, wird beispielsweise von der Bevölkerungsdichte, dem Rohstoffvorkommen oder der Spezialisierung auf bestimmte Wirtschaftssektoren beeinflusst. Auch geografische und klimatische Gegebenheiten

spielen eine Rolle, etwa beim Materialverbrauch für den Hausbau oder dem Energieeinsatz für Heizen und zunehmend auch Kühlen.

Ressourcen

Der durchschnittliche Ressourcenverbrauch einer Österreicherin oder eines Österreichers lag laut vorläufiger Schätzung durch Eurostat 2019 bei 19,4 Tonnen (t) und war damit deutlich höher als der Durchschnitt der EU-28 mit 13,4 t/Kopf. Die europäischen Länder weisen generell sehr unterschiedliche Materialverbräuche pro Kopf auf: während an einem Ende Italien (8,1 t pro Person) und das Vereinigte Königreich (8,4 t pro Person) nur sehr geringe Verbräuche haben, benötigte Finnland 32,4 t je Einwohnerin bzw. Einwohner (Grafik 106).

Grafik 106
Inländischer Materialverbrauch pro Kopf im EU-Vergleich (2019)



Q: Eurostat. Werte stellen vorläufige Schätzungen dar.

Viele unterschiedliche Faktoren wirken auf den Ressourcenverbrauch eines Landes: die Wirtschaftsleistung, die Bevölkerungsdichte, das Vorherrschen bestimmter Wirtschaftszweige sowie die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen. Ressourcenreiche, exportorientierte Länder haben tendenziell einen sehr hohen Ressourcenverbrauch. Länder mit geringer Ressourcenausstattung, die von Importen abhängig sind, haben meist einen niedrigeren Materialverbrauch, da diese vorgelagerten Ströme beim DMC nicht berücksichtigt werden. Der sehr hohe

Pro-Kopf-Verbrauch von Finnland lässt sich beispielsweise zum Teil mit einer der niedrigsten Bevölkerungsdichten in ganz Europa sowie mit klimatischen Bedingungen erklären, die hohe materielle Investitionen in den Wohnbau notwendig machen (Eisenmenger et al. 2015 S. 29ff, S. 41).

Der österreichische DMC pro Kopf liegt vor allem bei den zwei Materialgruppen Biomasse und nichtmetallische Mineralien über dem EU-Mittelwert:

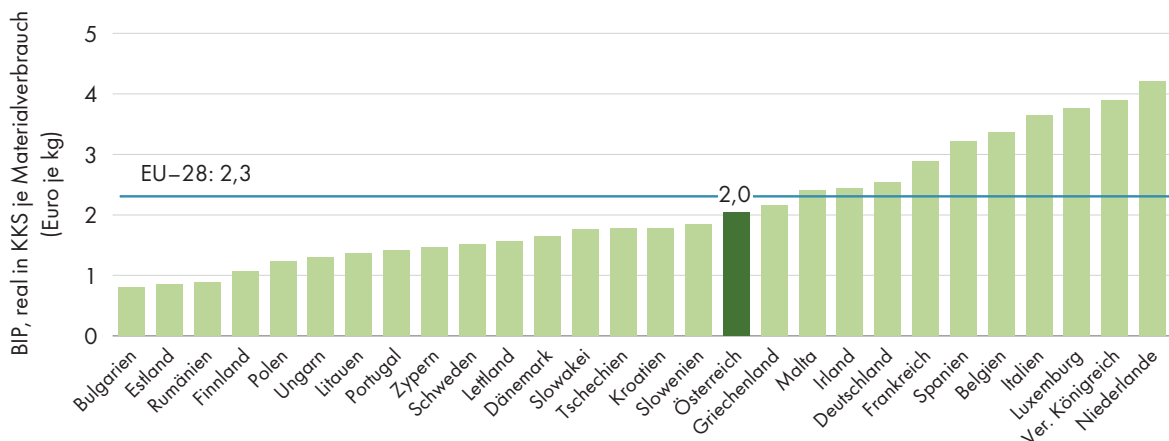
Die vergleichsweise große Bedeutung der Viehwirtschaft in Österreich erklärt zum Teil den überdurchschnittlichen Verbrauch an Biomasse. Bezogen auf die Bevölkerung wird in Österreich mehr Vieh gehalten als in den übrigen EU-Ländern, entsprechend hoch ist der Umsatz an Grünfütter und anderen Futtermitteln. Darüber hinaus ist auch die Produktion der Forstwirtschaft in Österreich höher als in anderen Ländern der EU.

Eine materialaufwendige Bauweise sowohl bei Gebäuden (z.B. Wärmeisolierung) als auch bei Straßen und sonstiger Verkehrsinfrastruktur (z.B. höhere Anforderungen aufgrund von Temperaturschwankungen) ist auf Klima und Geländestruktur der von den Alpen geprägten heimischen Landschaft zurückzuführen. Dies bedingt u.a. den erheblichen Verbrauch an nichtmetallischen Mineralien – vor allem an Baurohstoffen (siehe Eisenmenger et al. 2015 S.29ff).

Eine der sieben Leitinitiativen der Europa-2020-Strategie widmet sich dem Thema „ressourcenschonendes Europa“ (Europäische Kommission 2011a). Sie sieht eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs in der EU und damit eine absolute Entkoppelung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum vor.⁴⁷ In einigen Jahren gibt es zwar gegenläufige Entwicklungen des ökonomischen und ökologischen Indikators (z.B. Dänemark 2011, Österreich 2008, 2012, 2013). Die angestrebte absolute Entkoppelung des Materialverbrauchs vom BIP wurde jedoch bisher noch nicht erreicht.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Betrachtung der Ressourcenproduktivität, also des Bruttoinlandsprodukts (BIP, real, KKS) je DMC (inländischer Materialverbrauch). Die Ressourcenproduktivität lag 2019 laut vorläufiger Berechnungen von Eurostat in Österreich mit 2,0 Euro BIP (real, kaufkraftbereinigt) je Kilogramm Materialverbrauch knapp unter dem EU-28-Durchschnitt (2,3).

Grafik 107
Ressourcenproduktivität im EU-Vergleich (2019)



Q: Eurostat. Werte stellen vorläufige Schätzungen dar.

Das bedeutet: Innerhalb der EU-28 werden Ressourcen etwas effektiver eingesetzt, also je Einheit eingesetzten Materials mehr BIP erwirtschaftet als in Österreich. Dies resultiert aus dem gezeigten überdurchschnittlichen Materialverbrauch in Österreich, der trotz hohem nationalen BIP zu einer etwas niedrigeren Ressourcenproduktivität führt (siehe Grafik 107).

Wie bereits in Kapitel 4.2.1 erwähnt, ist ein Ländervergleich immer auch durch die Datenqualität beeinflusst. Die Höhe des Ressourcenverbrauchs hängt auch vom Umfang der erfassten Materialflüsse und von Datenrevisionen ab. Datenqualität und Erfassungsgrad der österreichischen Materialflussanalyse sind dabei als sehr hoch anzusehen. Da dies nicht sicher für alle EU-28-Staaten

angenommen werden kann, könnten sich daraus Effekte auf die Rangposition Österreichs ergeben.

Flächen mit biologischer Bewirtschaftung

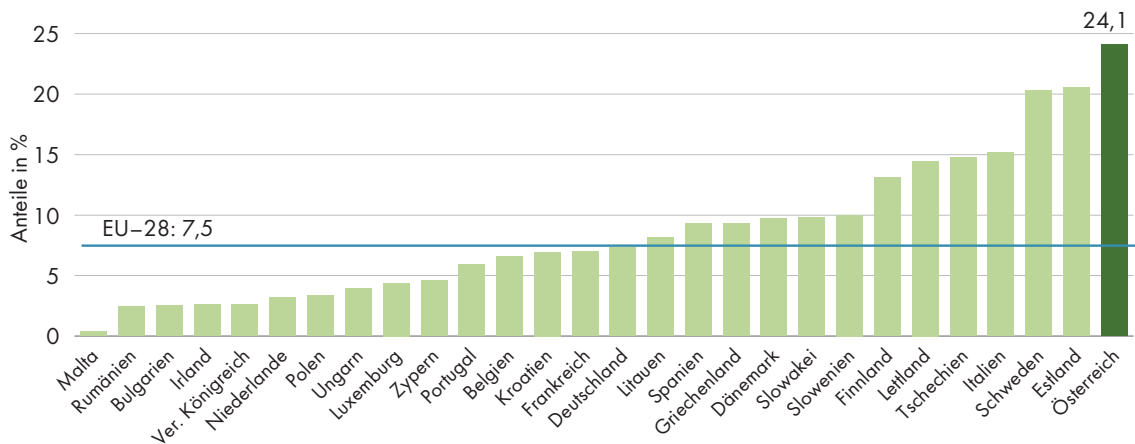
Im EU-Vergleich hatte Österreich im Jahr 2018 (letzter verfügbares Jahr der internationalen Daten) flächenmäßig den mit Abstand größten Anteil an Biobetrieben: Rund 24% der landwirtschaftlich genutzten Fläche wurde nach EU-Daten biologisch bewirtschaftet, der Durchschnitt in der EU-28 lag 2018 bei 7,5%. An zweiter Stelle folgen Estland mit 20,6 und Schweden mit 20,3% Bio-Anteil an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Den geringsten Anteil der Bio-Fläche wiesen Malta, Rumänien, Bulgarien

⁴⁷ Eine absolute Entkoppelung bedeutet einen Rückgang des Ressourcenverbrauchs bei gleichzeitigem Wachstum der Wirtschaft.

und Irland auf (Grafik 108). Betrachtet wird hier aus Gründen der Datenverfügbarkeit die ökologische Landwirt-

schaft inklusive jener unter Konversion (d.h. gerade auf ökologische Produktion umstellend).

Grafik 108
Anteil der biologisch bewirtschafteten Fläche im EU-Vergleich (2018)



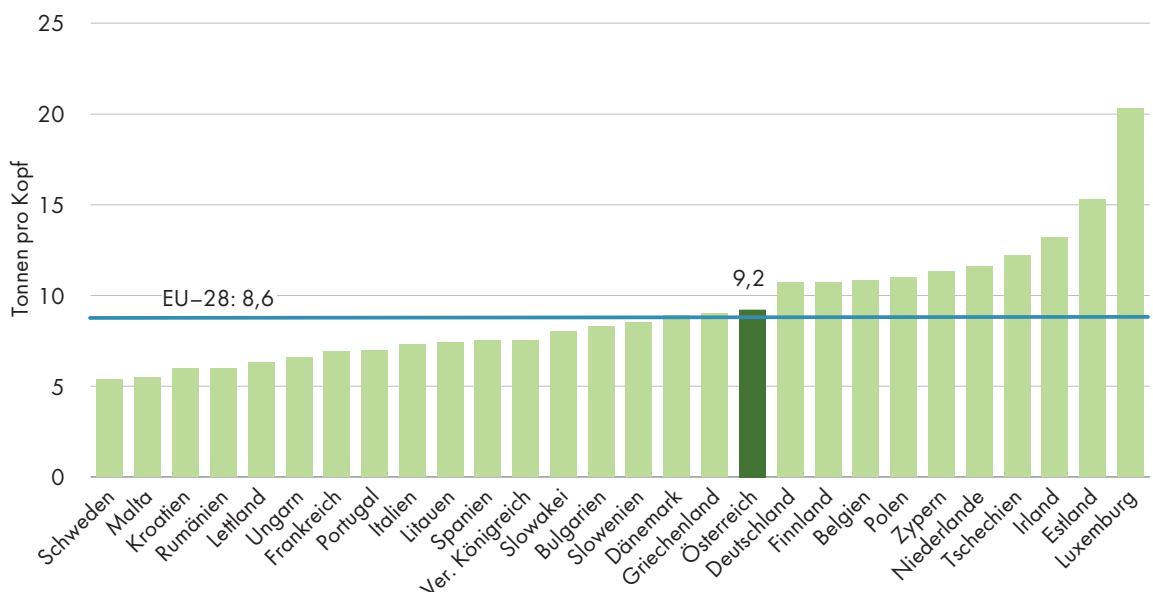
Q: Eurostat, ökologische Landwirtschaft inklusive jener unter Konversion.

Klimawandel, Emissionen

Die geografische Lage und die Wirtschaftsstruktur eines Landes beeinflussen nicht nur den Materialverbrauch, sondern auch Emissionen wie die Treibhausgasemissionen oder

die PM_{2,5}-Emissionen (Feinstaub). Hat ein Land einen hohen Anteil an energieintensiver (Schwer-)Industrie und/oder Petrochemie oder große Viehbestände, so gehen diese in der Regel mit höheren THG-Emissionen einher. Auch ein hoher Transitverkehr führt zu höheren Emissionen.

Grafik 109
Treibhausgasemissionen pro Kopf im EU-Vergleich (2018)



Q: Eurostat. - Inklusive indirektes CO₂, ohne LULUCF und Memo-Positionen, einschließlich internationaler Flugverkehr.

Die nationalen THG-Emissionen lagen, gemessen an der Bevölkerungszahl, im Jahr 2018 mit 9,2 t CO₂-Äquiv. pro Kopf etwas über dem Durchschnitt der EU-28 mit 8,6 t (ohne Berücksichtigung von JI/CDM-Programmen, Grafik 109).

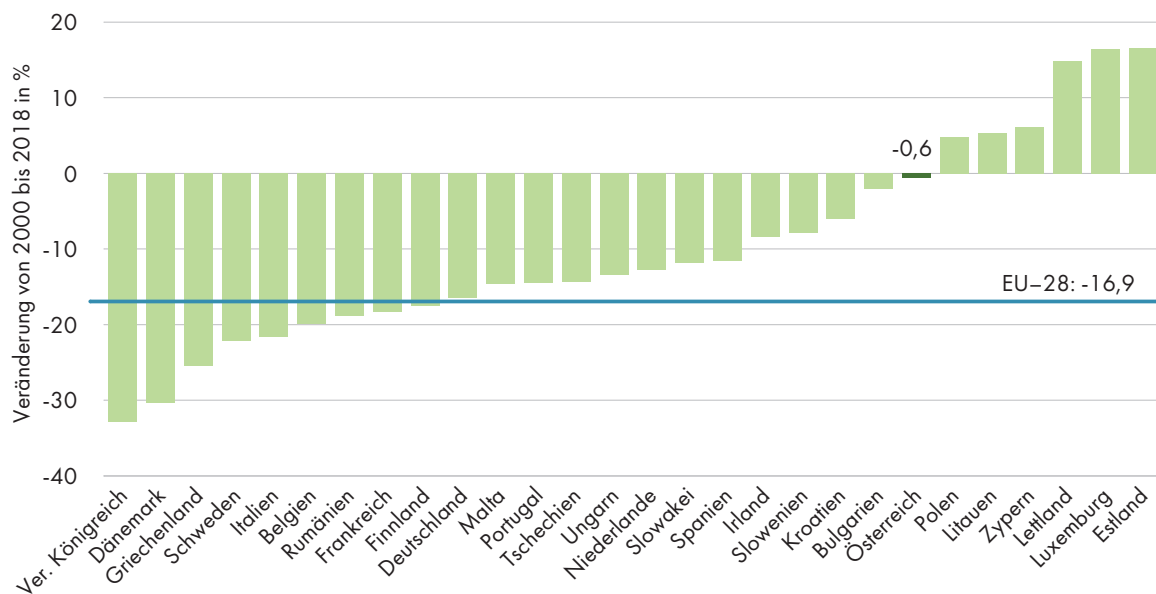
Am höchsten waren die Pro-Kopf-Emissionen in Luxemburg (20 t CO₂-Äquiv.). Hier kommt das – beim BIP-Vergleich in Kapitel 5.2 bereits erwähnte – Problem der Grenzgänger⁴⁸ zum Tragen. Knapp die Hälfte aller in Luxemburg Beschäftigten sind nicht in Luxemburg wohnhaft. Diese verbrauchen bei ihren Tätigkeiten in Luxemburg Ressourcen und verursachen Emissionen. Bei den Berechnungen der THG-Emissionen pro Kopf werden jedoch

nur die in Luxemburg als wohnhaft gemeldeten Personen einbezogen⁴⁹.

Mit etwas Abstand zu Luxemburg folgten Estland (15,3 t CO₂-Äquiv. pro Kopf) und Irland (13,2 t CO₂-Äquiv. pro Kopf). Am niedrigsten waren die Werte in Malta und Schweden mit unter 6 t CO₂-Äquiv. pro Kopf.

Wie in Kapitel 4.3.1 gezeigt, reduzierten sich die THG-Emissionen in der EU-28 von 2000 bis 2018 um 16,9%, in Österreich erfolgte nach den internationalen Daten im selben Zeitraum einen Rückgang von knapp 1%. Im Vereinigten Königreich (-32,8%) und Dänemark (-30,3%) gab es seit 2000 starke Rückgänge, wohingegen in Estland und Luxemburg der Anstieg über 16% ausmachte.

Grafik 110
Entwicklung der Treibhausgasemissionen (2000 bis 2018)



Q: Eurostat. - Inklusive indirektes CO₂, ohne LULUCF und Memo-Positionen, einschließlich internationaler Flugverkehr.

In Kapitel 4.3.2 wird die bevölkerungsgewichtete PM_{2,5}-Exposition ausgewiesen, die auf internationaler Ebene aber nur für die städtische Bevölkerung vorliegt. Deshalb wird hier auf die PM_{2,5}-Emissionen zurückgegriffen. Die nationalen PM_{2,5}-Emissionen (Feinstaub, angezeigt als Gesamtemissionen des jeweiligen nationalen Hoheitsgebiets) lagen, gemessen an der Bevölkerungs-

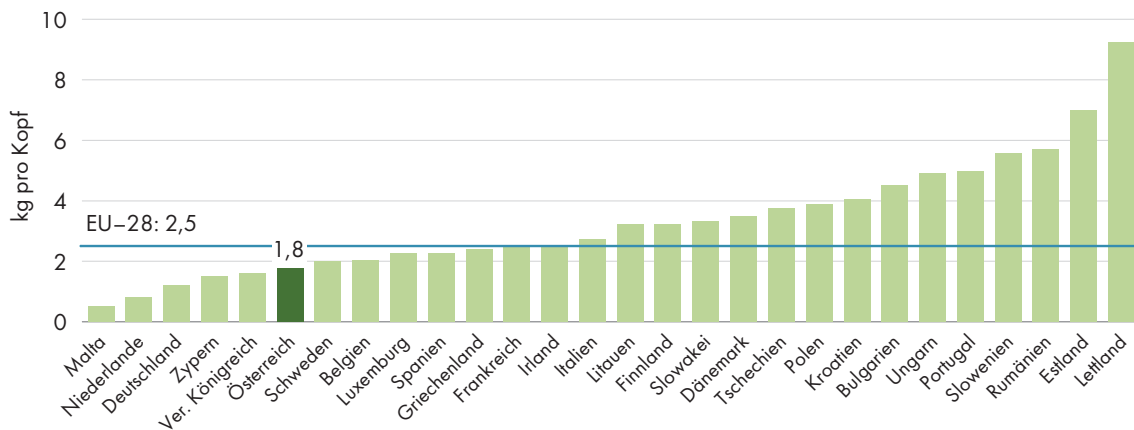
zahl, im Jahr 2017 (letzter verfügbares Jahr) mit 1,8 kg pro Kopf unter dem Durchschnitt der EU-28 mit 2,5 kg. Am höchsten waren die Feinstaub-Emissionen in Lettland (9,3 kg pro Kopf). Auch Estland war mit 7 kg pro Kopf deutlich über dem EU-Durchschnitt. Die niedrigsten Werte wiesen Malta (0,6 kg pro Kopf) und die Niederlande (0,8 kg pro Kopf) auf (Grafik 111).

⁴⁸ „Grenzgänger“ sind Arbeitnehmer, die im Gebiet eines Mitgliedstaats beschäftigt (Beschäftigungsstaat) sind, und im Gebiet eines anderen Mitgliedstaats wohnen.

⁴⁹ Dieses Phänomen ist für andere EU-Staaten weitgehend vernachlässigbar.

Grafik 111

Gesamte PM_{2,5}-Emissionen pro Kopf (Feinstaub) im EU-Vergleich (2017)



Q: Eurostat.

Energie

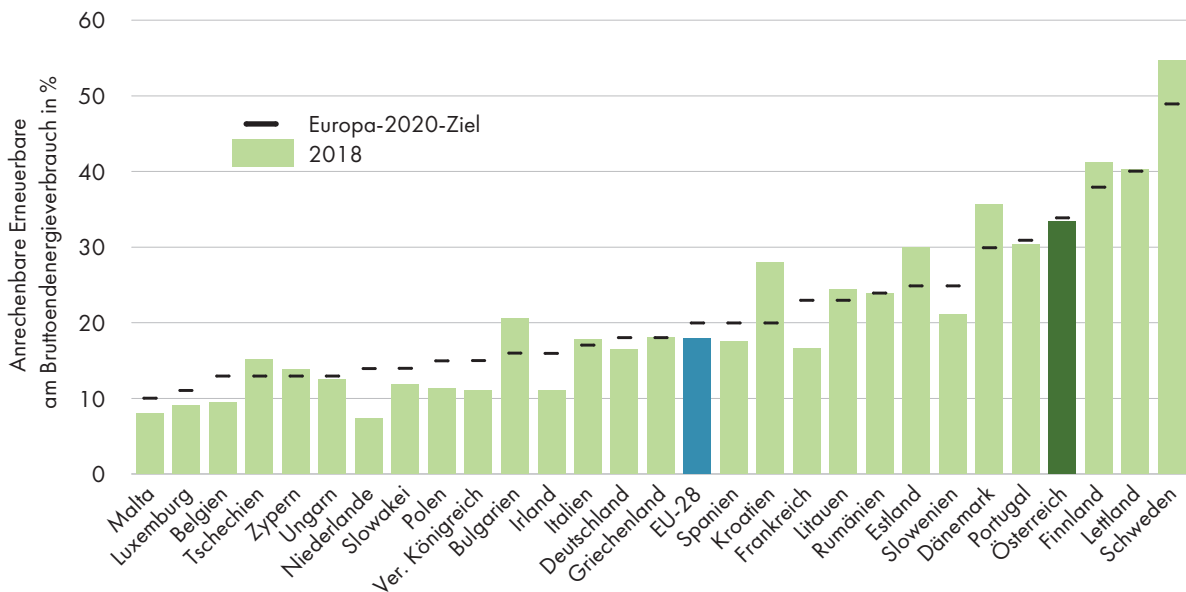
Das nach einer Spitze im Jahr 2005 erreichte Absinken der nationalen THG-Emissionen (beinahe auf das Niveau von 2000) wurde unter anderem durch den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energieträger bewirkt. Erfreulich zeigt sich dementsprechend der Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger im EU-Vergleich. Nur wenige EU-Staaten setzen in einem ähnlich hohen Ausmaß erneuerbare Energieträger ein wie Österreich (siehe Grafik 112). Dies begründet sich auch durch die topografische Situation und das Vorhandensein der Ressourcen Wasserkraft und Biomasse, die seit jeher maßgeblich zur Energiegewinnung herangezogen wurden. Während im Durchschnitt der EU-28 im (letzter verfügbaren) Jahr 2018

lediglich 18% erneuerbare Energien genutzt wurden, lag der nationale Vergleichswert bei 33,4%. Nur vier Länder (Dänemark, Finnland, Lettland und Schweden) erreichen bereits jetzt höhere Anteilswerte als Österreich.

Österreich liegt auch mit seinem nationalen Ziel von 34% für 2020 deutlich über den Zielvorgaben der EU-28 mit 20%. Wie in Kapitel 4.4.1 gezeigt, liegt der Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch in Österreich mit 33,4% im Jahr 2018 knapp über dem linearen Zielpfad für das nationale Europa-2020-Ziel von 34%. Demgegenüber haben mehrere Länder ihr Europa-2020-Ziel bereits erfüllt, darunter auch Finnland und Schweden, die jeweils höhere Zielvorgaben als Österreich aufweisen.

Grafik 112

Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger (2018) und Europa-2020-Ziel im EU-Vergleich



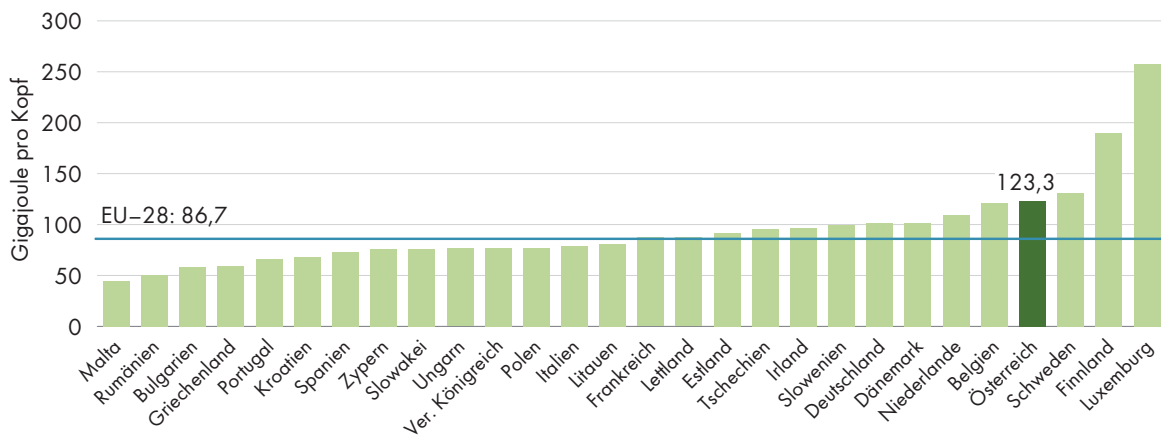
Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik; Eurostat. - Anrechenbare Erneuerbare laut Richtlinie 2009/28/EG.

Trotz des hohen Anteils an erneuerbaren Energieträgern sollte nicht vernachlässigt werden, dass der energetische Endverbrauch (EEV) Österreichs noch immer zu einem großen Teil aus fossilen Energieträgern besteht und unter dem Aspekt der langfristigen Ziele zur Begrenzung des Klimawandels auf zu hohem Niveau liegt. Der EEV wuchs in Österreich zwar von 2000 bis 2018 mit rund 20% etwas verhaltener als das reale BIP (+31,5%), in der gesamten EU-28 zeigte sich jedoch im gleichen Zeitraum ein Rückgang auf knapp unter den Ausgangswert von 2000 (-0,4%). Betrachtet man den gesamten EEV je Einwohner, hat Österreich dementsprechend einen im EU-Vergleich hohen Energieeinsatz pro Kopf.

Gemeinsam mit Luxemburg (hier wieder ein Verweis auf das Grenzgängerproblem, analog der THG-Emissionen pro Kopf), Finnland, Schweden und Belgien hat Österreich die höchsten Verbräuche an Endenergie. Am anderen Ende der Skala liegen Malta, Rumänien und Bulgarien (Grafik 113).

Neben den klimatischen Bedingungen, die den Einsatz von Energie für Raumwärme beeinflussen, und dem Energieverbrauch der Industrie, ist auch der Energieverbrauch des Verkehrs, mit einem Anteil von rund einem Drittel am Gesamtaufkommen von Energie, ein wesentlicher Indikator für WgÖ (siehe Kapitel 4.5.1).

Grafik 113
Energetischer Endverbrauch pro Kopf im EU-Vergleich (2018)



Q: Eurostat.

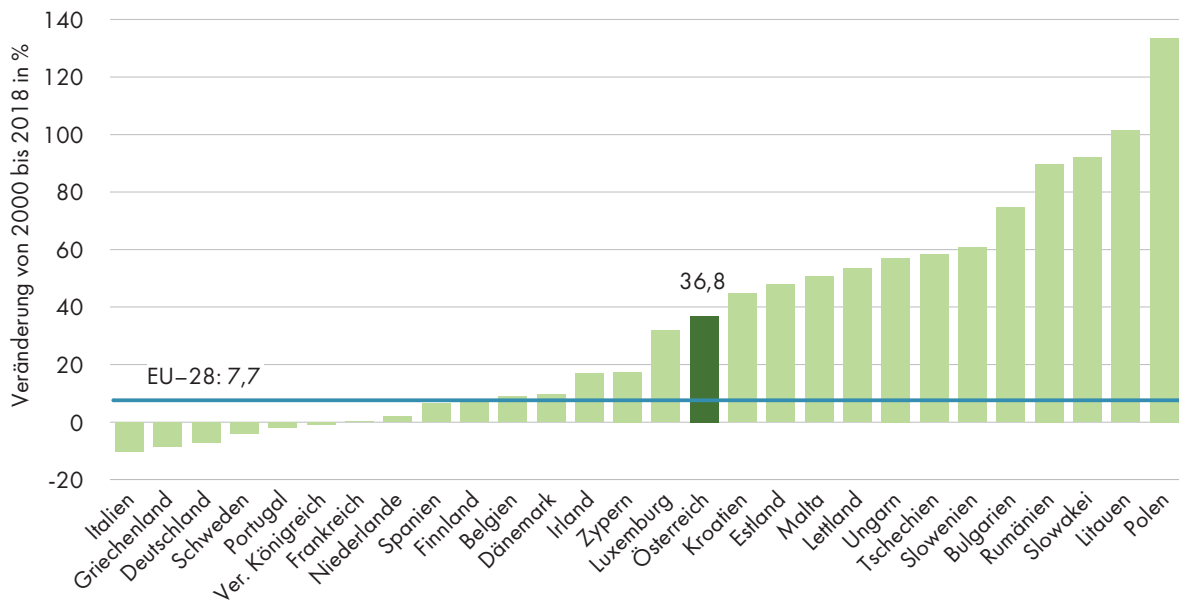
Verkehr, Mobilität

Die Zunahme des verkehrsbedingten Energieverbrauchs in Österreich war mit knapp 37% (2000–2018) sehr hoch (Grafik 114). Im Durchschnitt der EU-28-Mitgliedsstaaten betrug die Steigerungsrate im selben Zeitraum nur 7,7%.

Deutlich unter diesem Durchschnittswert der Entwicklung lagen vor allem die vier bevölkerungsreichsten Länder der EU (Deutschland, Italien, Vereinigtes Königreich, Frankreich). Der nationale Pro-Kopf-Verbrauch war mit rund 42 GJ deutlich höher als jener der EU-28 mit 27 GJ je Einwohnerin und Einwohner.

Grafik 114

Veränderung des Energieverbrauchs des Verkehrs im EU-Vergleich (2000 bis 2017)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik; Eurostat.

Zum Teil lässt sich der starke Anstieg des nationalen EEVs des Verkehrs durch den Tanktourismus (preisbedingter Kraftstoffexport) und den Transitverkehr erklären. Es werden alle in Österreich in Verkehr gebrachten Energieträger berücksichtigt, d.h. in Österreich getank-

ter Treibstoff, der im Ausland verbraucht wird, ist in den Daten erfasst. Umgekehrt ist zu beachten, dass auch im Ausland getankter Diesel und Benzin, der im Inland verfahren wird, nicht in den Daten enthalten ist, wobei dies weniger relevant sein dürfte.



6

Ausblick

6.1_

Rahmenbedingungen

Statistik Austria greift bei der Entwicklung von *WgÖ* ausschließlich auf bereits vorhandenes Datenmaterial aus offiziellen Statistikquellen zurück, im Rahmen des Projekts werden keine eigenen Datenentwicklungen vorgenommen. Dieser Ansatz lässt freilich einige Felder offen, für die in Zukunft dringend Informationen benötigt werden. Weitere Aspekte der ökonomischen Nachhaltigkeit, der Solidität der öffentlichen Finanzen oder Daten zum Wasserverbrauch sind nur einige Beispiele. Datenentwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene ermöglichen die Weiterentwicklung des Indikatorensets und die mittel- und langfristige Schließung von Datenlücken. Eine umfängliche Betrachtung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit wäre wünschenswert.

Statistik Austria bildet im Rahmen von *WgÖ* die Bereiche „materieller Wohlstand“, „Lebensqualität“ und „Umwelt“, mit verfügbaren Daten bestmöglich ab. Das darin abgebildete Set der Indikatoren untergliedert sich in Schlüsselindikatoren und Zusatzinformationen. Die ursprüngliche Auswahl der Schlüsselindikatoren folgte den Empfehlungen des Stiglitz-Sen-Fitoussi Reports (Stiglitz et al. 2009) und insbesondere jenen des Eurostat Sponsorship Reports (Eurostat 2011). Weitere Zielindikatoren auf EU-Ebene (z.B. [Europa 2020-Indikatoren](#)) und nationale Projekte flossen ebenfalls in die Auswahl ein.

Die Indikatoren wurden seither laufend einem Konsolidierungsprozess mit den wichtigsten Stakeholdern (wissenschaftliche Institutionen, Bundesministerien,

NGOs und Interessenvertretungen) unterzogen. Dabei wurde das Indikatorenset überarbeitet und angepasst, auch dabei wurde wieder auf bereits vorhandene Daten und neue Datenentwicklungen aus anderen Quellen zurückgegriffen.

Ein Datenset von 30 + 1 Schlüsselindikatoren bildet mit einer Reihe zusätzlicher Indikatoren und Informationen den Wohlstand und Fortschritt bereits recht umfassend ab, kann aber natürlich nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Einerseits, weil die Auswahl an Indikatoren aus Gründen der Übersichtlichkeit limitiert bleiben muss, andererseits, weil für einige wesentliche Dimensionen auch Datenlücken bestehen.

Die Schließung von Datenlücken und die umfänglichere Betrachtung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit ist eine der wichtigen Herausforderungen in der Weiterentwicklung von *WgÖ*.

Für eine substantielle Weiterentwicklung von *WgÖ* wären mehr finanzielle Ressourcen in Form einer Beauftragung Voraussetzung. Die nachfolgenden Datenlücken geben einen kleinen Überblick über fehlende Aspekte in der Betrachtung von materiellem Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt, erheben dabei aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

6.2 Datenlücken und Weiterentwicklung

Im Folgenden werden, gegliedert nach den drei Bereichen materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt, Datenlücken und wesentliche Entwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene thematisiert.

6.2.1 Materieller Wohlstand

Ökonomische Nachhaltigkeit

Viele der in *WgÖ* betrachteten Indikatoren interagieren mit der ökonomischen Entwicklung einer Volkswirtschaft. So ist eine steigende Produktion Voraussetzung für steigende Einkommen der Haushalte oder steigenden Konsum. Zudem bildet eine steigende Produktion auch die Grundlage für die Einnahmen des Staates, mit der die sozialen Sicherungssysteme, Umverteilung oder Maßnahmen im Krisenfall finanziert werden können. Als offene Volkswirtschaft in einer zunehmend globalisierten Welt sind gerade für Österreich preisliche Wettbewerbsfähigkeit, Produktivität und eine nicht zu hohe Abgabenlast wichtig. Das Indikatorenset könnte daher in diese Richtung weiterentwickelt werden. Damit der Staat, z.B. bei der sozialen Sicherung oder zur Bewältigung von Krisen, handlungsfähig bleibt, sind zudem solide öffentliche Finanzen Voraussetzung, so dass zumindest in „normalen“ Zeiten den öffentlichen Ausgaben entsprechende öffentliche Einnahmen gegenüberstehen. Der demografische Wandel in Österreich führt dazu, dass der Anteil der Menschen im Pensionsalter markant ansteigt. Damit steigen die altersspezifischen Ausgaben des Staates ohne entsprechende Mehreinnahmen. Das Indikatorenset könnte daher um Indikatoren der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen ergänzt werden.

Unbezahlte Produktion

In der Dimension „unbezahlte Produktion“ gibt der Schlüsselindikator „Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit“ Auskunft über jene Form der Produktion, die nicht über den Markt abgewickelt wird. Die Darstellung von Nichtmarktaktivitäten ist ein wesentlicher Bestandteil der Forderungen der Stiglitz-Kommission. Der Schlüsselindikator der Dimension „unbezahlte Produktion“ beruht auf Daten der Zeitverwendungserhebung aus 2008/2009. Die nächste internationale [Erhebungswelle der Zeitverwendungser-](#)

[hebungen](#) ist ab 2020 geplant. Eine Teilnahme Österreich an der Erhebungswelle hängt von der nationalen Finanzierung ab, die allfällige Erhebung ist von 2021 bis 2022 geplant. Um nationale Zeitvergleiche und internationale Datenvergleiche zu ermöglichen, ist eine österreichische Beteiligung an der nächsten Welle von großer inhaltlicher Bedeutung und jedenfalls anzustreben.

NPOs in der VGR

Derzeit werden Privathaushalte und Private Organisationen ohne Erwerbszweck (Non-Profit Organisation, NPO) in der VGR teilweise zusammengefasst. Daraus ergibt sich eine Verzerrung der diesbezüglichen Indikatoren. Dies betrifft etwa das im *WgÖ*-Set enthaltene verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. Daher wurde von Statistik Austria und dem Institut für Sozialpolitik an der Wirtschaftsuniversität Wien eine gemeinsame Erhebung über Non-Profit Organisationen durchgeführt. Ziel dieser auf freiwilliger Basis beruhenden wiederholten Befragung von NPOs ist es, sowohl die zentralen Indikatoren zu aktualisieren, die im Rahmen einer bereits im Jahr 2006 durchgeführten Erhebung ermittelt wurden, als auch durch den Einbau von neuen Fragen die allgemeine Datengrundlage für diesen Bereich zu erweitern und eine schärfere Abgrenzung vom Sektor der privaten Haushalte (S.14) zu ermöglichen. Seit September 2017 liegen aus der VGR erstmalig getrennte Werte dafür vor, da die Zeitreihe jedoch erst mit 2012 beginnt, wird die getrennte Darstellung im aktuellen Bericht nicht übernommen.

Verknüpfung von Mikro- und Makrodaten

Um die Verteilung von Einkommen, Konsum und Vermögen auf bestimmte Haushaltsgruppen zu bestimmen, ist eine Verbindung von Makrodaten, in diesem Fall der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), und Mikrodaten, d.h. detaillierte Erhebungen in Haushalten, notwendig. Diese Verknüpfung soll es schließlich erlauben, informative Verteilungsmaße für bestimmte Haushaltsgruppen konsistent mit den Gesamtergebnissen aus der VGR zu berechnen. Solche Bemühungen sind verhältnismäßig jung, komplex und aufwendig, es handelt sich dabei bisher nicht um den üblichen Qualitätsstandards entsprechende, statistische Ergebnisse, sondern um experimentelle Daten aus Testrechnungen.

Erste Erfahrungen damit zeigen ein gemischtes Bild (siehe Statistik Austria, *Wie geht's Österreich 2016*, Sonderkapi-

tel). Insbesondere gibt es etliche Bereiche, wo eine Disaggregation der makroökonomischen Ergebnisse aufgrund unzureichender oder bisher zu wenig genutzter empirischer Grundlagen sehr schwer möglich ist (z.B. Vermögen und Vermögenseinkommen, Schattenwirtschaft ...).

Die Verknüpfung von Mikro- und Makrodaten ist damit sowohl auf nationaler als auch auf internationaler bzw. EU-Ebene noch in Entwicklung begriffen, es gibt jedoch deutliche Bestrebungen diese zu forcieren. Der detaillierte Abgleich zwischen Einkommenskonten der VGR und den Ergebnissen von Erhebungen erscheint jedoch bereits hilfreich für das Verständnis, die Plausibilisierung und die Interpretation beider Systeme. Am Ende des Prozesses sollte im Idealfall eine angereicherte VGR stehen, die auch erste Anhaltspunkte zu Verteilungen im Zeitablauf gibt und dennoch wesentliche Vorteile, aber auch Beschränkungen der VGR beibehält.

6.2.2 Lebensqualität

Aspekte der Lebensqualität

Durch die 2017 erfolgte Neustrukturierung des Bereichs Lebensqualität schlagen sich einige Datenmängel, wie z.B. die fehlende durchgängige Erhebung von Indikatoren zu sozialen Beziehung und Freizeitmöglichkeiten, nicht mehr bis auf Ebene der Schlüsselindikatoren durch. Trotzdem wäre hier eine wiederholte Befragung durch zukünftige EU-SILC Sondermodule bzw. eine Aufnahme einzelner Indikatoren in die regelmäßige Befragung wünschenswert.

Sicherheit/Viktimierungsstudien

Daten zum sogenannten „Hellfeld“ des Kriminalitätsgeschehens eines Landes, also zu jenen Fällen, die offiziell bekannt und registriert wurden, liegen aus der Anzeigenstatistik des Bundesministeriums für Inneres vor. Es ist jedoch auch bekannt, dass Menschen, die Opfer von Kriminalität werden (Viktimisierung), ihre Erlebnisse nicht immer mit anderen Menschen teilen und nicht immer offiziell melden. Die Kriminalitätsstatistik kann daher auch nur einen beschränkten Ausschnitt der Sicherheitslage bieten. Der Anteil der Kriminalität, der nicht angezeigt bzw. registriert wird, wird als „Dunkelfeld“ bezeichnet. Daten dazu – sowie zu den persönlichen Folgen von Kriminalitätserfahrungen – erfordern repräsentative Erhebungen. Statistik Austria führte 2019 im Auftrag der Agentur für Grundrechte der Europäischen Union (FRA) die Onlinebefragung „Sicherheit und Grundrechte in Österreich“ durch, das Sonderkapitel 2019 „Wie geht’s Österreich“ zeigte dazu erste Ergebnisse. Im Rahmen der europaweit harmonisierten EU-Studie

„Gender Based Violence Survey“, erhebt Statistik Austria 2020/2021 Daten zu Prävalenz von Gewalt gegen Frauen in Österreich.

Freizeit

Seit 2017 gibt es in *WgÖ* keine eigene Dimension zum Thema Freizeit mehr und der Indikator zu Freizeitaktivitäten aus der Zeitverwendungserhebung findet sich in der Dimension Subjektives Wohlbefinden. Wie erwähnt ist die nächste internationale Erhebungswelle der Zeitverwendungserhebungen für die Jahre ab 2020 geplant. Da Freizeit als zentrale Komponente der Lebensqualität verstanden werden muss, ist auch an dieser Stelle auf die dringende Notwendigkeit einer österreichischen Beteiligung an der nächsten Welle bzw. auf regelmäßige Zeitverwendungserhebungen hinzuweisen.

6.2.3 Umwelt

Biodiversität

Aggregierte Daten zur Biodiversität in Österreich liegen aus der amtlichen Statistik nicht vor. Ein Indikator, der im Zusammenhang mit Biodiversität genannt wird, ist jener zu den geschützten Gebieten für biologische Vielfalt. Dies sind Gebiete, die unter die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) der EU, Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, fallen. Wesentliches Ziel der FFH-Richtlinie ist die Erhaltung und Wiederherstellung der biologischen Vielfalt. Dieses Ziel soll mit dem Aufbau des europäischen Schutzgebietsnetzes Natura 2000 erreicht werden. In Österreich umfasst das Netzwerk Natura 2000 insgesamt 350 Gebiete, davon wurden gemäß Umweltbundesamt bisher 254 Gebiete rechtlich verordnet (Stand 2019). Diese umfassen rund 15,3% der Bundesfläche und beziehen sich auf unterschiedliche Kategorien von Schutzgebieten, wie etwa Nationalparks, Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, aber auch auf Gebiete, die noch keiner Schutzkategorie zugewiesen wurden.

Bodenqualität (Emissionen)

Das Umweltbundesamt liefert mit dem [Bodeninformationssystem „BORIS“](#) österreichweite Informationen über den Zustand der Böden und deren Belastung mit Schadstoffen auf dezentraler Ebene. Aggregierte Daten über die Schadstoffbelastung der Böden analog den Luftemissionen gibt es derzeit in Österreich aus offiziellen Statistikquellen nicht.

Wasserentnahme und -verbrauch, Wasserqualität

Aktuelle Daten zur (Trink-)Wasserentnahme und -verwendung sind derzeit nicht vorhanden. Auf europäischer Ebene ist die Entwicklung einer Wassergesamtrechnung im Rahmen der Umweltgesamtrechnungen geplant, welche das Wasseraufkommen und die Wasserverwendung

abbilden soll. Für das Medium Wasser liegt zudem ein Indikator zur Wasserqualität der Grund- und Oberflächengewässer für den Durchschnitt des Zeitraums 2013 bis 2015 vor. Dieser Indikator entspricht dem SDG-Indikator 6.3.2 (Percentage of bodies of water with good ambient water quality) der UN Agenda 2030. Bei Vorliegen einer Zeitreihe in entsprechender Qualität könnten diese Daten in das Indikatorenset aufgenommen werden.



Literaturverzeichnis

- Altzinger, W., Lamei, N., Rimplmaier, B., Schneebaum, A. (2013). Intergenerationelle soziale Mobilität in Österreich. *Statistische Nachrichten*, 1/2013, 48-62.
- Anand, S., Sen, A. (2000). Human Development and Economic Sustainability. *World Development*, 28(12). 2029-2049.
- AG CBA (2017). Die Notwendigkeit einer konsumbezogenen Betrachtung der Treibhausgasemissionen Österreichs. Arbeitsgruppe „Consumption based GHG accounting“. Climate Change Center Austria (CCCA). Wien
- Baud, S., Milota, E., (2017). Umweltbedingungen, Umweltverhalten 2015, Ergebnisse des Mikrozensus. Projektbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wien: Statistik Austria.
- Bauer, A., Blauensteiner, S. & Einfalt, J. (2013). Census 2011. Gebäude- und Wohnungszählung Ergebnisse zu Gebäuden und Wohnungen aus der Registerzählung. Wien: Statistik Austria.
- Bech, P. (2004). Measuring the dimensions of psychological general well-being by the WHO-5. *QoL Newsletter* 2004, 32, S. 15–16.
- BKA, Bundeskanzleramt Österreich (2019). [Nationales Reformprogramm Österreich](#).
- Bloom, D. und Prettnner, K. (2020). The macroeconomic effects of automation and the role of COVID-19 in reinforcing their dynamics. *VOX CEPR Policy Portal*, Band 25.
- BMASK, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2014). Sozialbericht 2013-2014 – Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen. Wien: BMASK.
- BMF, Bundesministerium für Finanzen (2020). [Budgetbericht](#), Bericht der Bundesregierung
- BMGFJ, Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend & Statistik Austria (2007). Sozio-demographische und sozio-ökonomische Determinanten von Gesundheit. Wien: BMGFJ.
- BMLFUW, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2015). Indikatoren-Bericht MONE 2015. Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Österreich. Wien: BMLFUW.
- BMLFUW, Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2017). [Österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel, Aktualisierte Version Jänner 2017, Teil 1 – Kontext](#), Wien.
- BMLRT, Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus, [RESET2020 - Ressourceneffizienz-Initiative](#).
- BMLRT, Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus (2020). Grüner Bericht 2020. Bericht über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft, Wien: BMLRT.
- BMNT & BMVIT, Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus und Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (2018). [Die österreichische Klima- und Energiestrategie – mission 2030](#), Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus (2018). Wien.
- BMNT, Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus (2019). [Integrierter nationaler Energie- und Klimaplan für Österreich](#), Wien.
- BMSGPK, Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, Österreichische Armutskonferenz, Dawid, E. (2020). [Armutsbetroffene und die Corona-Krise](#), Wien.
- BMWFJ, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend & BMLFUW, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2010). [Energie Strategie Österreich – Maßnahmenvorschläge](#). Wien.
- BMWFW, Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (2015). *Wirtschaftsbericht Österreich 2014*. Wien: BMWFW.
- [BMBWF, Bundesministerium Bildung, Wissenschaft und Forschung und Statistik Austria \(2020\). COVID-19-Prävalenz April 2020 - Ergebnisbericht.](#)

- Böheim, R., M. Fink, S. Rocha-Akis, Ch. Zulehner (2017) Die Entwicklung geschlechtsspezifischer Lohnunterschiede in Österreich. WIFO-Monatsberichte, 2017, 90(9), S. 713-725, Wien.
- Böheim, R., M. Fink & Ch. Zulehner (2019). About time: The narrowing gender wage gap in Austria, Economics working papers 2019-18, Department of Economics, Johannes Kepler University Linz.
- Bowling, A. (2005). Ageing well. Birkshire: McGraw-Hill.
- Bundesgesetz BGBl. I Nr. 77/2010, Bundesgesetz, mit dem das Immissionsschutzgesetz-Luft und das Bundesluftreinhaltegesetz geändert werden und das Bundesgesetz über ein Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen aufgehoben wird (Immissionsschutzgesetz-Luft).
- Bundesgesetz BGBl 106/2011 zur Einhaltung von Höchstmengen von Treibhausgasemissionen und zur Erarbeitung von wirksamen Maßnahmen zum Klimaschutz (Klimaschutzgesetz 2011).
- Bundesgesetz BGBl. I Nr. 128/2015, mit dem das Klimaschutzgesetz BGBl. I Nr. 106/2011 geändert wird.
- Bundesgesetzblatt I Nr. 72/2014, mit dem das Bundes-Energieeffizienzgesetz, das Bundesgesetz, mit dem der Betrieb von bestehenden hocheffizienten KWK-Anlagen über KWK-Punkte gesichert wird, und das Bundesgesetz, mit dem zusätzliche Mittel für Energieeffizienz bereitgestellt werden, erlassen sowie das Wärme- und Kälteleitungsausbaugesetz und das KWK-Gesetz geändert werden (Energieeffizienzpaket des Bundes).
- Christl M., Köppl-Turyňa M. (2020). Gender wage gap and the role of skills and tasks: evidence from the Austrian PIAAC data set, Applied Economics, 52:2, S 113-134
- Donald, M. N. & Havighurst, R. J. (1959). The meanings of leisure. Social Forces, 37(4). 355-360.
- Doyal, L., & Gough, I. (1991). A theory of human need. New York: Palgrave Macmillan.
- Eisenmenger, N., Krausmann F., Milota, E. & Schaffartzik, A. (2015). Ressourcennutzung in Österreich – Bericht 2015. Wien: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (Hrsg.).
- Eurofound (2012). Fifth European Working Conditions Survey. Luxembourg: Publications Office of the European Union.
- Europäische Kommission (2007). [„Special Eurobarometer 273/Wave 66.3. European Social Reality“](#). Report.
- Europäische Kommission (2009a). [EU-Maßnahmen gegen den Klimawandel, Das Emissionshandelssystem der EU](#).
- Europäische Kommission (2009b). [„Effort-Sharing“](#)-Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen mit Blick auf die Erfüllung der Verpflichtungen der Gemeinschaft zur Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2020 (406/2009/EG).
- Europäische Kommission (2009c). Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament - Das BIP und mehr. Brüssel, den 20.8.2009 KOM(2009) 433 endgültig.
- Europäische Kommission (2010). [Mitteilung der Kommission – Europa 2020 Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum](#), KOM(2010) 2020 endgültig, Brüssel.
- Europäische Kommission (2011a). Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, KOM(2011) 571 endgültig, Brüssel.
- Europäische Kommission (2011b). Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem“ der Europäischen Kommission, KOM (2011) 144, Brüssel.
- Europäische Kommission (2012). Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Einführung einer Jugendgarantie, COM(2012) 729 final, Brüssel.

Europäische Kommission (2013). Commission Staff Working Document, Progress on “GDP and beyond” actions, SWD(2013) 303 final, Volume 1, Brüssel.

Europäische Kommission (2014). Bestandsaufnahme der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, COM(2014) 130 final, Brüssel.

Europäische Kommission (2015). [Standard Eurobarometer - Public Opinion](#).

Europäische Kommission (2016). [A European Strategy for Low-Emission Mobility](#),

Europäische Kommission (2017). Beschluss (EU) 2017/1471 vom 10. August 2017 (inklusive Anpassung) zur Änderung des Beschlusses 2013/162/EU zur Anpassung der jährlichen Emissionszuweisungen der Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2017 bis 2020.

Europäische Kommission (2019). [Reflection paper towards sustainable Europe 2030](#).

Europäische Kommission (2020). [EU budget for recovery](#): Questions and answers on REACT-EU, cohesion policy post-2020 and the European Social Fund+

European Commission (2012). [Communication from the Commission - Annual Growth Survey 2013](#), COM (2012) 750 final, Brüssel.

Eurostat Task Force [“Environmental sustainability”](#) of the Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development (2011). Report of the Task Force.

Eurostat (2008). Harmonised European time use surveys - 2008 Guidelines. Methodologies and Working Papers, Eurostat, Office for Official Publications of the European Communities, Brüssel.

Eurostat (2010). Europa in Zahlen. Eurostat Jahrbuch 2010. Luxemburg: Eurostat.

Eurostat (2011). [Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development – Final Report](#) adopted by the European Statistical System Committee.

Eurostat (2011a). Climate Change: Reflection about the work of Eurostat on statistics related to mitigation and adaptation, Luxemburg.

Eurostat (2014a). Getting messages across using indicators - A handbook based on experiences from assessing Sustainable Development Indicators, Manuals and Guidelines, Luxemburg: Publications Office of the European Union

Eurostat (2014b). [Lebensqualität - Kontext](#).

Eurostat (2015a). Macroeconomic Imbalance Procedure [MIP Indicators](#).

Eurostat (2015b). Quality of Life - Facts and Views. Luxemburg: Publication Office of the European Union.

Eurostat (2015c). GDP and Beyond: Report and plan to 2020. Doc PG 2015/56/4.3. 56th Meeting of the Partnership Group Stockholm / Sweden 20 March 2015.

Eurostat (2019). [Smarter, greener, more inclusive?](#) Indicators to support the Europe 2020 Strategy, Luxemburg: Publication Office of the European Union.

Eurostat (2020). [Sustainable development in the European Union](#) — Monitoring report on progress towards the SDGs in an EU context — 2020 edition, Luxemburg: Publication Office of the European Union.

Eurostat/OECD (2015). Eurostat-OECD compilation guide on land estimation. Eurostat Manuals and Guidelines. Luxemburg: Publications Office of the European Union, 2015.

EU-Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER).

- EU-Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91.
- EU-Verordnung Nr. 691/2011 des europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen.
- EU-Verordnung Nr. 538/2014 des europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 691/2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen.
- Fessler, P., Lindner, P., Schürz, M. (2017). Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2017: Erste Ergebnisse für Österreich. Oesterreichische Nationalbank.
- Fessler, P., Mooslechner, P. & Schürz, M. (2012). Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010. Erste Ergebnisse für Österreich. Geldpolitik & Wirtschaft, Q3, 26-67.
- FRA (2014). Violence against women: An EU-wide survey: Main results. FRA, European Union Agency for Fundamental Rights.
- Geisberger, T. (2011). The gender pay gap: evidence from Austria. Presented at the Conference of European Statisticians, United Nations, Economic and Social Council, 12-14 March 2012. Geneva/CH.
- Geisberger, T. & Glaser, T. (2014). Geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede - Analysen zum „Gender Pay Gap“ auf Basis der Verdienststrukturerhebung 2010, Statistische Nachrichten, 3/2014, 215-226.
- Huppert, F. A., & So, T. T. (2013). Flourishing across Europe: Application of a new conceptual framework for defining well-being. Social Indicators Research, 110(3). 837-861.
- IPCC Intergovernmental Panel on Climate Change (2013). Summary for Policymakers. In: Climate Change 2013: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change [Stocker, T.F., D. Qin, G.-K. Plattner, M. Tignor, S.K. Allen, J. Boschung, A. Nauels, Y. Xia, V. Bex and P.M. Midgley (eds.)]. Cambridge University Press, Cambridge, United Kingdom and New York, NY, USA. -
- Jackson, T. (2011). Prosperity without growth: Economics for a finite planet. London: Routledge.
- Janger, J., Bock-Schappelwein, J., Böheim, M., Famira-Mühlberger, U., Horvath, Th., Kletzan-Slamanig, D., Schratzenstaller, M., Hofmarcher-Holzhaecker, M. (2015). Monitoring auf Austria's Efforts Within the Europe 2020 Strategy, Update 2014-15. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).
- Kapella, O., Baierl, A., Rille-Pfeiffer, Ch., Geserick, Ch., Schmidt, E-M. (2011). Gewalt in der Familie und im nahen sozialen Umfeld. Österreichische Prävalenzstudie zur Gewalt an Frauen und Männern, Österreichisches Institut für Familienforschung an der Universität Wien, Wien.
- Karner, T. & Scharl, S. (2012). Von einer nationalen zu einer europäischen Straßengüterverkehrsstatistik in Österreich, Statistische Nachrichten 12/2012, 1016-1025.
- Karner, T. & Scharl, S. (2014). Straßengüterverkehrsstatistik im Wandel der Zeit, Statistische Nachrichten 6/2014, 490-496.
- Karner, T., Schuster, S., Weninger, B. (2020). Mautdaten als ergänzende Datenquelle für die Straßengüterverkehrsstatistik, Statistische Nachrichten 4/2020, 297-307.
- Kesy, C., Eiffe, F., Minkeviciute, D., Mazonakis, D., Yiokari, N., Anastasiou, G., Chatzimakri, A., Gärtner, K., Ponocny, I., Helming, W., Mahieu, A., Scuvée, B. (2015). "Quality of life. Facts and views". Publications Office of the European Union. Luxemburg.
- Kettner, C., Kirchner, M., Kletzan-Slamanig, D., Köppl, A., Meyer, I., Sinabell, F. (2016). Aktuelle Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft. Sonderthema: das Klimaschutzabkommen von Paris. WIFO-Monatsberichte, 2016, 89(7). S. 511-524, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Kettner-Marx, C., Kletzan-Slamanig, D., Köppl, A., Meyer, I., Sinabell, F., Sommer, M. (2019). Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2019. WIFO-Monatsberichte, 2019, 92(7). S. 529-545, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Kesy, C., Eiffe, F., Minkeviciute, D., Mazonakis, D., Yiokari, N., Anastasiou, G., Chatzimakri, A., Gärtner, K., Ponocny, I., Helming, W., Mahieu, A., Scuvée, B. (2015). "Quality of life. Facts and views". Publications Office of the European Union. Luxemburg.

Keyes, C. L. (2002). The mental health continuum: From languishing to flourishing in life. Journal of health and social behavior, 43 (6). 207-222.

Kleven, H., Landais, C., Sjøgaard, J. E. (2018). Children and gender inequality: Evidence from Denmark. National Bureau of Economic Research. Working Paper No. w24219

Kleven, H., Landais, C., Sjøgaard, J. E. "Children and gender inequality: Evidence from Denmark." American Economic Journal: Applied Economics 11.4 (2019): S181-209.

Kratena, K., Meyer, I., Sommer, M.W. (2013). Energy Scenarios 2030, Model Projections of Energy Demand as a Basis to Quantify Austria's Greenhouse Gas Emissions, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).

Kuhlmann, E. & Kolip, P. (2005). Gender und Public Health. Juventa: Weinheim.

Lamei, N., Psihoda, S., Skina-Tabue, M. (2019). Gesundheit und Einkommen. Analyse von Daten des EU-SILC-Moduls 2017 zu Gesundheit und Kindergesundheit. In: Statistische Nachrichten 03/2019, S. 185-197.

Lamei, N. & Skina-Tabue, M. (2011). Lebensstandard aus Geschlechterperspektive - Indikatoren zu Einkommen, Armutsgefährdung und Lebenslagen von Frauen und Männern, Statistische Nachrichten 12/2011, 1205-1215.

Lanegger, J. & Fröhlich, G. (2014). Bodenlos? Flächeninanspruchnahme in Österreich: Ursachen-Folgen-Lösungsansätze. Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich.

Leoni, T. (2015). Soziale Unterschiede in Gesundheit und Inanspruchnahme der Gesundheitsversorgung. WIFO.

Lewicki, R. J., & Tomlinson, E. C. (2003). Trust and trust building. Beyond intractability, 305-315.

Meyer, I. (2007). Nachhaltige Mobilität und Klimaökonomie, WIFO-Monatsberichte 4/2007, S. 375-388, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes (NSTRAT 2002) - „Österreichische Strategie für Nachhaltige Entwicklung“ (2002).

Nordhaus, W. D. & Tobin, J. (1972). Is growth obsolete? In W.D. Nordhaus & J.Tobin (1972). Economic Research: Retrospect and Prospect Vol. 5: Economic Growth (pp. 1-80). Cambridge MA: NBER.

OECD (2013a). OECD Economic Surveys: Austria 2013. Paris: OECD Publishing.

OECD (2013b). OECD Guidelines on Measuring Subjective Well-being. Paris: OECD Publishing.

OECD (2013c). OECD Framework for Statistics on the Distribution of Household Income, Consumption and Wealth. Paris: OECD Publishing.

OECD (2017). Green Growth Indicators 2017, .

OECD (2019). Measuring Distance to the SDG Targets 2019: An Assessment of Where OECD Countries Stand, OECD Publishing, Paris.

OECD (2020). How is Life? 2020: Measuring Well-being, OECD Publishing, Paris,

ÖPUL Österreichischen Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft.

- ÖSTRAT Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung - Arbeitsprogramm 2011ff des Bundes und der Länder (2011).
- Pesendorfer, K., Eiffe, F. & Wegscheider-Pichler, A. (2012). Wie geht's Österreich? Messung von Wohlstand- und Fortschritt - Implementierung der SSF / ESS Empfehlungen. Wien: Statistik Austria.
- Ponocny, I. et al. (2015). Are most people happy? Exploring the meaning of subjective well-being ratings, Journal of happiness studies.
- Rat der Europäischen Union (2011). Schlussfolgerungen des Rates zur Rolle der allgemeinen und beruflichen Bildung bei der Durchführung der Strategie „Europa 2020“, Amtsblatt der Europäischen Union 2011/C 70/01
- Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie - FFH-Richtlinie).
- Richtlinie 2003/30/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Mai 2003 zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen oder anderen erneuerbaren Kraftstoffen im Verkehrssektor (Biokraftstoffrichtlinie).
- Richtlinie 2006/32/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2006 über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen und zur Aufhebung der Richtlinie 93/76/ EWG des Rates.
- Richtlinie 2008/50/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2008 über Luftqualität und saubere Luft für Europa (EU-Luftqualitätsrichtlinie).
- Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (Erneuerbaren-Richtlinie).
- Richtlinie 2012/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur Energieeffizienz, zur Änderung der Richtlinien 2009/125/EG und 2010/30/EU und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG.
- Romer, P. (1990). Endogenous Technological Change. Journal of Political Economy, 98(5), S71-S102.
- Schaffartzik, A., Krausmann, F. & Eisenmenger, N. (2011). Der Rohmaterialbedarf des österreichischen Außenhandels. Social Ecology Working Paper 125, IFF Social Ecology, Wien.
- Seligman, M. (2011). Flourish: A new understanding of happiness, well-being-and how to achieve them. Boston: Nicholas Brealey.
- Sen, A. K. (2009). Ökonomische Ungleichheit. Marburg: Metropolis.
- Sevilla, A., Gimenez-Nadal, J. & Gershuny, J. (2012). Leisure Inequality in the United States: 1965—2003. Demography, 49(3). 939-964.
- Song-Klein, Y. (2012). Gesundheit und Umwelt.
- Spangl, W., Nagl, Ch. (2017). PM₁₀- und PM_{2,5}- Exposition der Bevölkerung in Österreich. REP-0634, ISBN: 978-3-99004-451-3, Wien: Umweltbundesamt.
- Statistik Austria (2007). Österreichische Gesundheitsbefragung 2006/2007 - Hauptergebnisse und methodische Dokumentation. Wien: STATISTIK AUSTRIA.
- Statistik Austria (2013). Eiffe, F., Gärtner, K., Wegscheider-Pichler, A., Oismüller, A., Plate, M.; Wie geht's Österreich? 2013 - Indikatoren und Analysen. Wien: STATISTIK AUSTRIA.
- Statistik Austria (2014). Eiffe, F., Gärtner, K., Wegscheider-Pichler, A., Kettner, C. (WIFO). Kletzan-Slamanig, D. (WIFO). Wie geht's Österreich? - Indikatoren und Analysen. Wien: STATISTIK AUSTRIA.
- Statistik Austria (2016). Wegscheider-Pichler, A., Gärtner, K., Prettnner, C., Heuberger, R., Jurasszovich, T., Schwarz, K., Thomasberger, M., Aichholzer, J.; Fessler, P. (OeNB). Schürz, M. (OeNB). Wie geht's Österreich? - Indikatoren und Analysen. Wien: STATISTIK AUSTRIA.

Statistik Austria (2017). Wegscheider-Pichler, A., Gärtner, K., Prettnner, C., Leitner B.; Wie geht's Österreich? 2017 - Indikatoren und Analysen. Wien: STATISTIK AUSTRIA.

Statistik Austria (2019). Wegscheider-Pichler, Lamei, N., Prettnner, C.; Wie geht's Österreich? 2019 - Indikatoren und Analysen. Wien: STATISTIK AUSTRIA.

Statistik Austria und Bundesministerium für Gesundheit (2015). Österreichische Gesundheitsbefragung 2014. Hauptergebnisse des Austrian Health Interview Survey (ATHIS) und methodische Dokumentation. Wien: Statistik Austria.

Statistik Austria. [Energiegesamtrechnung \(Energy Accounts\)](#)

Statistik Austria. [Kraftfahrzeuge - Bestand.](#)

Statistik Austria. [Materialflussrechnung.](#)

Statistik Austria. [Österreichische Energiebilanzen](#)

Stiglitz, J., Fitoussi, J. & Durand, M. (Hrsg.) (2018). [For Good Measure: Advancing Research on Well-being Metrics Beyond GDP](#), OECD Publishing, Paris.

Stiglitz, J., Sen, A. & Fittoussi, J. (2009). [Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress](#)

Stone, A.A., Krueger, A.B. (2018). Chapter 7. Understanding subjective well-being, In: Stiglitz, J., Fitoussi, J. & Durand, M. (Hrsg.) (2018). [For Good Measure: Advancing Research on Well-being Metrics Beyond GDP](#), Paris. S. 163-202.

Till, M., Baldaszti, E. & Eiffe, F. (2012). Indikatoren für soziale Eingliederung in Österreich – Endbericht. Wien: Statistik Austria.

Till, M, Klotz, J., Zucha, V. (2015). Eingliederungsindikatoren 2014 Kennzahlen für soziale Inklusion in Österreich. Studie von Statistik Austria im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Wien: Statistik Austria.

Umweltbundesamt (2013). Zehnter Umweltkontrollbericht. Umweltsituation in Österreich. Bd. REP-0410. Wien: Umweltbundesamt.

Umweltbundesamt (2018a). Tietz, M. (PL). Anderl, M., Gangl, M., Haider, K., Poupa, St., Purzner, M., Schieder, W., Stranner, G., Zechmeister, A. Emissionstrends 1990-2016, Ein Überblick über die Verursacher von Luftschadstoffen in Österreich. (Datenstand 2018). REP-0658. Wien: Umweltbundesamt.

Umweltbundesamt (2018b). Klimaschutzbericht 2018, Bd. REP-0660. Wien: Umweltbundesamt.

Umweltbundesamt (2019). Austria's national Inventory Report 2019, Submission under the United Nations Framework Convention on Climate Change and under the Kyoto Protokoll. Bd. REP-0677, Wien, Umweltbundesamt.

Umweltbundesamt (2020). Nahzeitprognose der österreichischen Treibhausgas-Emissionen für 2019, Report REP-0740, Wien: Umweltbundesamt.

UN [System of Environmental Economic Accounting – SEEA.](#)

UNECE (2010). Measuring Quality of Employment. Geneva: United Nations.

UNECE (2011). The Canberra Group Handbook on Household Income Statistics, Second Edition, ECE/CES/11, Geneva.

UNECE (2015). Handbook on Measuring Quality of Employment - A Statistical Framework, Expert Group on Measuring the Quality of Employment, ECE/CES/BUR/2014/OCT/22, CES Bureau, Geneva (Switzerland). 21. May 2015 - DRAFT.

UNECE (2017). Economic and Social Council, [Conference of European Statisticians' Road Map on Statistics for Sustainable Development Goals, First Edition, Prepared by the Steering Group on Statistics for SDGs.](#)

UN FCCC, [United Nations Framework Convention on Climate Change, Adoption of the Paris Agreement, Conference of the Parties](#), Paris December 2015.

United Nations (1987) United Nations Report of the World Commission on Environment and Development; "Brundtland-Bericht". Our Common Future.

Ward, P., Meyer, S. (2009). Trust, social quality and wellbeing: a sociological exegesis. *Development and Society*, 38(2). 339-363.

Wegscheider-Pichler, A., De Cillia, G. (2020) [Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in Österreich](#), SDG-Indikatorenbericht, Studie von Statistik Austria im Auftrag des Bundeskanzleramtes, Wien: Statistik Austria.

Ziegleder, D., Kudlacek, D., Fischer, T. (2011). Zur Wahrnehmung und Definition von Sicherheit durch die Bevölkerung. Erkenntnisse und Konsequenzen aus der kriminologisch-sozialwissenschaftlichen Forschung. Schriftenreihe Forschungsforum Öffentliche Sicherheit.